

Ludger Gailing, Luisa Geldbach,
Markus Leibenath, Henk Wiechers,
Julia Zscherneck (Hg.)

LANDSCHAFTS- GERECHTIGKEIT

Gerechte und ungerechte Landschaften
in der Transformation

[transcript] KRITISCHE
LANDFORSCHUNG



Ludger Gailing, Luisa Geldbach, Markus Leibenath, Henk Wiechers,
Julia Zscherneck (Hg.)
Landschaftsgerechtigkeit

Editorial

Die Schriftenreihe **Kritische Landforschung** versammelt Beiträge aus Geographie, Soziologie, Planungs- und Politikwissenschaften, die sich mit ländlichen Räumen im Globalen Süden und Norden, deren Transformationen, Repräsentationen und Konflikten auseinandersetzen sowie alternative politische Perspektiven entwickeln. Der Fokus der Reihe liegt auf kritischen Ansätzen, die gesellschaftliche Verhältnisse aus macht- und kapitalismuskritischen, intersektionalen, (queer-) feministischen, dekolonialen, ökologischen oder transnationalen Perspektiven in Frage stellen. Insbesondere in dominanten Diskursen bislang marginalisierte Perspektiven auf das Ländliche bekommen hier ein Forum. In der Reihe werden Monographien und Sammelbände ebenso veröffentlicht wie spezifische Studien und andere Publikationsformate. Die Beiträge richten sich sowohl an Wissenschaftler*innen als auch an Aktivist*innen.

Herausgegeben wird die Reihe von Michael Mießner, Matthias Naumann, Martina Neuburger und Alexander Vorbrugg.

Ludger Gailing (Prof. Dr. rer. pol.), geb. 1976, leitet das Fachgebiet Regionalplanung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Er ist einer der Sprecher des Arbeitskreises Landschaftsforschung.

Luisa Geldbach (M.Sc.), geb. 1992, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Regionalplanung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.

Markus Leibenath (Prof. Dr.-Ing.), geb. 1966, leitet das Fachgebiet Landschaftsplanung und Kommunikation an der Universität Kassel. Er ist einer der Sprecher des Arbeitskreises Landschaftsforschung.

Henk Wiechers (M.A.), geb. 1992, arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Regionalplanung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.

Julia Zscherneck (M.Sc.), geb. 1993, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Regionalplanung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.

Ludger Gailing, Luisa Geldbach, Markus Leibenath, Henk Wiechers,
Julia Zscherneck (Hg.)

Landschaftsgerechtigkeit

Gerechte und ungerechte Landschaften in der Transformation

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz BY 4.0 lizenziert. Für die ausformulierten Lizenzbedingungen besuchen Sie bitte die URL <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>.

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

2025 © Ludger Gailing, Luisa Geldbach, Markus Leibenath, Henk Wiechers, Julia Zscherneck (Hg.)

transcript Verlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld | live@transcript-verlag.de

Umschlaggestaltung: Maria Arndt

Druck: Elanders Waiblingen GmbH, Waiblingen

Korrektorat: Hendrik Götzke (BTU Cottbus-Senftenberg)

<https://doi.org/10.14361/9783839473184>

Print-ISBN: 978-3-8376-7318-0 | PDF-ISBN: 978-3-8394-7318-4

Buchreihen-ISSN: 2747-3805 | Buchreihen-eISSN: 2747-3821

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Landschaft und Gerechtigkeit

Ludger Gailing, Markus Leibenath, Luisa Geldbach, Julia Zscherneck und Henk Wiechers 9

Konzeptionelle Zugänge zu Landschaftsgerechtigkeit

Räume für mehr Gerechtigkeit: Zur Bedeutung von Beziehungsgerechtigkeit für die sozialökologische Transformation bei Avantgardist*innen der Landnutzung
Christine Katz und Daniela Gottschlich 37

Beteiligungsgerechtigkeit in landschaftsbezogenen Planungsprozessen praxeologisch und ethnografisch erforschen
Markus Leibenath 61

Lebenschancengerechtigkeit als Landschaftsgerechtigkeit
Karsten Berr und Olaf Kühne 81

Landschaftsgerechtigkeit in Stoffströmen und Ressourcenkonflikten

Landscape and justice in extractivist times?
Tom Mels 99

Telecoupling in der Urbanisierung neu denken: Landschaftsgerechtigkeit von der Mine bis zur Stadt
Alejandro de Castro Mazarra, Miriam Prys-Hansen, Bruno Milanez und Hendrik Herold .. 117

Neuland: Singapurs Landgewinnung unter dem Brennglas der Landschaftsgerechtigkeit	
<i>Hans Hortic</i>	129

Das Recht auf Landschaft in ländlichen Räumen

Das Recht auf Zentralität in ländlichen Räumen	
<i>Jannis Pfendtner-Heise</i>	147

<i>These rights are made by walking:</i> Die Inszenierung landschaftlicher Teilhabe im ländlichen Südspanien	
<i>Maïke Melles</i>	165

Eine Wohnung auf dem Lande: Perspektiven für mehrgeschossige DDR-Neubauten im südlichen Mecklenburg-Vorpommern	
<i>Richard Pantzier</i>	183

Landschaftsgerechtigkeit in der Transformation: das Beispiel der Lausitz

Herausforderungen bei der Transformation der Lausitzer Tagebaufolgelandschaft im Kontext von Landschaft und Kulturerbe	
<i>Ana Maria Bergholz</i>	201

<i>Shadow Places</i> von Wasserstoffregionen – Globale Verflechtungen zwischen regionalen Energielandschaften	
<i>Henk Wiechers</i>	219

Strukturwandel in der Lausitz: Auf dem Weg zu mehr Umweltgerechtigkeit und gerechteren Landschaften?	
<i>Luisa Geldbach</i>	239

Anhang

Autor*innen	263
Abbildungsverzeichnis	267
Tabellenverzeichnis	269

Landschaft und Gerechtigkeit

Ludger Gailing, Markus Leibenath, Luisa Geldbach, Julia Zscherneck und Henk Wiechers

1 Landschaftsgerechtigkeit

1.1 Gerechte Landschaften

Kann man einer Landschaft ansehen, inwieweit sie gerecht ist? Sind Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit offensichtliche Merkmale von Landschaften? Diese Fragen kann man gut am Beispiel des Fotos einer Geflüchteten-Unterkunft erörtern, die sich am Rande einer deutschen Großstadt befindet (siehe Abb. 1).

Abbildung 1: Geflüchteten-Unterkunft am Rande einer deutschen Großstadt



Quelle: Foto M. Leibenath, Februar 2022

Manche Menschen werden in dem Bild einen Ausdruck landschaftsbezogener Gerechtigkeit sehen, weil die hier lebenden Geflüchteten trocken und sauber untergebracht zu sein scheinen; in den unmittelbar angrenzenden Bereichen gibt es Offenland und Gehölzstrukturen, die man möglicherweise für die Naherholung nutzen kann; ein Zaun schützt das Gelände vor ungebetenen Besuchern; und grundsätzlich ist es begrüßenswert, dass Menschen, die politisch verfolgt oder von Kriegen betroffen sind, in Deutschland Schutz finden. Andere werden in dem Bild Ungerechtigkeiten erkennen, weil die Geflüchteten-Unterkunft an einer befahrenen, lauten und schadstoffbelasteten Straße liegt; die Distanz zu anderen Wohngebieten und zum Stadtzentrum dürfte es den Geflüchteten erschweren, in Kontakt mit anderen Einwohnenden zu treten und simple Erfordernisse wie Einkäufe oder Arztbesuche zu erfüllen; bedenkt man außerdem, dass Geflüchtete hier unter prekären ökonomischen Bedingungen leben, dann kann man das Foto als Inbegriff räumlicher Segregation und als Manifestation der Überlagerung ökologischer, sozialer, ethnischer und klassenbezogener Benachteiligungen lesen.

Räume überhaupt als Landschaften – und insbesondere als schöne Landschaften – erkennen zu können, ist eine erlernte Fähigkeit. Wilhelm Heinrich Riehl (1859: 62) nennt diese Fähigkeit »das landschaftliche Auge« und führt aus: »Die Natur ist aber die gleiche geblieben, auch das äußere Auge der Menschen: aber ihr inneres Auge änderte sich.« Ganz ähnlich verhält es sich mit landschaftsbezogener Gerechtigkeit, wobei die hier zugrunde liegenden Mechanismen noch voraussetzungsvoller und komplexer sind. In diesem Sinne spricht Mitchell (2008: im Titel) mit Blick auf soziale Gerechtigkeit von »new axioms for reading the landscape«. Spirn (2005: 395) betont den Schritt vom Lesen und Erkennen zum Handeln und Gestalten: Sie definiert »landscape literacy« als einen Ansatz, Ungerechtigkeiten wie die Tatsache, dass Wohngebiete sozioökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen einem höheren Naturgefahren-Risiko ausgesetzt sind, zu erkennen und durch Ansätze der Stadtplanung und Sozialarbeit zu beseitigen und zu überwinden.

Landschaftsbezogene Gerechtigkeit ist international in den letzten Jahren zunehmend in den Fokus wissenschaftlicher Untersuchungen gerückt. Dabei tritt eine Vielzahl von Perspektiven und Dimensionen zutage. Mason und Milbourne (2014) betonen etwa den Konstruktcharakter landschaftsbezogener Gerechtigkeit. In ihrer Studie zu Windenergieprojekten in Wales kommen sie zu dem Schluss, dass konträre politische Positionen hinsichtlich der Windenergienutzung nicht nur mit der Reproduktion unterschiedlicher Landschaftsvorstellungen einhergehen (Leibenath/Otto 2014), sondern auch

mit divergierenden Gerechtigkeitsdiskursen. Diese können sich um lokale Verfahrens- und Beteiligungsgerechtigkeit drehen oder aber um globale Verteilungs- und Anerkennungsgerechtigkeit, etwa hinsichtlich der ungleichen Auswirkungen des Klimawandels auf Wales und auf »frontline climate change states such as Tuvalu, Maldives and Bangladesh« (Mason/Milbourne 2014: 114). Um unterschiedlich begründete landschaftsbezogene Gerechtigkeitsideen geht es auch in der Untersuchung von Dalglish et al. (2018). Darin zeigen die Autoren am Beispiel der schottischen Highlands, wie sich historische Konflikte und Unrechtserfahrungen in Bezug auf Landrechte und Artenschutz auf Diskussionen über aktuelle Energievorhaben auswirken. Massarella et al. (2021: 82) nehmen schließlich noch einmal eine anders geartete Blickerweiterung vor, indem sie nicht nur Menschen, sondern auch andere Arten von Lebewesen in ihre Überlegungen einbeziehen und einen »rights-based approach beyond the human realm« diskutieren. Diese Schlaglichter auf den internationalen Stand der Forschung verdeutlichen, dass landschaftsbezogene Gerechtigkeit ein unausweichlich umkämpfter Begriff ist, der mit unterschiedlichen räumlichen und zeitlichen Skalen verbunden, auf Menschen und nicht-menschliche Subjekte bezogen und – dies sei ergänzt – mit heterogenen normativen Zugängen verbunden werden kann.

Dadurch, dass sowohl Gerechtigkeit als auch Landschaften und somit erst recht auch landschaftsbezogene Gerechtigkeit politische, weil umkämpfte Begriffe sind, hängen sie untrennbar mit Macht zusammen (Olwig/Mitchell 2007): Eine Landschaft in einer bestimmten Weise zu repräsentieren und bestimmte Ideen landschaftsbezogener Gerechtigkeit hegemonial zu machen, aber auch die Materialität von Landschaften in dementsprechender Weise zu gestalten – all dies ist als eine Form von Macht zu interpretieren (Gailing/Leibenath 2017). Wie Moebius und Reckwitz (2008: 15) darlegen, zeigt sich Macht allerdings nicht nur darin, bestimmte Phänomene und Ideen als normal, selbstverständlich und nicht-kontingent erscheinen zu lassen, sondern auch darin, ihre Kontingenz sichtbar zu machen sowie einmal etablierte Hegemonien zu hinterfragen und zu dekonstruieren – mit dem ultimativen Ziel, ein höheres Niveau landschaftsbezogener Gerechtigkeit zu erreichen.

1.2 Gerechtigkeit – oder: ›Was haben Blockflöten mit Landschaften zu tun?‹

Perspektiven auf Gerechtigkeit in Räumen und Landschaften gehen zunächst davon aus, dass es dort jeweils – wie im oben skizzierten Beispiel der Unter-

kunft für Geflüchtete – ungerechte Verhältnisse gibt. Damit steht nicht das Streben nach Gerechtigkeit selbst im Fokus: »Nicht die Erkenntnis, dass die Gerechtigkeit auf der Welt unvollkommen ist – vollkommene Gerechtigkeit erwarten nur wenige von uns –, treibt uns zum Handeln, sondern die Tatsache, dass es in unserer Umgebung Ungerechtigkeiten gibt, die sich ausräumen lassen und die wir beenden wollen« (Sen 2010: 7). Für Barnett (2018) ist mangels einer positiven Definition Gerechtigkeit eigentlich als die Abwesenheit von Ungerechtigkeit zu verstehen.

Ein wesentlicher Aspekt von Ungerechtigkeit ist die Beobachtung, dass sie in räumlicher Hinsicht produziert wurde (Soja 2010). Gerechtigkeit ist demgemäß in ihrem räumlichen Kontext zu sehen, der Ungerechtigkeiten hervorbringt und zugleich selbst von Ungerechtigkeiten geprägt ist. Soja diskutiert dies unter anderem anhand der Banlieues von Paris, in denen rund um die nur noch von der Mittelschicht bewohnten Stadt ärmere Bevölkerungsschichten konzentriert wurden, sowie anhand von »gated communities« und den sie umgebenden Orten der Unsicherheit, beispielsweise in Los Angeles.

Angesichts vielfältiger räumlicher Ungerechtigkeiten und trotz der Schwierigkeit, eine positive Definition von Gerechtigkeit zu finden, ist Gerechtigkeitsforschung eine wesentliche Grundlage einer kritischen Raum- und Stadtforschung. Hierfür stehen Henri Lefebvres (1968) Ausführungen zum Recht auf Stadt, David Harveys (1973) grundlegende Analysen zur sozialen Gerechtigkeit in Städten ebenso wie Susan Fainsteins (2010) Konzeption einer gerechten Stadt. Dabei wird klar, dass der Debattenfokus vor allem auf Städte gerichtet ist, was nur vereinzelt durch Perspektiverweiterungen auf ländliche Räume ergänzt wurde (u.a. Barraclough 2013, Birk/Feller/Struller 2024, Landy/Moreau 2015).

Positive Konzeptionen von Gerechtigkeit können in grundlegender Weise dahin gehend differenziert werden, ob sie eher normativ ausgerichtet sind oder aber Kategorien für die Analyse von (Un-)Gerechtigkeiten bereitstellen. Kommen wir zunächst zu den normativen Richtungen: Diese können für die Landschaftsforschung auf der Suche nach Vorbedingungen für eine nachhaltige Landschaftsentwicklung, die beispielsweise marginalisierte Positionen anerkennt (Egoz/De Nardi 2017) oder auch als »groundwork – and dreamwork – of justice« (Mitchell 2003: 793) bedeutsam sein. Insgesamt zeichnet sich in jedem solcher Texte eine spezifische normative Perspektive auf Gerechtigkeit ab, die in fundamental unterschiedlichen Positionen fußt. Wir haben es dabei mit einem gerechtigkeits-theoretischen Pluralismus zu tun (Petring 2012).

Amartya Sen hat dies in seinem Gleichnis von den drei Kindern und der Flöte illustriert: Wer in einer offenkundigen Dilemmasituation entscheiden soll, welches von drei Kindern die einzige Flöte erhalten soll, wird jeweils überzeugende Gründe dafür finden, es dem Kind zu geben, das als einziges Flöte spielen kann oder demjenigen, das als einziges so arm ist, dass es keine weiteren Spielzeuge besitzt oder auch demjenigen, das das Instrument sogar selbst gebaut hat. Alle drei Lösungen wären offenkundig gerecht, sie unterscheiden sich aber hinsichtlich der zugrunde liegenden Wertmaßstäbe. Es handelt sich um die normativen Positionen des Utilitarismus, des Egalitarismus und der libertären Position (Sen 2010). Bezogen auf Landschaften könnte man nun schlussfolgern, dass jegliches Handeln, das Einfluss auf die Repräsentationen von Landschaften oder auf Landnutzungen nimmt, unvermeidbar ungerecht sei (Davy 2021), weil bei jeder Entscheidung zwischen libertärer, utilitaristischer oder sozialer Gerechtigkeit notwendigerweise nur diejenigen die Entscheidung als »gerecht« empfinden werden, die der jeweiligen moralischen Überzeugung anhängen. Landschaften, die auf sozialer Gerechtigkeit fußen, werden Libertäre als ungerecht empfinden; und ebenso können Landschaften, die einem utilitaristischen Ideal folgen, von Vertreter*innen sozialer Gerechtigkeit als ungerecht kritisiert werden. Weil Landschaften aber immer aus einem Zusammenspiel vielfältigen individuellen und kollektiven Handelns hervorgehen (Gailing 2014; Leibenath 2014; Kühne 2006), werden sich dabei meist Konglomerate normativer Positionen in ihren physisch-materiellen und symbolischen Auswirkungen überlagern.

John Rawls hat ein liberales Gerechtigkeitsverständnis entwickelt, das auf dem Unterschied von Gerechtigkeit und Gleichheit beruht. So argumentiert Rawls (2019: 31f.) beispielsweise, dass soziale Ungleichheit durchaus gerechtfertigt sei, wenn sich daraus ein Vorteil für jedermann ergebe, insbesondere für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft. An Rawls anknüpfend legt auch Harvey (1973) dar, dass räumliche Gerechtigkeit nicht mit einer Gleichverteilung von Gütern im Raum gleichzusetzen sei, sondern dass die Besonderheiten der jeweiligen Raumausschnitte relevant für Verteilungsentscheidungen sein müssten. Rawls sieht zudem eine Voraussetzung für sein grundlegendes Gerechtigkeitsprinzip darin, dass es eine Grundstruktur (»basic structure«) geben müsse, in deren Rahmen soziale Institutionen zusammenarbeiten, Grundrechte definiert werden und Kooperationen möglich sind. An diese Überlegungen knüpft Mitchell (2024) an, wenn er Landschaften als wesentlichen Teil einer »basic structure« begreift: »What this landscape does [...] is decisive for what justice is« (ebd.: 7). Dies gelte sowohl für die Eigenschaf-

ten von Landschaften als materielle Orte sozioökonomischer Produktion und Reproduktion als auch für die symbolischen, ideologischen und repräsentationsbezogenen Aspekte von Landschaft. Bezogen auf den ersten Aspekt argumentiert er unter anderem, dass Landschaft das Substrat sei, auf dem sich Produktion und Reproduktion abspielen, im Sinne einer Anordnung der »Dinge auf dem Land« wie Fabriken, Bauernhöfe, Wälder, Zechen und Raffinerien, Häuser, Schulen, Parks und Geschäfte. Damit thematisiert Mitchell grundlegende Aspekte der Gerechtigkeit: die räumliche Verteilung von Gütern (ebd.: 9) und die Frage, auf welche Weise und über welche Verfahren sie zustande gekommen ist. Bezogen auf den zweiten Aspekt und die Europäische Landschaftskonvention, die Landschaft als »an area, as perceived by people, whose character is the result of the action and interaction of natural and/or human factors« (Council of Europe 2000: 5) definiert, fragt er, wer die hier gemeinten Menschen seien sowie wessen Wahrnehmungen erfragt und schließlich bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden sollen (Mitchell 2024: 11). Diese Frage nach dem (Nicht-)Einbezug von Menschen oder von Gruppen von Menschen adressiert einen weiteren Aspekt von Gerechtigkeit, nämlich den des Anerkennens von unterschiedlichen Positionen, Herkunftsn, Dispositionen und Interessen.

Damit wären bereits die wesentlichen analytischen Perspektiven auf Gerechtigkeit angesprochen, die sich etwa in der Forschung zu Umweltgerechtigkeit (Schlosberg 2007) oder Energiegerechtigkeit (Jenkins et al. 2016) durchgesetzt haben und auch in Forschungen zu Raumgerechtigkeit (Gailing/Weith 2023; Zeißig/Eichenauer/Gailing 2023) von Relevanz sind: Verteilungsgerechtigkeit, Verfahrensgerechtigkeit und Anerkennungsgerechtigkeit. Dieser Dreiklang analytischer Gerechtigkeitskategorien kann auch Forschungen zur Landschaftsgerechtigkeit inspirieren, wobei die drei Kategorien jeweils in ihrer Verschränkung zu verstehen und zu analysieren sind (Fünfgeld 2021; Zeißig/Eichenauer/Gailing 2023):

- Verfahrensgerechtigkeit: Hier geht es darum, in welcher Weise die Teilhabe an Entscheidungen und Zielformulierungen prozedural ausgestaltet ist. Bezogen auf Landschaften kann es etwa darum gehen, zu eruieren, wer (keinen) Zugang zu formellen Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen in der Landschaftsplanung oder im Großschutzgebietsmanagement hat.
- Verteilungsgerechtigkeit: Bei dieser Kategorie steht die Verteilung gesellschaftlicher Güter im Vordergrund, von denen in unterschiedlicher Weise Nutzen und Schäden ausgehen können. Mögliche Fragen in der

Landschaftsforschung sind etwa: Ist es gerecht, Windräder im ländlichen Raum zu errichten, ohne dass die Menschen vor Ort etwas davon haben? Wer profitiert von landschaftlichen Besonderheiten, die die Lebensqualität verbessern (wie die naturräumliche Umgebung, gesunde Lebensbedingungen etc.), in sozioökonomischer Hinsicht und wer leidet im Gegenteil unter ungünstigen landschaftlichen Bedingungen? Aber auch globale Nachhaltigkeitsfragen inter- oder intragenerationeller Gerechtigkeit sind Verteilungsfragen: Wie gelingt es, bei landschaftsbezogenen Planungen und Entscheidungen in Deutschland die Klimafolgen für künftige Generationen und im Globalen Süden zu berücksichtigen?

- Anerkennungsgerechtigkeit: Hier geht es darum – vor allem anknüpfend an die Arbeiten von Fraser (2017) – Differenzen anzuerkennen und die eventuelle Dominanz einer Mehrheitsgesellschaft kritisch zu reflektieren. Dies gilt sicher in Bezug auf Menschen, kann aber auch auf Räume und Landschaften bezogen werden. Mögliche Fragen einer derart auf Aspekte der Anerkennung ausgerichteten Landschaftsforschung könnten lauten: Welche gesellschaftlichen Gruppen werden anerkannt oder verkannt, wenn es um die Entwicklung von Landschaften geht? Wird der Diversität von Landschaften und ihren spezifischen Ausstattungen und Problemen Rechnung getragen? Werden nicht-menschliche Akteure (Tiere, Pflanzen, Flüsse, Wälder usw.) anerkannt oder verkannt?

1.3 Landschaftsgerechtigkeit im Anthropozän

Landschaften wandeln sich im Zuge der Klimakrise und der Biodiversitätskrise. Dies gilt sowohl in Bezug auf ihre materiellen biotischen und abiotischen Ausstattungen als auch in Bezug auf ihre Repräsentationen. Die Landschaften des Anthropozäns (Gailing/Leibenath 2023) sehen in Mitteleuropa bereits heute anders aus als die Kultur- und Naturlandschaften, an die man sich – auch im Angesicht vielfältiger Wandlungen der Vergangenheit – gewöhnt hat, und die zu erwartenden landschaftlichen Veränderungen in der Folge von Trockenheit, absinkenden Grundwasserspiegeln, Bodenerosion, Überflutungen und Artenverlust werden dies noch deutlich verstärken. Wir sind mit einer Polykrise (Hening/Knight 2023) oder der »Komplexitätszunahme von Krisen durch zunehmende Interdependenzen in einer globalisierten Welt« (Brinks/Ibert 2020: 44) konfrontiert. In dieser Situation sind jedoch für landschaftsbezogene Praxis und Forschung nicht nur die ökologischen Aspekte von Bedeutung, die in fundamentaler Weise die Bewohnbarkeit des Planeten betref-

fen und für die Richardson et al. (2023) den Begriff der »planetary boundaries« verwenden. Vielmehr sind diese Krisenphänomene als sozial-ökologisch (Leibenath/Gailing 2024) und als polit-ökologisch (Bauriedl 2022) zu verstehen, denn in ihnen werden gesellschaftliche Naturverhältnisse und sozio-politische Kontexte virulent, die nicht zu (er)fassen sind, wenn man sie anhand von natürlichen und gesellschaftlichen Phänomenen sortiert. Dies gilt umgekehrt auch für scheinbar »nur« soziale Krisen wie Finanzkrisen oder Demokratiekrise, denn auch diese haben massive Auswirkungen auf lokale Ökosysteme und auf das Erdsystem als Ganzes. In einer solchen Welt, in der Krisendiagnosen, Krisenbeschreibungen und die Suche nach Krisenlösungen nicht einseitig die Ökologie oder die Gesellschaft adressieren können, bieten sich Brückenkonzepte wie jenes der »Landschaft« an.

Sowohl für das Verständnis der Krisenphänomene wie auch für die Suche nach Lösungen – jeweils auf den verschiedenen Skalen von konkreten Orten und Flächen über Städte und Regionen bis hin zu Staaten, Kontinenten und zum Planeten – können unter Rückgriff auf »Gerechtigkeit« vielfältige analytische Kategorien und normative Maßstäbe identifiziert werden. Die Perspektive der Landschaftsgerechtigkeit oder der landschaftsbezogenen Gerechtigkeit ermöglicht eine systematische Verschränkung der symbolisch-semiotischen und der materiellen Phänomenebenen. Mit dem vorliegenden Sammelband und seinen Beiträgen unternehmen wir den Versuch, dies in ganz verschiedener Hinsicht zu erproben. Damit sollte keine Konkurrenz zu etablierten und benachbarten Debatten um Umweltgerechtigkeit, Raumgerechtigkeit, Klimagerechtigkeit oder Ressourcengerechtigkeit etabliert werden, sondern an einem Forschungs- und Praxisfeld gearbeitet werden, das an der Schnittstelle solcher (und weiterer) Ansätze auf deren Landschaftsbezüge fokussiert.

Im Folgenden stellen wir dazu zunächst das Anliegen des Bandes vor und geben einen Ausblick auf seine einzelnen Beiträge. Anschließend stellen wir Perspektiven vor, die wir aus diesen Beiträgen entwickelt haben, wobei wir sowohl auf den Umgang mit Landschaften als auch auf die Forschung zu Landschaften eingehen werden.

2 Anliegen und Beiträge des Bandes

2.1 Anliegen des Bandes

In diesem Sammelband wird der Nexus von Landschaft und Gerechtigkeit aus diversen Perspektiven diskutiert. Dahinter steht die Frage, wie gerechte und ungerechte Landschaften in der Transformation entstehen und entwickelt werden können. »Transformation« ist dabei sowohl als analytisch-beschreibende Kategorie – also bezogen auf stattfindende Veränderungsprozesse – als auch als normatives Ziel im Sinne »sozial-ökologischer Transformationen« zu verstehen (Leibenath/Gailing/Birnbaum 2024). Der Band leistet damit einen Beitrag zur kritischen Landschaftsforschung, indem er Fragen der sozialen und räumlichen Gerechtigkeit, der Energie- und Umweltgerechtigkeit oder des »Rechts auf Stadt« aufgreift und auf Landschaften anwendet.

Die Beiträge beruhen auf Präsentationen, die im Rahmen des wissenschaftlichen Workshops »Landschaftsgerechtigkeit – Gerechte und ungerechte Landschaften in der Transformation« gehalten worden sind. Die Veranstaltung fand vom 11. bis zum 13. Oktober 2023 an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) auf dem Zentralcampus in Cottbus statt. Sie wurde vom Fachgebiet Regionalplanung des Instituts für Stadtplanung der BTU in Kooperation mit dem Arbeitskreis Landschaftsforschung organisiert, einem Netzwerk deutschsprachiger Landschaftsforscher*innen unter dem Dach der Landscape Research Group. Allen, die an der Vorbereitung und Durchführung mitgewirkt haben und zum Erfolg des Workshops beigetragen haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt! Besonderer Dank gilt Hendrik Götzke für seine Unterstützung bei der Organisation des Workshops und der Finalisierung dieses Sammelbandes.

Der Sammelband orientiert sich an folgenden Leitfragen:

- Wie kann Landschaftsgerechtigkeit aus unterschiedlichen Perspektiven konzeptionell gefasst werden? Welche Anschlussmöglichkeiten zu anderen theoretischen und methodologischen Perspektiven bieten sich dabei?
- Wie zeigen sich Aspekte von Landschaftsgerechtigkeit in Konflikten um Ressourcen und welche Rolle spielt Extraktivismus? Welche Bedeutung haben Landschaften in (globalen) Stoffströmen?
- Welche Implikationen lassen sich aus der Idee eines »Rechts auf Landschaft« ableiten, vor allem in Bezug auf ländliche Räume?

- Wie verhält es sich mit Landschaftsgerechtigkeit in Transformationsregionen?

Die vier Abschnitte des Bandes sind auf diese vier Fragenkomplexe ausgerichtet. Im Folgenden geben wir einen Überblick über die Beiträge des Sammelbandes.

2.2 Die Beiträge des Bandes

Den ersten Abschnitt – *»Konzeptionelle Zugänge zu Landschaftsgerechtigkeit«* – leitet der Beitrag von Christine Katz und Daniela Gottschlich ein. Unter dem Titel *»Räume für mehr Gerechtigkeit: Zur Bedeutung von Beziehungsgerechtigkeit für die sozialökologische Transformation bei Avantgardist*innen der Landnutzung«* identifizieren sie Möglichkeitsräume sozialökologischer Transformation. Indem sie ein mehrdimensionales Gerechtigkeitsverständnis mit Praktiken der Land- und Waldwirtschaft in der Region Lübeck verbinden, fokussieren sie darauf, wie avantgardistische Praktiken Machtverschiebungen auslösen können. Sie legen dar, wie auf diese Weise alternative Formen der Landnutzung und damit auch Ansätze einer landschaftsgerechten Zukunft erprobt werden. In seinem Beitrag mit der Überschrift *»Beteiligungsgerechtigkeit in landschaftsbezogenen Planungsprozessen praxeologisch und ethnographisch erforschen«* setzt sich Markus Leibenath mit Landschaftsgerechtigkeit als Beteiligungsgerechtigkeit auseinander. Der theoretisch-methodologische Text basiert auf einer Literaturanalyse im Rahmen des DFG-geförderten Projekts *»Stadtregionale, beteiligungsorientierte Landschaftspolitik ›in the making‹: eine diskurstheoretische, praxeologische Perspektive«*. Im dritten Beitrag diskutieren Karsten Berr und Olaf Kühne *»Lebenschancengerechtigkeit als Landschaftsgerechtigkeit«*. Unter Rückgriff auf Überlegungen von Rolf Dahrendorf plädieren sie dafür, stets sowohl individual- als auch sozialetische Sichtweisen zu berücksichtigen – nicht zuletzt in der Planungspraxis.

Im nachfolgenden Abschnitt *»Landschaftsgerechtigkeit in Stoffströmen und Ressourcenkonflikten«* setzt sich Tom Mels in seinem auf Englisch verfassten Beitrag *»Landscape and justice in extractivist times?«* mit dem Zusammenhang von Landschaft, Gerechtigkeit und Extraktivismus auseinander. Exemplarisch zeigt er diesen Konnex an Landnutzungs Konkurrenzen zwischen der indigenen Gruppe der Samen und der Ressourcengewinnung im Kontext der ›Green Transition‹ auf. Dazu setzt er sich zunächst mit verschiedenen

Landschaftsbegriffen auseinander und betont, dass Gerechtigkeitsaspekte in der Landschaftsforschung eine zentrale Rolle spielen sollten. Aus zentralen Konfliktlinien zwischen privaten Akteuren, öffentlichen Stellen und den Samen in Nordschweden leitet er Gerechtigkeitsforderungen ab, die sich auch auf andere Beispiele extraktivistischer Praktiken und fortlaufender Kommodifizierung anwenden lassen. Die Autor*innen Alejandro de Castro Mazarro, Miriam Prys-Hansen, Bruno Milanez und Hendrik Herold befassen sich in ihrem Beitrag mit dem Titel »Telecoupling in der Urbanisierung neu denken: Umweltgerechtigkeit von der Mine bis zur Stadt« mit den globalen Verknüpfungen von Urbanisierungsprozessen und dem damit einhergehenden Ressourcenverbrauch. Sie fokussieren auf die landschaftlichen Veränderungen und Ungerechtigkeiten, die sich aus diesen Prozessen in den »sendenden« und den »empfangenden« Regionen im Kontext von »konzentrierter« bzw. »erweiterter« Verstädterung ergeben. Die globalen Zusammenhänge werden anhand von Beispielen für die Verknüpfungen zwischen der Bauwirtschaft in Deutschland und deren Auswirkungen in ressourcenreichen Regionen in Brasilien veranschaulicht. Der Text untersucht, inwiefern der multi-skalare Ansatz des Telecoupling einen Beitrag dazu leisten kann, diese Zusammenhänge zu verstehen und damit Governanceprozesse zu entwickeln, die zu mehr Umweltgerechtigkeit führen. Hans Hortig widmet sich in seinem Beitrag ebenfalls der Thematik von Ressourcenkonflikten und beleuchtet die Landgewinnungspraxis Singapurs sowie den urbanen Metabolismus des Sandes. Unter dem Titel »NEULAND: Singapurs Landgewinnung unter dem Brennglas der Landschaftsgerechtigkeit« untersucht er anhand einer Fallstudie die umfangreichen Landgewinnungsprojekte des Inselstaates Singapur sowie das damit verknüpfte Hinterland zur Gewinnung von Sand. Der Artikel beleuchtet sowohl den eigentlichen Prozess der Landgewinnung als auch deren gesellschaftspolitische, räumliche und ökologische Folgen. Es geht dabei um soziale Gerechtigkeit im Kontext ungleicher, ausbeuterischer Beziehungen zwischen Regionen, den Zugang zu Ressourcen, Transparenz im Rohstoffhandel und urbane Nachhaltigkeit.

Im Abschnitt »*Das Recht auf Landschaft in ländlichen Räumen*« thematisiert Jannis Pfendtner-Heise das Recht auf Zentralität, welches Henri Lefebvre aus seinem ursprünglichen Konzept »Recht auf Stadt« abgeleitet hat. Der Autor nutzt »Recht auf Zentralität« als Perspektive, um die Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu betrachten. In der Analyse wird der Frage nachgegangen, ob das »Recht auf Zentralität« eine Möglichkeit für die Regionalpolitik

bieten kann, sich Fragen der räumlichen Gerechtigkeit zu stellen und damit insbesondere in strukturschwachen ländlichen Regionen eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen vor Ort herbeizuführen. In dem anschließenden analytischen Beitrag »These rights are made by walking: Die Inszenierung landschaftlicher Teilhabe im ländlichen Südspanien« von Maike Melles nimmt das Transhumanzfest in Siruela im räumlichen Kontext der spanischen Dehesa eine zentrale Rolle ein. Grundlegend ist dabei eine konzeptionelle Gegenüberstellung von szenischen und substanziellen Landschaften nach Kenneth Olwig. Die Begriffe ›costume‹ (Kostüm) und ›custom‹ (Brauch) stehen hier für eine distanzierte Form der Auseinandersetzung bei der szenischen Landschaft und für eine involvierte Form der Auseinandersetzung im Fall der substanziellen Landschaft. In diesem Kontext versteht Melles das Fest als eine rechtlich wirksame Auseinandersetzung mit Landschaft sowie als Ausdruck eines politischen Strebens nach Landschaftsgerechtigkeit im Sinne landschaftlicher Teilhabe. Der Abschnitt schließt mit dem empirischen Beitrag »Eine Wohnung auf dem Lande. Perspektiven für mehrgeschossige DDR-Neubauten im südlichen Mecklenburg-Vorpommern«. Richard Pantzler untersucht darin die Wohnrealitäten von Bewohner*innen in ländlichen Geschosswohnungsbauten. In der Analyse werden die Perspektiven der Bewohner*innen selbst sowie der Ortsvorsteher*innen berücksichtigt. Außerdem wird die Frage erörtert, für welche Lebensentwürfe diese DDR-Neubauten in ländlichen Räumen als Wohnformen interessant sind und wie die Bewohner*innen in der Dorfgemeinschaft repräsentiert und integriert sind. Darüber hinaus wird diskutiert, inwiefern diese Wohnform in ländlichen Räumen eine sinnvolle Ergänzung zum typischen Einfamilienhaus darstellen kann und damit mehr Lebensentwürfe in ländlichen Räumen ermöglicht.

Der letzte Abschnitt mit dem Titel »Landschaftsgerechtigkeit in der Transformation: das Beispiel der Lausitz« wird von Ana María Bergholz eröffnet. Unter dem Titel »Herausforderungen bei der Transformation der Lausitzer Tagebaufolgelandschaft im Kontext von Landschaft und Kulturerbe« beschäftigt sie sich mit der Strukturwandelregion Lausitz. Dabei betrachtet die Autorin die Herausforderungen, aber auch die Chancen, die mit der aktuellen Transformation dieser Region verbunden sind. Sie fragt, wie Transformationsprozesse die Landschaft und das Erbe der Region prägen und inwieweit Vorstellungen lokalen Erbes angepasst werden müssen, um den Wandel in der Region in adäquater Weise zu verstehen. Die Autorin stellt ihren Artikel in den Kontext aktueller Diskussionen über Kulturlandschaften im Wandel und analysiert, inwieweit kulturelles Erbe umkämpft ist. Dabei spielt auch eine Rolle, dass

landschaftsrelevante Transformationsprozesse unter dem Aspekt der Gerechtigkeit untersucht werden können. Anschließend thematisiert Henk Wiechers in seinem Beitrag »Shadow Places von Wasserstoffregionen. Globale Verflechtungen zwischen regionalen Energielandschaften« die Wasserstoffregion Lausitz und beleuchtet über das Konzept der *shadow places* regionale und globale Zusammenhänge. Nach einer begrifflichen Einführung werden die Konzepte der Wasserstoffregion als neue Energielandschaft und der *shadow places* anhand des Fallbeispiels der Lausitz zueinander in Beziehung gesetzt. Daraus ergeben sich unterschiedliche Perspektiven auf die globalen Verflechtungen zwischen Wasserstoffherzeugungs- und Wasserstoffverbrauchsregionen sowie auf die Verhältnisse innerhalb einzelner Wasserstoffregionen, die im Beitrag an verschiedenen Beispielen veranschaulicht werden. Luisa Geldbach beschäftigt sich in ihrem Beitrag »Strukturwandel in der Lausitz: Auf dem Weg zu mehr Umweltgerechtigkeit und gerechteren Landschaften« mit dem durch den Kohleausstieg induzierten Strukturwandel in der Lausitz. Anhand einer Dokumentenanalyse untersucht sie, inwieweit Umweltaspekte bei der Transformation der Lausitz eine Rolle spielen. Der Untersuchung liegt ein mehrdimensionales Gerechtigkeitsverständnis zugrunde, wobei ein besonderer Fokus auf den Dimensionen der Verteilungs- und der Ergebnissgerechtigkeit liegt. Im Sinne der umweltbezogenen Gerechtigkeit plädiert die Autorin dafür, Landschaftssanierung und Strukturwandel gemeinsam zu denken und zu gestalten, um so gerechtere Bergbaufolgelandschaften zu entwickeln.

3 Perspektiven

3.1 Perspektiven für einen anderen Umgang mit Landschaften

Landschaften unterliegen fortlaufenden Veränderungen – sei es als Ergebnis bewusster planerischer oder gestalterischer Entscheidungen oder sei es als nicht intendiertes »Nebenprodukt« von Prozessen in Politikfeldern wie Bauwesen, Landwirtschaft, Energieversorgung, Verteidigung oder Außenhandel. In jedem Falle finden gesellschaftliche Strukturen und Prioritätensetzungen ihren materiellen Ausdruck in Landschaften, und zugleich bilden Landschaften – auch über ihre Repräsentationen und Symboliken – die Grundlage des individuellen wie des gesellschaftlichen Lebens. Insofern können Landschaften zum Ausgangspunkt dafür werden, gesellschaftliche Gerechtigkeit oder

Ungerechtigkeiten zu analysieren, wie auch dafür, Gesellschaften bewusst in Richtung größerer Gerechtigkeit weiterzuentwickeln. Auf drei Aspekte möchten wir in diesem Zusammenhang näher eingehen: Diagnose, Debatte sowie Planen und Entscheiden.

Mit ›Diagnose‹ ist gemeint, Landschaftsgerechtigkeit analytisch zu erfassen und abzubilden. Als ein wegweisendes Beispiel ist hier das statistische, Geodaten-basierte Umweltgerechtigkeits-Monitoring des Landes Berlin zu nennen (SenUMVK 2022). Damit wird das Ziel verfolgt, die räumliche Verteilung von Umweltbelastungen sichtbar zu machen, insbesondere im Hinblick auf die soziale Situation betroffener Menschen. Auf diese Weise sollen Mehrfachbelastungen ermittelt werden, die aus der Überlagerung von Umwelt- und sozialen Belastungen resultieren, und politische Maßnahmen begründet werden. Dazu dienen vier umweltbezogene Kernindikatoren (Lärm-, Luft- und thermische Belastung sowie Versorgung mit Grünflächen) und ein sozialer Kernindikator (soziale Benachteiligung in Form von Arbeitslosigkeit, Transferbezug und Kinderarmut). Diese werden durch Auswertung und Aggregation vorhandener Datengrundlagen auf der Ebene von 542 »stadtentwicklungspolitische[n] Planungsräume[n] aus dem System Lebensweltlich orientierte[r] Räume« (SenUMVK 2022: 6) dargestellt. Auf dieser Basis wurden räumlich-kartographische Visualisierungen wie eine »Mehrfachbelastungskarte Umwelt«, eine »Mehrfachbelastungskarte Umwelt und Soziale Benachteiligung« oder die »Berliner Umweltgerechtigkeitskarte« (SenUMVK 2022: 22) erarbeitet, die auch Angaben zur Bevölkerungsdichte und zum Status der jeweiligen Wohnlage enthält. Damit liegt für Berlin eine detaillierte Diagnose räumlicher Gerechtigkeit im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit vor, die für die Konzipierung vielfältiger politischer Maßnahmen genutzt werden kann. Ähnliche Untersuchungen, wenngleich zum Teil weniger differenziert, wurden auch für Städte wie Kassel, Marburg und München erarbeitet (Böhme/Franke/Preuß 2019).

Ein Ansatz für die ›Diagnose‹ von Beteiligungsgerechtigkeit im Sinne von Anerkennungs- und Verfahrensgerechtigkeit ist in den Überlegungen zu praxeologischen, ethnographischen Methoden zu finden, die Leibenath (in diesem Band) vorgestellt hat. Methodisch herausfordernder sind Gerechtigkeitsanalysen, die unterschiedliche und eventuell sogar weit voneinander liegende Landschaften zueinander in Beziehung setzen. Hier können Inspirationen aus Studien wie der von Duncan/Duncan (2003) gewonnen werden. Die Autor*innen zeigen auf, dass die Schönheit der Landschaftsgärten wohlhabender Familien in einem ländlichen Teil des Bundesstaats New York auf der Ausbeu-

tung und Entrechtung migrantischer Familien beruht, die in anderen, weniger privilegierten Communities derselben Region leben. Das Phänomen solcher »Landscapes of Privilege« (Duncan/Duncan 2004) kommt auch auf internationaler oder globaler Ebene zum Tragen, wobei es oftmals Menschen in wohlhabenden und wirtschaftlich hochentwickelten Ländern wie Deutschland (vgl. de Castro Mazarro et al. in diesem Band) oder Singapur (vgl. Hortic in diesem Band) sind, deren landschaftliche Privilegien zulasten von Menschen in anderen Ländern gehen. Für die Diagnose solcher gerechtigkeitsrelevanter Fernbeziehungen zwischen Landschaften eignen sich Konzepte wie »Telecoupling« (Martín-López et al. 2019) oder »shadow ecologies« (Swanson 2015).

Unser zweites Stichwort »Debatte« verweist darauf, dass es nötig ist, ermittelte Ungerechtigkeiten öffentlich zu diskutieren, sofern man zu einem anderen, gerechteren Umgang mit Landschaften kommen möchte. Dabei handelt es sich um politische Auseinandersetzungen, die nicht leicht zu führen sind, weil nur wenige Menschen ihre landschaftlichen Privilegien öffentlich thematisiert sehen wollen oder gar bereit sind, darauf zu verzichten (Blühdorn 2024). Gleichzeitig gab es jedoch Erfolge wie das deutsche Lieferkettengesetz, das als Beitrag zur Linderung der Probleme der Shadow Ecologies und des Telecoupling gesehen werden kann. Außerdem wird immer mehr Akteur*innen bewusst, dass höhere Grade von – auch landschaftsbezogener – Gerechtigkeit erforderlich sind, um privilegierte Bewohner*innen unseres Landes oder unseres Planeten beispielsweise zur Unterstützung effektiver Klimaschutzpolitik zu bewegen.

Wenn es um die Gestaltung von Landschaften geht, worauf sich unser drittes Stichwort »Planen und Entscheiden« bezieht, gelangt man unweigerlich auf das Terrain kontingenter politischer Entscheidungen (Gailing/Leibenath 2017) und normativ-ethischer Gerechtigkeitskonzepte. Aber selbst wenn man einer libertären Ethik (vgl. Berr/Kühne in diesem Band) folgt, die »die Rechte des Einzelnen in den Fokus [rückt]« und nach der jeder Mensch »die gleichen Chancen haben [sollte], sich frei zu entfalten« (Hartmann 2018: 573), gelangt man zu dem Schluss, dass unsere Landschaften grundlegender sozial-ökologischer Transformationen (Leibenath/Gailing/Birnbaum 2024) bedürfen – zumindest, sofern Chancengerechtigkeit für alle derzeit auf diesem Planeten lebenden Menschen (Bell 2017) sowie für zukünftige Generationen gewährleistet werden soll (vgl. die Ausführungen zu »Schonung künftiger Freiheit« in BVerfG 2021). Demnach müssten Landschaften so gestaltet werden, dass sie ressourcenschonendere Formen der Bedürfniserfüllung in Bereichen wie Mobilität, Energiegewinnung, Wohnen und Ernährung ermöglichen

und dass sie in weitaus geringerem Umfang auf internationale Stoff- und Energieströme zulasten anderer Menschen im Sinne der »Externalisierungsgesellschaft« (Lessenich 2018: 26) angewiesen sind. Des Weiteren folgt daraus, allen Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status einen guten Zugang zu Umweltgütern wie Grünflächen und Naherholungsgebieten zu ermöglichen und die Umweltbelastungen von Gebieten, in denen sozial benachteiligte Menschen leben, zu verringern. Mit Blick auf Anerkennung und landschaftsbezogene Planungs- und Entscheidungsverfahren kann ein höheres Maß an Landschaftsgerechtigkeit unter anderem dadurch erreicht werden, dass Bevölkerungsgruppen wie behinderten Bürger*innen, Menschen mit Migrationshintergrund oder Kindern und Jugendlichen mehr Gehör als bisher geschenkt wird und dass Beteiligungsangebote stärker auf deren Bedürfnisse und Möglichkeiten zugeschnitten werden. Ein wesentlicher Hebel zur Umsetzung dieser Ziele dürfte darin liegen, angehende (Landschafts)Planer*innen in Universitäten und Hochschulen entsprechend zu sensibilisieren und zu qualifizieren (Wagner/Knieling/Weiland 2024). Des Weiteren ist es erforderlich, Aspekte gerechter Raum- und Landschaftsentwicklung auch in formaler Hinsicht zu institutionalisieren, sei es in den Zielorientierungen planungsbezogener Gesetze oder auch in konkreten Raumordnungsplänen, Landschaftsplänen, Bauleitplänen und weiteren Fachplänen. Hierzu bedarf es einer Übersetzung von Prinzipien der Gerechtigkeit in die Planung, zum Beispiel durch die Orientierung von Planung an Leitplanken einer starken, an planetaren Grenzen und damit einer an Überlebensgerechtigkeit ausgerichteten Nachhaltigkeit oder durch eine Prüfung der Klimaverträglichkeit von Projekten und Programmen in Ergänzung bestehender Umweltverträglichkeitsprüfungen.

3.2 Perspektiven künftiger Forschung zu Landschaftsgerechtigkeit

Das hier umrissene Themenfeld der Landschaftsgerechtigkeit bietet eine ganze Reihe an möglichen künftigen Forschungsperspektiven. Die im Folgenden angesprochenen Aspekte stellen hier nur eine mögliche Auswahl dar:

Anknüpfend an die zuvor erläuterten praxisrelevanten Schlussfolgerungen sind anwendungsorientierte und transdisziplinäre Forschungsvorhaben vorstellbar, die Perspektiven der Landschaftsgerechtigkeit in den oben genannten Aspekten »Diagnose«, »Debatte« und »Planen und Entscheiden« im Austausch von Planungsforschung, Planungspraxis und Zivilgesellschaft vorantreiben. Die hierbei zu erörternden Themen verorten sich im Themenfeld

der Forschung zu transformativer Planung oder zur Transformationsplanung (Mölders 2022). Transformative Planung meint dabei eine Planung, die Transformationsprozesse – hier im Hinblick auf Gerechtigkeitsfragen – initiiert; Transformationsplanung identifiziert, analysiert und koordiniert dagegen Transformationsprozesse. Dabei sind Forschungen zur planungsbezogenen Analyse und Bewertung von (un)gerechten Landschaftszuständen sowohl in lokaler Hinsicht als auch in einer lokal-globalen Verknüpfung ebenso dringend wie solche zum Verständnis politischer Auseinandersetzungen im Kontext von landschaftsbezogenen Planungen und der Weiterentwicklung formeller und informeller Planungsinstrumente im Hinblick auf Gerechtigkeitsaspekte. Zweifelsohne sind dabei bestehende planerische und raumentwicklungsbezogene Diskurse zur Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen und zur Raumgerechtigkeit zu berücksichtigen (Gailing/Weith 2023; Koppers et al. 2018; Redepenning/Singer 2018).

In diesem Zusammenhang ist auch eine breitere Forschungsdebatte darüber sinnvoll, wie in der landschafts- und raumbezogenen Planung ethische Urteile gefällt werden und wie gerechte(re) Landschaften entwickelt werden können: »In relationship to landscape and landscape change, [...] we need to look at the complexity of the world and continually make judgments about what is worth preserving, what is worth stewarding, and what is not, and that these judgments have to be rooted in an explicit theory of justice.« (Mitchell 2006, 123). Wie hierbei »Gerechtigkeit« als Prüfkriterium in die räumliche Planung integriert werden könnte, beispielsweise in die Landschaftsplanung oder die Regionalplanung, ist eine offene Frage, insbesondere wenn es um Fragen globaler Gerechtigkeit bei lokalen Entscheidungen geht.

Forderungen nach Klimagerechtigkeit im Umgang mit Landschaften stehen in Zusammenhang mit Debatten über fehlende Anerkennung oder aktive Verkennung von Interessen, Positionen, Lebensrealitäten und Identitäten in Bezug auf Gender, Migrationshintergrund sowie ländlichem oder städtischem Wohnort. All diese Überlegungen werden herausgefordert von aktuellen Entwicklungen des autoritären Populismus und rechtspopulistischer Denk- und Argumentationsmuster (vgl. Regener/Kallert/Dudek 2022; Beveridge/Naumann/Rudolph 2024). In diesem Zusammenhang sind auch für die Landschaftsforschung neuartige Verlustphänomene zu konstatieren, die für gesellschaftliche Gruppen handlungsleitend werden: Die Landschaften, die uns heute in Deutschland vor Augen stehen, sind größtenteils im Zuge des »50er-Jahre-Syndroms« entstanden. Dieses basierte auf dem Wandel der energetischen Entwicklungsbasis und der Durchsetzung von Erdöl und Erdgas

als Energieträger (Sieferle 1997). Das hat zur Folge, dass sich die urbanisierten Industriegesellschaften mit Ressourcen aus der ganzen Welt versorgen, dass Massenkonsum, motorisierter Individualverkehr und Industrialisierung der Landwirtschaft vorherrschen und dass es einen enorm steigenden Energie- und Stoffverbrauch sowie entsprechende Abfall- und Schadstoffmengen gibt. Die Transformation zu einer klimagerechten Zukunft unserer Landschaften berührt die mögliche Abkehr von diesen Zuständen, um planetare Grenzen ernst zu nehmen und globale Ungerechtigkeiten zu minimieren. Ein radikaler Konservatismus zum Schutz der Landschaften des Anthropozäns, die auf ressourcenintensiven Lebensweisen beruhen, erscheint gewissermaßen als neue Form eines problematischen Heimatschutzes, mit dem sich Landschaftsforschung befassen sollte. Nicht mehr die vorindustriellen Kulturlandschaften sind Zielbild dieses neuen Heimatschutzes, sondern die Kulturlandschaften des »50er-Jahre-Syndroms« oder des Anthropozäns, was eine neuartige Variante des Verlustparadigmas (Gailing 2014) im Umgang mit Landschaften darzustellen scheint. Denn nun rücken Landschaften der industrialisierten Landwirtschaft, der erdgasbasierten Versorgung von Einfamilienhausgebieten oder der automobilen Lebensweise in den Fokus gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Forschungen zur Landschaftsgerechtigkeit können Beiträge zur konstitutiven Rolle von Verlusterfahrungen in Bezug auf Landschaften leisten wie auch zu neuen Debatten um Verlust in den westlichen Gegenwartsgesellschaften (Reckwitz 2024).

In diesem Zusammenhang werden fundamentale Aspekte der Anerkennungsgerechtigkeit in Bezug auf ressourcenintensive Lebensweisen relevant, die im Widerspruch zu globalen Gerechtigkeitszielen einer starken, an planetaren Grenzen orientierten Nachhaltigkeit stehen. Landschaftsbezogene Forschungen könnten dabei genauer hinschauen, wessen Perspektiven hier jeweils anerkannt und verkannt werden und wie dies auch mit materiellen Ungleichheiten in Bezug auf die Verteilung von Gütern übereinstimmt. Perspektiven der Umweltgerechtigkeit, zum Beispiel in Bezug auf den Ansatz des »just green enough« (Wolch/Byrne/Newell 2014), thematisieren landschaftsbezogene Ungerechtigkeiten in Bezug auf den Konnex von sozialer Ungleichheit und Umweltzielen. Dabei werden die Ansprüche derjenigen, die am stärksten von Umweltproblemen betroffen sind, in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt. Damit verbindet sich das Ziel, sie nicht zum Opfer »grüner Gentrifizierungsprozesse« werden zu lassen, sondern sie selbst in den Genuss von Umweltverbesserungen zu bringen.

Und schließlich kann das Nachdenken über Landschaftsgerechtigkeit auch als Anlass zur Selbstreflexion (Schmid/Fünfgeld 2023) und des Hinterfragens der eigenen Rolle oder der eigenen Position von Forschenden im Feld dienen: Wie ist man selbst eingewoben und verstrickt in Ungerechtigkeiten? Von welchen Privilegien profitiert man selbst und wie verstellen sie vielleicht den Blick auf offensichtliche Ungerechtigkeiten? Hier gilt es, Widersprüche aufzuzeigen zwischen gesellschaftlichen Realitäten und selbstgesteckten Maßstäben. Das kann im besten Fall zu einer Kontingenzöffnung beitragen, indem die Kontingenz des Sozialen offengelegt wird und einer Re-Politisierung zugänglich gemacht wird (Arts et al. 2014; Howarth/Glynos/Griggs 2016; Reckwitz/Rosa 2021).

Literatur

- Arts, Bas/Behagel, Jelle/Turnhout, Esther/de Koning, Jessica/van Bommel, Séverine (2014): »A practice based approach to forest governance«, in: *Forest Policy and Economics* 49, S. 4–11.
- Barraclough, Laura (2013): »Is There Also a Right to the Countryside?«, in: *Antipode* 45/5, S. 1047–1049.
- Barnett, Clive (2018): »Geography and the priority of injustice«, in: *Annals of the American Association of Geographers* 108/2, S. 317–326.
- Bauriedl, Sybille (2022): »Urbane Politische Ökologie«, in: Daniela Gottschlich/Sarah Hackfort/Tobias Schmitt/Uta von Winterfeld (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie: Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden, Edition Politik*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 277–286.
- Bell, Derek (2017): »Justice on one planet«, in: Stephen M. Gardiner/Allen Thompson (Hg.), *The Oxford Handbook of Environmental Ethics*. Oxford: Oxford University Press, S. 276–287.
- Beveridge, Ross/Naumann, Matthias/Rudolph, David (2024): »The rise of ›infrastructural populism‹: Urban infrastructure and right-wing politics«, in: *Geography Compass* 18/2, S. 1–14.
- Birk, Lisa/Feller, Michael/Struller, Martin (2024): »Recht auf Dorf. Ein Manifesten«, in: Michael Mießner/Matthias Naumann/Ulrike Grabski-Kieron/Annett Steinführer/Werner Nell/Marc Weiland (Hg.), *Ländliche Utopien*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 347–360.
- Blühdorn, Ingolfur (2024): *Unhaltbarkeit: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Böhme, Christa/Franke, Thomas/Preuß, Thomas (2019): Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen. Dessau-Roßlau: UBA. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-03-28_uug_02-2019_umweltgerechtigkeit.pdf (letzter Zugriff am 13.09.2022).
- Brinks, Verena/Ibert, Oliver (2020): »Zur Räumlichkeit von Krisen: Relationalität, Territorialität, Skalarität und Topologien«, in: Frank Bösch, Nicole Deitelhoff, Stefan Kroll (Hg.), Handbuch Krisenforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 41–57.
- BVerfG (= Bundesverfassungsgericht) (2021): Leitsätze zum Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 – 1 BvR 2656/18 – 1 BvR 78/20 – 1 BvR 96/20 – 1 BvR 288/20 – (Klimaschutz). https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Downloads/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (letzter Zugriff am 20.01.2025).
- Council of Europe (2000): European Landscape Convention. Florence, 20 October 2000. Strasbourg.
- Dalglisch, Chris/Leslie, Alan/Brophy, Kenny/MacGregor, Gavin (2018): »Justice, development and the land: The social and cultural context of Scotland's energy transition«, in: Landscape Research 4/43, S. 517–528.
- Davy, Benjamin (2021): Ungerechte Raumplanung. <https://ögr.at/event/online-dialog-ungerechte-raumplanung> (letzter Zugriff am 27.07.2023).
- Duncan, James/Duncan, Nancy (2003): »Can't live with them; can't landscape without them: Racism and the pastoral aesthetic in suburban New York«, in: Landscape Journal 22/2, S. 88–98.
- Duncan, James S./Duncan, Nancy G. (2004): »Landscapes of Privilege: The Politics of the Aesthetic in an American Suburb«. New York: Routledge.
- Egoz, Shelly/De Nardi, Alessia (2017): »Defining landscape justice: the role of landscape in supporting wellbeing of migrants, a literature review«, in: Landscape Research 42/sup1, S. 74–89.
- Fainstein, Susan (2010): The just city. Ithaca, London: Cornell University Press.
- Fraser, Nancy (2017): »Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik«, in: Nancy Fraser/Axel Honneth (Hg.), Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 13–128.
- Fünfgeld, Hartmut (2021): »Umweltgerechtigkeit als soziale Bewegung und interdisziplinäre Forschungsperspektive«, in: Geographische Rundschau 73/6, S. 4–7.

- Gailing, Ludger (2014): Kulturlandschaftspolitik: Die gesellschaftliche Konstituierung von Kulturlandschaft durch Institutionen und Governance (=Planungswissenschaftliche Studien zu Raumordnung und Regionalentwicklung, Band 4). Detmold: Rohn.
- Gailing, Ludger/Leibenath, Markus (2017): »Political landscapes between manifestations and democracy, identities and power«, in: *Landscape Research* 4/42, S. 337–348.
- Gailing, Ludger/Leibenath, Markus (2023): »Landschaften des Anthropozäns. Braunkohlereviere aus der Sicht der Landschaftsforschung«, in: *Informationen zur Raumentwicklung* 50/3-4, S. 22–33.
- Gailing, Ludger/Weith, Thomas (2023): »Räume für Gerechtigkeit. Editorial«, in: *Berichte Geographie und Landeskunde* 96/4, S. 321–328.
- Hartmann, Thomas (2018): »Ethik«, in: Hans Heinrich Blotvogel/Thomas Döring/Susan Grotefels/Ilse Helbrecht/Johann Jessen/Catrin Schmidt (Hg.), *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*. Hannover: Verlag der ARL, S. 571–575.
- Harvey, David (1973): »Social Justice and the City«. London: Edward Arnold.
- Hening, David/Knight, Daniel M. (2023): »Polycrisis: Prompts for an emerging worldview«, in: *Anthropology Today* 39/2, S. 3–6.
- Howarth, David/Glynos, Jason/Griggs, Steven (2016): »Discourse, explanation and critique«, in: *Critical Policy Studies* 10/1, S. 99–104.
- Jenkins, Kirsten/McLaurey, Darren/Heffron, Raphael/Stephan, Hannes/Rehner, Robert (2016): »Energy justice. A conceptual review«, in: *Energy Research & Social Science* 11, S. 174–182.
- Koppers, Lothar/Miosga, Manfred/Sträter, Detlev/Höcht Volker (2018): »Räumliche Gerechtigkeit – Konzept zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern. Eine Studie im Auftrag des Bayerischen Landtags im Rahmen der Enquete-Kommission zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen«. München.
- Kühne, Olaf (2006): »Landschaft und ihre Konstruktion: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde«, in: *Naturschutz und Landschaftsplanung. Zeitschrift für angewandte Ökologie* 38/5, S. 146–152.
- Landy, Frédéric/Moreau, Sophie (2015): »The Right to the Village«, in: *justice spatiale = spatial justice* 7.
- Leibenath, Markus (2014): »Konstruktivistische, interpretative Landschaftsforschung: Prämissen und Perspektiven«, in: Markus Leibenath/Stefan

- Heiland/Heiderose Kilper/Sabine Tzschaschel (Hg.), *Wie werden Landschaften gemacht?* Bielefeld: transcript Verlag, S. 7–38.
- Leibenath, Markus/Otto, Antje (2014): »Competing wind energy discourses, contested landscapes«, in: *Landscape Online*, 38.
- Leibenath, Markus/Gailing, Ludger/Birnbaum, Alena (Hg.) (2024): »Landscapes for Future – Landschaften und sozial-ökologische Transformationen« (RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft). Wiesbaden: Springer VS.
- Leibenath, Markus/Gailing, Ludger (2024): »Landscapes for Future – wo Wandel zu erleben ist und Zukunft gestaltet wird«, in: Markus Leibenath/Ludger Gailing/Alena Birnbaum (Hg.), *Landscapes for Future – Landschaften und sozial-ökologische Transformationen* (RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft). Wiesbaden: Springer VS, S. 3–18.
- Lefebvre, Henri (1968): »Le Droit à la Ville«. Paris: Éditions Anthropos.
- Lessenich, Stephan (2018): *Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben* (aktualis.u. überarb. Taschenbuchausg.). München: Piper.
- Martín-López, Berta/Felipe-Lucia, María R./Bennett, Elena M./Norström, Albert/Peterson, Garry/Plieninger, Tobias/Hicks, Christina C./Turkelboom, Francis/García-Llorente, Marina/Jacobs, Sander/Lavorel, Sandra/Locatelli, Bruno (2019): »A novel telecoupling framework to assess social relations across spatial scales for ecosystem services research«, in: *Journal of Environmental Management* 241, S. 251–263.
- Mason, Kelvin/Milbourne, Paul (2014): »Constructing a ›landscape justice‹ for windfarm development: The case of Nant Y Moch, Wales«, in: *Geoforum* 53, S. 104–115.
- Massarella, Kate/Nygren, Anja/Fletcher, Robert/Büscher, Bram/Kiwango, Wilhelm A./Komi, Sanna/Krauss, Judith E./Mabele, Mathew B./McInturff, Alex/Sandroni, Laila T./Alagona, Peter S./Brockington, Dan/Coates, Robert/Duffy, Rosaleen/Ferraz, Katia M. P. M. B./Koot, Stasja/Marchini, Silvio/Percequillo, Alexandre R. (2021): »Transformation beyond conservation: how critical social science can contribute to a radical new agenda in biodiversity conservation«, in: *Current Opinion in Environmental Sustainability* 49, S. 79–87.
- Mitchell, Don (2003): »Cultural landscapes: just landscapes or landscapes of justice?«, in: *Progress in Human Geography* 27/6, S. 787–796.
- Mitchell, Don (2006): »Go slow: An afterword on landscape and justice«, in: *Norsk Geografisk Tidsskrift – Norwegian Journal of Geography* 60/1, S. 123–127.

- Mitchell, Don (2008): »New axioms for reading the landscape: Paying attention to political economy and social justice«, in: James L. Wescoat/Douglas M. Johnston (Hg.), *Political Economies of Landscape Change. Places of Integrative Power*. Dordrecht: Springer, S. 29–50.
- Mitchell, Don (2024): »Reconceptualizing Justice in Human Geography: Landscape as Basic Structure, Justice as the Right to Justification«, in: *Annals of the American Association of Geographers* 114/9, S. 2010–2027.
- Moebius, Stephan/Reckwitz, Andreas (2008): »Einleitung. Poststrukturalismus und Sozialwissenschaften: Eine Standortbestimmung«, in: Stephan Moebius/Andreas Reckwitz (Hg.), *Poststrukturalistische Sozialwissenschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 7–23.
- Mölders, Tanja (2022): »Nachhaltige Raumentwicklung revisited. Von Transformationsplanung und transformativer Planung«, in: *PLANERIN* 6, S. 45–46.
- Olwig, Kenneth R./Mitchell, Don (2007): »Justice, power and the political landscape: From American space to the European Landscape Convention«, in: *Landscape Research* 5/32, S. 525–531.
- Petring, Alexander (2012): »Vom begrenzten Nutzen moderner Gerechtigkeits-theorien für die praktische Politik«, in: *Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte* 59/12, S. 4–9.
- Rawls, John (2019 [1979]): »Eine Theorie der Gerechtigkeit«. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas (2024): »Verlust. Ein Grundproblem der Moderne«. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas/Rosa, Hartmut (Hg.) (2021): »Spätmoderne in der Krise: Was leistet die Gesellschaftstheorie«. Berlin: Suhrkamp.
- Redepinning, Marc/Singer, Raphael (2019): »Raumbezogene Gerechtigkeit als zentrales Element ländlicher Entwicklung: Ein kritischer Blick auf Nancy Frasers Figurationen von Gerechtigkeit aus raumsensibler Perspektive«, in: Michael Miessner/Matthias Naumann (Hg.), *Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformation und lokale Herausforderungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 58–72.
- Regener, Anna/Kallert, Andreas/Dudek, Simon (2022): »Autoritärer Populismus und ›Heimat‹. Über imaginaries in der Raumordnungspolitik am Beispiel Bayerns«, in: Bernd Belina, Andreas Kallert, Michael Mießner, Matthias Naumann (Hg.), *Ungleiche ländliche Räume Widersprüche: Konzepte und Perspektiven*. Bielefeld: transcript, S. 427–444.

- Richardson, Katherine/Will, Steffen/Lucht, Wolfgang/Bendtsen, Jørgen/Cornell, Sarah E./Donges, Jonathan F./Drüke, Markus/Fetzer, Ingo/Bala, Govindasamy/von Bloh, Wener/Feulner, Georg/Fiedler, Stephanie/Gerten, Dieter/Gleeson, Tom/Hofmann, Matthias/Huiskamp, Willem/Kummu, Matti/Mohan, Chinchu/Nogués-Bravo, David/Petri, Stefan/Porkka, Mina/Rahmstorf, Stefan/Schaphoff, Sibyll/Thonicke, Kirsten/Tobian, Arne/Virkki, Vili/Wang-Erlandsson, Lan/Weber, Lisa/Rockström, Johan (2023): »Earth beyond six of nine planetary boundaries«, in: *Science Advances* 9/37.
- Riehl, Wilhelm Heinrich (1859): »Das landschaftliche Auge«, in: Wilhelm Heinrich Riehl (Hg.), *Culturstudien aus drei Jahrhunderten*. Stuttgart: Cotta'scher Verlag, S. 57–79.
- Schlosberg, David (2007): »Defining Environmental Justice. Theories, Movements, and Nature«. Oxford: Oxford University Press.
- Schmid, Benedikt/Fünfgeld, Hartmut (2023): »Umweltgerechtigkeit«, in: Eva Nöthen/Verena Schreiber (Hg.), *Transformative Geographische Bildung – Schlüsselprobleme, Theoriezugänge, Forschungsweisen, Vermittlungspraktiken*. Berlin: Springer Spektrum, S. 171–178.
- Sen, Amartya (2010): »Die Idee der Gerechtigkeit«. München: C.H. Beck.
- SenUMVK (= Senatsverwaltung für Umwelt Mobilität Verbraucher- und Klimaschutz) (2022): *Die umweltgerechte Stadt: Umweltgerechtigkeitsatlas Aktualisierung 2021/22*. Berlin: SenUMVK.
- Sieferle, Rolf Peter (1997): »Rückblick auf die Natur. Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt«. München: Landtverlag.
- Soja, Edward (2010): »Seeking Spatial Justice«. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Spirn, Anne Whiston (2005): »Restoring Mill Creek: Landscape literacy, environmental justice and city planning and design«, in: *Landscape Research* 3/30, S. 395–413.
- Swanson, Heather Anne (2015): »Shadow ecologies of conservation: Co-production of salmon landscapes in Hokkaido, Japan, and southern Chile«, in: *Geoforum* 61, S. 101–110.
- Wagner, Madeleine/Knieling, Jörg/Weiland, Ulrike (2024): »Große Transformation für eine Nachhaltige Raumentwicklung als Herausforderung für die raumbezogene Hochschullehre«, in: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 5/82, S. 405–421.

- Wolch, Jennifer R./Byrne, Jason/Newell, Joshua P. (2014): »Urban green space, public health, and environmental justice: The challenge of making cities ›just green enough‹«, in: *Landscape and Urban Planning* 125, S. 234–244.
- Zeißig, Hanna/Eichenauer, Eva/Gailing, Ludger (2023): »Gerechtigkeit und räumliche Transformationen. Eine Analyse der Fördermittelvergabe im Zuge des Kohleausstiegs in der brandenburgischen Lausitz«, in: *Berichte Geographie und Landeskunde* 96/4, S. 386–406.

Konzeptionelle Zugänge zu Landschaftsgerechtigkeit

Räume für mehr Gerechtigkeit: Zur Bedeutung von Beziehungsgerechtigkeit für die sozialökologische Transformation bei Avantgardist*innen der Landnutzung

Christine Katz und Daniela Gottschlich

1 Einleitung: mehrdimensionale Gerechtigkeit

Die Auswirkungen sozialökologischer Großkrisen wie Klimawandel und Biodiversitätsverlust haben ebenso wie die Versuche, darauf anpassungsorientiert oder abwehrend zu reagieren, Folgen für Landschaften. Landschaftsräume verweisen auf Macht- und Gerechtigkeitsverhältnisse: Man denke z. B. an die Zunahme von Maisäckern oder Kurzumtriebsplantagen im Zuge des Energiehunger, die andere Nutzungsformen zurückdrängt und eine Verarmung an Biodiversität verursacht, oder an den Bau neuer Infrastrukturen wie Straßen oder die Ausweisung von »Entsorgungsstandorten«, die mit unterschiedlichen Folgen für Menschen, Tiere, Vegetationstypen und die Landschaftsästhetik verbunden sind.

Landschaften entstehen also aufgrund von Nutzungsentscheidungen, sind aufgeladen mit Bedeutungen, die ihr je nach Perspektive und in Abhängigkeit von Interessenslage oder Werthaltung zugeschrieben werden. Räume sind damit mehr als nur physische geographische Nutzungsbereiche. Sie werden auch sozial hergestellt, sind höchst politisch, stecken voller Symbolik. Gesellschaftliche Machtverhältnisse sind in ihnen nicht nur eingeschrieben, sondern werden zugleich durch sie hervorgebracht, reproduziert, verfestigt oder brüchig (Mitchell 2002; Kühne 2019).

Raumbezogene Gerechtigkeitsverhältnisse zu diskutieren, ist gleichwohl herausfordernd. Denn Gerechtigkeit als philosophischer Großbegriff fächert sich in eine Pluralität von Gerechtigkeitskonzeptionen auf (vgl. Goppel/Mieth/

Neuhäuser 2016), die zusehends auch in die Debatten darüber Eingang finden, wie wir Räume gerecht planen, gestalten und nutzen können (vgl. u.a. ARL 2020; Gailing/Weith 2023).

Kämpfe um Gerechtigkeit in der Landnutzung fassen wir als Kämpfe um Umweltgerechtigkeit auf (Klepp/Hein 2024). Bereits an anderer Stelle (Gottschlich 2022: 366) wurde ausgeführt, dass das Gerechtigkeitsverständnis des Umweltgerechtigkeitskonzepts in den letzten Jahrzehnten breiter geworden ist. Lag der Schwerpunkt der Betrachtung im Umweltgerechtigkeitsdiskurs zunächst auf Verteilungsgerechtigkeit und Fragen, wie es zu der ungerechten (materiellen) Fehlverteilung gekommen ist, so werden mittlerweile sowohl die prozessuale Einbeziehung der Betroffenen als auch Anerkennung von Differenz und der besonderen Lage von Minderheiten als wesentlich und miteinander verwoben erachtet (Schlosberg 2009: 11ff.).

In unserem mehrdimensionalen Gerechtigkeitsverständnis (siehe Abb. 2) verbinden wir für eine sozialökologische Perspektive diese drei Dimensionen anthropozentrischer Umweltgerechtigkeit mit Fragen nach ökologischer Gerechtigkeit, die auch Tiere und Pflanzen als Subjekte von Gerechtigkeit anerkennt (Gottschlich 2022: 367) und auch Steine und Boden mit einbezieht. Darüber hinaus schließen wir an Arbeiten an, die die Relevanz von epistemischer Gerechtigkeit¹ betonen (Fricker 2007) sowie neuerdings Beziehungsgerechtigkeit als eine zusätzliche Dimension mit auführen (Müller/Tunn/Kalt 2022). Unser Beitrag nutzt alle diese Dimensionen der Gerechtigkeit. Epistemische Gerechtigkeit verstehen wir als Querschnittsdimension von Verteilungs-, Prozess²- und Anerkennungsgerechtigkeit. Beziehungsgerechtigkeit liegt quer sowohl zu ökologischer als auch zu Umweltgerechtigkeit, da sie nicht nur die materiellen und symbolischen Mensch/Gesellschaft-Natur-Beziehungen in den Blick nimmt, sondern sich mit der Qualität der sozialen Interaktionen und den Machtverhältnissen befasst, die diese Interaktionen prägen.

1 Wir unterscheiden dabei analog zu Fricker (2007) testimoniale und hermeneutische Zugänge, um die Verwobenheit von Machtverhältnissen im Kontext von Wissensgenerierung, -strukturen, -traditionen und Expertise zu verdeutlichen.

2 Von uns werden die Begriffe Prozess- und Verfahrensgerechtigkeit synonym verwendet.

Abbildung 2: Mehrdimensionales Gerechtigkeitsverständnis



Quelle: Eigene Darstellung

Beziehungsgerechtigkeit ist bisher kaum ausgearbeitet, auch wenn konzeptionelle Anknüpfungspunkte zu Ansätzen vorhanden sind, die von einer ontologischen Relationalität allen Daseins ausgehen und einen Subjektbegriff vertreten, der Subjekte immer in Beziehungskontexten verortet (v.a. Plumwood 1993). In unserer Forschung zu Akteuren der Landnutzung in der Region Lübeck (VorAB 2021) spielen insbesondere die Beziehungen der avantgardistischen Akteure eine wichtige Rolle in und für die sozialökologische Transformation. Wir beschreiben diese Akteure als avantgardistisch, weil sie in ihrem professionellen Handeln mit einer Fixierung auf Wachstum und Gewinnmaximierung brechen und stärker auf Gemeinwohl, Solidarität, Teilhabe und Ressourcenschonung setzen (VorAB 2021). Uns geht es darum, aufzuzeigen, wo und wie sich machtförmige Beziehungskonstellationen in der Naturnutzung durch die Praktiken avantgardistischer Akteure aus der Land- und Waldwirtschaft wandeln und darüber gerechtigkeitsrelevante Veränderungen auslösen.

Macht verstehen wir mit Ahlborg und Nightingale (2018: 383) als relational und emergent: »as situated and produced – in interactions among humans and between humans and the non-human world«. Das konkrete Forschungsinteresse liegt dort, »where and how power is exercised and with what effects, rather than whether people/agents ›have‹ power or not« (ebd.: 388). Gerechtigkeits-

relevante Veränderungen beziehen sich bspw. auf die regulatorischen und organisatorischen (Selbstentfaltung-)Potenziale der an den Naturnutzungsprozessen beteiligten menschlichen und nicht-menschlichen Akteure.

Wir fragen, wie diese durch avantgardistische Praktiken genutzt und erweitert werden und für wen das im konkreten Landnutzungskontext mit welchen Folgen verbunden ist, z.B. mit Blick auf die *Verteilung von Ressourcen*: Wo und wie spannen sich die Machtgefüge in den Beziehungen im Zugang zu und Umgang mit Natur neu auf? Wer sind die beteiligten Akteure und wie steht es um ihre Fähigkeit, durch Institutionalisierung eine Verteilung von Ressourcen zu realisieren (konstitutive Macht, Avelino/Rotmans 2009)?

Mit Blick auf die *Prozessgestaltung* fragen wir zum einen, wie und wodurch sich Beteiligungsmöglichkeiten beim Umgang mit Natur verschieben und darüber neue (demokratische) Mitgestaltungsmöglichkeiten von Landschaftsräumen eröffnen (innovative Macht, ebd.)? Zum anderen betrachten wir gerechtigkeitsrelevante Veränderungen von Prozessqualitäten und ihre Funktionen (etwa eine Gewinn- oder Gemeinwohlorientierung).

Schließlich interessiert uns, inwieweit durch die avantgardistischen Praktiken *Bewertung und Anerkennung* eine machtvorschiebende gerechtigkeitsrelevante Änderung erfahren: Was und wer wird durch neue Beziehungskonstellationen und -verhältnisse neu bewertet (Deutungsmacht, Empowerment) und wie erweitert (partnerschaftlicher, resilienter) gestaltet sich darüber das Spektrum an Mensch-Natur-Beziehungen und an gesellschaftlichen Naturverhältnissen im konkreten Landnutzungskontext?

Im Folgenden schildern wir den Forschungskontext, in dem wir die avantgardistischen Akteure untersucht haben, und skizzieren unser Vorgehen (Kapitel 2). Wir stellen kursorisch die vorherrschenden Beziehungsverhältnisse in der Land- und Waldwirtschaft dar (Kapitel 3). In Kapitel 4 zeigen wir auf, wie die avantgardistischen Akteure aus der Land- und Waldwirtschaft diese Verhältnisse in ihren Praktiken verändern. Die feststellbaren Veränderungen in den Machtverhältnissen beschreiben wir als Beziehungsgerechtigkeit in Kapitel 5. Beziehungsgerechtigkeit konzeptualisieren wir damit als eine Gerechtigkeitsdimension, die durch sozialökologische Praktiken hervorgebracht wird und zugleich in ihnen verankert ist.

2 Forschungsregion Lübeck und methodisches Vorgehen

Die empirischen Ergebnisse, auf die wir uns beziehen, sind im Rahmen des BMBF-Verbund-Forschungsprojektes »Vorsorgend handeln. Avantgardistische Brückenansätze für nachhaltige Regionalentwicklung (VorAB)« in der Region Lübeck entstanden (VorAB 2025). Diese Region umfasst räumlich-administrativ die Stadt Lübeck und Landkreise in Schleswig-Holstein (Herzogtum Lauenburg, Storman, Segeberg, Ostholstein) sowie in Mecklenburg-Vorpommern (Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim) (VorAB 2021). Grundlage für unseren Beitrag ist die inhaltsanalytische Auswertung von 17 Expert*innen-Interviews mit Akteuren der Land- und Waldwirtschaft (abgekürzt durch WaWi_Nr. bzw. LaWi_Nr.) sowie jeweils ein Salongespräch mit 12 Akteuren der Land- und Waldwirtschaft. Die Akteure wurden über eine Desktop-Recherche in der Region Lübeck ermittelt (VorAB 2021). Kriterien waren Höfe mit ökologischer Anbauweise, soziokulturellen Zusatzangeboten, solidarischer Wirtschaftsweise (SoLaWis) sowie waldwirtschaftliche Betriebe, die FSC-zertifiziert arbeiten, interessiert am bzw. bereits Kontakt mit Lübecker Modell³ haben sowie Waldprodukte nachhaltigkeitsorientiert vertreiben. Interviewt wurden

- neun Landwirtschaftsakteure: eine Verbraucher-Erzeuger-Genossenschaft, drei SoLaWis, fünf Biohöfe. Jeweils eine Person stammt aus Lübeck und Kreis Ostholstein, drei aus Herzogtum-Lauenburg und jeweils zwei aus Nordwestmecklenburg und dem Kreis Segeberg.
- neun Waldwirtschaftsakteure: vier Förster*innen/Betriebsleiter*innen (davon zwei aus dem Bereich Kommunalwald, zwei aus Landes-/Kreisforsten), drei Privatwaldbesitzer*innen, eine*n Wildproduktvermarkter*in, ein Ratsmitglied. Drei der Interviewten stammen aus Herzogtum-Lauenburg, 1 Person jeweils aus Storman, Nordwestmecklenburg und Lübeck sowie drei aus Ludwigslust-Parchim.

3 Das Modell wurde 1994 im Lübecker Stadtforst eingeführt. Danach orientiert sich die Bewirtschaftung an Naturwäldern basierend auf wissenschaftlichen Studien und ausgewiesenen sog. Referenzflächen, die der Beobachtung und Erforschung dienen. Der Fokus liegt auf der Förderung der Naturnähe von Waldbeständen und deren Rahmenbedingungen (Prozessschutzansatz) und der Anwendung der Suffizienz bei Bewirtschaftungsentscheidungen (Sturm 2013).

Die Interviews wurden zunächst deduktiv mit einem an die Heuristik von Haxeltine et al. (2017) angelegten Kategoriensystem kodiert. Untersucht wurden konkrete sozialökologische Praktiken der Landnutzung im Bereich Land- und Waldwirtschaft (Doing), dahinterstehende Motive und Konzepte (Framing), Wissen (Knowing), Organisationsprozesse sowie die stattfindenden Aushandlungsprozesse (Organizing). Zusätzlich wurden diese Kategorien induktiv aus dem Datenmaterial ergänzt und in einem zweiten Schritt anhand der eingangs beschriebener Fragestellungen ausgewertet.

3 Hegemonialer Beziehungsstatus: regionale gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Krise

In der Region Lübeck ist die Ausgestaltung der Landnutzungsformen – wie überall in Deutschland – größtenteils von Beziehungsasymmetrien gekennzeichnet. Sie sind Ausdruck eines machtvollen Monopols der Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse (Brand/Görg 2022: 37ff.) durch konventionell wirtschaftende Akteure der Landnutzung sowie ihrer politischen Vertretungen und Institutionen. Es handelt sich bei diesen konventionellen Landnutzungsformen – wir nennen sie hegemonial (vgl. Krüger 2022: 377ff.) – um die Durchsetzung einer spezifischen ausbeuterischen, nicht nachhaltigen Form der Gestaltung von Natur. Die derzeitige Praxis der Land- und Waldwirtschaft verweist in mehrfacher Hinsicht auf krisenhafte Verhältnisse in den Mensch/Gesellschaft-Natur-Beziehungen, auf die wir im Folgenden eingehen.

3.1 Instrumentalisierung von Natur und Privilegierung der eigenen Menschposition

Natur gilt in der hegemonialen Land- und Wald-/Forstwirtschaft⁴ als kontrollier- und optimierbares Betreuungs- und Gestaltungsobjekt, d.h. als eine auf betriebswirtschaftliche Produktionsziele hin mechanistisch zu steuernde

4 Avantgardistische Akteure arbeiten *mit* Waldnatur. Der konventionelle Begriff Forst bezeichnet demgegenüber einen Wirtschaftswald, der sich vorrangig an ökonomischen Parametern orientiert. Wir verwenden im Text beide Begriffe, wobei wir Waldwirtschaft als den übergeordneten Terminus verstehen.

und ausbeutbare Ressource (Katz 2016; Feindt et al. 2019). Die Bewirtschaftung ist entsprechend interventionsintensiv und landschaftsformend, häufig unterstützt durch den Einsatz großer Maschinen und Technik. Die übergeordnete Position des Menschen in dieser Beziehungskonstellation wird nicht hinterfragt. Es geht um Produktionsraten des Betriebs, die erfüllt werden wollen, um optimale Wachstumsbedingungen für die und Fitmachen der Ertragspflanzen/Nutztiere. Landwirt*innen und Förster*innen fungieren als Manager*innen: Sie steuern, regulieren und optimieren den Produktionsprozess distanziert von außen, ausgerichtet an neu geweckten Kund*innen-Bedarfen und Moden. Sie entscheiden, was wo wächst (Anpflanzung), wann und wie geerntet und weiterverarbeitet wird (Katz 2016).

3.2 Externalisierung und Zentralisierung

Die Preisgestaltung der Produkte in Land- und Waldwirtschaft fußt auf der Externalisierung von Umweltkosten und Individualisierung von Gewinnen nach den Regeln der Akkumulationslogik des Marktes. Die Preise spiegeln nicht die echten Kosten wider, was den Wettbewerb verzerrt und gemeinwohlorientierte ökologische Bewirtschaftungsansätze benachteiligt. Dies ist aufgrund einer fehlenden Bilanzierung für Konsument*innen kaum wahrnehmbar. In unserer Projektregion gibt es seit Jahren aus unterschiedlichen Gründen einen Trend zur Zusammenlegung von Flächen, was zur Zentralisierung von weniger dafür aber größeren Betrieben führte und immer noch führt und mit einem weitergehenden Höfesterben verbunden ist (Klüter 2016). Das gilt für Land- und Waldwirtschaft gleichermaßen. Bestehende Förderstrukturen unterstützen diese Entwicklungen.

3.3 Priorisierung der Gewinnerorientierung als Produktionsprinzip

Ziel der Produktion in der hegemonialen Land- und Waldwirtschaft ist es, die vermarktbare Produktivität beständig zu erhöhen. In der Waldwirtschaft findet sich entgegen des im Waldgesetz formulierten Anspruchs keine Gleichrangigkeit der ökologischen, sozialen und ökologischen Funktionen. Vielmehr wird »[b]ei der Bewirtschaftung des Staatswaldes [...] die Gewinnerorientierung gegenüber der Orientierung an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben gestärkt«, wie der Forstpolitologe Krott (2001: 12) konstatiert. Die Produktivität richtet sich entsprechend ausschließlich am Holzverkauf aus. Ungenutzte oder im Wald z.B. durch Sturm zusammengebrochene Areale gelten als »Verlust«, als

wertlos und müssen über Interventionen z.B. über Neubestockung aufgewertet werden.

Die Produktivitätssteigerung erfolgt zum einen über die Erhöhung der Effizienz u.a. durch neue Technologien und zum anderen über Spezialisierung, etwa über die Festlegung auf einige wenige Zielprodukte wie schnellwüchsige und klimastabilerer Baumarten oder über Masse wie z.B. Aufbau großer Milch- oder Schweinemastbetriebe. Die Art dieser Bewirtschaftung führt zu einem erheblichen Verlust an (Bio-)Diversität; sie trägt zur Bodenverarmung bei, mit destruktiv verändernden Auswirkungen auf die Mikrofauna und -flora und uniformiert Landschaften und Betriebsstrukturen.

3.4 Ungleicher Zugang zu Ressourcen sowie mangelnde Mitsprache

Auch in unserer Projektregion Lübeck steigen die Bodenpreise, sodass Landwirt*innen es sich kaum mehr leisten können, Land zuzukaufen. Verkauft wird verstärkt an externe Investor*innen, die insbesondere in monokulturelle Cash-Crops⁵ einsteigen. Zudem erfolgt die Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen durch die Kommunen i.d.R. nicht nach ökologischen Kriterien. Zum anderen werden Flächen generell kaum mehr an Neuanfänger*innen zum Einstieg in die Landwirtschaft gegeben (LaWi_3).

Es gibt kaum andere Möglichkeiten der Mitgestaltung von Land. Die geringe Offenheit gegenüber den Perspektiven von außen (etwa durch Bürger*innenbeteiligung) ist in Wald- und Landwirtschaft allerdings unterschiedlich ausgeprägt: In der Landwirtschaft hat sich für den Ökolandbau eine Alternativstruktur etabliert, die in Produktion, Vertrieb, Vermarktung und politischer Lobbyarbeit durchaus verschiedene Einflussmöglichkeiten bietet. Im Bereich Waldwirtschaft ist das Interesse an Mitbestimmung zwar vorhanden (z.B. Bürgerwaldinitiativen). Doch Förster*innen betrachten den Wald weiterhin als ihr Gestaltungsobjekt und die Forstwirtschaft als exklusiv ihr Geschäft, von dem auch nur sie etwas verstünden (Westermayer 2018). Mitentscheidungsansprüche werden als unqualifiziert und ungerechtfertigt abgelehnt, da Förster*innen nur die Vorgaben gewählter Kommunalpolitiker umsetzen und zusätzliche Mitbestimmung als unnötig empfinden würden (VorAB 2021; WaWi_7).

5 Als Cash Crops werden landwirtschaftliche Anbaukulturen bezeichnet, die insbesondere zu Exportzwecken und damit zur monetären Gewinnerzielung gepflanzt werden, im Unterschied zu Subsistenzkulturen, die der Selbstversorgung dienen.

Auch innerhalb der Forstverwaltung ist die Beteiligungs- und Innovationskultur eingeschränkt. Kritische Sichtweisen haben es schwer, Gehör zu finden, externe Einmischungen sind verpönt (WaWi_3,-7,-8).

3.5 Deutungshoheit durch konventionelle Beratung

Der sprichwörtliche »Closed circle« der Forstwirtschaft verunmöglicht bis heute eine sachliche Auseinandersetzung mit waldbaulichen Ansätzen, die von der herkömmlich vertretenen Linie abweichen. Es gebe, nach der Aussage einiger Befragter, weder ein Interesse an anderen (waldbaulichen) Vorgehensweisen noch werde Beratung mit Blick auf grundsätzliche Waldbaualternativen überhaupt angeboten (WaWi_2,-4,-7,-9). Damit tritt auch in der Beratung und Entscheidungsfindung über die forstliche Nutzung kommunaler Wälder eine Schiefelage auf. Sie verweist auf die Deutungshoheit und Vormachtstellung der hegemonialen konventionellen Forstwirtschaft.

4 Avantgardistische Beziehungsverhältnisse

Im Folgenden stellen wir dar, wie die Avantgardist*innen der Landnutzung in und durch ihre sozialökologischen Praktiken neue (machtvolle) Beziehungen etablieren und damit zu mehr Gerechtigkeit beitragen. Denn dadurch werden die beteiligten menschlichen und nicht-menschliche Akteure unterstützt, ein erweitertes Spektrum an Potenzialen entfalten zu können. Dies trägt dazu bei, dass in der Landnutzung eine Vielzahl an Qualitäten (prozess- und produktbezogen) generiert und die Mensch-Natur-Beziehungen partnerschaftlicher gestaltet werden. Aus dem qualitativ anderen Tun erwachsen so relationale Verständnisse von Natur und ein die Naturproduktivität erhaltendes Ökonomieverständnis (Biesecker/Hofmeister 2006). Wir werden in unseren Ausführungen zeigen, was dies für die Landnutzung bedeutet.

4.1 Relationales Naturverständnis: Empowerment und Definitionsmacht

Die Avantgardist*innen beschreiben ihr Tätigsein in, mit und gegenüber Natur als stark beziehungsorientiert. Das bewusste In-Beziehung-setzen mit Natur, so berichten sie, sei zeitintensiv; sie agieren eingriffsarm, im dauernden Abgleich mit der Naturdynamik. Die Avantgardist*innen der Waldwirtschaft arbeiten bspw. ausschließlich mit Naturverjüngung, nutzen Pferde für die bo-

denschonende Holzernte und belassen einen nicht unerheblichen Teil an Biomasse im System (z. B. als Totholz), ermöglichen so Regeneration und vielfältige Selbstentfaltung des Naturpotenzials. Kahlschläge oder anderweitig sichtbar verändernde, zum Teil destruktive Eingriffe z. B. in Form von Harvester- oder Chemieeinsätzen sind nicht erlaubt (vgl. Sturm 2013; Fichtner et al. 2014). Denn Natur würde am besten selbst und ohne dauernde Interventionen Qualitätszustände hervorbringen, die in wirtschaftlicher Hinsicht interessant seien, aber eben auch für den Erhalt der Biodiversität (WaWi_4, 94).

Auch die landwirtschaftlichen Avantgardist*innen halten ihre Eingriffe gering: keine großen Maschinen (Beregnungsanlagen), Technologien (Chemieeinsatz), Monokulturanpflanzungen oder Massentierhaltung. Ihre Haltung zur Natur ist geprägt von Respekt gegenüber der Daseinsberechtigung aller Lebewesen. Manche sprechen von Tieren als »beseelten Wesen«, für die sie Verantwortung tragen würden (LaWi_5). Der allgemein verhasste und im konventionellen Anbau mit Pestiziden bekämpfte Giersch wird von einer Avantgardistin als das »Andere, das sich machtvoll selbst hervorbringe« mit seinen eigenen Qualitäten (Heilkraut und essbar wie Spinat) auf dem Markt präsentiert (LaWi_1).

Natur im Sinne aller nichtmenschlichen Daseinsformen gilt den Avantgardist*innen aus der Land- und Waldwirtschaft als kraftvoll produktiv und selbstregulativ sowie optimal ausgestattet für die Anpassung an dynamische Veränderungen (WaWi_4,_6,_9; LaWi_1,_4). Sie wird damit zur aktiven Mitgestaltungspartnerin, zur subjekthaften Mitwelt im Sinne Meyer-Abichs (1990), mit der wir Menschen unabänderlich verbunden sind.

4.1.1 Empowerment von self-in relationship

Avantgardist*innen denken Natur anders und haben eine andere Haltung zu Natur, was sich auch in einem anderen Naturumgang ausdrückt. Dies führt zu einer Neujustierung der Mensch/Gesellschaft-Natur-Beziehungen in Richtung Verbundenheit, Partnerschaft und der Anerkennung wechselseitigen Angewiesenseins. Die Avantgardist*innen liefern damit für die Debatten über Tierwohl, ökologische Gerechtigkeit und Naturrechte radikale Argumente. Denn die Lesart von Natur als aktiver Co-Kreatorin verschiebt den Diskurs vom privilegierten Sonderstatus des Menschen und wandelt die Machtverhältnisse in den Mensch-Natur-Beziehungen. Avantgardist*innen tragen damit durch ihr Praxiswissen zur Diskussion über das Neudenken des menschlichen Selbstentwurfs und seiner Positionierung im Natur-Gesellschaftsgebilde bei. In ihrem Tätigsein stellt sich das Subjekt über Inklusion und Verbundenheit

statt Ausgrenzung und Abwertung her. Die Praxis ihres Handelns generiert ein Bewusstwerden für das Eingebettetsein gesellschaftlichen Wirtschaftens in ökologische Zeitrhythmen und für die Relevanz von Begrenzung.

Die avantgardistischen Beziehungen zur und mit Natur irritieren den gängigen Umgang und die ihm inhärenten Vorstellungen der hegemonialen Landnutzungsakteure von Natur als einer passiven, beliebig mechanistisch form- und ausnutzbaren Ressource. Sie fordern damit auch das Selbst- und Professionalisierungsverständnis von hegemonialen Landnutzer*innen als Ressourcenmanager*innen heraus. Denn für die Avantgardist*innen (insbesondere im Bereich der Waldwirtschaft) werden andere beziehungs- und vermittlungsrelevante Kompetenzen und Fähigkeiten benötigt.

4.1.2 Gewinn an Deutungsmacht

Die Neuausrichtung im Naturverständnis und der Aufgabenausrichtung der avantgardistischen Akteure führt zu Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit von Bewirtschaftungskonzepten. Dies zeigt sich insbesondere im Bereich Waldwirtschaft und dort im Konzept der ökologischen⁶ Waldwirtschaft (Lübecker Modell) (Sturm 2013).

Die neue Deutungsmacht im Bereich Waldwirtschaft⁷ erfährt auch durch strategische Vernetzungen und Kooperationen Stärkung. So werden die Avantgardist*innen auf fachlicher Ebene von etlichen Wissenschaftler*innen der ökologischen Waldwirtschaft (z.B. aus den Hochschulen in Eberswalde und Göttingen) und in strategischer Hinsicht von eigens aufgebauten Netzwerken (z.B. wie der Waldallianz) unterstützt. Der Gewinn an kooperativer Macht stärkt nicht nur inhaltlich, sondern hilft auch dabei, sich gegenüber Dritten in Einrichtungen der Forstcommunity zu behaupten und anders zu positionieren. Inzwischen hat sich die Interessensvertretung für den avantgardistischen Ansatz weiter hinein in die herrschenden Organisationen und Strukturen verbreitet. Die Avantgardist*innen haben auch damit begonnen, den Aufbau eigener Strukturen (Think-Tanks und Verbreitungsorganisationen

6 Begriffe wie naturnahe, nachhaltige und ökologische Waldwirtschaft werden nicht einheitlich verwendet. Hinter ihnen verbergen sich z.T. recht unterschiedliche Waldbaukonzepte. Wir verwenden im Text den Begriff ökologische Waldwirtschaft und meinen damit Ansätze, die nach dem Lübecker Modell wirtschaften.

7 In der Landwirtschaft stellt es sich anders dar, weil dort seit langem mit dem inzwischen institutionalisierten Bioanbau Alternativstrukturen bestehen, mit eigenen Fachzeitschriften, Institutionen, Netzwerken, Lobbyarbeit. Kämpfe um Deutungsmacht gibt es dort zwar weiterhin, sei werden jedoch anders geführt.

wie die Naturwaldakademie), zentral und dezentral voranzutreiben, was einen Zuwachs an innovativer Macht (Avelino/Rotmans 2009) bedeutet. Darüber betreiben sie offensiv Forschung und Politikberatung, zu Naturwaldentwicklungen. So gelingt es ihnen zusehends besser, ihren Ansatz auch medial und öffentlich zu verbreiten, weiter mit Forschungsdaten zu untermauern und in die politischen Arenen einzubringen.

4.1.3 Wider die epistemische Ungerechtigkeit

Allerdings bleiben die Beziehungs- und Machtverhältnisse im Bereich der Waldwirtschaft auf der epistemischen Ebene weiterhin umkämpft. Bestimmte Erkenntnisse und Konzepte sowie ihre Vertreter*innen erfahren eine bevorzugte Anerkennung, andere werden dagegen ignoriert oder abgewertet. Miranda Fricker (2007) unterscheidet zwei Formen epistemischer Ungerechtigkeit, die jeweils dazu führen, dass Menschen in ihrer Eigenschaft als Wissende nicht ernstgenommen werden: testimoniale Ungerechtigkeit und hermeneutische Ungerechtigkeit. Von beiden Formen sind avantgardistische Akteure bzw. ihre Ansätze und Praktiken betroffen.

Als *testimoniale Ungerechtigkeit*, die das Zeugnis-Ablegen betrifft, beschreibt Fricker Situationen, in denen aufgrund von Vorbehalten gegenüber einer Person, dieser weniger Glaubwürdigkeit zugeschrieben wird (ebd.). Bezogen auf den Bereich der Waldwirtschaft ist das feststellbar, wenn Avantgardist*innen bspw. von der hegemonialen konventionellen Forstcommunity einen Sonderstatus verliehen bekommen. So wird z.B. behauptet, in Lübeck herrschten besondere Boden- und Ausgangsverhältnisse, deswegen sei das, was dort passiert, nicht verallgemeinerbar, oder das Konzept der ökologischen Waldwirtschaft wird fälschlicherweise nicht als Wirtschaftskonzept anerkannt, sondern als Naturschutzkonzept ausgewiesen (WaWi_8). Sich allein für das Lübecker Modell zu interessieren, führe u.U. zur Ausgrenzung bzw. die Angst davor lasse potenzielle Abweichler*innen vom hegemonialen Kurs verstummen. Bereits bestimmte Begriffe würden daher vermieden, um nicht in das gleiche Lager gesteckt zu werden (WaWi_3, WaWi_7). Oder aber die Begriffe würden vereinnahmt, d.h. in einer schwächeren Interpretation gezielt eingesetzt, um eine vermeintliche Nähe in der Sache herzustellen und sich zugleich als konstruktivere Alternative zu präsentieren. So beschreibt einer der befragten Forstakteure, dass sie Prozessschutz wie auch die Naturverjüngung schon immer betreiben würden, nur dass sie das nicht so absolut dogmatisch sehen und nach außen tragen würden, »wie gewisse andere« (WaWi_8).

Hermeneutische Ungerechtigkeit liegt laut Fricker (2007) dann vor, wenn Menschen nicht fähig sind, ihre Erfahrungen zu begreifen und zu vermitteln. So kann es bspw. für ein Mitglied einer indigenen Gemeinschaft mit einem kollektiven Besitzverständnis reichlich erschwert sein, in einer Kultur, in der ein privatwirtschaftlicher Begriff von Eigentum existiert, Verständnis für die eigenen Erfahrungen zu erzielen. Avantgardist*innen der Waldnutzung sind analog dazu kaum in der Lage innerhalb einer Bewirtschaftungskultur, wo eine eingriffsintensive Bewirtschaftung als normal und angemessen apostrophiert wird und hegemoniale Praktiken das Selbstverständnis der Organisation mit konstituieren, Verständnis für sich und ihre radikal anderen Natur- und Produktionsvorstellungen zu erreichen.

Solcherart hermeneutische Machtgefälle erschweren eine Verständigung. Denn, dass nicht normkonforme Ansätze ausgegrenzt und unterdrückt werden, erschließt sich vielen innerhalb und außerhalb des Systems Waldwirtschaft oder -politik nicht. Waldwirtschaft wirkt per se natürlich und nachhaltig. Das dem konventionellen forstlichen Wirtschaften zugrunde liegende Natur- (und Produktions-)Verständnis, das Ungerechtigkeiten im Mensch-Naturverhältnis produziert, bleibt dahinter (noch) verborgen.

4.2 Avantgardistische Akteure praktizieren eine neue Ökonomie

Avantgardist*innen, so unser Befund, verfolgen eine Produktionslogik, bei der es nicht darum geht, über einen anonymen Markt maximale Gewinne abzuschöpfen. Stattdessen steht eine konsequente und gelebte Beziehungsorientierung im Vordergrund – bezogen auf Menschen und die nicht-menschlichen Welten, bezogen auf gleichgesinnte Akteure (z.B. Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, andere Bio-Höfe) und auch bezogen auf die Region. Transparenz in der Lieferkette, das Sich-Kennen, das Um-einander-Wissen und Vertrauen sind wichtige Merkmale dieser anderen Art zu produzieren. Die Beziehungen in dieser neuen Ökonomie sind entsprechend von Offenheit, Sich-Verbinden, von Kooperation und Vernetzung geprägt.

Das gilt vor allem auch mit Blick auf Natur. Die Avantgardist*innen verstehen sich als Hersteller*innen bzw. Bewahrer*innen von Bedingungen, um das Potenzial der Selbstentfaltung von Natur, ihre Fähigkeiten zur Selbstregulation nutzen zu können (WaWi_4,_5,_9; LaWi_1,_4,_6). Die Praxis des Sich-Einlassens auf Natur ist Voraussetzung für das konsequente Ermöglichen und produktive Nutzen von naturdynamischen Prozessen. Das Vertrauen in Naturpotenzial ist das wesentliche Element der neuen Produktionslogik:

Die waldwirtschaftliche Produktion richtet sich danach aus, was Natur von sich aus hervorbringt und in einem »ausgewachsenen Stadium« von selbst liefert. Avantgardistische Waldwirtschaft sieht keine interventionistische Waldpflege vor, die auf bestimmte Holzerträge hin fokussiert ist. Konkret bedeutet es, dass Bäume bis zur Erntereife wesentlich älter werden dürfen und nicht der ganze darüber erzeugte Holzvorrat »abgeschöpft« wird. Denn in alten Bäumen steckt nicht nur mehr Holz, sondern sie bieten auch andere Lebensraumbedingungen und stellen damit einen wichtigen Faktor für die Entwicklungsdynamik und Biodiversität des Waldökosystems dar (Sturm 2013).

In der avantgardistischen Landwirtschaft gilt das Prinzip des ressourcen-erhaltenden, bodenverbessernden, gemeinschaftsorientierten und respektvollen Wirtschaftens, in der ökologische Rhythmen und Eigenzeiten Platz haben. Tiere werden artgerecht gehalten, Massenproduktion wird abgelehnt und Ausschuss reduziert.

Das Anliegen der Befragten ist, mit der eigenen Praxis zu belegen, dass existenzsicherndes Wirtschaften ohne Naturzerstörung möglich ist. Mehr noch: Die befragten Avantgardist*innen wollen das gesamte Funktions- und Leistungsspektrum des Lebensraums für die menschliche und nichtmenschliche Umwelt langfristig sicherstellen. Und das meint mehr, als die Produktion von Holz oder Nahrungsmitteln zu sichern.

Produktiv ist in ihrem Verständnis auch das, was »betriebswirtschaftlich nicht zählt, aber überaus gewinnbringend für das System ist« – wie ein interviewter Waldakteur es für sogenannte Störungsflächen und deren Entwicklungspotenzial beschreibt (WaWi_9). Ein landwirtschaftlicher Avantgardist erklärt, dass sie neben dem Erhalt der Naturproduktivität eine besondere Prozessqualität, d.h. auch Sinnstiftung und soziales Miteinander hervorbringen würden. Es geht ihnen auch darum, das Andersmachen in Gemeinschaft zu erproben und die Mitgestaltung einer anderen Nahrungsmittelerzeugung zu ermöglichen.

4.2.1 Akzeptanz von Begrenzung (Suffizienzorientierung)

Avantgardist*innen realisieren eine Begrenzung ihres Wirtschaftens sowohl bezogen auf die Reproduktivitätsgrenzen von Natur als auch bezogen auf die Weiterentwicklung des eigenen Betriebs. Bspw. wird die Holzentnahme im Wald reglementiert, die Verantwortung gegenüber Nutztieren begrenzt zugleich deren Anzahl. Tiere werden erst geschlachtet, wenn alle Anteile verkauft worden sind. Alles an ihnen wird verwertet. Einige der befragten Landwirt-

schaftsavantgardist*innen akzeptieren auch Begrenzungen im persönlichen Lebensumfeld. Sie beschreiben, dass sie, um ihre Ziele zu erreichen, z.B. vor allem in den Anfängen ihres Hofbetriebs mit weniger Lohn auskommen mussten oder zum Teil bis heute noch zusätzliche »Brotberufe« haben, um das Neue ausprobieren zu können (LaWi_3,_8).

Wachstum zum Zwecke der Profitmaximierung lehnen die Avantgardist*innen ab. Durch eine solidarische Wirtschaftsweise und kooperative, auf Vertrauen basierende Wirtschaftsbeziehungen zwischen Verbraucher*-, Vertreter* - und Produzent*innen wird ein Wachstum anderer Art generiert: die Diffusion solidarischer gemeinschaftsorientierter Geschäftsmodelle in die Fläche, d.h. der Aufbau ähnlicher Unternehmen, Knotenpunkte, an anderen Orten, jeweils mit einem räumlich eingegrenzten Handlungsradius (in der Landwirtschaft bis max. 30 km). Zu groß zu sein, gilt eher als hinderlich für vertrauensvolle und transparente Beziehungspartnerschaften. Das Wirtschaften in kleinräumigen Einheiten dient zudem als das Mittel, um der grassierenden Anonymität und Respektlosigkeit gegenüber dem Land, seiner landschaftlichen, durch kulturelle Nutzungstraditionen gewachsenen Ausprägung, seinen Lebewesen, dem Boden und auch den in der Wertschöpfungskette involvierten Menschen etwas entgegenzusetzen (LaWi_7).

Die Anerkennung von Grenzen bezieht sich auch auf das eigene Wissen über Natur und die Art, damit umzugehen. Avantgardist*innen halten es entsprechend für dauernd erweiterungs- und anpassungsbedürftig.

4.2.2 Teilhabe und Mitbestimmungsorientierung

Die neue Ökonomie lebt von direkten Mitgestaltungsmöglichkeiten. Die Waldavantgardist*innen führen bspw. überdurchschnittlich viele Exkursionen durch, nehmen teil an bzw. veranstalten selbst wissenschaftliche Fachtagungen zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem avantgardistischen Konzept und integrieren gezielt andere Perspektiven. Das Lübecker Modell der ökologischen Waldwirtschaft wurde unter der Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzorganisationen mit entwickelt. Es ist bislang bundesweit das einzige. Über Nicht-Forstfachleute kämen Sichtweisen in die Waldwirtschaftsdebatte, die nicht »produktionsverstellt« aber dringend erforderlich seien – so einer der befragten Waldakteure (WaWi_6). Denn dies eröffne Zugänge zu Denktraditionen, die in der hegemonialen Forstcommunity unterrepräsentiert seien, und ermögliche eine mehrperspektivische Bewertung der Waldpolitik und -wirtschaft, was als unerlässlich gilt, um im Waldbereich den großen Herausforderungen angemessen begegnen zu

können. Avantgardist*innen tragen darüber hinaus dazu bei, den Wald als gesellschaftspolitisches Aushandlungsfeld zu gestalten, statt es exklusiv den Förster*innen und Lobbyist*innen zu überlassen. Sie unterstützen so eine die (Selbst-)Kritik förderliche, beziehungs- und beteiligungsorientierte Kulturpraxis der Landnutzung.

In der Landwirtschaft gewähren Mitmachhöfe, inklusive Angebote oder die Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) Zugang und Teilhabe. Die Avantgardist*innen bieten Fortbildungskurse (z.B. zu Permakultur), Teilnahme am Freiwilligen Ökologischen Jahr auf den Höfen, arbeiten mit Kindergärten, Schulen zusammen oder organisieren selbst z.B. Jugendcamps. Sie schaffen darüber Lern- und Begegnungsorte für sich und andere, bei denen das Lernen von- und miteinander beim gemeinsamen Tun und konkreten Machen (z.B. Brot backen oder Gemüse fermentieren) im Mittelpunkt steht. Sie erzeugen zum Teil selbst regenerativ die Energie für den eigenen Hof und zeigen, dass sie vielfältige Qualitäten von Produkten, für das Land, aber auch die Sinnstiftung und das soziale Miteinander hervorbringen. Avantgardistische Akteure*innen betreiben, was wir »ökologische Landwirtschaft plus« nennen.

Die Avantgardist*innen im Bereich Landwirtschaft bieten durch die Beteiligungsorientierung Möglichkeiten der Einflussnahme, die es in konventionellen Landwirtschaftsbetrieben so nicht gibt. Dies zeigt Wirkung auf die Machtverhältnisse und deren Gerechtigkeitsbezüge. In den SoLaWis können bspw. nicht-landwirtschaftlich ausgebildete, aber interessierte Menschen unabhängig von ihrem Einkommen mitbestimmen, welche Früchte angebaut werden, und wie die Aufgaben gemeinschaftlich verteilt werden. In manchen Höfen werden zudem Menschen mit sozialen und psychischen Problemen inkludiert, weil sie sich als gemeinschaftsförderndes Projekt verstehen, das für alle zugänglich ist. Damit erlangen auch marginalisierte Gruppen Möglichkeiten zur Gestaltung des Landschaftsraums und der regionalen Ernährungswende (Prozessgerechtigkeit), erleben Teilhabe an Boden- und Ressourcennutzung (Verteilungsgerechtigkeit) sowie Empowerment und Solidarität (Anerkennungsgerechtigkeit).

4.2.3 Gemeinwohlorientierung

Vor allem bei den Avantgardist*innen im Bereich Landwirtschaft finden sich Wirtschaftsformen, die auf den »Mehrwert« für die Gesellschaft und die nicht-menschlichen Welten setzen (Biesecker/Wiesler-Trapp/von Winterfeld 2022). Neben einer schonenden, die Potenziale der landwirtschaftlichen Ökosysteme erhaltenden oder wiederherstellenden Produktionsweise stellen sie die soziale

Interaktion, d.h. das Miteinander-Tätigsein und die Erfüllung, die dabei für alle Beteiligten entsteht, in den Mittelpunkt.

Konkret setzen sie auf direkte Vermarktungsstrukturen, die zum einen auf Vertrauen und regionaler Nähe basieren und die zum anderen die Trennung zwischen dem Produktions- und dem Konsumbereich aufheben, indem sie die Käufer*innen am Herstellungsprozess beteiligen. Die Preise werden in Bieter*innen-Runden nach den eigenen finanziellen Möglichkeiten festgelegt, was eine solidarische Preisgestaltung ermöglicht. Für Ernteauffälle kommen nicht alleine die Landwirt*innen auf, sondern alle Mitglieder federn dies gemeinsam durch ihre Beiträge ab. Auf diese Weise gelingt eine Dekommodifizierung von Agrarprodukten.

Aus den Interviews wurde deutlich, dass in einigen Fällen eine Umkehrung des Prinzips von Angebot und Nachfrage stattfindet. Während die konventionellen Produzent*innen von Lebensmitteln derzeit durch die Preisgestaltung in eine dauernde Produktionssteigerungsspirale getrieben werden (insbesondere in der Massentierhaltung), findet sich bei einigen avantgardistischen Akteuren eine am realen Bedarf und Interesse der Mitglieder orientierte Produktion: So wird z.B. die Kuh im Cow-Sharing erst dann geschlachtet, wenn alle Teile verkauft sind. Dadurch wird auch das Konsumverhalten herausgefordert: nicht alles ist immer sofort verfügbar, sondern folgt saisonalen oder Tierwohl-Rhythmen.

5 Avantgardist*innen verändern Beziehungen und Machtverhältnisse hin zu mehr Gerechtigkeit

Die Avantgardist*innen der Landnutzung verschieben mit ihren neuen Formen der beziehungsorientierten Landnutzung Macht- und Gerechtigkeitsverhältnisse. Dies zeigt sich

- in einem erweiterten Spektrum an Potenzialen, insbesondere zur Selbstregulation und -organisation des Produktionsprozesses, das bei den an der Landnutzung beteiligten menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren zur Entfaltung kommt,
- in einer Vielfalt an Qualitäten, die die Produkte wie auch deren Herstellungsprozess der Avantgardist*innen betreffen und die eine andere Form von »Mehrwert« (Biesecker/Wiesler-Trapp/von Winterfeld 2022) schaffen bzw. erhalten, der weit über den ökonomischen Gewinn hinausgeht, den

sozialen Zusammenhalt und faire Lebensbedingungen für alle Daseinsformen in den Vordergrund stellt.

Darüber werden andere Bewertungsgrundlagen der Mensch/Gesellschaft-Natur-Beziehungen generiert, was zu mehr Anerkennungsgerechtigkeit für das Andere (Mitwelt) und Prozessgerechtigkeit mit Blick auf den Umgang damit beiträgt. Die Beziehungen zum nicht-menschlichen Gegenüber werden gleichrangiger, partnerschaftlicher; das Selbstverständnis vom aufeinander Angewiesensein schafft Verbundenheit und fördert die Bereitschaft und Fähigkeit zum Sich-Verbinden und Einbetten. Die Beziehungen zu Adressat*innen und anderen Akteuren in der Region und entlang der Wertschöpfungskette werden offener, teilhabeorientierter, kommunikations-, kooperationsintensiver und vertrauensbasierter.

Merkmale von mehr Beziehungsgerechtigkeit sind De-Privilegierung (Anerkennung von Grenzen, Begrenztheit), De-Kommodifizierung (alternativer Mehrwert, Solidarität) und Demokratisierung (Empowerment, Teilhabe).

Dies hat auch Auswirkungen auf die vorherrschenden Machtkonstellationen. So lässt z. B. die Anerkennung von Wissensgrenzen keinen Raum für Allmachtsphantasien, lehrt Bescheidenheit und initiiert neue fantasievolle Wege im Erkenntnisprozess. Die Anerkennung von weiteren Wissensperspektiven ebnet auch die Hierarchisierung von Theorie- und Praxiswissen ein. Die konsequente Lernorientierung fördert darüber hinaus Selbstkritik.

Die De-Privilegierung betrifft darüber hinaus die Selbstpositionierung im Produktionssystem und das Mensch-Naturverhältnis. Das relationale Naturverständnis der Avantgardist*innen ist anschlussfähig an die aktuellen Auseinandersetzungen über den Subjektentwurf der Moderne und eine posthumane Subjekttheorie, in der das Subjekt nur als ein »self-in-relation« zu anderen gedacht werden kann (Plumwood 1993; Gottschlich/Katz 2020).

Neue Beziehungen zwischen den Adressat*innen und Akteuren führen zu gegenseitiger Unterstützung und Solidarität, eröffnen marginalisierten Gruppen Zugang zu Ressourcen und Landschaftsgestaltung und fördern die gerechtere Verteilung von Teilhabe. Konsument*innen und Produzent*innen können durch das Kennenlernen ihre Wahrnehmung verändern und gleichberechtigter interagieren.

Diese qualitativ anderen Beziehungen entlang der Wertschöpfungskette führen zu einem Bruch mit der Vormacht neoliberaler Marktlogik, die die hegemoniale Land- und Waldwirtschaft prägt. Mit der gezielten räumlichen Eingrenzung des eigenen Geschäftsfeldes, ihren Geschäftsbezie-

hungen, die auf Nähe und Vertrauen, Kleinräumigkeit und Überschaubarkeit, Transparenz und Glaubwürdigkeit setzen, bauen sie innovative, alternative Vermarktungsstrukturen auf. Die Vermarktung bewegt sich weg von der angebotsgesteuerten Massenwarenproduktion hin zur nachfrageorientierten *zero-waste*-Produktion und zur solidarischen Preisgestaltung, weg von anonymen Abnehmer*innenquoten hin zu kleinräumigen transparent operierenden Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften und Vermarktungspartnerschaften, wo sich die Beteiligten kennen und umeinander wissen.

Allerdings sind mit dieser »Beziehungsökonomie« (Sachs 2022: 278) auch Herausforderungen verbunden, die ggf. neue Ungerechtigkeiten auslösen können. Die soziale Nähe und Austauschorientierung der Avantgardist*innen erzeugt Reibungspunkte und bisweilen zeitaufwendige Aushandlungs- und Konfliktsituationen. Um diese gut zu bewältigen, bedarf es neben der generellen Bereitschaft ein hohes Maß an Vermittlungskompetenz sowie viel Zeit und Nerven. Dass das nicht immer gut klappt, zeigen die Fluktuation von Personal (bei SoLaWi-Höfen) und die Schwierigkeit, Projekte kontinuierlich fortzuführen.

Viele der Betriebe wirtschaften am Rande des Existenzminimums. Das hat vor allem damit zu tun, dass die Ansätze und Ansprüche der Avantgardist*innen nicht kompatibel sind mit den herrschenden Förder-, Subventions- und Produktionszwängen. So geht es darum, den eigenen Ansprüchen gerecht werden zu wollen und trotzdem von den Produkten her bezahlbar bleiben zu können. Die Mitglieder akzeptieren z.T. erhebliche Einschränkungen für ihre Idee und Werthaltung, da sie dadurch einen entscheidenden Mehrwert an Gemeinschaft und alternativer Nahrungsmittelherstellung erfahren, eine Utopie realisieren und als Vorbild fungieren. Die schlechte Bezahlung resultiert aus dem Handeln außerhalb konventioneller Preisgestaltung und Förderlogiken, die als dysfunktional abgelehnt werden. Das Leben unter prekären Bedingungen wird so zur Widerstandspraktik und einer Art ambivalenter Held*innenerzählung. Denn einerseits wird darüber zusätzlicher sozialer, kommunikativer, emotionaler, identifikatorischer Mehrwert für alle in der Region geschaffen (Biesecker/Wiesler-Trapp/von Winterfeld 2022), andererseits leben die Avantgardist*innen in dauernder Gefahr der Selbstausbeutung.

Aufgrund der höheren Preise der Produkte müssen die Avantgardist*innen kreativ den generierten Mehrwert thematisieren, vermitteln, vermarkten. Sie sind damit in einer weiteren tendenziellen Überforderungsspirale: einerseits wäre es eine originäre Aufgabe der Land- und Waldwirtschaft gesunde Produkte bereitzustellen, deren Herstellung nicht den Boden unfruchtbar macht,

mit Schadstoffen anreichert, das Klima schädigt, Tiere quält, Biodiversität verringert und Grundwasser vernutzt. Andererseits sehen sich die Avantgardist*innen einer dauernden Legitimationspflicht den Verbraucher*innen gegenüber: Sie müssen erklären, warum ihre Produkte mehr kosten und dass das letztlich zum Wohle aller beiträgt. Sie müssen sich behaupten gegenüber einer werbewirksamen Idyllisierung und zugleich Opferstilisierung konventioneller Land- und Forstwirtschaft und ihrer machtvollen Vertreterorganisationen. Auch dies ist anstrengend, bedarf dauernder politikstrategischer Überlegungen und Zusammenschlüsse sowie proaktiver eigener Werbekampagnen.

Wie oben ausgeführt wird Empowerment auf verschiedenen Ebenen und vor allem durch den Aufbau von organisierter (z.T. institutionalisierter) innovativer Macht ermöglicht. Doch hat dies auch eine Kehrseite: Disempowerment. Wird ein avantgardistische Akteur als zu stark mit einer umstrittenen Organisation oder Person verbunden wahrgenommen, verwehren ihm dominante Player die machtvolle Mitgestaltung. Disempowerment kann auch durch abwertende Personalisierung erfolgen: Drei Waldavantgardist*innen wurden mit Aussagen wie »Ist ja dieser Ansatz der Person XY, dessen Steckenpferd [...]«, »Damit will sich ja diese Person wichtig machen« konfrontiert (Wawi_4,_8,_9). Ökologische Waldwirtschaft wird als Sonderfall abgetan und damit an den Rand der Betrachtung geschoben. Es findet eine Gleichzeitigkeit von Politisierung (»den Lübeckern gehe es gar nicht um Wald, sondern um etwas Politisches«) und Entpolitisierung (Vertreter*innen des Ansatzes kommen in relevanten Gremien der Politikberatung nicht vor) sowie Exotisierung des Ansatzes (»gilt nur dort und für diesen Kontext«) statt.

Kritik und Vorwürfe der Ideologisierung, Polemisierung und Nichtsachlichkeit sind beidseitig. Und der Rück- und ausschließliche Bezug auf Gleichgesinnte ist durchaus ambivalent. Er birgt die Gefahr von Sektierertum und der Heroisierung der Außenseiterrolle, wie ein Befragter betont (Wawi_4).

6 Fazit

Die Avantgardist*innen der Land- und Waldwirtschaft kreieren durch ihr beziehungsorientiertes Wirtschaften Entwicklungsräume für die sozialökologische Transformation – wichtige, innovative Räume. In ihnen kann experimentiert, Begegnung und Gemeinschaft mit Menschen und nicht-menschlichen Mitwelten erlebt sowie Genügsamkeit und Begrenztheit als Wirtschaftsprin-

zip realisiert werden. Hier werden Zuversicht generierende regionale Suffizienz narrative im Tun entwickelt und gelebt, wenn auch nicht immer intentional. Es sind Orte der Aushandlung, des Einübens demokratischer Praxis, in denen Solidarität, Entscheidungs- und Prozessgestaltung, Umgang mit Konflikten auf vielfältige Art und Weise erprobt, Regeln dafür reflektiert werden können, Gestaltungsmacht und Selbstwirksamkeit erfahrbar wird. Diese regionale Aushandlungs- und Gestaltungspraxis sozialökologischer Beziehungen liefert enorme Kenntnisse darüber, wie gesellschaftlicher Wandel möglich ist, was Partizipation benötigt, um zu gelingen, welche Innovationen mit alten Machtverhältnissen brechen und zu neuen und mehr Gerechtigkeit in der Landnutzung führen. In der Region und als Gesellschaft insgesamt brauchen wir mehr davon.

Literatur

- Ahlborg, Helene/Nightingale, Andrea J. (2018): »Theorizing power in political ecology: the »where« of power in resource governance projects«, in: *Journal of Political Ecology* 25(1), S. 381–401.
- ARL (Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft) (2020): *Räumliche Gerechtigkeit (=Nachrichten der ARL Band 1–2, Jahrgang 2020)*. Hannover: ARL.
- Avelino, Flor/Rotmans, Jan (2009): »Power in Transition: An Interdisciplinary Framework to Study Power in Relation to Structural Change«, in: *European Journal of Social Theory* 12(4), S. 543–569.
- Biesecker, Adelheid/Wiesler-Trapp, Alfons/von Winterfeld, Uta (2022): *Wertvoll. Wenn man richtig guckt, ist es nicht nur ein Getreidehaufen*. Wuppertal: VorAB Impuls 2.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006): *Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozialen Ökologie*. München: oekom.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2022): »Gesellschaftliche Naturverhältnisse«, in: Daniela Gottschlich/Sarah Hackfort/Tobias Schmitt/Uta von Winterfeld (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie: Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 37–50.
- Feindt, Peter H./Krämer, Christine/Früh-Müller, Andrea/Heißenhuber, Alois/Pahl-Wostl, Claudia/Purnhagen, Kai P./Thomas, Fabian/van Bers, Caroline/Wolters, Volkmar (2019): *Ein neuer Gesellschaftsvertrag für eine nach-*

- haltige Landwirtschaft: Wege zu einer integrativen Politik für den Agrarsektor. Berlin/Heidelberg: Springer open.
- Fichtner, Andreas/Sturm, Knut/Schmid, Martin/von Steen, Saskia (2014): »Integrativer Klimaschutz im Wald: Herausforderungen und Handlungsoptionen«, in: Horst Korn/Kathrin Bockmühl/Rainer Schliep (Hg.), Biodiversität und Klima – Vernetzung der Akteure in Deutschland X – Ergebnisse und Dokumentation des 10. Workshops. BfN-Skript 357. Bonn, S. 57–63.
- Fricker, Miranda (2007): *Epistemic injustice: Power and the ethics of knowing*. New York: Oxford University Press.
- Gailing, Ludger/Weith, Thomas (Hg.) (2023): »Themenheft: Räume für Gerechtigkeit«, in: *Berichte. Geographie und Landeskunde* 96/4.
- Goppel, Anna/Mieth, Corinna/Neuhäuser, Christian (2016): *Handbuch Gerechtigkeit*. Berlin/Heidelberg: J. B. Metzler Verlag.
- Gottschlich, Daniela (2022): »Gerechtigkeit«, in: Daniela Gottschlich/Sarah Hackfort/Tobias Schmitt/Uta von Winterfeld (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie: Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 365–375.
- Gottschlich, Daniela/Katz, Christine (2020): »Caring with Nature/s: Zur transformativen Bedeutung von Care in More Than Human Worlds«, in: *Gender(ed) Thoughts, Working Paper Series 1*, S. 7–29.
- Haxeltine, Alex/Pel, Bonno/Dumitru, Adina/Kemp, René/Avelino, Flor/Jørgensen, Michael Sogaard/Wittmayer, Julia/Kunze, Iris/Dorland, Jens/Bauler, Tom (2017): »A consolidated Theory of Transformative Social Innovation«, in: *TRANSIT Deliverables 3.3*, TRANSIT: EU SSH.2013.3.2-1 Grant agreement no:613169.
- Katz, Christine (2016): »Using gender theories to analyse nature resource management«, in: Mary Phillips/Nick Rumens (Hg.), *Contemporary Perspectives on Ecofeminism*. Oxford/New York: Routledge, S. 193–209.
- Klepp, Silja/Hein, Jonas (Hg.) (2024): *Umweltgerechtigkeit und sozialökologische Transformation: Konflikte um Nachhaltigkeit im deutschsprachigen Raum*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Klüter, Helmut (2016): *Die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns im Vergleich mit anderen Bundesländern (=Greifswalder Geographische Arbeiten, Band 53)*. Greifswald: Institut für Geographie und Geologie der Universität Greifswald.
- Krott, Max (Hg.) (2001): *Strategien der staatlichen Forstverwaltung – Praxiserfahrungen im europäischen Vergleich 1991–2000*. Europaforum Forstver-

- waltung I. – X., EFI Proceedings No. 40. Joensuu, Finnland: European Forest Institute.
- Krüger, Timmo (2022): »Hegemonie«, in: Daniela Gottschlich/Sarah Hackfort/Tobias Schmitt/Uta von Winterfeld (Hg.), Handbuch Politische Ökologie: Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden. Bielefeld: transcript Verlag, S. 377–384.
- Kühne, Olaf (2019): »Macht und Landschaft«, in: Olaf Kühne/Florian Weber/Karsten Berr/Corinna Jenal (Hg.), Handbuch Landschaft. RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 617–629.
- Meyer-Abich, Klaus Michael (1990): Aufstand für die Natur. München: C. Hanser.
- Mitchell, William J. T. (2002): Landscape and power. Chicago: University of Chicago Press.
- Müller, Franziska/Tunn, Johanna/Kalt, Tobias (2022): »Hydrogen justice«, in: Environmental Research Letters 17/11, 115006.
- Plumwood, Val (1993): Feminism and the Mastery of Nature. London: Routledge.
- Sachs, Wolfgang (2022): »Suffizienz. Auf dem Weg zu einem frugalen Wohlstand«, in: Bernd Schleich/Yvonne Zwick (Hg.), Vom betrieblichen Umweltschutz zur großen Transformation: Festschrift für Prof. Dr. Maximilian Gege. München: oekom, S. 270–279.
- Schlosberg, David (2009): Defining Environmental Justice: Theories, Movements, and Nature. Oxford: Oxford University Press.
- Sturm, Knut (2013): »Grundlagen und Ziele des integrativen Prozessschutz-Waldbaus«, in: Stefan Lehrke/Götz Ellwanger/Axel Buschmann/Wenke Frederking/Cornelia Paulsch/Eckhard Schröder/Axel Ssymank (Hg.): Natura 2000 im Wald. Lebensraumtypen, Erhaltungszustand, Management. Bonn.
- VorAB – Katz, Christine/Gottschlich, Daniela (2025): Das Transformationspotenzial avantgardistischer Akteure der Landnutzung für faire und resiliente Regionalbeziehungen, VorAB-Texte 3 (im Erscheinen).
- VorAB – von Winterfeld, Uta/Hebing, Helen/Blaise, Eva/Welle, Torsten/Katz, Christine/Gottschlich, Daniela/Schön, Susanne/Czapla, Joke (2021): Regionale Verhältnisse in Zeiten von Corona. Projektteam VorAB: Vorsorgend handeln – Avantgardistische Brückensätze für nachhaltige Regionalentwicklung, VorAB-Text-Nr. 1, <https://vorab.online/wp-content/uploads/2021/03/VorAB-Text-Nr.-1.pdf>.

Westermayer, Till (2018): »Neue Arenen des Mit-Redens«, in: Grüne Blätter
II/2018, S. 15.

Beteiligungsgerechtigkeit in landschaftsbezogenen Planungsprozessen praxeologisch und ethnografisch erforschen

Markus Leibenath

1 Einleitung

In diesem Beitrag wird versucht, einen weiten inhaltlichen Bogen zu schlagen: Von Landschaften und Gerechtigkeit über Beteiligung hin zu der Frage, wie sich Gerechtigkeitsaspekte in landschaftsbezogenen Planungs- und Entscheidungsprozessen untersuchen lassen. Es geht also um Landschaftsgerechtigkeit als Beteiligungsgerechtigkeit. Wenn man diese Art von Gerechtigkeit empirisch analysieren möchte, dann genügt es nicht, Interviews zu führen und Dokumente auszuwerten. Denn »Interviews ›über‹ Praktiken [...] sind eben nicht die Praktiken selbst« (Reckwitz 2008: 196). Stattdessen ist es erforderlich – so die Prämisse –, konkrete Beteiligungspraktiken als sinnhafte, in körperlich-materielle Bezüge eingebettete und mehr oder weniger stark routinisierte Handlungen in den Blick zu nehmen. Auf diese Weise ergibt sich ein umfassenderes Bild davon, wer sich in welcher Weise beteiligt oder beteiligt wird, wessen Stimme gehört wird und wer unsichtbar oder ungehört bleibt. Mögen Interviews und Dokumentenanalysen als Standardmethoden qualitativ-empirischer Planungsforschung auch unverzichtbar sein: Praktiken lassen sich am besten durch Beobachtungen erfassen. Teilnehmende und nichtteilnehmende Beobachtungen sind zentrale Methoden der Ethnographie oder Ethnomethodologie (Garfinkel 2017 [1967]).

Seit einigen Jahren wird versucht, Planungsprozesse mit ethnographischen Methoden zu erforschen (Lange/Müller 2017). Auf diese Weise sollen Erkenntnisse gewonnen werden über marginalisierte Gruppen (Verloo 2023: 1475), implizite Wissensbestände (Polanyi 1966 [2016]) sowie die Rolle materieller Objekte (Rydin/Natarajan 2016). Diese Entwicklung korrespondiert mit

dem »practice turn« (Schatzki/Knorr-Cetina/von Savigny 2001), der auch in den Planungswissenschaften rezipiert wird (Zimmermann 2017). Praxeologische, ethnographische Planungsforschung stellt jedoch ein unübersichtliches Feld dar, dessen Potenziale noch nicht ausgeschöpft sind.

Ziel dieses Beitrags ist es daher, eine Art Skizze einer praxeologischen, ethnographischen Erforschung von Gerechtigkeitsaspekten in landschaftsbezogenen Planungs- und Beteiligungsprozessen zu entwerfen. Dazu möchte ich zunächst auf einige Zusammenhänge zwischen Landschaften, Gerechtigkeit und Beteiligung eingehen und Beteiligungsgerechtigkeit als analytisches Konzept einführen (Kapitel 2). Dann wende ich mich dem Praktiken-Begriff zu und lege dar, wie sich praxeologische Planungsforschung konzeptualisieren lässt, welcher Mehrwert davon zu erwarten ist und welche Bezüge es zu anderen Ansätzen gibt, die sich eher auf sprachliche Sinn- und Bedeutungsstrukturen (mit anderen Worten: auf Diskurse) oder auf die Subjektivierung von Planenden richten (Kapitel 3). Darauf aufbauend stelle ich einige idealtypische praxeologisch-ethnographische Fragestellungen und Forschungsdesigns vor (Kapitel 4). In der abschließenden Diskussion erörtere ich Herausforderungen einer so gelagerten Forschung sowie das ihr innewohnende kritische Potenzial (Kapitel 5).

Der Beitrag basiert auf Literaturlauswertungen im Zuge des DFG-geförderten Vorhabens »Stadtregionale, beteiligungsorientierte Landschaftspolitik ›in the making‹: eine diskurstheoretische, praxeologische Perspektive«.

2 Landschaftsgerechtigkeit als Beteiligungsgerechtigkeit

Landschaften sind komplexe Phänomene (Gailing/Leibenath 2012) und können unter verschiedenen Gesichtspunkten mit Gerechtigkeit in Verbindung gebracht werden. Es gibt normative und deskriptive Gerechtigkeitstheorien (Schmid/Fünfgeld 2023). Normative Zugänge offerieren Maßstäbe, um eine bestimmte soziale Situation unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu bewerten (prominent: Rawls 1971). Deskriptive Gerechtigkeitstheorien lenken den Blick auf Dimensionen wie Verteilungs-, Verfahrens- und Anerkennungs-gerechtigkeit (Castán Broto/Westman 2019; Mels/Mitchell 2013). Verteilungsgerechtigkeit bezieht sich auf die materiellen Ergebnisse politischer Prozesse, also auf die Verteilung von Gütern und Vorteilen sowie von Kosten und Nachteilen, beispielsweise Zugang zu grüner und blauer Infrastruktur oder Betroffenheit von Umweltbelastungen. Bei Verfahrensgerechtigkeit geht es

hingegen darum, nach welchen Regeln politische Abstimmungsmechanismen und Entscheidungsverfahren gestaltet werden und wer daran in welcher Form mitwirken kann. Der dritten Gerechtigkeitsdimension – Anerkennung – hat sich insbesondere z.B. Fraser (2017) gewidmet, die deren strukturellen Charakter betont: »Mangelnde Anerkennung zu erleiden heißt [...], durch institutionalisierte kulturelle Wertmuster daran gehindert zu werden, als Gleichberechtigter am Gesellschaftsleben zu partizipieren« (Fraser 2017: 45). Das Augenmerk liegt mithin darauf, dass bestimmte Gruppen systematisch marginalisiert werden und nicht gleichberechtigt an öffentlichen Entscheidungsprozessen teilhaben, beispielsweise indem ihre Perspektiven ignoriert oder nicht ernstgenommen werden (Blue/Rosol/Fast 2019).

Unter politischen Gesichtspunkten sind Beteiligung und Exklusion zentrale Aspekte von Landschaften (Gailing/Leibenath 2017). Folglich gibt es viele Forderungen nach demokratischer, partizipativer Landschaftsentwicklung und -planung. So verpflichtet das Europäische Landschaftsübereinkommen die Unterzeichnerstaaten, »Verfahren für die Beteiligung der Öffentlichkeit, der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und anderer interessierter Kreise an der Festlegung und Umsetzung von Landschaftspolitiken festzulegen« (CoE 2000, Art. 5 c, Übers. d. A.; s. auch Art. 6 c). Obwohl es in Deutschland kaum rechtlich bindende Vorgaben für partizipative Landschaftspolitik gibt, ist es Common Sense, dass sowohl die formelle Landschaftsplanung (Bachmann et al. 2018) als auch informelle Ansätze der Landschaftsentwicklung (Rioussel/Schulz/Mohaupt 2019) beteiligungsorientiert anzulegen sind. In einem Beitrag aus einem neueren Standardwerk zur Landschaftsplanung heißt es beispielsweise: »Besonders auf der kommunalen Ebene sollte die Bevölkerung motiviert werden, aktiv [...] mitzuwirken. Die Einbeziehung und Mitsprache der Bürger bei der Bearbeitung der Landschaftsplanung bietet Chancen für alle Beteiligten« (Krätzig et al. 2022: 574).

›Partizipation‹ oder ›Beteiligung‹ ist ein vieldeutiger, aber zumeist positiv konnotierter Begriff, der »für eine wie auch immer geartete Beteiligung von Betroffenen an staatlichen Planungsprozessen insbesondere auf lokaler Ebene« (Rosol/Dzudzek 2014: 212) steht. Mit partizipativer Planung verbinden sich Hoffnungen auf bessere, weil nutzergerechtere Lösungen, auf das frühzeitige Erkennen von Konflikten oder auf eine größere Akzeptanz von Entscheidungen (Sinning 2018). Gleichzeitig merken Autorinnen wie Eriks-son, Fredriksson und Syssner (2021) kritisch an, dass die Bürger*innen in vielen Beteiligungsformaten zwar informiert oder konsultiert werden, aber nur selten Entscheidungsbefugnisse übertragen bekommen. Turnhout, van

Bommel und Aarts (2010) konstatieren, dass Beteiligungsangebote staatlicher Stellen vorherrschende Problembeschreibungen und Handlungsstrategien reproduzieren und verstärken, weil von den Bürger*innen erwartet wird, diese Setzungen zu akzeptieren, und dass Beteiligung stets selektiv ist, weil manche beteiligt und andere ausgeschlossen werden. Zu ähnlichen Schlüssen kommen Calderon und Butler (2020) bei ihren Überlegungen zu partizipativer Landschaftsplanung. In allen Beteiligungsverfahren gibt es also eine Art von Verzerrung oder Bias. Dieser Beteiligungsbias äußert sich in Deutschland darin, dass »Konservative und liberale Intellektuelle, die bürgerliche Mitte und damit bildungs- und einkommensstarke Milieus [...] in Beteiligungsverfahren deutlich überrepräsentiert [sind]«, während »niedrige formale Bildungsabschlüsse, geringes Einkommen, kulturelle Differenz zum vorherrschenden Mainstream sowie besondere Teilhabebedürfnisse wie etwa körperliche oder psychische Beeinträchtigungen die Beteiligungswahrscheinlichkeit verringern« (Rohr et al. 2017: 37). Staatliche Bürgerbeteiligung hat sich daher von ihren emanzipatorischen Ursprüngen entfernt und sich in ein Instrument zur Durchsetzung staatlicher Interessen (Turnhout et al. 2020) und der Anliegen der Mittelschicht (Fainstein 2018) verwandelt.

Wenn Verzerrungen unausweichlich sind, dann lautet die Frage nicht, ob jemand ausgeschlossen wird, sondern wer ausgeschlossen wird, also welche Individuen und Gruppen, und welche Mechanismen diese Exklusion bewirken. Das Bemerkenswerte an dieser an sich banalen Feststellung ist, dass oft erhebliche Anstrengungen unternommen werden, den Eindruck zu erwecken, dass Beteiligungsverfahren inklusiv sind und dass wirklich alle mitreden und mitwirken können. Daher sprechen bereits Conrad et al. (2011: 23) mit Blick auf Landschaftspolitiken davon, dass zwischen der Partizipationsrhetorik auf dem Papier und der Partizipation auf operativer Ebene eine große Diskrepanz bestünde. Somit ist es im Hinblick auf Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit wichtig zu untersuchen, wer sich tatsächlich an planerischen Entscheidungsprozessen beteiligt, wie dies geschieht und wer in welcher Weise gehört wird.

In Anlehnung an Frasers (2017: 45) Idee einer »partizipatorischen Parität« wird Beteiligungsgerechtigkeit in diesem Beitrag als analytisches Konzept verstanden, bei dem alle drei genannten Gerechtigkeitsdimensionen zum Tragen kommen: Verteilungsgerechtigkeit, weil aktive Beteiligung bestimmte zeitliche und ökonomische Ressourcen voraussetzt; Anerkennungsgerechtigkeit, weil Partizipierende keinen institutionell-gruppenbezogenen Diskriminierungen ausgesetzt sein sollten; und schließlich Verfahrensgerechtigkeit,

weil Beteiligungsprozesse auf gleichberechtigten Zugangsmöglichkeiten und fairen, transparenten Regeln basieren sollten (Schlosberg 2007).

3 Praktiken und praxeologische Beteiligungsforschung

Laut Dünckmann, Haubrich und Runkel (2019: 323) »gibt es [bislang] nur sporadische Versuche, Planung durch die praxeologische Brille zu betrachten«. Autoren wie Lange und Müller (2017: 501) haben zwar erste »Überlegungen für eine ethnographische Planungsforschung« vorgelegt, aber insgesamt »kann Planung methodisch noch von den Kulturwissenschaften lernen und versuchen, einzelne Ansätze für die Planungskulturforschung zugänglich zu machen«, insbesondere »ethnographische Erhebungsmethoden« (Othengrafen/Lange/Müller 2016: 52). In jedem Fall lässt sich sagen, dass praxeologische, ethnographische Planungsforschung bislang wenig verbreitet ist und größtenteils immer noch ein Desiderat darstellt – gerade auch im Kontext der Gerechtigkeitsforschung (Fugmann et al. 2018; Leibenath 2018; Zimmermann 2017).

Die Faszination praxeologischer Planungs-, Landschafts- und Beteiligungsforschung liegt in der Verheißung, durch die Betrachtung von Praktiken mehr zu erfahren: mehr als über die Analyse sprachlicher Daten allein. Aber woraus besteht dieses Mehr genau? – Das lässt sich am besten erläutern, indem man sich den Praktiken-Begriff näher anschaut. Dabei orientiere ich mich im Folgenden an den Stichworten »implizites Wissen«, »Körperlichkeit, Materialität und Artefakte« sowie »Routine und Improvisation«.

Die Begründer der Praxeologie oder Praxistheorie wie Giddens (1979), Bourdieu (1990) und Schatzki (2002) vertreten in vielen Punkten unterschiedliche Ansichten, stimmen aber darin überein, dass Praktiken ihren zentralen Untersuchungsgegenstand bilden. Praktiken sind Handlungen, die in einem überindividuellen Sinn- und Bedeutungszusammenhang stehen. Oder in den Worten von Schatzki (2016: 33): »Unter »Praktiken« verstehe ich eine offene, raum-zeitlich verteilte Menge des Tuns und Sprechens, die durch gemeinsame Verständnisse, Teleoaffektivität (Zwecke, Ziele, Emotionen) und Regeln organisiert ist.« Daher lassen sich Praktiken einerseits aus bereits bekannten Sinn- und Bedeutungsstrukturen heraus interpretieren. Andererseits liegt in ihnen ein »implizites Wissen« (Polanyi 1966 [2016]) verborgen, das für die kompetente Ausführung der jeweiligen Praktik und deren Verständnis erforderlich ist (Reckwitz 2003; Schäfer 2016a). Dieses Wissen wird aber selten oder

gar nicht in Worte gefasst und kann von den Akteur*innen zum Teil gar nicht ohne Weiteres benannt werden kann (Freeman/Griggs/Boas 2011), weil es so selbstverständlich ist. Dazu gehört beispielsweise, dass es bei einer typischen Informationsveranstaltung zu einem landschaftsbezogenen Planungsvorhaben in Deutschland Zuhörerstühle für die Bürger*innen gibt, von denen aus man auf ein Podium mit Planer*innen schaut, dass dort ein*e Politiker*in zu Beginn eine Begrüßungsrede hält, dass ein*e Planungsexpert*in eine Power-Point-Präsentation mit Notebook und Beamer hält, dass ein Saalmikrofon für Fragen und Kommentare der Bürger*innen vorhanden ist und so weiter (Besmer/Dietzsch 2016).

Wichtig ist des Weiteren, dass Praktiken stets körperlich ausgeführt werden. Erst dadurch, dass menschliche Körper bewegt werden, in eine bestimmte Position gebracht oder darin gehalten werden, kann eine bestimmte Praktik ausgeführt werden (Reckwitz 2003). Praktiken sind kulturelle Performances, die nicht beliebig ausgeführt werden können, sondern gewissermaßen einem bestimmten Skript folgen müssen, um als solche (an-)erkennbar zu sein (Müller/Sutter/Wohlgemuth 2020). Das bedeutet, dass Körper im Zuge einer Praktik auf ganz bestimmte Art bewegt und arrangiert werden müssen. Praktiken hängen jedoch noch in viel umfassenderer Weise mit Materialität zusammen, weil sie in einem physischen Setting stattfinden und weil bestimmte Objekte benötigt werden, um eine Praktik zu performen. Im oben genannten Beispiel einer Bürgerinformationsveranstaltung könnten das Stühle, Mikrofone oder Stellwände mit Plänen sein. Aber auch hier haben wir es mit einem Verhältnis wechselseitiger Konstituierung zu tun, weil Artefakte zwar Praktiken erst ermöglichen, aber selber das Ergebnis von Praktiken darstellen (Freeman/Griggs/Boas 2011). Das lässt sich gut am Beispiel von Karten und Plänen zeigen: Sie sind das Produkt planerischer Praktiken und zugleich Requisiten, die gewisse planerische Praktiken ermöglichen. Gleiches ließe sich über Artefakte wie Verwaltungsgebäude, Planungsbüros und Landschaften sagen, die alle – wenngleich in unterschiedlichem Maße – Voraussetzung und Ergebnis planerischer Praktiken sind. Gerade Karten und Pläne stellen interessante Artefakte dar. Denn sie sind nicht nur Requisit und Produkt, sondern können eine Art von Eigenleben entfalten und den Verlauf planerischer Performances in überraschender Weise beeinflussen (Hongslo 2017; Wagenaar/Wilkinson 2015). In praxeologischen Kontexten werden nicht nur von Menschen geschaffene Dinge als Artefakte bezeichnet, sondern jegliche physisch-materiellen Entitäten. In Zusammenhang mit Planung und Beteiligungsgerechtigkeit sind zuneh-

mend auch digitale Artefakte wie Webseiten, Teilnehmungsplattformen und Social-Media-Apps relevant.

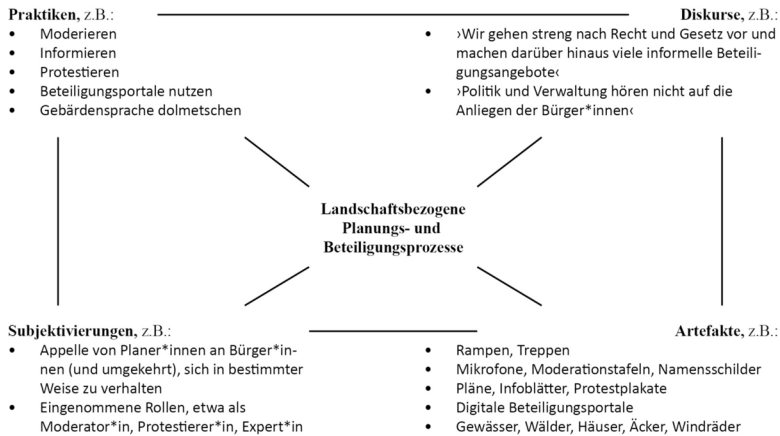
Praktiken bewegen sich stets in einem Spannungsverhältnis von Routine und Improvisation (Freeman/Griggs/Boas 2011). Sie sind routinisiert, weil sie immer wieder auf ähnliche Weise ausgeführt werden: Eine gute Informationsveranstaltung besteht im Deutschland der frühen 2020er-Jahre normalerweise aus einer Begrüßung, einem PowerPoint-Vortrag und Fragen interessierter Bürger*innen. Allerdings ähnelt keine Performance exakt der anderen, weil sich situative Kontexte verändern, weil die Zuhörerschaft bei jeder Bürgerversammlung anders zusammengesetzt und gestimmt ist oder weil aktuelle äußere Bedingungen und Ereignisse einwirken (vgl. den Begriff der »situated agency« in Bevir 2004). Daher müssen die handelnden Personen jedes Mal, wenn sie eine Praxis aufführen, improvisieren. Das wiederholte, routinisierte Ausführen von Praktiken ist somit die Bedingung ihrer Stabilität und Erkennbarkeit, birgt aber auch ein Moment der Dynamik und der Unberechenbarkeit in sich (Reckwitz 2003; Schäfer 2016b).

Festzuhalten ist, dass das Soziale in praxeologischer Perspektive nicht in erster Linie aus Institutionen oder Akteur*innen besteht, sondern aus miteinander verbundenen Praktiken: »[...] soziale Phänomene wie Organisationen, Macht, Wissenschaft, Erziehung oder das Verkehrswesen [sollen] als Konstellationen oder Aspekte von Praktiken oder als in diesen begründet verstanden werden« (Schatzki 2016: 30). Der Mehrwert einer solchen Perspektive besteht darin, dass Körperlichkeit und Materialität, unausgesprochenes und nur über Beobachtungen des Tuns zu erschließendes implizites Wissen sowie die Dialektik von Stabilität und Dynamik des Sozialen, die sich in der wiederholten Ausführung von Praktiken offenbart, der Analyse zugänglich gemacht werden können. Aufgabe einer praxeologischen Planungs- und Teilnehmungsforschung ist es somit, planerische Teilnehmungs- und Entscheidungsprozesse als ein Set von Praktiken oder als ein »Ritual« (Müller/Sutter/Wohlgemuth 2020: 226) zu betrachten, das in der Regel von mehreren Akteuren mit verteilten Rollen ausgeführt wird. Aufschlussreich kann dabei die von Goffmann (1959: 107 und 113) entlehnte Unterscheidung zwischen »front region« und »backstage« sein, also zwischen dem Bereich öffentlicher Teilnehmungs-Performances und den Praktiken, die Gruppen von Akteur*innen – sei es aus der öffentlichen Verwaltung, aus Planungsbüros oder aus der Bürgerschaft – im geschützten Raum unter sich ausführen. In Bezug auf Beteiligungsgerechtigkeit ist es wichtig zu untersuchen, wie es allein schon über die Auswahl von Ort und Zeit der Performances (Rydin/Natarajan 2016), die physische Gestaltung von Teilnehmungsver-

anstellungen (Stichwort ›Barrierefreiheit‹) sowie die impliziten Ablauf- und Kommunikationsregeln zu Inklusions- und Exklusionseffekten kommt.

Wie lässt sich das Verhältnis von Praktiken zu Diskursen – verstanden als überindividuelle Sinn- und Bedeutungsstrukturen – konzeptualisieren und empirisch operationalisieren? Für poststrukturalistische Diskurstheoretiker*innen wie Laclau/Mouffe (1985) stellen Diskurse temporär fixierte, fragile Systeme von Beziehungen zwischen sprachlichen und nichtsprachlichen Elementen dar, die Sinn und Bedeutung stiften. Diskurse umfassen bei dieser Betrachtungsweise nicht nur Beziehungen zwischen sprachlichen Elementen, sondern auch solche zwischen nichtsprachlichen Elementen, denn »[...] jedes Objekt und jede Handlung [bekommen] ihre Bedeutung [...] erst im Horizont des Diskursiven« (Wrana/Langer 2007: 12). In der praxeologischen Forschung dürfte es jedoch ertragreicher sein, die Ebene sprachlicher Elemente und Beziehungen und des daraus resultierenden expliziten Wissens analytisch zu trennen von der körperlich-materiell geprägten Ebene der Bedeutungsproduktion durch Praktiken und des darin enthaltenen impliziten, inkorporierten Wissens (vgl. den Diskursbegriff in Keller 2005). Dadurch wird es möglich, in praxeologischer Planungs-, Landschafts- und Beteiligungsforschung die sprachliche Diskursproduktion den nicht-sprachlichen (oder nicht ausschließlich sprachlichen) Praktiken und den Artefakten gegenüberzustellen (Petersen 2013). Außerdem bestehen Schnittstellen zur Subjektwerdung der handelnden Akteur*innen, weil Individuen durch unterschiedliche Techniken der Macht in diskursiv erzeugte Subjektpositionen oder Rollenmuster hinein gerufen werden und sich diese durch ebenfalls diskursiv vorstrukturierte Praktiken (Techniken des Selbst) zu eigen machen und anverwandeln (Foucault 1982; Leibenath 2019; Schröder/Leibenath 2025). Kombiniert man die vier analytischen Kategorien ›Praktiken‹, ›Artefakte‹, ›Diskurse‹ und ›Subjektivierung‹, so ergibt sich das »praxeologische Quadrat der Kulturanalyse« (Reckwitz 2016: im Titel). Dieses praxeologische Quadrat lässt sich auch als Heuristik nutzen, um Beteiligungsgerechtigkeit im Kontext landschaftsbezogener Planungs- und Beteiligungsprozesse zu untersuchen (siehe Abb. 3).

Abbildung 3: Das praxeologische Quadrat der Kulturanalyse als Heuristik, um Beteiligungsgerechtigkeit im Kontext landschaftsbezogener Planungs- und Beteiligungsprozesse zu untersuchen



Quelle: Eigene Darstellung, aufbauend auf Reckwitz 2016: 41

4 Ethnographische Forschungsdesigns im Bereich der Politik- und Planungsforschung

Das Hauptmerkmal ethnographischer Forschung besteht darin, dass die Forschenden die soziale und politische Wirklichkeit im Vollzug untersuchen und sich »unmittelbar in die zu beforschenden Kontexte begeben« (Vorbrugg 2023: 189). Dies erfordert umfangreiche, zumeist mehrmonatige Feldarbeit (Amann/Hirschauer 1997). Während Autor*innen wie Nullmeier, Pritzlaff und Wiesner (2003) ausgiebige Einsätze im Feld auch etwa bei ethnographischen Untersuchungen zu politikwissenschaftlichen Fragen für unverzichtbar halten, plädiert Knoblauch (2001) für eine fokussierte Ethnographie (vgl. Pink/Morgan 2013): Dabei wird angestrebt, in kurzen Feldeinsätzen möglichst große Mengen an Daten zu erheben, etwa durch Videoaufzeichnungen. Hier ergeben sich jedoch nicht nur Probleme des Datenschutzes, sondern es dürfte für die Forschenden auch schwierig sein, die erforderliche Sensibilität für die jeweiligen empirischen Kontexte und das Vertrauen der Akteur*innen zu erlangen. Folg-

lich geht Knoblauch (2001) davon aus, dass die Forschenden mit dem empirischen Feld bereits vertraut sind.

Ethnographische Forschung zeichnet sich weiterhin dadurch aus, dass alles zum Gegenstand empirischer wie theoretischer Neugier gemacht werden kann (Amann/Hirschauer 1997), also auch scheinbar alltägliche Prozesse der Landschaftsentwicklung und -planung. Dies erfordert eine innere Haltung der »künstlichen Dummheit« (Knoblauch/Vollmer 2019: 607), die auch und gerade erforderlich ist, wenn man beispielsweise als ausgebildete*r Planer*in planerische Beteiligungsverfahren unter Gerechtigkeitsaspekten beforschen möchte. Das wissenschaftliche Interesse richtet sich generell auf kleinteilige und im jeweiligen Kontext alltägliche Mikro-Praktiken des Organisierens, Analysierens, Planens, Kommunizierens, Koordinierens, Protestierens und so weiter. Dem liegen die ontologischen Prämissen zugrunde, dass auch die Makro-Strukturen in Gesellschaft und Politik aus Praktiken bestehen und dass sich – ganz im Sinne der von Foucault (2005 [1976]: 115) propagierten »aufsteigende[n] Analyse« – Machtstrukturen auf der Makroebene aus kleinteiligen Mikropraktiken ableiten lassen. Konsequenz zu Ende gedacht, wird damit die Unterscheidung zwischen Mikro und Makro obsolet, weil alle Praktiken letztlich auf ein und derselben, nämlich praktischen Ebene angesiedelt sind, wie Schatzki (2016) mit dem Begriff der »flache[n] Ontologie« verdeutlicht. Das Ergebnis ethnographischer Empirie bilden »thick descriptions« (Geertz 1973: 310), die »das Material »sprechen« lassen« (Angermüller 2005, Par. 40) und aus sorgfältigen Interpretations-, Selektions- und Reflexionsprozessen hervorgehen. Diese Beschreibungen können sich an Planungs- und Politikinhalten oder -prozessen (Müller 2017), an einzelnen prägnanten Ereignissen und Situationen oder auch an Personen (Healey 1992) orientieren.

Im Bereich der politik- und planungswissenschaftlichen Forschung gibt es zwei Idealtypen ethnographischer Forschungsdesigns, die Dubois (2015: 462 und 472) als »ethnography for policy« und »ethnography of policy making« bezeichnet. Beim ersten Typus untersuchen die ethnographisch Forschenden Teile der Bevölkerung als Adressat*innen der Politik und stehen unter Umständen gar im Dienste der politisch Verantwortlichen. Im Bereich von Landschaftsplanung und -entwicklung könnten dies etwa Studien über die Bewohner*innen und sozialen Milieus eines Stadtteils oder über Landnutzer*innen in einem ländlichen Raum sein, in dem ein Großschutzgebiet ausgewiesen werden soll. Entscheidungsträger*innen können die Forschungsergebnisse dazu nutzen, Politik besser an den Bedürfnissen der Betroffenen auszurichten, Partizipationsprozesse zielgruppengerechter

zu gestalten und ihre Arbeit insgesamt besser zu kommunizieren. Mattila et al. (2022) diskutieren ethnographische Forschung gar als Alternative oder Ergänzung kommunikativer Planungsansätze, mit denen ganz ähnliche Ziele verfolgt werden. Beim zweiten Typus, der »ethnography of policy making«, werden politische Akteur*innen und Prozesse analysiert. Bezogen auf räumliche Planung bedeutet das, das Augenmerk auf »die tatsächliche Arbeit von Planer*innen, Bürger*innen, Expert*innen, Adressat*innen und anderer Leute sowie der Pläne [!] als solcher« zu richten (Abram/Weszkalnys 2011: 11, Übers. d. A.). Während es im Bereich der Landschafts- und Planungsforschung etliche Arbeiten gibt, die eher dem ersten Typus zuzuordnen sind (u.a. Bergeron/Paquette/Poullaouec-Gonidec 2014; Krauss 2010; Sáenz de Tejada Granados/van der Horst 2020), liegen vergleichsweise wenige Studien des zweiten Typus vor (u.a. Bär 2000; Flyvbjerg 1998; Müller 2017), die sich zudem oft auf die Perspektive der professionell Planenden konzentrieren (Abram/Weszkalnys 2011).

Nähere Hinweise zur methodischen Umsetzung praxeologisch-ethnografischer Forschung finden sich in der einschlägigen Methodenliteratur. Beispielhaft seien genannt: Amann/Hirschauer (1997); Knoblauch/Vollmer (2019); Sommer/Töppel (2021); Verloo (2020); Vorbrugg (2023).

5 Diskussion

Was können praxeologische, ethnographische Forschungsansätze landschaftsbezogener Planungsprozesse zu Landschaftsgerechtigkeit im Sinne von Beteiligungsgerechtigkeit beitragen? Die hier vorgestellte Art der Forschung ist kein Instrument direkter Kritik, weil sie nicht mit normativen Gerechtigkeits-Maßstäben operiert. Ihr kritisches Potenzial ist indirekter Art und lässt sich mit dem Begriff der Kontingenz verdeutlichen. Wenn ein Phänomen als kontingent bezeichnet wird, soll damit gesagt werden, dass es nicht in naturgesetzlicher Weise und auch nicht zufällig so ist, wie es ist, sondern dass es von Menschen unter bestimmten räumlich-historischen Bedingungen gemacht worden ist, dass es auch anders sein könnte und dass es folglich veränderbar ist. Im Alltag wird die Kontingenz gesellschaftlicher Phänomene jedoch gemeinhin ausgeblendet, was als eine Form der Depolitisation betrachtet werden kann. Praxeologische, ethnographische Forschung bietet – ähnlich wie poststrukturalistische Diskursanalysen oder Gouvernementmentalitätsforschung (Leibenath 2024) – die Möglichkeit, im Rahmen

einer »kritischen Analytik« (Reckwitz 2021: 130) die Kontingenz des Sozialen offenzulegen und einer kritischen Diskussion zugänglich zu machen. So kann praxeologische, ethnographische Forschung die Kontingenz landschaftsbezogener Planungs- und Beteiligungsansätze aufzeigen, Reflexionsspielräume eröffnen und zu einer Re-Politisierung dieser Phänomene beitragen.

Praxeologische, ethnographische Planungs- und Beteiligungsforschung kann außerdem helfen, die oft beklagte Lücke zwischen Planungstheorie und Planungspraxis (Diller/Thaler 2017) zu überwinden. Denn einerseits ist diese Art von Forschung sehr »dicht dran« an der Praxis, an den vermeintlich wohlbekannten Akteur*innen und ihren alltäglichen Routinen sowie an den materiellen Gegebenheiten und Artefakten einschließlich der Pläne selber, aus denen Planung besteht. Andererseits entspringt sie dem Interesse, in den beobachteten kleinteiligen Praktiken grundlegende Mechanismen und Machtstrukturen zu erkennen und aufzudecken. Der Reiz der Kulturosoziologie liegt für Reckwitz (2016: 24) genau »darin, das scheinbar Vertraute unvertraut zu machen, es als befremdlich, ungewöhnlich und kontingent erscheinen zu lassen« und zugleich »darin, dieses Unvertraute wiederum durch eine Kontextuierung in einem komplexeren Sinnzusammenhang zu begreifen und zu dechiffrieren«. Longo und Zacka (2019: 1066) sprechen dabei von »problematizing redescriptions«, durch welche die gewohnte Weise, auf bestimmte politische Phänomene zu schauen, destabilisiert wird. Sie können zudem zu neuen Fragen und moralischen Überlegungen führen.

Praxeologisch, ethnographisch forschende Planungswissenschaftler*innen sind mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert – gerade auch mit Blick auf Beteiligungsprozesse. Denn erstens sind nicht alle Planungspraktiker*innen oder politische*n Entscheidungsträger*innen daran interessiert, sich in die Karten schauen zu lassen: »[N]icht zuletzt gilt es [...] in der Fachwelt nicht als ›politically correct‹, Kommunikation allgemein und Partizipation insbesondere in Publikationen kritisch zu betrachten. [...] ›Dialog‹, ›Diskurs‹, ›Beteiligung‹ [...] [sind] durchweg positiv besetzte Schlüsselbegriffe, hinter die man kein Fragezeichen setzen möchte« (Selle 2013: 12). Deswegen besteht eine zweite Herausforderung darin, vertrauensvolle Beziehungen zu den Beforschten aufzubauen und auch zu versuchen, den Beforschten in reziproker Weise etwas zurückzugeben, zum Beispiel Reflexionsimpulse (Kawulich 2005). Vertraulichkeit bildet eine weitere Herausforderung: Ethnographisch Forschende bekommen oft Einblick in mehr oder weniger intime personenbezogene Details, die für das eigene Verständnis wichtig sein können, aber keinesfalls veröffentlicht werden dürfen. Folglich muss

mit Anonymisierungen oder Pseudonymisierungen gearbeitet werden oder auf die Verwendung der Daten verzichtet werden. Zudem ist es wichtig, schriftliche Einwilligungserklärungen gemäß geltendem Datenschutzrecht einzuholen. Eine vierte Herausforderung ergibt sich aus der potenziell unendlichen Komplexität von Planungs- und Beteiligungsverfahren. So ziehen sich beispielsweise die Planung größerer Siedlungserweiterungsprojekte mit tausenden neuen Wohnungen an den Rändern von Hamburg (de Buhr 2021), Frankfurt a.M. (Biemann/Schulze Mönking 2021) und anderen deutschen Großstädten über viele Jahre hin und beinhalten etliche Planungsschritte sowie Beteiligungsformate mit hunderten oder tausenden Akteur*innen. Gleiches gilt für den Bau von Hochspannungstrassen und Autobahnen oder großflächige Moorrenaturierungen. Um solche Planungsprozesse ethnographisch beforschen zu können, muss man sich auf zeitlich und räumlich begrenzte Episoden und innerhalb dieser Episoden wiederum auf bestimmte Akteur*innen oder Ereignisse konzentrieren (Fugmann et al. 2018). Dabei gilt es zu versuchen, einige für das jeweilige Feld spezifische, aber nicht unbedingt repräsentative Grundmuster zu identifizieren (Bär 2000). Insgesamt sollte das Ziel einer so gelagerten Forschung nicht primär darin liegen, planerische Beteiligungsverfahren zu skandalisieren, sondern vielmehr darin, ein nuanciertes Verständnis von der Komplexität, Mehrdeutigkeit und Widersprüchlichkeit planerischer Beteiligungsansätze zu ermöglichen.

Förderhinweis

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Projektnummer 466529662.

Literatur

- Abram, Simone/Weszkalnys, Gisa (2011): »Introduction: Anthropologies of planning—Temporality, imagination, and ethnography«, in: *Focaal* 61, S. 3–18.
- Amann, Klaus/Hirschauer, Stefan (1997): »Die Befremdung der eigenen Kultur. Ein Programm«, in: Stefan Hirschauer/Klaus Amann (Hg.), *Die Befremdung der eigenen Kultur: Zur ethnographischen Herausforderung soziologischer Empirie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 7–52.

- Angermüller, Johannes (2005): »Qualitative« methods of social research in France: Reconstructing the actor, deconstructing the subject«, in: *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 3/6.
- Bachmann, Jutta/Bäumer, Christiane/Galandi, Renate/Hage, Gottfried/Siess, Johanna/Schuster, Lena (2018): *Leitfaden für die kommunale Landschaftsplanung in Baden-Württemberg: der Landschaftsplan im Detail (überarbeitete Fassung 2018)*. Karlsruhe: LUBW.
- Bär, Gesine (2000): »Mit Andern eine Grube graben. Projektorganisation und Fakten-Schaffen auf der Großbaustelle ›Regionalbahnhof Potsdamer Platz««, in: *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 1/1.
- Bergeron, Julie/Paquette, Sylvain/Poullaouec-Gonidec, Philippe (2014): »Uncovering landscape values and micro-geographies of meanings with the go-along method«, in: *Landscape and Urban Planning* 0/122, S. 108–121.
- Besmer, Christina/Dietzsch, Ina (2016): »Superdiversität als Herausforderung für partizipative Stadtentwicklung«, in: Jan Lange/Jonas Müller (Hg.), *Wie plant die Planung? Kultur- und planungswissenschaftliche Perspektiven auf die Praxis räumlicher Planungen*. Berlin: Panama-Verlag, S. 163–173.
- Bevir, Mark (2004): »Governance and interpretation: What are the implications of post-foundationalism?«, in: *Public Administration* 3/82, S. 605–625.
- Biemann, Birte/Schulze Mönking, Antonius (2021): »Stadterweiterung in Frankfurt a.M. Nordwest«, in: *pnd – rethinking planning* 1/2021, S. 157–168.
- Blue, Gwendolyn/Rosol, Marit/Fast, Victoria (2019): »Justice as parity of participation«, in: *Journal of the American Planning Association* 3/85, S. 363–376.
- Bourdieu, Pierre (1990): *The Logic of Practice*. Cambridge: Polity Press.
- Calderon, Camilo/Butler, Andrew (2020): »Politicising the landscape: a theoretical contribution towards the development of participation in landscape planning«, in: *Landscape Research* 2/45, S. 152–163.
- Castán Broto, Vanesa/Westman, Linda (2019): *Urban Sustainability and Justice: Just Sustainabilities and Environmental Planning*. London: Zed Books.
- CoE (= Council of Europe) (2000): *European Landscape Convention*. <http://conventions.coe.int/Treaty/en/Treaties/Word/176.doc> (letzter Zugriff am 26.03.2008).
- Conrad, Elisabeth/Cassar, Louis F./Jones, Michael/Eiter, Sebastian/Izaovičová, Zita/Barankova, Zuzana/Christie, Mike/Fazey, Ioan (2011): »Rhetoric and Reporting of Public Participation in Landscape Policy«, in: *Journal of Environmental Policy & Planning* 1/13, S. 23–47.

- de Buhr, Sabine (2021): »Hamburg Oberbillwerder – Die vernetzte Stadt«, in: *pland – rethinking planning* 1/2021, S. 206–218.
- Diller, Christian/Thaler, Thomas (2017): »Zum Gap zwischen theoriebasierter Planungsforschung und Planungspraxis. Eine Betrachtung weiter Teile des deutschsprachigen planungswissenschaftlichen Outputs seit 2003«, in: *Raumforschung und Raumordnung* 1/75, S. 57–69.
- Dubois, Vincent (2015): »Critical political ethnography«, in: Frank Fischer/Douglas Torgerson/Anna Durnová/Michael Orsini (Hg.), *Handbook of Critical Policy Studies*. Cheltenham (UK), Northampton (MA, USA): Edward Elgar, S. 462–480.
- Dünckmann, Florian/Haubrich, Dominik/Runkel, Simon (2019): »Praktiken und Planung« in: Susann Schäfer/Jonathan Everts (Hg.), *Handbuch Praktiken und Raum*. Bielefeld: Transcript, S. 317–339.
- Eriksson, Erik/Fredriksson, Amira/Syssner, Josefina (2021): »Opening the black box of participatory planning: a study of how planners handle citizens' input«, in: *European Planning Studies* 6/30, S. 1–19.
- Fainstein, Susan S. (2018): »Urban planning and social justice«, in: Michael Gunder/Ali Madanipour/Vanessa Watson (Hg.), *The Routledge Handbook of Planning Theory*. New York, Abingdon (Oxon): Routledge, S. 130–142.
- Flyvbjerg, Bent (1998): *Rationality and Power: Democracy in Practice*. London: University of Chicago Press.
- Foucault, Michel (1982): »The subject and power«, in: *Critical Inquiry* 4/8, S. 777–795.
- Foucault, Michel (2005 [1976]): »Vorlesung vom 14. Januar 1976«, in: Daniel Defert/François Ewald/Jacques Lagrange (Hg.), *Michel Foucault. Analytik der Macht*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 108–125.
- Fraser, Nancy (2017): »Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung«, in: Nancy Fraser/Axel Honneth (Hg.), *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt a.M., S. 13–128.
- Freeman, Richard/Griggs, Steven/Boaz, Annette (2011): »The practice of policy making«, in: *Evidence & Policy: A Journal of Research, Debate and Practice* 2/7, S. 127–136.
- Fugmann, Friederike/Ginski, Sarah/Selle, Klaus/Thissen, Fee (2018): »Praxis im Blick: Planungs- und Entscheidungsprozesse im ›feinen Korn‹ abbilden. Methodische Überlegungen und inhaltliche Folgerungen«, in: *RaumPlanung* 2/3/2018, S. 8–13.

- Gailing, Ludger/Leibenath, Markus (2012): »Von der Schwierigkeit, ›Landschaft‹ oder »Kulturlandschaft« allgemeingültig zu definieren«, in: *Raumforschung und Raumordnung* 2/70, S. 95–106.
- Gailing, Ludger/Leibenath, Markus (2017): »Political landscapes between manifestations and democracy, identities and power«, in: *Landscape Research* 4/42, S. 337–348.
- Garfinkel, Harold (2017 [1967]): *Studien zur Ethnomethodologie*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Geertz, Clifford (1973): »Thick description: Toward an interpretive theory of culture«, in: Geertz, Clifford (Hg.), *The Interpretation of Culture*. New York: Basic Books, S. 310–323.
- Giddens, Anthony (1979): *Central Problems in Social Theory. Action, Structure and Contradiction in Social Analysis*. Houndmills, Basingstoke: Macmillan.
- Goffmann, Erving (1959): *The Presentation of Self in Everyday Life*. New York: Anchor.
- Healey, Patsy (1992): »A planner's day. Knowledge and action in communicative practice«, in: *Journal of the American Planning Association* 1/58, S. 9–20.
- Hongslo, Eirin (2017): »Background information or future vision? Mapping wild reindeer landscapes in a planning process. In: *Landscape Research* 4/42, S. 349–360.
- Kawulich, Barbara B. (2005): »Participant observation as a data collection method«, in: *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 2/6.
- Keller, Reiner (2005): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Opladen: VS-Verlag.
- Knoblauch, Hubert (2001): »Fokussierte Ethnographie: Soziologie, Ethnologie und die neue Welle der Ethnographie«, in: *Sozialer Sinn* 1/2, S. 123–141.
- Knoblauch, Hubert/Vollmer, Theresa (2019): »Ethnographie«, in: Nina Baur/Jörg Blasius (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 599–617.
- Krätzig, Sebastian/Kunze, Kerstin/Warren-Kretzschmar, Bartlett/Galler, Carolin/von Haaren, Christina (2022): »Kommunikation und Partizipation in der Landschaftsplanung«, in: Christian Albert/Carolin Galler/Christina von Haaren (Hg.), *Landschaftsplanung*. Stuttgart, Deutschland: Ulmer, S. 575–586.

- Krauss, Werner (2010): »The ›Dingpolitik‹ of wind energy in northern German landscapes: An ethnographic case study«, in: *Landscape Research* 2/35, S. 195 – 208.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony & Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London: Verso Press.
- Lange, Jan/Müller, Jonas (2017): »Raumplanung im Detail und als Prozess: Überlegungen für eine ethnografische Planungsforschung«, in: Karl Braun/Claus-Marco Dieterich/Thomas Hengartner/Bernhard Tschofen (Hg.), *Kulturen der Sinne: Zugänge zur Sensualität der sozialen Welt*. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 501–511.
- Leibenath, Markus (2018): »Landschaftsplanung – ein ›Theater‹? Überlegungen zu Planung und Performance«, in: *Natur und Landschaft* 7/93, S. 332–338.
- Leibenath, Markus (2019): »Berufliche Identitäten von Regionalplanern im Kontext der Windenergienutzung: eine poststrukturalistische Perspektive«, in: *Raumforschung und Raumordnung* 2/77, S. 165–180.
- Leibenath, Markus (2024): »Gouvernementalität«, in: Olaf Kühne/Florian Weber/Karsten Berr/Corinna Jenal (Hg.), *Handbuch Landschaft* (2. Aufl.). Wiesbaden: Springer VS, S. 707–717.
- Longo, Matthew/Zacka, Bernardo (2019): »Political theory in an ethnographic key«, in: *American Political Science Review* 4/113, S. 1066–1070.
- Mattila, Hanna/Olsson, Pia/Lappi, Tiina-Riitta/Ojanen, Karoliina (2022): »Ethnographic knowledge in urban planning – bridging the gap between the theories of knowledge-based and communicative planning«, in: *Planning Theory & Practice* 1/23, S. 11–25.
- Mels, Tom/Mitchell, Don (2013): »Landscape and justice«, in: N. C. Johnson/R. H. Schein/J. Winders (Hg.), *The Wiley-Blackwell Companion to Cultural Geography*. Chichester: Wiley-Blackwell, S. 209–224.
- Müller, Jonas (2017): »Und so entsteht ein Plan. Die Planung einer Berliner Begegnungszone als räumliche Übersetzung«, in: Martina Klausner/Maren Heibges (Hg.), *Stadt erfahren: Ethnografische Explorationen urbaner Mensch-Umwelt-Beziehungen* (= *Berliner Blätter* 73/2017). Berlin: Panama-Verlag, S. 44–67.
- Müller, Oliver/Sutter, Ove/Wohlgemuth, Sina (2020): »Learning to LEADER. Ritualised Performances of ›Participation‹ in Local Arenas of Participatory Rural Governance«, in: *Sociologia Ruralis* 1/60, S. 222–242.
- Nullmeier, Frank/Pritzlaff, Tanja/Wiesner, Andreas (2003): *Mikro-Policy-Analyse. Ethnographische Politikforschung am Beispiel Hochschulpolitik*. Frankfurt a.M./New York: Campus.

- Othengrafen, Frank/Lange, Jan/Müller, Jonas (2016): »Planungskultur als Brille und Forschungsinstrument: Ein E-Mail-Interview mit Frank Othengrafen, geführt von Jan Lange und Jonas Müller«, in: Jan Lange/Jonas Müller (Hg.), *Wie plant die Planung? Kultur- und planungswissenschaftliche Perspektiven auf die Praxis räumlicher Planungen*. Berlin: Panama-Verlag, S. 46–53.
- Petersen, Lars Kjerulf (2013): »The Materiality of Everyday Practices in Urban Greenspace«, in: *Journal of Environmental Policy & Planning* 3/15, S. 353–370.
- Pink, Sarah/Morgan, Jennie (2013): »Short-term ethnography: Intense routes to knowing«, in: *Symbolic Interaction* 3/36, S. 351–361.
- Polanyi, Karl (1966 [2016]): *Implizites Wissen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rawls, John (1971): *A Theory of Justice*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Reckwitz, Andreas (2003): »Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 4/32, S. 282–301.
- Reckwitz, Andreas (2008): »Praktiken und Diskurse. Eine sozialtheoretische und methodologische Relation«, in: Herbert Kalthoff/Stefan Hirschauer/Gesa Lindemann (Hg.), *Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 188–209.
- Reckwitz, Andreas (2016): »Die ›neue Kulturosoziologie‹ und das praxeologische Quadrat der Kulturanalyse«, in: Andreas Reckwitz (Hg.), *Kreativität und soziale Praxis: Studien zur Sozial- und Gesellschaftstheorie*. Bielefeld: Transcript, S. 23–48.
- Reckwitz, Andreas (2021): »Gesellschaftstheorie als Werkzeug«, in: Andreas Reckwitz/Hartmut Rosa (Hg.), *Spätmoderne in der Krise: Was leistet die Gesellschaftstheorie*. Berlin: Suhrkamp, S. 23–150.
- RiOUSset, Pauline/Schulz, Lena/Mohaupt, Franziska (2019): *Partizipation in der Grünflächenplanung – Für mehr Biodiversität und eine bessere Anpassung an die Folgen des Klimawandels: Ein Leitfaden*. Berlin: IÖW.
- Rohr, Jascha/Ehlert, Hanna/Möller, Benjamin/Hörster, Sonja/Hoppe, Marie (2017): *Impulse zur Bürgerbeteiligung vor allem unter Inklusionsaspekten – empirische Befragungen, dialogische Auswertungen, Synthese praxistauglicher Empfehlungen zu Beteiligungsprozessen*. Dessau-Roßlau: UBA.
- Rosol, Marit/Dzudzek, Iris (2014): »Partizipative Planung«, in: Bernd Belina/Matthias Naumann/Anke Strüver (Hg.), *Handbuch Kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 212–216.

- Rydin, Yvonne/Natarajan, Lucy (2016): »The materiality of public participation: the case of community consultation on spatial planning for north Northamptonshire, England«, in: *Local Environment* 10/21, S. 1243–1251.
- Sáenz de Tejada Granados, Carlota/van der Horst, Dan (2020): »Tabula non-rasa: Go-along interviews and memory mapping in a post-mining landscape designated for urban expansion«, in: *Landscape Research* 1/45, S. 6–25.
- Schäfer, Hilmar (2016a): »Einleitung: Grundlagen, Rezeption und Forschungsperspektiven der Praxistheorie«, in: Hilmar Schäfer (Hg.), *Praxistheorie: Ein soziologisches Forschungsprogramm*. Bielefeld: Transcript, S. 9–25.
- Schäfer, Hilmar (2016b): »Praxis als Wiederholung: Das Denken der Iterabilität und seine Konsequenzen für die Methodologie praxeologischer Forschung«, in: Hilmar Schäfer (Hg.), *Praxistheorie: Ein soziologisches Forschungsprogramm*. Bielefeld: Transcript, S. 137–159.
- Schatzki, Theodore R. (2002): *The Site of the Social: A Philosophical Account of the Constitution of Social Life and Change*. University Park (PA): Pennsylvania State University Press.
- Schatzki, Theodore R. (2016): »Praxistheorie als flache Ontologie«, in: Hilmar Schäfer (Hg.), *Praxistheorie: Ein soziologisches Forschungsprogramm*. Bielefeld: Transcript, S. 29–44.
- Schatzki, Theodore R./Knorr Cetina, Karin/von Savigny, Eike (Hg.) (2001): *The Practice Turn in Contemporary Theory*. Abington, New York: Routledge.
- Schlosberg, David (2007): *Defining Environmental Justice: Theories, Movements and Nature*. Oxford: Oxford University Press.
- Schmid, Benedikt/Fünfgeld, Hartmut (2023): »Umweltgerechtigkeit«, in: Eva Nöthen/Verena Schreiber (Hg.), *Transformative geographische Bildung*. Berlin: Springer Spektrum, S. 171–178.
- Schröder, Sabrina/Leibenath, Markus (2025): »Insisting on not being addressed in that way: Ideology, subjection and agency in the context of spatial planning«, in: *Planning Theory* 1/24, S. 43–63.
- Selle, Klaus (2013): »Mitwirkung mit Wirkung? Anmerkungen zum Stand der Forschung über planungsbezogene Kommunikation und das, was von ihr bleibt«, in: *PND Online* 2_3/2013, S. 1–19.
- Sinning, Heidi (2018): »Beteiligung. In: ARL (Hg.), *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*. Hannover: ARL, S. 207–219.
- Sommer, Vivien/Töppel, Mandy (2021): »Go-Alongs in einem multimethodischen Forschungsprogramm«, in: Anna Juliane Heinric, Séverine Margu-

- in/Angela Million/Jörg Stollmann (Hg.), Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. Bielefeld: Transcript, S. 195–207.
- Turnhout, Esther/Metze, Tamara/Wyborn, Carina/Klenk, Nicole/Louder, Elena (2020): »The politics of co-production: participation, power, and transformation«, in: *Current Opinion in Environmental Sustainability* 42, S. 15–21.
- Turnhout, Esther/van Bommel, Severine/Aarts, Noelle (2010): »How participation creates citizens: Participatory governance as performative practice«, in: *Ecology and Society* 4/15.
- Verloo, Nanke (2020): »Urban ethnography and participant observations: Studying the city from within«, in: Nanke Verloo/Luca Bertolini (Hg.), *Seeing the City: Interdisciplinary Perspectives on the Study of the Urban*: Amsterdam University Press, S. 37–55.
- Verloo, Nanke (2023): »Ignoring people: The micro-politics of misrecognition in participatory governance«, in: *Environment and Planning C: Politics and Space* 7/41, S. 1474–1491.
- Vorbrugg, Alexander (2023): »Ethnographisch forschen«, in: Eva Nöthen,/ Verena Schreiber (Hg.), *Transformative geographische Bildung*. Berlin: Springer Spektrum, S. 189–195.
- Wagenaar, Hendri/Wilkinson, Cathy (2015): »Enacting resilience: A performative account of governing for urban resilience«, in: *Urban Studies* 7/52, S. 1265–1284.
- Wrana, Daniel/Langer, Antje (2007): »An den Rändern der Diskurse. Jenseits der Unterscheidung diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken«, in: *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 2/8.
- Zimmermann, Karsten (2017): *Praxisansätze in der planungswissenschaftlichen Diskussion*. In: *Nachrichten der ARL* 1/2017, S. 14–16.

Lebenschancengerechtigkeit als Landschaftsgerechtigkeit

Karsten Berr und Olaf Kühne

1 Einleitung: Landschaft und Gerechtigkeit – eine Annäherung

Der Begriff der Gerechtigkeit ist in der Philosophie zentral. Seit Beginn ihrer Geschichte wurde er immer wieder neu diskutiert und weist auch im Alltagsleben der Menschen eine intuitive und grundlegende Bedeutung auf (vgl. Quante 2008). Nur »worin die Gerechtigkeit des Näheren besteht, ist sowohl im Alltag als auch in der Philosophie heftig umstritten« (Höffe 2010 [2001]: 26). Dieser Befund gilt auch für die Fragen nach räumlicher Gerechtigkeit oder Landschaftsgerechtigkeit. Auch hier findet sich daher eine »Vielfalt der Gerechtigkeitskonzepte«, »Gerechtigkeitskategorien« und entsprechender »räumliche[r] Implikationen« (Gailing/Weith 2023: 322 und 324f.): Unterscheiden lassen sich demnach Verteilungsgerechtigkeit, Tauschgerechtigkeit, Ergebnisgerechtigkeit, Verfahrensgerechtigkeit, Anerkennungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, sowie intergenerationelle und intragenerationelle Gerechtigkeit. Eine weitere Unterscheidung ist die zwischen kollektivistisch oder individualistisch ausgerichteten Gerechtigkeitsbegriffen (vgl. im Kontext von Landschaft: Kühne/Berr/Jenal 2022; Kühne et al. 2021), die letztlich in ihrer dualen Verfasstheit die »duale Struktur« (Krämer 1992) der philosophischen Ethik mit ihrer Unterscheidung von Individualethik und Sozialethik spiegelt. Grundsätzlich schreibt kollektivistisches Denken Gemeinschaften oder sozialen Gruppen eine höhere Bedeutung zu als Individuen. Demnach definiert sich der Wert einer Person über ihre Einpassung an und in das Gemeinwesen. Individualistisches Denken kehrt diese Gewichtungen um.

Im Folgenden wird gezeigt, dass und warum der Gerechtigkeitsbegriff nicht ausschließlich kollektivistisch oder individualistisch ausgerichtet sein sollte, sondern im Zuge einer »Redeskription« (Rorty 2023) beide Aspekte

zu ›Lebenschancengerechtigkeit‹ integriert und ausgewogen berücksichtigt werden können. Wir werden uns dabei auf Aspekte der Verfahrens- und Chancengerechtigkeit beschränken. Eine umfassende Theorie möglicher Gerechtigkeitskonzepte im Kontext räumlicher oder landschaftlicher Planung und Entwicklung steht noch aus und kann an dieser Stelle auch nur ansatzweise geleistet werden.

Gerechtigkeit (Ekaradt 2005; Thompson 2007) im Hinblick auf Landschaft in einem noch vorläufigen, umgangssprachlichen Sinn bedeutet insbesondere die Gewährleistung einer fairen Chancenverteilung bezüglich eines weitgehend ungehinderten und nicht reglementierten Zugangs für möglichst viele zu Landschaften (u.a. Weber 2013; Berr et al. 2019). Auch lässt die Multifunktionalität von Landschaften intuitiv eine gerechte Verteilung als notwendig erscheinen: »Landscapes and their components have multiple uses and purposes, each of which is valued in different ways by different stakeholders. Tradeoffs exist among the differing landscape uses and need to be reconciled. Many landscapes provide a diverse range of values, goods, and services« (Sayer et al. 2013: 8351).

Diese Annäherung an den Zusammenhang von Landschaft und Gerechtigkeit zieht die Frage nach sich, wie diese unterschiedlichen *landscape uses* gerechtigkeitswirksam theoretisch integriert und praktisch aufeinander abgestimmt werden können. Im Folgenden wird zuerst der Zusammenhang zwischen der Gerechtigkeitsfrage und der dualen Struktur der Ethik erläutert (Kapitel 2). Anschließend wird gezeigt, dass Pluralität und Kontingenz der Ethik- und Gerechtigkeitstheorien unproblematisch sind, und auf Möglichkeiten, damit umzugehen, hingewiesen (Kapitel 3). Nachdem des Weiteren zuerst die Konzepte der Lebenschancen und der Lebenschancengerechtigkeit vorgestellt werden (Kapitel 4), wird sodann das Konzept der Lebenschancengerechtigkeit als Leitbild der Planungspraxis spezifiziert (Kapitel 5). In einem Ausblick werden einige Konsequenzen dieses Ansatzes vorgestellt (Kapitel 6).

2 Gerechtigkeit und Ethik

Wird der Geltungsanspruch moralischer Überzeugungen in lebensweltlichen Konfliktsituationen oder wissenschaftlich-kritisch hinterfragt, ist der Bereich einer ethischen Reflexion erreicht. In der philosophischen Ethik werden bestehende Moralen am Leitfaden ethischer Kriterien auf ihre Rechtfertigungsfähigkeit hin beurteilt. Es wird also gefragt, ob bestimmte moralische

Aufforderungen oder Beurteilungen »grundsätzlich jedermann zumutbar sind« (Gethmann/Sander 2004: 118). Als Fundierungs- und Rechtfertigungsbasis ethischer Theorien können unterschiedliche Prinzipien fungieren, die allerdings *nicht* wie *moralische* Normen der »Handlungsanleitung«, sondern stattdessen der *Handlungsbeurteilung*« (ebd.: 117) dienen. Beispielsweise schreiben der kategorische Imperativ oder das utilitaristische Nutzenmaximierungsprinzip nicht vor, *was* zu tun ist, sondern diese Prinzipien prüfen und beurteilen die *Verallgemeinerungsfähigkeit* individueller Maximen oder überindividueller Moralansprüche. So verstanden, dient die Ethik als Prüfverfahren normativer Ansprüche sowie der Implikationen des Redens oder des Handelns.

In der Geschichte haben sich verschiedene Ethikparadigmen (Gethmann 2023), Ethiktheorien (Düwell/Hübenthal/Werner 2011b; Nida-Rümelin 2005; Stoecker/Neuhäuser/Raters 2011) und Gerechtigkeitstheorien (Höffe 2010 [2001]; Horn/Scarano 2017; Ladwig 2011) herausgebildet, deren Pluralität nicht als zu überwindendes Übel, sondern im Sinne Poppers (1963) und Dahrendorfs (1959) als Bereicherung und Ansporn zu erhöhter (selbst-)kritischer und transparenter Begründungsarbeit hinsichtlich normativer Geltungsansprüche betrachtet werden können.

Eine grundlegende Unterscheidung innerhalb der philosophischen Ethik ist die von Individualethik und Sozialethik (exemplarisch und leitend für das Folgende: Kamlah 1973; Krämer 1992; Rorty 1989). Traditionell ist die Individualethik oder Strebensethik am guten Leben des Einzelnen und dessen Interessen orientiert. Dieser Ansatz nimmt konsequent eine prudentielle Perspektive ein, die danach fragt, was gut für das Individuum ist. Auf diese Weise ist der Bereich des Privaten betreten, der in diesem Sinne als Bereich der Selbsterschaffung fungiert (vgl. Rorty 1989), der zwangsläufig privat und gerade nicht öffentlich ist. Philosophiegeschichtlich steht hinter den Termini »Individualethik« und »Strebensethik« die traditionelle Frage nach dem Glück und einem guten Leben. Daher kann diese Begrifflichkeit auch dem zugeordnet werden, was in der philosophischen Ethik als »eudämonistische Ethik« oder »Lebenskunst« bezeichnet wird. Im Unterschied zur Individualethik ist die traditionelle Sozialethik oder Sollensethik an verallgemeinerbaren Normen einer Handlungsgemeinschaft und deren Interessen orientiert. Dieser Ansatz nimmt konsequent eine moralische Perspektive ein, die danach fragt, was gut für die Gemeinschaft ist. Auf diese Weise ist der Bereich des Öffentlichen betreten, was mit Rorty als ein Vokabular der Gerechtigkeit umrissen werden kann, das zwangsläufig öffentlich und gerade nicht privat sei. Philosophiege-

schichtlich steht hinter den Termini ›Sozialethik‹ und ›Sollensethik‹ die Frage nach Moral und Gerechtigkeit. Daher kann diese Begrifflichkeit auch der traditionellen ›Moralphilosophie‹ zugeordnet werden.

Letztlich zeigt sich in dieser Unterscheidung die Irreduzibilität einer dualen Struktur der Ethik. Mit Kamlah (1973: 144) ist der eine Ethiktypus als die ›notwendige Ergänzung‹ des anderen zu betrachten. Krämer (1992: 84) stellt fest, die beiden Ethikperspektiven verhalten sich ›komplementär zueinander und können einander darum auch nicht gegenseitig aufheben und ersetzen‹. Es sei ›auf der Anerkennung der Irreduzibilität der dualen Struktur der Ethik zu insistieren‹, die ›darum notwendig bizentrisch angelegt‹ (ebd.: 122) sei. Moralphilosophie und Strebensethik seien daher ›als zwei heterogene und autonome Zweige der Ethik in einem teils konkurrierenden, teils kooperativen Nebeneinander [zu] belassen‹ (ebd.: 119f.). Versuche, die eine Ethikperspektive auf die andere zu reduzieren, seien weder sinnvoll noch möglich, denn der Spalt ›zwischen Gemeinwohl und Eigeninteresse ist prinzipiell nicht überbrückbar, und wenn, dann nur tendenziell in unendlicher Annäherung‹ (ebd.: 40).

Im Vokabular Rortys (1989: 13) heißt dies: Es ›gibt keine Möglichkeit, auf theoretischer Ebene Selbsterschaffung und Gerechtigkeit zusammenzubringen‹, man könne lediglich ›praktische Maßnahmen ergreifen, um dieses praktische Ziel zu erreichen‹. Denn das ›Vokabular der Selbsterschaffung ist zwangsläufig privat, wird von niemandem geteilt, ist ungeeignet zur Argumentation. Das Vokabular der Gerechtigkeit ist zwangsläufig öffentlich, wird von vielen geteilt, ist Medium für den Austausch von Argumenten‹ (ebd.). Im Vokabular Dahrendorfs (1979) bedeutet dies: Optionen bedürfen Ligaturen, wie Ligaturen Optionen bedürfen – worauf wir an späterer Stelle differenzierter eingehen werden. Steht demnach hinter der sozialetischen Frage nach Gerechtigkeit die Frage nach überindividuellen Lösungen für Gruppen, Gemeinschaften und Gesellschaften, richtet sich der Fokus der individualetischen Frage nach dem guten Leben auf einzelne Personen. Das Vokabular der Gerechtigkeit nimmt entsprechend die Perspektive der ›zweiten und dritten Person‹ (Krämer 1998: 97) ein, die vorrangig die Ansprüche der Gesellschaft an das Individuum und ein entsprechendes ›Ich soll‹ (in Orientierung an den moralischen Forderungen der anderen) betont. Das Vokabular der Selbsterschaffung hingegen nimmt die Perspektive ›der ersten Person‹ (Krämer 1992: 84) ein, die konsequent das ›Ich will‹ (in Orientierung an den eigenen Wünschen und Zielen des je einzelnen Individuums) betont. Die individuelle

Perspektive kann daher auch einer ›Strebensethik‹, die überindividuelle einer ›Sollensethik‹ zugeordnet werden (ebd.; Kamlah 1973).

Je nachdem, ob ethische Erwägungen sich an der Frage nach dem guten Leben oder an der Frage nach Gerechtigkeit orientieren, ergeben sich andere Bewertungskriterien im Kontext von Auseinandersetzungen um Landschaft. Ein eudämonistischer Zugang wird etwa fragen, inwieweit die Bewahrung ›stereotyper Landschaften‹ oder der ›heimatlichen Normallandschaft‹ (Kühne 2021) für viele Menschen Bestandteil ihrer Vorstellungen von einem guten Leben und daher nach Möglichkeit zu berücksichtigen ist. Ein gerechtigkeits-theoretischer Zugang wird beispielsweise fragen, inwieweit Grundgüter – etwa ein gleichberechtigter Zugang zu Landschaften – gerecht verteilt werden können (Müller 2017; Berr 2022). Das heißt, in dieser Perspektive ist es legitim, die berechtigten Ansprüche und Wertungen innerhalb einer eudämonistischen Perspektive im Hinblick auf ein ›Allgemeinwohl‹ und damit verbundene spezifische Gerechtigkeitsvorstellungen zu relativieren und zu kritisieren.

3 Umgang mit Pluralität und Kontingenz

Der Befund der Pluralität von Ethiktheorien und der Irreduzibilität einer dualen Struktur der Ethik entbindet nicht von der Frage, wie theoretisch und praktisch mit Pluralität und Dualität und damit auch mit Kontingenz als Absage an Notwendigkeit (einer einzelnen Theorie, eines einzelnen Paradigmas, einer einzelnen Methode etc.) umzugehen ist. Was einen solchen Umgang mit ethischer Pluralität anbelangt, ist das Gegenmodell zum Theorienpluralismus ein Theorienmonismus, in dessen Rahmen eine der ethischen Theorien als die einzig angemessene erklärt wird. Diese Position führt die Vielfalt ethischer Prinzipien und Theorien daher auf *eine* Theorie mit *einem* einzigen Prinzip zurück. Dieses *deduktive* Vorgehen führt somit »gerade die Pluralität ethischer Theorien vor die Wahl: Entweder eine Ethik oder letztlich keine« (Ott 1996: 74). Beispielsweise kann die Diskurstheorie (Habermas 1991), der Utilitarismus (Birn-bach 2016) oder die Tugendethik (MacIntyre 1995) jeweils als die entscheidende oder einzig richtige Theorie betrachtet werden. Eine weitere Umgangsweise mit der Pluralität ethischer Theorien oder Paradigmen ist ein Komplementaritätsansatz, etwa in Form der neopragmatistischen Theorientriangulation, wie sie beispielsweise in der Geographie in Anlehnung an Richard Rortys und Hila-

ry Putnams Neopragmatismus entwickelt und empirisch erprobt wurden (u. a. Kühne 2024; Kühne/Koegst 2023).

Der klassische Pragmatismus geht davon aus, dass die praktischen Folgen und Wirkungen von Handlungen, Bedeutungen und Wahrheiten das Handeln bestimmen sollten, nicht moralische Prinzipien oder große theoretische Gebäude. Diesen Grundgedanken haben entscheidende Autoren des Neopragmatismus wie Richard Rorty (1982, 1991) und Hilary Putnam (1995) aufgenommen. Im Zentrum ihrer Überlegungen steht die grundsätzliche Anerkennung pluralistischer Weltanschauungen sowie der Kontingenz von Selbst, Sprache und Gesellschaft. Der Neopragmatismus bietet einen Rahmen für die (wissenschaftliche) Synthese der verschiedenen Aspekte von Welt, er ist zudem, etwa mit Blick auf räumliche Planung, normativ auf ergebnisoffene, demokratische Aushandlungsprozesse ausgerichtet.

4 Lebenschancen und Lebenschancengerechtigkeit

Eingangs wurde darauf hingewiesen: Der Gerechtigkeitsbegriff sollte nicht ausschließlich kollektivistisch oder individualistisch ausgerichtet sein, sondern im Zuge einer Reformulierung zu ›Lebenschancengerechtigkeit‹ beide Aspekte integrierend berücksichtigen können. Zu diesem Zweck kann an Ralf Dahrendorf und die grundlegende Erkenntnis Poppers angeschlossen werden, niemand kenne alle möglichen Antworten auf politische, gesellschaftliche oder wissenschaftliche Fragen, insofern gelte es die Möglichkeit sicherzustellen, verschiedenste Antworten geben zu können, was nur in einer »Verfassung der Freiheit« (Dahrendorf 1980: 13) möglich sei.

Die Soziologie Dahrendorfs befasst sich daher mit dem ambivalenten Verhältnis, in dem einzelne Menschen, die nach Freiheit streben, und Gesellschaft, die um der Freiheit vieler willen die Freiheit der Einzelnen teils einschränken muss, zueinander stehen. Einerseits ist das Individuum vor den übergreifenden Anforderungen der Gesellschaft zu schützen, andererseits sind auch die Freiheit ermöglichenden Einflüsse der Gesellschaft (zu denen nicht zuletzt Bildung zählt) auf das Individuum sicherzustellen. Das Konzept, mit dem Dahrendorf (1979) individuelle Freiheit und gesellschaftliche Bindungen integrieren will, ist das der Lebenschancen. Mit diesem Konzept schließt Dahrendorf an ein Verständnis ›positiver Freiheit‹ (Berlin 1992 [1969]) an, indem Freiheit nicht allein durch Abwesenheit von (äußerem) Zwang sichergestellt ist, sondern auch spezifische Befähigungen voraussetzt, die

gesellschaftlich bereitgestellt werden müssen, damit Menschen überhaupt Freiheitsoptionen ergreifen können (vgl. Nussbaum 2014; Sen 1985).

Lebenschancen bestimmt Dahrendorf (1979: 55) als »Gelegenheiten für individuelles Handeln, die sich aus der Wechselbeziehung von Optionen und Ligaturen ergeben«. Optionen sind »in sozialen Strukturen gegebene Wahlmöglichkeiten, Alternativen des Handelns« (ebd.: 50) und sie verlangen »Wahlentscheidungen und sind damit offen in die Zukunft« (ebd.: 51). Ligaturen hingegen sind Ausdruck der Einwirkung der Gesellschaft auf das Individuum, sie sind »strukturell vorgezeichnete Felder menschlichen Handelns. Der einzelne wird kraft seiner sozialen Positionen und Rollen in Bindungen oder Ligaturen hineingestellt« (ebd.).

Ligaturen binden an soziale Kontexte, Optionen sind Voraussetzung für Selbstermächtigung und Emanzipation von diesen Kontexten. Ungeachtet dieser wechselseitigen Bedingtheit von Optionen und Ligaturen ist ihr Verhältnis durch eine Ambivalenz gekennzeichnet: »Ligaturen ohne Optionen bedeuten Unterdrückung, während Optionen ohne Bindungen sinnlos sind« (Dahrendorf 1979: 51–52). Zwar modifizieren Ligaturen bloße Chancen zu »Chancen mit Sinn und Bedeutung, also Lebenschancen« (ebd.: 51), andererseits haben sie »eine absolute Qualität: sie lassen Schattierungen von grau nur widerwillig zu. Menschen gehören entweder dazu oder sie tun es nicht, und wenn sie es nicht tun, haben sie keinen Anspruch auf Rechte« (Dahrendorf 2004: 51). Ligaturen wird daher von Dahrendorf eine zwiespältige Bedeutung bei der Entwicklung von Lebenschancen beigemessen: Zwar stellen sie die sinngebende Komponente innerhalb des Verhältnisses von Optionen und Ligaturen dar, aber zugleich weisen sie eine einschränkende Wirkung auf Entwicklung und Verwirklichung von Lebenschancen auf (Kühne/Leonardi 2020; Mackert 2010). Zudem bleibt ein Ungleichgewicht zwischen Optionen und Ligaturen, denn das Konzept der Optionen ist klar ausformuliert und Optionen werden eindeutig positiv in Hinblick auf Lebenschancen gerahmt.

Diese Unwucht im ambivalenten Verhältnis von Optionen und Ligaturen kann verringert werden, wenn man Dahrendorfs Konzeption – in Anlehnung an die Unterscheidung von Moral und Ethik (s. Kapitel 2) – um eine begriffliche Differenzierung zwischen moralischen und ethischen Ligaturen erweitert (u.a. Kühne/Koegst/Berr 2024; Berr/Kühne 2024).

Moralische Ligaturen beziehen sich auf konkretes Handeln, ethische Ligaturen als Reflexionsformen auf diese moralischen Ligaturen. Ethische Reflexion hat dementsprechend keine konkreten Handlungsanweisungen oder Beurteilungen für ein konkretes Urteilen zu geben, sondern sie hat mögliche

Urteile oder Handlungen auf ihre Bedingungen, Voraussetzungen, impliziten Wertpräferenzen und normativen wie faktischen Folgen und Nebenfolgen zu analysieren und zu beurteilen. Während moralische Ligaturen Optionen tendenziell einschränken, sind ethische Ligaturen wie etwa Verfahrensgerechtigkeit, Toleranz, Verantwortung geeignet, Optionen zu erweitern und zu ermöglichen. Moralische Ligaturen neigen hingegen zur Totalität und zur Dichotomisierung zwischen ›dem Guten‹ und ›dem Bösen‹ (Grau 2017). Ligaturen lassen sich in Anknüpfung an den Ansatz der Innen- und Außenleitung von Riesman (1950) auch nach innengerichteten und außengerichteten moralischen und ethischen Ligaturen differenzieren. Außengerichtete Ligaturen werden normativ an andere Individuen herangetragen, während innengerichtete Ligaturen das Ergebnis der Reflexion und Internalisierung von moralischen und ethischen Ligaturen sind, die als Richtschnur eigenen Handelns angenommen werden. Während innengerichtete Moral sich als »überaus anstrengend und weitgehend spaßbefreit« (Grau 2019: 146) gestaltet, werden außengerichtete Moralen in universalistischer Weise an die Allgemeinheit gerichtet (ebd.).

Eine weitere gerechtigkeitsrelevante Differenzierung des Ligaturenbegriffs lässt sich hinsichtlich leiblicher Ligaturen und leibvermittelter sozialer Ligaturen vornehmen. Leibliche Ligaturen gehen aus der körperlichen Gebundenheit des Menschen und seinem fühlenden und bewusstseinsbezogenen Umgang damit hervor. So sind die Fähigkeiten des menschlichen Leibes limitiert, wobei die Limitierungen sich im Lebensverlauf gemeinhin wandeln und – in Maßen – individuell zurückgedrängt werden können, etwa durch Sport. Leibliche Ligaturen werden dann gerechtigkeitsrelevant, wenn sie individuell oder teilgesellschaftlich zu verringerter Teilhabe führen. An dieser Stelle wird der Übergang zu leiblich vermittelten sozialen Ligaturen deutlich, zu denen leibliche Ligaturen eine notwendige Voraussetzung sind. Infolge der leiblichen Verfasstheit des Menschen vollzieht sich soziales Handeln stets unter Vermittlung des Leibes. Dies reicht von Verkehrsregeln, die darauf abzielen, die Unversehrtheit des Leibes sicherzustellen, über die Selbstinszenierung des eigenen Körpers gemäß sozialer – etwa ästhetischer – Präferenzen (Shusterman 2011), bis hin zu den Einschreibungen des Sozialen in den Leib als Habitus (Bourdieu 2016). Gerade durch leibvermittelte soziale Ligaturen erfolgt die Gewährung oder Verweigerung von Lebenschancen durch die Gesellschaft – und ist damit relevant für Überlegungen zum Thema Gerechtigkeit.

Der Lebenschancen-Ansatz weist ein erhebliches analytisches Potenzial auf. Er bietet beispielsweise einen tauglicheren Weg zum Verständnis

sozialer Ungleichheiten als Ansätze, die monokausale Reduktionen vornehmen (u.a. Kühne/Berr/Jenal 2022). Auch ist der Lebenschancen-Ansatz für andere theoretische Zugänge zu Gesellschaft, Individuum, aber auch materiellen gesellschaftlichen Bezügen (etwa leibliche und leiblich vermittelte soziale Ligaturen) anschlussfähig. Denn das konfliktbehaftete Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft kann thematisiert werden, ohne auf einen plumpen Individualismus oder Kollektivismus zurückzugreifen. Das Lebenschancen-Konzept stellt daher einen differenzierten Ansatz dar, das ambivalente Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft auf umfassendere Weise zu thematisieren und damit tauglichere Wege zur Analyse und zum Verständnis dieses Verhältnisses aufzuweisen und damit einer gerechtigkeits-theoretischen Reflexion zu öffnen. Der Lebenschancen-Ansatz bietet zudem ein normatives Kriterium der Beurteilung oder Bewertung gesellschaftlicher Weichenstellungen, politischer Entscheidungen oder raumplanerischer Leitbilder und Projekte an. In Analogie zum prinzipiell möglichen demokratischen Austausch politischer Führung ist entsprechend die prinzipielle Reversibilität von Entscheidungen leitend, sollten sich diese als nicht tauglich erweisen. Der normative Maßstab für solche Tauglichkeit – so unser Vorschlag in Anlehnung an Dahrendorf – kann die Steigerung von Lebenschancen sein.

5 Lebenschancengerechtigkeit als Leitbild der Planungspraxis

Wenn und insofern wir uns in diesem Artikel auf Verfahrens- und Chancengerechtigkeit konzentrieren, fokussieren wir auf den Ausgleich individueller und kollektiver Gerechtigkeitsvorstellungen. Im Rahmen einer Planungsethik können in diesem Kontext Abwägungen zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem sowie innerhalb des Sozialen zwischen individueller und kollektiver Perspektive vorgenommen werden (Müller 2017). Im Hinblick auf die beschriebene duale Struktur der Ethik, die sich auch auf Gerechtigkeitsfragen auswirkt, kann beispielsweise mit nachvollziehbaren Gründen eine Priorisierung der Gerechtigkeitsfrage vor der Frage nach dem guten Leben behauptet werden: »Die Gerechtigkeit begrenzt das Streben nach dem guten Leben, [...] Gerechtigkeit muss immer gewährleistet sein« (ebd.: 117). Mit ebenso nachvollziehbaren Gründen ließe sich eine Vorrangstellung des individuellen guten Lebens gegenüber überindividuellen Gerechtigkeitsfragen behaupten (u.a. Bätzing 2009). Oder es wird der Versuch solcher Priorisierungen aufgegeben und stattdessen ein integratives Konzept vorgeschlagen (vgl. Jörissen et al. 1999;

Berr 2022), das die duale Struktur als unhintergebar akzeptiert und sich bemüht, pragmatische Wege in der außerwissenschaftlichen Alltagswelt in Planung, Nutzung und Konfliktsituationen im Landschaftskontext zu suchen und zu verfolgen.

Das würde zum einen bedeuten, im Sinne des Komplementaritätsgedankens die strebensethische und die sollensethische Perspektive als wechselseitige Korrektive zu begreifen und zu gebrauchen. Zum anderen ist der Versuchung zu widerstehen, die mit der dualen Struktur gegebene Spannung zwischen individuellen und überindividuellen Ansprüchen durch Streben nach Einheit oder Harmonie auflösen zu wollen (vgl. Kühne/Berr/Jenal 2022). Der Versuch, diese Harmoniemomente auf Dauer stellen zu wollen, ist weder möglich noch sinnvoll, da ansonsten das Leben erlahmen und veröden würde (Kant 1983 [1784]; Dahrendorf 1972).

Werden diese Überlegungen in das Vokabular Dahrendorfs übertragen, so bedeutet das, erstens: Optionen bedürfen Ligaturen wie Ligaturen Optionen bedürfen (Kühne/Berr/Jenal 2022). Zweitens folgt daraus, dass Dahrendorfs (1972) konflikttheoretischer Ansatz *dem Grundgedanken nach* auf die duale Struktur der Ethik und deren Auswirkungen auf die Gerechtigkeitsfrage zu übertragen und in ein entsprechendes Konzept der Lebenschancengerechtigkeit zu integrieren ist. Dieser Grundgedanke besteht darin, dass Konflikte grundsätzlich zur *conditio humana* gehören und nur um den Preis einer Sklererotisierung der Gesellschaft oder der Unterdrückung gegenläufiger Motive und Bestrebungen zu haben ist sowie im Rahmen gemeinsam verbindlich festgelegter Rahmenbedingungen regelungsbedürftig sind. Wird in diesem Konzept zudem die Bedeutung der Institutionen (Gehlen 1956, 2016; Wieland 1989) für Gerechtigkeitsfragen berücksichtigt, dann ist zugleich in Rechnung zu stellen, dass individuelles Handeln immer schon durch soziale Verhältnisse und Institutionen bestimmt, gesichert und garantiert wird, ebenso wie soziale Verhältnisse und Institutionen ohne autonom handelnde Individuen weder denkbar noch real möglich sind. Individual- und Institutionenperspektive sind daher weder aufeinander reduzierbar noch eliminierbar (Gutmann/Quante 2017). Dementsprechend sind die Fragen nach dem guten Leben und nach Gerechtigkeit nicht gegeneinander auszuspielen, da sie komplementär aufeinander verwiesen sind und unauflöslich ineinandergreifen. Stattdessen sind die beiden Aspekte je nach Kontext und Zweck zu gewichten. Kriterium solcher Gewichtung – so unser Vorschlag – ist das Konzept der Lebenschancengerechtigkeit.

6 Ausblick

Wenn das Konzept der Lebenschancengerechtigkeit als Leitbild oder Kriterium der Planungspraxis fungieren können soll, dann als regulatives Orientierungswissen um Ziele, Zwecke und Maximen (Mittelstraß 2003), das dann auch die Wahl der Mittel bestimmen kann und soll. »Regulativ« heißt, ein Leitbild dient als schwach normativer (Düwell/Hübenthal/Werner 2011a) Horizont, auf den Planung sich zubewegen können soll, um Ziele und Zwecke erreichen zu können, ohne diesen Horizont als absolute Zielvorgabe misszuverstehen. Das Konzept der Lebenschancengerechtigkeit ist in diesem Sinne als relational-regulative, nicht als absolute Zielvorgabe und Kriterium zu verstehen, stellt also ein schwach normatives Ziel dar, das aber nicht als letztes Meta-Kriterium eine Letztbegründung des Orientierungswissens vorzugeben behauptet und damit das in jeder wissenschaftlichen Theoriebildung unumgängliche »Rechtfertigungsproblem lediglich tendenziell ins Unendliche iterieren« (Gethmann 2023: 90) oder in eine »Technik der Ethik [...] im Sinne eines (höherstufigen) Verfügungswissens über Orientierungsangebote« (Hubig/Luckner 2013: 150) umschlagen würde. Es ist zwar gegenüber der Objektebene konkreter Planungen und Eingriffe in räumliche Umwelten auf einer begrifflich-konzeptionellen Ebene angesiedelt, auf der allein ein »maximales Maß an Chancen- und Verfahrensgerechtigkeit sicherzustellen ist« (Kühne/Weber/Jenal 2018: 30). Auf dieser Ebene ist dieses Konzept aber nicht-absolut und damit kontingent. Es ist nur am Leitfaden rechtfertigungsbedürftiger Zwecke und Ziele zu legitimieren und kann daher nur als Vorschlag aufgefasst werden, der mit Popper grundsätzlich falsifikationsoffen sein muss und auf der Objektebene akzeptiert und umgesetzt werden kann oder nicht.

Die Ausrichtung an Lebenschancengerechtigkeit mit dem Ziel der Maximierung von Lebenschancen ist abhängig von einem »Ligaturenmanagement mit Augenmaß« und damit von der Fähigkeit zur ethisch-ligaturären Reflexion und dem Erwerb von Orientierungswissen. Diese Fähigkeiten sind ihrerseits mit Gerechtigkeitsüberlegungen verkoppelt, denn diese Fähigkeiten kann das Individuum nicht aus sich selbst heraus entwickeln, die Ermöglichung erfolgt gesellschaftlich. Auf Grundlage dieser Ermöglichung ist das Individuum auch in der Lage, die leibliche Vermittlung sozialer Ligaturen zu hinterfragen. Gleiches gilt für den Einsatz außengerichteter moralischer Ligaturen, die als Werkzeug dienen (sollen), Menschen mittels verallgemeinerter Sollenssätze zu einem den eigenen moralischen Vorstellungen entsprechenden Verhalten zu bewegen. Infolge der Pluralisierung von Moralien einer pluralisierten Gesell-

schaft ist die Verwendung außengerichteter moralischer Ligaturen indes mit dem Problem verbunden, kaum regelbare Konflikte zu produzieren (weil sich kaum auf eine gemeinsame ethische Basis geeinigt wurde). Das Hinterfragen richtet sich nicht zuletzt auf die Ergebnisse räumlicher Planung, denn mit der oben angesprochenen Komplexitätsreduktion (insbesondere durch außengerichtete moralische Ligaturen) geht auch die Schaffung oder Gestaltung von leibvermittelten sozialen Ligaturen einher. Hier stellt sich die gerechtigkeits-theoretische Frage, wer hiervon betroffen wird und welche Optionen hiervon einen Sinn erhalten.

Literatur

- Bätzing, Werner (2009): *Orte guten Lebens. Die Alpen jenseits von Übernutzung und Idyll*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Berlin, Isaiah (1992 [1969]): *Four Essays on Liberty*. Oxford: Oxford University Press.
- Berr, Karsten (2022): »Planungs- und Natur(schutz)ethik – eine großschutzgebietsbezogene Kritik«, in: *Berichte. Geographie und Landeskunde* 95, 336–358.
- Berr, Karsten/Jenal, Corinna/Kühne, Olaf/Weber, Florian (2019): *Landschaftsgovernance. Ein Überblick zu Theorie und Praxis*. Wiesbaden: Springer VS.
- Berr, Karsten/Kühne, Olaf (2024): »Landschaften sich schließender Gesellschaften. Eine Kritik am Leitfaden von Lebenschancen«, in: Florian Bellin-Harder (Hg.), *Landschaft und Vegetation. Reflexionen zu Erkenntnistheorie, Herstellung und Interpretation*. Bielefeld: transcript, S. 147–180.
- Birnbach, Dieter (2016): »Eine Begründung des Utilitarismus«, in: Jörg Schroth (Hg.), *Texte zum Utilitarismus*. Stuttgart: Reclam, S. 211–137.
- Bourdieu, Pierre (2016): *La distinction: Critique sociale du jugement (= Le Sens commun)*. Paris: Editions de Minuit.
- Dahrendorf, Ralf (1959): *Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle*. Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dahrendorf, Ralf (1972): *Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft*. München: Piper.
- Dahrendorf, Ralf (1979): *Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie (= Suhrkamp-Taschenbuch, Band 559)*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Dahrendorf, Ralf (1980): Die neue Freiheit. Überleben und Gerechtigkeit in einer veränderten Welt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Dahrendorf, Ralf (2004): Der Wiederbeginn der Geschichte. Vom Fall der Mauer zum Krieg im Irak. München: C.H. Beck.
- Düwell, Marcus/Hübenthal, Christoph/Werner, Micha H. (2011a): »Einleitung. Ethik: Begriff – Geschichte – Theorie – Applikation«, in: Marcus Düwell/Christoph Hübenthal/Micha H. Werner (Hg.), Handbuch Ethik. Stuttgart/Weimar: J.B. Metzler, S. 1–23.
- Düwell, Marcus/Hübenthal, Christoph/Werner, Micha H. (Hg.) (2011b): Handbuch Ethik, Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler.
- Ekardt, Felix (2005): Das Prinzip Nachhaltigkeit. Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit. München: Beck.
- Gailing, Ludger/Weith, Thomas (2023): »Räume für Gerechtigkeit«, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 96, S. 321–328.
- Gehlen, Arnold (1956): Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen. Bonn: Athenäum-Verlag.
- Gehlen, Arnold (2016): Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik. Frankfurt a.M.: Klostermann.
- Gethmann, Carl F. (2023): Konstruktive Ethik. Einführung und Grundlegung. Berlin/Heidelberg: Springer.
- Gethmann, Carl F./Sander, Thorsten (2004): »Rechtfertigungsdiskurse«, in: Hans Friesen/Karsten Berr (Hg.), Angewandte Ethik im Spannungsfeld von Begründung und Anwendung. Frankfurt a.M./Berlin u.a.: Peter Lang, S. 111–158.
- Grau, Alexander (2017): Hypermoral. Die neue Lust an der Empörung. München: Claudius.
- Grau, Alexander (2019): »Säkularisierung und Selbsterlösung. Die identitätslinke Läuterungsagenda als Religionsderivat«, in: Sandra Kostner (Hg.), Identitätslinke Läuterungsagenda. Eine Debatte zu ihren Folgen für Migrationsgesellschaften. Stuttgart: Ibidem-Verlag, S. 143–150.
- Gutmann, Thomas/Quante, Michael (2017): »Individual-, Sozial- und Institutionenethik«, in: Ines-Jacqueline Werkner/Klaus Ebeling (Hg.), Handbuch Friedensethik. Wiesbaden: Springer VS, S. 105–114.
- Habermas, Jürgen (1991): Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Höffe, Otfried (2010 [2001]): Gerechtigkeit. Eine philosophische Einführung (= Beck'sche Reihe). München: Beck.

- Höffe, Otfried (2023): »Gerechtigkeitsdimensionen und Gerechtigkeitskonzeptionen«, in: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 96, S. 148–153.
- Jörissen, J./Kopfmüller, J./Brandl, V./Paetau, M. (1999): *Ein integratives Konzept nachhaltiger Entwicklung*. Karlsruhe: Forschungszentrum Karlsruhe.
- Kamlah, Wilhelm (1973): *Philosophische Anthropologie. Sprachkritische Grundlegung und Ethik* (= BI-Hochschultaschenbücher, Band 238). Mannheim/Wien/Zürich: Bibliographisches Institut.
- Kant, Immanuel (1983 [1784]): »Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht«, in: Wilhelm Weischedel (Hg.), *Kant. Werke*. Band 9. Darmstadt: WBG, S. 31–50.
- Krämer, Hans (1992): *Integrative Ethik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Krämer, Hans (1998): »Integrative Ethik«, in: Joachim Schummer (Hg.), *Glück und Ethik*. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 93–107.
- Kühne, Olaf (2021): *Landschaftstheorie und Landschaftspraxis. Eine Einführung aus sozialkonstruktivistischer Perspektive*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kühne, Olaf (2024): *Redescribing Horizontal Geographies. A Neopragmatist Approach to Spatial Contingency, Complexity, and Relationships*. Cham: Springer International.
- Kühne, Olaf/Berr, Karsten/Jenal, Corinna (2022): *Die geschlossene Gesellschaft und ihre Ligaturen. Eine Kritik am Beispiel ›Landschaft‹*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kühne, Olaf/Berr, Karsten/Schuster, Kai/Jenal, Corinna (2021): *Freiheit und Landschaft. Auf der Suche nach Lebenschancen mit Ralf Dahrendorf*. Wiesbaden: Springer.
- Kühne, Olaf/Koegst, Lara (2023): *Land Loss in Louisiana. A Neopragmatic Re-description*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kühne, Olaf/Koegst, Lara/Berr, Karsten (2024): *Oilscapes of Louisiana. Neopragmatic Reflections on the Ambivalent Aesthetics of Landscape Constructions*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kühne, Olaf/Leonardi, Laura (2020): *Ralf Dahrendorf. Between Social Theory and Political Practice*. London: Palgrave Macmillan.
- Kühne, Olaf/Weber, Florian/Jenal, Corinna (2018): *Neue Landschaftsgeographie. Ein Überblick*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ladwig, Bernd (2011): *Gerechtigkeitstheorien zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- MacIntyre, Alasdair C. (1995): *Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart*. Frankfurt a.M.:

- Mackert, Jürgen (2010): »Opportunitätsstrukturen und Lebenschancen«, in: Berliner Journal für Soziologie 20, S. 401–420.
- Mendieta, Eduardo (Hg.) (2023): Pragmatismus als Antiautoritarismus. Berlin: Suhrkamp.
- Müller, Albrecht (2017): Planungsethik. Eine Einführung für Raumplaner, Landschaftsplaner, Stadtplaner und Architekten. Tübingen: UTB.
- Nida-Rümelin, Julian (Hg.) (2005): Angewandte Ethik. Die Bereichsethiken und ihre theoretische Fundierung. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Nussbaum, Martha C. (2014): Die Grenzen der Gerechtigkeit. Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit (= Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Band 2105). Berlin: Suhrkamp.
- Ott, Konrad (1996): »Strukturprobleme angewandter Ethik«, in: Konrad Ott (Hg.), Vom Begründen zum Handeln. Aufsätze zur angewandten Ethik. Tübingen: Attempto-Verlag, S. 51–85.
- Popper, Karl R. (1963): Conjectures and refutations. The growth of scientific knowledge. London: Routledge & Kegan.
- Putnam, Hilary (1995): Pragmatism: An Open Question. Oxford: Blackwell.
- Quante, Michael (2008): Einführung in die allgemeine Ethik. Darmstadt: WBG.
- Riesman, David (1950): The Lonely Crowd. New Haven: Yale University Press.
- Rorty, Richard (1982): Consequences of Pragmatism. Essays: S. 1972–1980. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Rorty, Richard (1989): Kontingenz, Ironie und Solidarität. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rorty, Richard (1991): Objectivity, Relativism, and Truth. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sayer, Jeffrey/Sunderland, Terry/Ghazoul, Jaboury/Pfund, Jean-Laurent/Sheil, Douglas/Meijaard, Erik/Venter, Michelle/Boedhihartono, Agni K./Day, Michael/Garcia, Claude/van Oosten, Cora/Buck, Louise E. (2013): »Ten principles for a landscape approach to reconciling agriculture, conservation, and other competing land uses«, in: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America 110, S. 8349–8356.
- Sen, Amartya (1985): Commodities and capabilities. Amsterdam/New York: North-Holland Publications.
- Shusterman, Richard (2011): Body consciousness. A philosophy of mindfulness and somaesthetics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stoecker, Ralf/Neuhäuser, Christian/Raters, Marie-Luise (Hg.) (2011): Handbuch Angewandte Ethik. Stuttgart: Metzler.

- Thompson, Ian (2007): »The Ethics of Sustainability«, in: John F. Benson/Maggie Roe (Hg.), *Landscape and Sustainability*. London/New York: Routledge, S. 16–26.
- Weber, Friedericke (2013): *Naturparke als Manager einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Probleme, Potenziale und Lösungsansätze*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wieland, Wolfgang (1989): *Aporien der praktischen Vernunft*. Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann.

Landschaftsgerechtigkeit in Stoffströmen und Ressourcenkonflikten

Landscape and justice in extractivist times?

Tom Mels

1 Attention to landscape

Landscape has never been an altogether straightforward academic concept. Plenty of work has insisted on the polysemy of the word – easily confirmed when consulting dictionaries – indicating the troubled translatability of the concept across languages. Dictionary definitions of landscape may guide attention in different directions: to physical surrounding; to the sensorial experience roused by that surrounding; to the place of a polity; to the subjective perception of a scenic object; to the outdoors as rendered in graphic representation. With attention shifting in multiple directions, additional layers of theoretical meaning have been supplied by archaeologists, landscape architects, geographers, semioticians, art historians and others. Traffic across disciplinary boundaries has continued to fashion the shape of different schools of thought on landscape. This is obvious in my own discipline, human geography, where debate over the concept's polysemy or referential ambiguity, and a shifting engagement with various academic communities, has been seminal to the articulation of different methodological and philosophical positions.

From a heightened awareness of a broadly understood politics of landscape throughout the 1980s and 1990s – notably concerning the problem of cultural representation as an expression of social power – geographical research has increasingly acknowledged the importance of justice (Mels 2016). This provided a specific substance to landscape's referential duplicity, with justice issues tied at once to the material and representational. However, bringing justice to an understanding of the meaning and workings of landscape was a substantive solution with a twist. For if landscape remains caught in polysemy, this is perhaps even more so the case with justice. Combining the two is no mean task.

While quite some scholarly work has been dedicated to advance the landscape and justice connection since the 1990s (Olwig/Mitchell 2008), I think it is worthwhile to trace the engagement itself within the wider realm of geographical landscape research. This arguably helps to understand the specific shape that landscape and justice research took in its original form, that is to say, primarily as a reaction to postmodern tendencies within landscape research. However, the way this reaction was framed initially entailed a *limited* theorization of justice, with notions of place and community, polity and power inequalities looming large. The result was the development of historically grounded, but also quite generalized empirical notions of landscape as expressions of (in)justice.

I view the engagement with justice as part of a much longer trajectory of thinking politically about landscape, informed by both a shifting yet incessant ›disciplinary‹ politics of shaping research agendas, and an implicitly or explicitly voiced ›epistemic‹ politics of landscape, attending to the role of power in rendering landscape in particular ways. As I will demonstrate, both developed against the backdrop of a ›material‹ politics of landscape, as produced from the interactions of physical (non-human) processes and human activities and often tied to existing concerns with social inequalities and experiences of environmental destruction.

In the opening sections of this paper, I offer a historical background to the use of landscape and justice, looking particularly into how they combined in human geographical landscape studies. The first section turns to the rise of landscape in modern, early twentieth-century geography, arguing that attention to landscape as historically modified material form did not mean it was innocent of politics. In the second section, the politics of landscape re-emerges in a different form under the influence of postmodern conceptual controversies at the closure of the century. The association of landscape with epistemic and disciplinary politics, I argue, is of great importance to the way justice entered the debate. Early on, this was more concerned with reshaping the conceptual discourse over landscape, than with an explicit theorization of justice. I will subsequently address what I see as a recent shift to more overt theorizations of the content of landscape justice in terms of participation, recognition, and distribution. Any such theorization, as I argue in the final section, is not just an academic exercise. Considering the current surge for resources ravaging landscapes everywhere and rampant environmental injustice, it is nothing but a global concern.

2 Politics and landscape I: Modern controversies

Only recently, justice has entered the field of landscape research. It did so at a time when landscape research increasingly distanced itself from the study of changes on the land to engage more immediately with the way landscapes were represented in text and image. Part of the turn to justice was a rereading of the earlier tradition, and it demanded a new way of approaching representation.

Much of earlier theoretical debate on landscape focused on the scientific usefulness and rigor of landscape as a geographical keyword. As part of the ›disciplinary‹ politics of geography, defining the task of landscape studies was a central concern. Using the landscape as a concept for serious research demanded strict delineation of what could be included and excluded as objects of study. In practice, its polysemy needed to be curbed and adapted to what was seen as the business of geography. At least, that was what some of the leading scholars implied. Some even went so far as to suggest that landscape could hardly gain academic status, because a serious academic concept could not be both the »real superficial form« (physical surrounding), the »total sensual-perception« of that surrounding (the land as it was perceived) *and* the »visual impression« (Hartshorne 1939: 168). Other, avowedly more stable concepts such as region seemed to be more suitable for the task, as Richard Hartshorne famously claimed. Yet such conceptual disagreement between the champions of ›landscape‹ and ›region‹ may overshadow important commonalities. For one thing, both Carl Ortwin Sauer (1925) and Hartshorne in America shared enthusiasm for geography as chorology. They were also steeped selectively in German geography, with Sauer building mainly on approaches from *Landschaftskunde* (notably the morphological method) and Hartshorne on *Raumwissenschaft* or regional science.

Closely related to Hartshorne's critique of landscape and following the *Raumwissenschaft* approach, was his position on history (Hartshorne 1939: 175ff.). The argument was not that historical explanation was useless, but that geographers should refrain from doing history, which should remain the domain of historians. This disciplinary politics can be traced back to Alfred Hettner, the philosophically inclined German geographer who was influenced by viewpoints on the academic division of labor that had earlier been formulated by Immanuel Kant and Alexander von Humboldt (Hartshorne 1958). In this division of labor, Hettner thought of geography primarily as *Raumwissenschaft*, studying spatial arrangements. Geography would thereby secure itself a clearly defined unique subject that would ensure its academic

legitimacy, distinguishing it from more immediately historical or systematic sciences. To put it briefly, the geographical perspective entailed the study of causal relationships between spatial phenomena occurring in a particular region (*Räume*), not their long historical evolution (Hettner 1927: 123).

The chorological orthodoxy, at least in Hartshorne's vision, thus entailed an argument not only against using landscape as a scientific concept but also against the view of history that had become so central to its users in both *Landschaftskunde* and the closely related *Länderkunde*. Otto Schlüter's *Landschaftskunde*, fundamental to the development of German landscape geography, was from its inception wary of any such presentist tendencies. Cultural landscape studies, he argued, were at once inherently *morphological*, searching for the sensually perceptible features (*sinnlich wahrnehmbar*) of human presence, and necessarily *historical*, in a constant state of becoming (Schlüter 1906: 24; Kaasch/Kaasch 2011). His was very much an effort to sharpen acuity of what human geographers should add to the scientific community, modeled upon physical geography's (*physische Geographie*) study of »the earth surface in the physically extended sense« (*die Erdoberfläche im körperlich erweiterten Sinn*) (Schlüter 1906: 7). Against ideas to think of human geography as defined by »causal nature-society relations« (*ursächlicher Zusammenhang mit der Landesnatur*) or the method of »spatial juxtaposition« (*räumliches Nebeneinander der Dinge*), Schlüter argued that geography had in fact a specific object of study, i.e., »the concrete earth surface« (*Erdoberfläche im konkreten Sinne*) (Schlüter 1906: 10, 12, and 18). Paralleling the field of physical geography, focus would be on the »traces of human activity in the landscape« (*Spuren, welche die menschliche Tätigkeit in der Landschaft hinterlässt*) (Schlüter 1906: 28).

The morphological convention thus originated in a critique of environmental determinism (wherein nature's causal force was seen as profoundly shaping human affairs) and engaged in contemporary »disciplinary politics« (philosophical arguments about the division of academic labor). Yet, at the same time it could never free itself entirely from ideological context and politics. Francis Harvey and Ute Wardenga claim that »many German geographers rejected empirical chorography in favor of anti-modern thought, holistic concepts, and mythical concepts centered on the term *Landschaft*« (Harvey/Wardenga 2006: 242). Thus, in a polemic attack on Hettner, Hans Spethmann's book on *Dynamische Länderkunde* insisted on the importance of historical change as apparent in the landscape, against what he saw as static approaches within geography (Spethmann 1928). Spethmann's work on the Ruhr valley demonstrated the importance of shifting forces of technology,

politics, and economy in the landscape. But while bestowing upon landscape morphological features (studying perceptible features of human presence) and its historical implications, the publication also carried an ideological burden, reflecting the general conservatism of the academic bourgeoisie in the Weimar Republic (Fahlbusch/Rössler/Siegrist 1989). In other words, *Landschaft* got partly embellished in a deeply problematic *völkisch* geography, reviving ideas of *Lebensraum* and *Geopolitik* (Troll 1947). Spethmann's embracement of *destiny* in the landscape, substituting ideological mystifications for proper causal explanation, fits into the frame of mind of this new geography (Spethmann 1932). Critical response (Blume 1933; Hettner 1935) could not prevent scholars like Ewald Banse, Siegfried Passarge and Hans Schrepfer from reinventing *Landschaft* as an ideological tool for the Third Reich. Pointing at the role of censorship and what became a deeply politicized academic world, Carl Troll – who coined the term landscape ecology in the 1930s – concluded that the uninitiated looking at this period would have difficulties in distinguishing deceitful rhetoric from proper scholarly efforts at causal explanation (*Ursächlichkeit*); free and objective research from biased research; and scientific statements dictated by the NSDAP from critical voices (Troll 1947: 7). He remarked that the environmental concern that informed official *Landschaftsschutz*, *Landschaftsgestaltung* and *Landschaftspflege* of the era was tainted by an authoritarian combination of technocracy and ideological delusions, including racial theory. It was also backed up institutionally by introducing »engineering biology« (*Ingenieurbiologie*) at universities, in an attempt at turning the matter of landscaping (*Landschaftspflege*) into a more technical matter.

But landscape was also simultaneously associated with the earlier landscape sensitivity (*Landschaftsgefühl*) of German humanism, surviving, as Troll put it, as »a healthy psychological reaction« (*eine gesunde Regung der Verantwortung*) to the totalitarian state's overwhelming »mechanization of life as a whole« (*der Technisierung des gesamten Lebens*) and its »idolatry of technology« (*Vergötterung der Technik*). In other words, landscape got structurally entangled in a confused, but clearly ideologically charged »epistemic« and »disciplinary« politics. It produced a devastating »material« politics of landscape too: »The German landscape«, Troll added with wry understatement, »has not become »healthier« during this time«: *Die deutsche Landschaft ist in dieser Zeit nicht »gesünder« geworden* (Troll 1947: 8).

I particularly highlight these developments in Germany because of its prominence in geographical landscape work, and also because it demonstrated

the importance of a heightened awareness of the disciplinary, epistemic *and* material politics of landscape. Perhaps as a result of the early mindfulness to the perils of politics, the basic focus of research in the postwar period largely concerned landscape as a material form, a physical piece of space, arranged and produced as the expression of a changing society. The landscape was fields and meadows, villages and land-use patterns, hedges and walls, land reforms and ownership, traffic and infrastructure, farming practices and culturally determined ways of life. It was also deeply historical as it materialized the changing human relationship to the natural world.

For those trained in the German academic tradition, thinking of landscape as a heuristic for holistic forms of geographical knowledge will be familiar (Pfaffen 1973). Only much later, under the influence of a reemerging humanistic surge, postmodern discourse and cultural constructivism, the politics of landscape transmogrified into a scrutiny of graphic and textual representation, frequently interpreted as forms of power. Contrasting technocratic totalitarianism and humanistic landscape feelings would thus reemerge in multiple forms and contexts of urban sociology, architecture and geography throughout the 1960s and 1970s.

3 Politics and landscape II: Postmodern controversies

From the 1970s onwards, there was a parallel development, not least in the discipline of human geography, of trying to understand human experience: a fascination loosely rooted in existential philosophy and phenomenological approaches (Meinig 1979). Much of this humanistic path of inquiry sought to understand the world of places, that is spaces imbued with meaning. Yet the humanistic approach was more than a mapping effort trying to make sense of the way people relate to their perceived environment, reminiscent of what I think Troll gestured at with his *Landschaftsgefühl* (in an attempt to rescue landscape from totalitarian politics), albeit not primarily rooted in the romantic tradition. Parts of it was also deeply committed to a long tradition of critical thinking, simply because it questioned enlightenment ideals of progress, modernity and rationality and their expression in modern planning. It also practiced a material politics of landscape, looking at landscapes as material environments, constructed in particular historical contexts and offering multiple meanings and experiences. Landscapes of modernity, as many studies argued, augmented alienation, not only between humans and their fellow hu-

man beings, but also in the human relationship to its immediate environment (Cosgrove 1984; Relph 1981). Again, landscape was a handy conceptual tool in the effort to make sense of this.

When I entered graduate school in the early 1990s, I was drawn to landscape studies because it seemed to be the suitable vehicle for studying not only the material world from a societal and humanistic point of view and perhaps more specifically to further explore dimensions of environmental concern and the human destruction of wild habitats unfolding before my eyes. But the 1990s were also the time, inherited from the 1980s, of a rather heated debate amongst geographers quarreling about the correct way to understand what landscape really was and how it should be studied properly. In British geography, there seemed to be a rather strong belief that landscape was first and foremost a social construct or a form of representation: going beyond the notion of landscape as a material space, it was a »way of seeing«, a discourse, seen from a particular social perspective on the world that could be traced and analyzed by textual and other visual collections of signs (Daniels/Cosgrove 1988). Inspiration was taken from methods developed in literary studies, art history and other sources within the humanities. It led to a »disciplinary« and »epistemic« politics wherein landscape was duplicitous in the sense that we could never be sure about what is true or false about the landscape (Daniels 1989). It thereby deeply questioned our abilities as researchers. Your perspective on the landscape was inescapably that: a perspective. This prospect attracted me as much as it was a source of apprehension.

Early on, my apprehension concerned the lingering influence of postmodern thinking and its fascination with epistemic relativism, while underplaying materiality, explanation and causality. More recently, and adding to more classical historical materialist notions, I have found resources in justice theory to rethink the at once narrow and totalizing ways in which »representation« was interpreted at the time, as if it was all about graphic and textual expression. What seemed to be lost in the earlier discussions was an ability to extend the politics of representation into an engagement with the stuff of democracy: political representation, and the question of being represented and having or being denied voice (Mels 2016). As it turned out, earlier concerns with representation remained largely blind to justice.

4 Politics and landscape III: The justice turn

Frustration over postmodern ›disciplinary‹ and ›epistemic‹ politics was no doubt widespread. To me, it was too generalizing in its claims about visual representation and textuality. I found its version of the making of landscapes of capitalist modernity to be limited and to an extent also narrowly tied to a British context. It was surely also too much stuck in philosophical idealism. It even seemed to overstate the failures of earlier humanistic efforts and to disregard the value of their work on place and human experience. It seemed devoid of a ›material‹ politics of landscape, equipped to take on material challenges facing the realities of environmental destruction. I hence also thought that it did too little for the development of a progressive politics of landscape.

As I mentioned, one of the features of postmodernism was that it was vigorously deconstructing the ›epistemic‹ politics, seeing the landscape as a graphic and textual form of expression. But it was not very good at unearthing ›political representation‹ as a core dimension of landscape: the landscape as a bunch of material struggles over resources, as the stuff of normative claim-making and ingrained forms of inequality – in short, landscape as contested place and polity of sorts, where environment and justice were core issues (Mels 2016). This argument was at the heart of Kenneth Olwig's notion of the substantive landscape, insisting on the historical and contemporary importance of a *political* landscape tied to particular conceptions of lawfulness and social and bodily practice (Olwig 1996). Considered as returning to landscape as »a blend of land and life, of physical and social morphologies« and not just settling for the ambition to »describe extended, pictorial views« or an »idea«, perhaps this seemed like a quite undramatic call (Cosgrove 2006: 50). In my view, however, this was the defining moment when *justice* firmly entered the realm of landscape studies and it importantly inspired some of my own work. In light of diverse interpretations of landscape, Olwig claimed it is vital to »recover the contradictions between them and their conflicting meaning for past and present-day practices of landscape justice and geographical discourse« (Olwig 2021: 441). More concretely, the substantive landscape could be found in the old German *Landschaften*, the Scandinavian *Landskap* and many contemporary equivalents worldwide, associated with their particular political organization as places. These were places structured around various notions of justice and customary practices.

My conclusion is that the substantive landscape vision reemphasized justice concerns in studying landscape as polity and place. It reconstituted schol-

arly interest for the history and contemporaneity of landscape as deeply implicated in normative (moral, political) questions of law and justice (place-oriented customary law, expressed through practices). However, Olwig's version of the substantive landscape primary focuses on contrasting customary law and its modern equivalents to statutory law. He connects these legal and justice traditions with the contrasting notions of place and space, historically imbuing struggles over landscape. While this is important, I found a more wide-ranging empirical application of justice thinking in environmental justice research and a more complete theorization of justice (beyond concerns with legal history) in the work of Nancy Fraser. I see it as an additional advantage of Fraser's approach that she forefronts a critical scrutiny of capitalism (Fraser 2009, 2021).

5 Environmental justice

Whereas environmental justice has been of great importance to align environmental issues with social justice, it also for a very long time focused on justice as primarily a question of *distribution*. Articulating a »material« politics of landscape of sorts, it analyzed »who gets what where and when« and tried to map and explain patterns of uneven environmental pollution and amenities in the landscape (Mohai/Pellow/Roberts 2009). Distribution has been a core notion of justice, and I am convinced that uneven distribution and the call for redistribution remain crucial. Yet as Fraser and others have noted, this is not enough. Justice also means being recognized as human beings, as subjects having rights, and it also means having a voice in decision making. In the justice literature, these dimensions of justice are *recognition* and *participatory justice* (Mels 2016, 2020, 2023).

Importantly, Fraser is critical of scholars who reduce justice to questions of recognition. Not that she questions the importance of being recognized. As scholars like Axel Honneth and Charles Taylor have shown, we all need recognition to develop our identities, self-worth, self-confidence, to partake in the spheres of social interaction and all the rest of it (Fraser/Honneth 2003). But a full notion of justice cannot trust that a heightened attention to recognition will solve injustices. Fraser argues that a lack of recognition is the sign of a status injury that can only be resolved by paying special attention to the way we organize participation in society. Participatory justice is necessary if we want to do something about uneven power relationships, brought about and maintained through institutionalized practices and procedures. Participatory par-

ity cannot be attained simply by recognition but requires the elimination of institutionalized patterns that impede people from contributing to decision making and public speech. Arguably, Fraser's special attention to participation reverberates a well-known theme from the literature on landscape and urban planning since the 1980s in what is known as communicative planning theory. Needless to say, the latter immediately relates to landscape transformations.

Fraser thus proposes that redistribution, recognition, and representation (i.e., participation) are equally vital fields of struggle over justice. I think that this is important, but not enough. By contrast to environmental justice researchers, she does little to move this theory closer to the ground as it were. Notably, one might wonder where geography comes in and how this could connect justice to landscape, especially when new terrain of commodification is constantly being opened up (Fraser 2014; Fälton/Mels 2024). One thing that is abundantly clear from current developments in the far north of Sweden, as I will argue in the penultimate section of this paper, is that pushing the boundaries of capitalist exploitation remakes the landscape and hence fundamentally affects the social and material conditions of justice at its core.

6 Extractivist times

I spent quite some space on conceptual issues, because they are important to frame some of the most pressing and complex crisis of our time. In my view, the development of a stronger interest in justice within academic research is both a result of experiences of environmental crisis *and* a necessary reminder of the importance of landscape studies in our days. It may also help to highlight the urgency of designing landscape work, that in a meaningful way relates to that crisis.

In my own recent research projects, I have been engaged in analyzing natural resource conflicts as they are developing in the far north of Sweden, and how they entail different justice issues. Working with an interdisciplinary group of researchers versed in geology, political science, ethnology, law, and ecology, my interest has primarily focused on exploring how the current intensified exploitation of forests, minerals and energy resources affect indigenous Sámi reindeer herding communities and their claims to justice. Underlying developments in the north of Sweden and elsewhere, are political developments emanating from the European Union (EU), the national government, and local planning efforts. Many of these rest on the internationally familiar

notion of a green transition, including the European Green Deal (European Commission 2019), ultimately deriving from the Global Goals for sustainable development (United Nations 2015). In response to European policy and legal developments concerning forestry, mining, and increased electricity production, northern Sweden has taken on a significant role in national development goals (European Commission 2008, 2019, 2020, 2021; Regeringskansliet 2013, 2018a, 2018b, 2022). The development of this novel material politics of landscape puts new pressures on large swaths of land that are in many cases already heavily exploited. It is therefore to be anticipated that questions of public acceptance and resentment will increase in the hotspots of resource mobilization (EESC 2021; European Commission 2020).

For Sámi herding communities in Sweden, the encroachment of green industrial projects, decarbonization and fossil-free futures is particularly problematic, because reindeer typically cover vast stretches of land, adapting to the seasons and availability of lichen and other grazing resources. These communities enjoy use rights to herd reindeer on public and private land in their traditional territories, throughout Sápmi (the land of the Sámi) often stretching from the Baltic Sea to the mountain region bordering on Norway. Although the Sámi are recognized as a national minority, the Swedish state has done little to address indigenous rights issues. As critical assessments by the UN, the Council of Europe, and human rights bodies have suggested, the Sámi therefore continue to experience a lack of right to consultation, recognition of land rights, while legal aid also remains inadequate (Allard/Brännström 2021; Brännström 2017; Cambou 2020; Larsen/Raitio 2019; Tarras-Wahlberg/Southalan 2021).

One defining feature of indigenous peoples is their attachment to land and other natural resources. Reindeer herding more specifically, requires access to the land and involves the recognition of landscape as a use value. It is well-known that the physical impact of wind parks, power lines, mines, quarries, highways and railroads, large-scale forestry, and the establishment of industries lead to an increasing fragmentation of the landscape, which in its turn amounts to an incessant geographical displacement of reindeer herding resources: by limiting resource availability in one place, pressures on others increase.

The result is a landscape in which claims to what is right and wrong often move in opposite directions. On the one hand, there is a strong policy and planning trend toward a green transition – or green industrialization as it is also called – backed by Swedish laws and regulations as well as by global climate discourse. On the other hand, there is the subaltern surge of Sámi communities

claiming use rights that are increasingly violated, raising questions central to indigenous rights discourses, biodiversity loss, and other environmental concerns. Those use rights thus not only encompass access to land in a quantitative sense, but also demands for the integrity of ecosystems, undisturbed grazing and safeguarding the ancient, natural migration routes of reindeer.

Through interviews and workshops with Sámi communities, and building on my colleagues' longstanding research efforts, at least three central issues constantly recur in land use planning initiated by private sector actors (forestry, mining, energy, tourism companies) and public authorities. Firstly, the Sámi experience an ignorance of their practical, field-based experience in deliberation, policy making and planning. Instead of situated knowledge on reindeer behavior, needs and resources, reliance on generalized notions about reindeer herding and quantitative measurements and economic rationality prevail. Related to this is a more general ignorance of indigenous identities, everyday life, and culture. Secondly, there is widespread dissatisfaction with deliberation and consultation, rooted in a fundamental lack of trust between parties. Dialogues often ensue as a formality after major decisions already seem to have been taken. Consultation is experienced as extremely time-consuming and putting one-sided demands on Sámi representatives' expertise on mining, forestry, energy provision, policies and legal matters. Thirdly, the combined impact of encroachments in an increasingly fragmented landscape is lost to view due to an equally fragmented, narrow focus on the geographically limited scale of individual projects. These cumulative effects and the way they limit resource availability for reindeer herding over vast areas cannot be ignored in favor of naive but powerful rhetorical notions of coexistence. While reality on the ground is constantly shifting, planning decisions and projects rely all too often on obsolete maps and management plans that were deficient from their inception. From these experiences, it is possible to tacitly formulate several justice claims, including:

- a) *Demands for recognition.* Demand interpretative prerogative on Sámi reindeer herding. Acknowledge Sámi connection to the land as central and how circumstances vary between communities throughout Sápmi.
- b) *Demands for participation.* Legal regulation of consultation needs a revision. Expert support in consultation is central to parity of participation. Corporate participants must be informed and knowledgeable. Sámi representatives need full compensation for consultation.

- c) *Demands for distribution.* Use rights of land and vital resources must be protected and restored whenever harmed. Reindeer routes and undisturbed grazing must be cared for. Plans and maps must reflect current and changing distribution of resources.

In our research, we explore how such claims to justice also need further work on the content, status and use of knowledge, institutional arrangements and on novel forms of legal regulation. But even the very limited insights from Sápmi offered here, arguably alert us to the importance of understanding landscape as more than a general question of how we represent the world to each other or how that world is physically transformed. Distribution and control over resources, recognition of rights and duties, and participation in decision-making and planning, all embody claims to justice that in various ways, but nonetheless on a global scale, unfold ›epistemic‹ as well as ›material‹ politics of landscape. These claims are too important to be left to the privileged force of forestry, mining, energy corporations or any of those who think that there is no alternative but to infinitely expand the boundaries of commodification.

7 Conclusion: landscape as an encounter with justice

The expanded interpretation of the politics of landscape, as conceptualized in this paper, takes us beyond traditional notions of cultural representation to highlight the importance of justice. It historicized the former – the traditional ›epistemic‹ politics of landscape – within a ›disciplinary‹ politics of shaping research agendas, looking at the various national and international ramifications of German *Landschaftskunde*, as well as developments under the influence of humanistic and postmodern scholarship. Tracing these developments suggests that justice would enter academic discourse by selectively accepting and rejecting earlier disciplinary trends regarding representation and politics.

The latter – landscape as a matter of justice – can thus partly be traced to discontent with some developments in the ›disciplinary‹ politics of the 1980s, notably its occupation with particular forms of cultural representation. The turn to justice not only provided novel conceptual ways of thinking about landscape (in terms of material practice, rights, values, planning, law and polity) in academic work. Like other fields of current justice thinking, it linked to past and present real-world events, including everyday experiences with

forms of oppression and environmental destruction, as my vignette from Sápmi showed. In that sense, looking at landscape as an encounter with multiple forms of (in)justice – explicitly theorized in terms of distribution, recognition and participation – may also offer resources for the design of a ›material‹ politics of landscape robust enough to challenge harmful policies and practices of contemporary capitalism in extractivist times.

Acknowledgment

This work was supported by Formas grants 2021–01382 and 2021–00044.

Bibliography

- Allard, Christina/Brännström, Malin (2021): Girjas reindeer herding community v. Sweden. Analysing the merits of the Girjas case«, in: *Arctic Review on Law and Politics* 11, S. 56–79.
- Blume, Karl (1933): »Metaphysik in der Geographie?«, in: *Geographische Zeitschrift* 39/3, S. 144–155.
- Brännström, Malin (2017): Skogsbruk och renskötsel på samma mark. En rättsvetenskaplig studie av äganderätten och renskötselrätten. Dissertation. Umeå: Umeå University.
- Cambou, Dorothee (2020): »Uncovering injustices in the Green Transition«, in: *Arctic Review on Law and Politics* 11, S. 310–333.
- Cosgrove, Denis (1984): *Social formation and symbolic landscape*. Madison, Wis.: Univ. of Wisconsin Press.
- Cosgrove, Denis (2006): »Modernity, community and the landscape idea«, in: *Journal of Material Culture* 11/1-2, S. 49–66.
- Daniels, Stephen (1989): »Marxism, culture, and the duplicity of landscape«, in: Richard Peet/Nigel Thrift (Hg.), *New models in geography* (Vol. 2). London: Unwin Hyman, S. 196–220.
- Daniels, Stephen/Cosgrove, Denis (1988): »Introduction. Iconography and landscape«, in: Denis Cosgrove/Stephen Daniels (Hg.), *The iconography of landscape*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–10.
- EESC (2021): Opinion of the European Economic and Social Committee on ›Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Commit-

- tee of the Regions – Critical Raw Materials Resilience: Charting a Path towards greater Security and Sustainability» (COM (2020) 474 final) OJ C220/118.
- European Commission (2008): The raw materials initiative. Meeting our critical needs for growth and jobs in Europe (Communication) COM (699).
- European Commission (2019): The European green deal (Communication) COM (640).
- European Commission (2020): Critical raw materials resilience. Charting a path towards greater security and sustainability (Communication) COM (474).
- European Commission (2021): New EU forest strategy for 2030 (Communication) COM (572).
- Fahlbusch, Michael/Rössler, Mechtild/Siegrist, Dominik (1989): »Conservatism, ideology and geography in Germany 1920–1950«, in: *Political Geography Quarterly* 8, S. 353–367.
- Fälton, Emelie/Mels, Tom (2024): »Historical boundary struggles in the construction of the non-human world. nature conservation and tourism in Swedish national parks«, in: *Journal of Historical Geography* 86, S. 70–86.
- Fraser, Nancy (2009): *Scales of justice*. New York: Columbia University Press.
- Fraser, Nancy (2014): »Behind Marx’s hidden abode. For an expanded conception of capitalism«, in: *New Left Review* 86/4, S. 55–72.
- Fraser, Nancy (2021): »Climates of capital«, in: *New Left Review* 127, S. 94–127.
- Fraser, Nancy/Honneth, Axel (2003): *Redistribution or recognition? A political-philosophical exchange*. London: Verso.
- Hartshorne, Richard (1939): *The nature of geography. A critical survey of current thought in the light of the past*. Lancaster, Penn.: Association of American Geographers.
- Hartshorne, Richard (1958): »The concept of geography as a science of space. From Kant and Humboldt to Hettner«, in: *Annals of the Association of American Geographers*, 48/2, S. 97–108.
- Harvey, Francis/Wardenga, Ute (2006): »Richard Hartshorne’s adaptation of Alfred Hettner’s system of geography«, in: *Journal of Historical Geography* 32/2, S. 422–440.
- Hettner, Alfred (1927): *Die Geographie. Ihre Geschichte, ihr Wesen und ihre Methoden*. Breslau: Hirt.
- Hettner, Alfred (1935): »Gesetzmässigkeit und Zufall in der Geographie«, in: *Geographische Zeitschrift* 41/1, S. 2–15.

- Kaasch, Michael/Kaasch, Joachim (Hg.) (2011): Otto Schlüter (1872–1959). Sein Wirken für die Geographie und die Leopoldina. *Nova Acta Leopoldina NF* 112/383.
- Larsen, Rasmus K./Raitio, Kajsa (2019): »Implementing the state duty to consult in land and resource decisions«, in: *Arctic Review on Law and Politics* 10, S. 4–23.
- Meinig, Donald W. (Hg.) (1979): *The interpretation of ordinary landscapes. Geographical essays.* New York: Oxford Univ. Press.
- Mels, Tom (2016): »The trouble with representation: landscape and environmental justice«, in: *Landscape Research* 41/4, 417–424.
- Mels, Tom (2020): »The deep historical geography of environmental justice«, in: *Annales de Géographie* 736/3, 31–54.
- Mels, Tom (2023): »Mainstreaming environmental justice? Right to the landscape in northern Sweden«, in: Corine Wood-Donnelly/Johanna Ohlsson (Hg.), *Arctic justice. Environment, society and governance.* Bristol: Bristol University Press, S. 81–95.
- Mohai, Paul/Pellow, David/Roberts, J. Timmons (2009): »Environmental justice«, in: *Annual Review of Environment and Resources* 34, S. 405–430.
- Olwig, Kenneth R. (1996): »Recovering the substantive nature of landscape«, in: *Annals of the Association of American Geographers* 86, S. 630–653.
- Olwig, Kenneth R. (2021): »Author response to the commentaries. The meanings of landscape: Essays on place, space, environment and justice«, in: *Progress in Human Geography*, 45/2, S. 410–412.
- Olwig, Kenneth R./Mitchell, Don (Hg.) (2008): *Justice, power and the political landscape.* London: Routledge.
- Pfaffen, Karlheinz (1973): *Das Wesen der Landschaft.* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Regeringskansliet (2013): *Sveriges mineralstrategi. För ett hållbart nyttjande av Sveriges mineraltillgångar som skapar tillväxt i hela landet (N2013.02).* Stockholm: Näringsdepartementet.
- Regeringskansliet (2018a): *Handlingsplan för Sveriges nationella skogsprogram 2018 (N2018.29).* Stockholm: Näringsdepartementet.
- Regeringskansliet (2018b): *Strategidokument. Sveriges nationella skogsprogram (N2018.15).* Stockholm: Näringsdepartementet.
- Regeringskansliet (2022): *Nationell strategi för elektrifiering.* Stockholm: Regeringskansliet.
- Relph, Edward (1981): *Rational landscapes and humanistic geography.* London: Croom Helm.

- Sauer, Carl O. (1925): *The morphology of landscape*. Berkeley: University of California publications in geography 2.
- Schlüter, Otto (1906): *Die Ziele der Geographie des Menschen*. Berlin.
- Spethmann, Hans (1928). *Dynamische Länderkunde*. Breslau: Ferdinand Hirt.
- Spethmann, Hans (1932): *Das Schicksal in der Landschaft*. Berlin: R. Hobbing.
- Tarras-Wahlberg, Håkan/Southalan, John (2021): Mining and indigenous rights in Sweden: what is at stake and the role for legislation«, in: *Mineral Economics* 35, S. 239–252.
- Troll, C. (1947): »Die geographische Wissenschaft in Deutschland in den Jahren 1933 bis 1945«, in: *Erdkunde* 1/1-3, S. 3–48.
- United Nations (2015): *Transforming our world. The 2030 Agenda for sustainable development*, UN general assembly resolution A/RES/70/1 (21 October). New York: United Nations.

Telecoupling in der Urbanisierung neu denken: Landschaftsgerechtigkeit von der Mine bis zur Stadt¹

*Alejandro de Castro Mazarro, Miriam Prys-Hansen, Bruno Milanez und
Hendrik Herold*

1 Landschaften im globalen ›Hinterland‹

Ziel dieses Beitrags ist es, die Relevanz des Konzepts des Telecouplings vor dem Hintergrund wachsender Interdependenzen zwischen weit voneinander entfernt liegenden Landschaften mit Blick auf Landschaftsgerechtigkeit aufzuzeigen. Der Fokus liegt dabei auf Stoff- und Energieströmen im Kontext des Bausektors. Dazu wird zunächst der Begriff ›Telecoupling‹ erläutert und anhand der Abhängigkeit der deutschen Bauindustrie vom Eisenerzbergbau in Brasilien illustriert. Im zweiten Schritt wird die Idee eines Projekts zur weiteren Erforschung baustoff-basierter Telecouplings skizziert.

Die Wiederverwendung von Baumaterialien und die Entwicklung effektiver Ressourcenkreisläufe in Städten stellt eine der dringendsten gesellschaftlichen Herausforderungen dar, denn der Bausektor ist für 37 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich (UNEP 2023). Zugleich hat die aggregierte anthropogene Masse an Bauwerken mit der biogenen Masse, die auf der Welt vorhanden ist, gleichgezogen (Elhacham et al. 2020). In Staaten mit hohem Einkommen konzentrieren sich die Anstrengungen zur Dekarbonisierung im Bauwesen bisher allerdings hauptsächlich auf Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz und der Elektrifizierung. Dabei werden andere sogenannte Spillover-Effekte des Bausektors häufig übersehen, insbesondere der damit einhergehende Verbrauch von Rohstoffen, die in weit entfernten

1 Der Inhalt dieses Textes basiert auf einem Beitrag, der derzeit in einem englischsprachigen, begutachteten Fachjournal zur Überarbeitung eingereicht ist.

Regionen – häufig im Globalen Süden – abgebaut werden. Dazu gehören Eisen aus Brasilien (Kowsmann et al. 2019), Kobalt aus der Demokratischen Republik Kongo (Kara 2019), Lithium aus Chile und Argentinien (Ciftci/Lemaire 2023) sowie Nickel aus Indonesien (Shennun/Renaldi 2024). Durch die weiterhin wachsende Nachfrage nach Baustoffen in Staaten wie Deutschland intensiviert sich der Druck auf die Ressourcengewinnung in jenen Regionen und manifestiert die dort bestehenden Umweltungerechtigkeiten weiter.

Ressourcenabbau und die damit einhergehenden substantiellen Transformationen von Landschaften verursachen umweltbezogene Ungerechtigkeiten. Die Landschaftsgerechtigkeitsforschung hat sich bislang jedoch überwiegend darauf konzentriert, dass Ressourcen unterschiedlichen sozialen Gruppen lokal in ungleicher Weise zur Verfügung stehen (Egoz/De Nardi 2017). Diese Fokussierung auf die Nutzungsseite besitzt in Zusammenhang mit dem Extraktivismus allerdings nur begrenzte Relevanz. Deswegen haben andere wissenschaftliche Disziplinen die großräumigen Dimensionen von Umweltungerechtigkeiten behandelt und dabei Begriffe wie »sacrifice zones« (Juskus 2023), »Schattenzonen« oder »shadow places« (Lawrence/O’Faircheallaigh 2022; vgl. Wiechers in diesem Band) und »globale Hinterländer« (Brenner 2016; vgl. Hortig in diesem Band) geprägt. Humangeographische Untersuchungen charakterisieren die Orte der Ressourcengewinnung als Räume, in denen die durch die globale Ressourcennachfrage ausgelösten ökologischen Verteilungskonflikte deutlich sichtbar werden (Martinez-Alier 2002). Arbeiten aus dem Bereich der politischen Ökologie betrachten unter anderem die Konflikte, die durch den Abbau von Ressourcen entstehen, die für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien benötigt werden. Weitere Disziplinen wie die Industrieökologie haben Flächenbedarfe anhand der Lieferketten von Handelsprodukten analysiert (Schaffartzik et al. 2015). Die Frage, wie solche Stoffströme mit globalen Umwelt-, Sozial- und Klimazielen in Einklang gebracht werden können, ist Thema zahlreicher politikwissenschaftlicher Arbeiten (Delreux 2018; Hughes et al. 2021), während ethnographische Ansätze die Transformationen von Landschaften aufgrund globaler Lieferbeziehungen untersuchen (Hutton 2020).

Eine gemeinsame Herausforderung in den oben genannten Forschungsbereichen zur nachhaltigen Governance von Landschaften ist die politische und geographische Diskrepanz zwischen den Maßstabsebenen, auf denen die politischen Entscheidungen getroffen werden, und den Ebenen, auf denen sich die Auswirkungen im Sinne von Landschaftstransformationen zeigen. Angesichts der Vielzahl an lokalen, nationalen und globalen Akteuren, die in globale

Produktionsketten involviert sind, ist bisher unklar, wie die jeweiligen Governanceebenen zusammenwirken können, um soziale und ökologische Konflikte in den Extraktionsgebieten effektiver zu adressieren. Forscher*innen aus der Kritischen Geographie haben gezeigt, dass die globale Kapitalakkumulation, die mit der Ausbeutung von Arbeitskräften und der Natur einhergeht, nicht an bestimmte Gebiete gebunden ist und daher mit traditionellen geographischen Analysen, die auf einen Ort bezogen sind, schwer zu erfassen ist (Brenner 2019). Politikwissenschaftliche Ansätze thematisieren Regulierungsdefizite in globalen Umweltregimen (Bergsten/Galafassi/Bodin 2014), aber lassen räumliche Aspekte weitgehend unberücksichtigt.

Ein Konzept, das sich mit diesen räumlichen und multiskalaren Prozessen befasst und einige der benannten Herausforderungen angeht, ist das des Telecoupling. Dabei handelt es sich um ein interdisziplinär entwickeltes, heuristisches Rahmenkonzept aus der Nachhaltigkeitsforschung (Challies/Newig/Lenschow 2019; Liu et al. 2013). Es beschreibt, wie entfernte Landsysteme durch Stoff- und Energieströme dynamisch miteinander verbunden oder ›gekoppelt‹ werden. Die Forschung zu Telecoupling befasst sich dabei insbesondere mit Ungerechtigkeiten, die durch den ungleichen Handel zwischen den Räumen entstehen, die Ressourcen ›senden‹, und jenen, die diese Ressourcen ›empfangen‹. Telecoupling stellt somit einen Ansatz dar, um soziale und ökologische Konflikte zu analysieren, die durch Ressourcentransfers zwischen marginalisierten und privilegierten Landschaften entstehen (Boillat et al. 2020). Eng damit zusammen hängen Fragen nach der Gestaltung von Governanceprozessen. Der Telecoupling-Ansatz ermöglicht es, globale, regionale, nationale und lokale Analyseebenen miteinander zu verbinden. Somit kann er dazu beitragen, nachhaltige Stadt- und Landschaftsentwicklung an den Orten des Rohstoffabbaus und des Rohstoffverbrauchs unter Gesichtspunkten der Landschaftsgerechtigkeit zu betrachten.

Bislang hat sich die Forschung zu Telecoupling weitgehend auf die Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft und des Abbaus von Edelmetallen in ressourcenreichen Regionen konzentriert (Cotta et al. 2022). Eine Forschungslücke besteht jedoch hinsichtlich der Verknüpfung urbaner Prozesse mit Landschaftskonflikten in ländlichen Gebieten. Dies lässt sich unter anderem mit der Komplexität der Lieferketten im Bausektor, insbesondere im Vergleich mit landwirtschaftlichen Gütern, erklären. Im Folgenden werden daher Überlegungen vorgestellt, wie der Telecoupling-Ansatz genutzt werden könnte, um Governanceprozesse im Sinne einer skalenübergreifenden Stadt- und Landschaftsforschung zu analysieren.

Dieser Ansatz definiert Urbanisierung als einen globalen Prozess, welcher urbane und nicht-urbane Räume miteinander verbindet. Dabei wird Urbanisierung als ein metabolischer Prozess betrachtet, welcher Effekte zweiter Ordnung in entfernten, ressourcenreichen Landschaften auslöst. Aus dieser Perspektive kann der Prozess der Urbanisierung als ein sich selbst verstärkender Prozess verstanden werden, bei dem städtische Gebiete (in Form ›konzentrierter Verstädterung‹) die fortschreitende Urbanisierung von ressourcenreichen Regionen (in Form ›erweiterter Verstädterung‹) verursachen. In diesem Zusammenhang können Städtebau und Stadterneuerung im Globalen Norden als Beitrag zur prekären Urbanisierung im Globalen Süden mit all ihren negativen sozioökologischen Folgen betrachtet werden. Dies gilt insbesondere für Bergbauregionen, die die Ressourcen für die entsprechenden Baumaterialien bereitstellen.

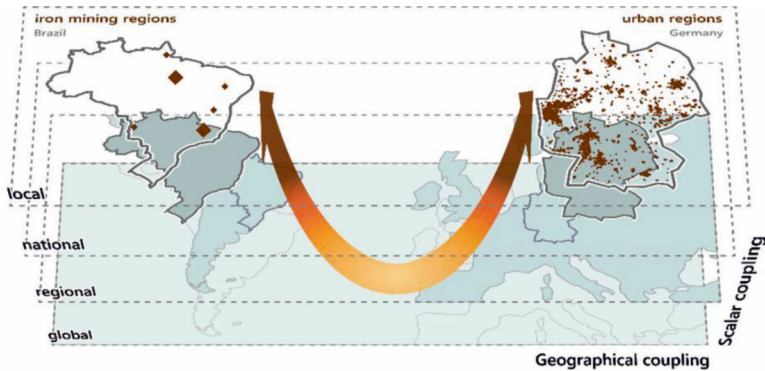
2 Von der Mine zur Stadt

Die Beziehungen zwischen brasilianischen Eisenerz-Abbaugebieten und dem deutschen Bausektor sind ein Beispiel für Telecoupling zwischen ›sendenden‹ und ›empfangenden‹ Regionen (siehe Abb. 4). Ein multiskalares Verständnis von Telecoupling ist daher auch hilfreich für die Analyse der wechselseitigen Abhängigkeiten.

Eisenerz, der weltweit zweitmeist gehandelte Rohstoff, wird vor allem im Bausektor eingesetzt: 98 Prozent des geförderten Eisenerzes fließen in die Stahlproduktion, und 55 Prozent des weltweit produzierten Stahls werden für die Herstellung von Baustahl für Gebäude und Infrastruktur verwendet (Cullen/Allwood/Bambach 2012; Wirtschaftsvereinigung Stahl 2021). Da die europäischen Eisenerzreserven nahezu erschöpft sind, ist Deutschland als größter europäischer Produzent von Roheisen (Reckordt 2022) zugleich der weltweit viertgrößte Importeur von Eisenerz (Garside 2022): etwa 90 Prozent des in Deutschland verwendeten Eisenerzes stammen aus Staaten außerhalb der Europäischen Union (Baier et al. 2021: 100). Ungefähr 40 Prozent des importierten Eisenerzes kommt dabei in den letzten zehn Jahren aus brasilianischen Abbaugebieten (International Trade Centre 2015). Diese hohe Importabhängigkeit besteht fort, obwohl sich der deutsche Bausektor verstärkt darum bemüht, Baumaterialien wie Baustahl wiederzuverwenden (Hafez et al. 2023; Hertwich et al. 2019). Der Verbrauch von Baumaterialien wächst in deutschen Städten jedoch weitaus schneller als die Bevölkerung.

Dies könnte auch daran liegen, dass die Wohnfläche pro Einwohner*in sich bis zum Jahr 2020 auf 49 Quadratmeter pro Person erhöhte und dass die durchschnittliche Lebensdauer von Gebäuden nur 60 Jahre im Jahr 2020 betrug (Statistisches Bundesamt 2023).

Abbildung 4: Multiskalares Telecoupling am Beispiel des brasilianischen Eisenerzbaus und der urbanen Entwicklung in Deutschland



Quelle: Eigene Darstellung; Illustrationsdesign der Karte: N. Bongaerts und U. Schinke (IÖR)

Insgesamt ist Brasilien für etwa ein Drittel der weltweiten Eisenerzexporte verantwortlich (World Steel Association 2020). Dabei stammen 90 Prozent der Produktion aus zwei Regionen (Agência Nacional de Mineração 2024): dem Carajás-Korridor im Bundesstaat Pará und dem Quadrilátero Ferrífero (Eisenviereck) im Bundesstaat Minas Gerais. Diese Regionen sind von unterschiedlichen Umweltungerechtigkeiten und Urbanisierungsmustern geprägt. Im Pará-Gebiet hat das Carajás-Projekt, die größte Eisenerz-Tagebauminerale der Welt, wesentlich zur Abholzung des Amazonas-Regenwaldes und zu Konflikten mit indigenen und afrostämmigen Gemeinschaften beigetragen (Côrtes/Silva Júnior 2021). Das Carajás-Projekt hat die Entstehung kleiner städtischer Siedlungen in der Nähe der ländlich gelegenen Abbaugebiete sowie entlang des Logistikkorridors und an den Roheisenproduktionsstätten nach sich gezogen.

Das Quadrilátero Ferrífero ist eine der ältesten und produktivsten Bergbauregionen Brasiliens. Hier liegen die Abbaugebiete näher an bestehenden

städtischen Gebieten. Seit den 1940er Jahren hat der Eisenerzabbau dennoch eine beschleunigte Urbanisierung sowie die Modernisierung von Landwirtschaft und Viehzucht zur Versorgung der wachsenden Stadtbevölkerung ausgelöst. Rund um die Metropolregion Belo Horizonte hat sich ein Eisen-Stahl-Komplex gebildet. In den letzten Jahren hat dieser jedoch aufgrund der Konkurrenz durch chinesischen Stahl an Bedeutung verloren, weswegen die Region zunehmend darauf angewiesen ist, unverarbeitetes Eisenerz zu exportieren (Fundação João Pinheiro 2023; Patria 2023). Weil für die Schmelzprozesse bei der Roheisengewinnung überwiegend Holzkohle genutzt wird, wurde der Atlantische Regenwald Brasiliens (Mata Atlântica) abgeholzt und etwa 2,3 Millionen Hektar Eukalyptusplantagen als Monokulturen im Norden von Minas Gerais aufgeforstet. Die Städte des Quadrilátero Ferrífero waren bereits für den Goldabbau in der Kolonialzeit gegründet worden (Saes/Bisht 2020). Der Eisenerzabbau hat diese Region jedoch durch die Erschöpfung von Frischwasserquellen, durch Landschaftsveränderungen und nicht zuletzt durch Dammbürche beeinträchtigt. Letztere haben mehr als 300 Todesopfer gefordert und Überflutungsflächen über Hunderte von Kilometern verwüstet (Laschefski 2008).

3 Ausblick: Erforschung des Telecouplings urbaner Landschaften

Das oben genannte Beispiel veranschaulicht, dass es nötig ist, »sendende« und »empfangende« Landschaften integriert zu betrachten, um Governancemechanismen für entfernte, aber gekoppelte Räume entwickeln zu können. Solche Governancestructuren können sowohl für größere Landschaftsgerechtigkeit in brasilianischen Eisenerzabbaugebieten sorgen, als auch die Kreislaufwirtschaft im deutschen Bausektor fördern.

Ein solches Forschungsprojekt könnte aus zwei Phasen bestehen. In der ersten Phase würden bestehende Normen und Institutionen erfasst, die sich auf die Umweltgovernance im Eisenerzabbau und Konstruktionsstahl beziehen, um so die Gründe für die Persistenz von Umweltungerechtigkeiten zu analysieren. Aktuell zeigen die Konflikte in Zusammenhang mit dem Abbau von Eisenerz und der Stahlproduktion (Martínez-Alier et al. 2011), dass freiwillige und durch die Unternehmen selbst implementierte Governancemechanismen wie die *Responsible Mining Assurance*, die *Towards Sustainable Mining Initiative* oder die ISO-26000-Zertifizierungen nicht ausreichen, um Menschenrechtsverletzungen entlang der entsprechenden Lieferketten zu reduzieren. In

einer zweiten Phase könnte dann die Diskrepanz zwischen normativen Vorstellungen über Umweltgerechtigkeit auf der globalen und den jeweiligen lokalen Ebenen analysiert werden. Dabei kann man feststellen, dass Bottom-up-Ansätze wie *Fair Steel Coalition* (2024) dazu beitragen, dass die Forderungen lokaler Gruppen besser berücksichtigt werden.

Dieses Verständnis von Telecoupling als normativem Forschungsansatz kann dann auch zu Ideen für eine radikale Neugestaltung der Stadtplanung und der Baustandards in einkommensstarken Regionen, aber auch in ihren Partnerregionen und im Hinblick auf die dort stattfindenden prekären Urbanisierungsprozessen führen. Über unser Beispiel hinaus könnte eine multiskalare Telecoupling-Perspektive vielfältige Wissensstränge integrieren und Impulse für die Entwicklung eines neuen Forschungsfeldes innerhalb der räumlichen Nachhaltigkeitswissenschaft geben.

Die hier vorgestellte Forschungsidee kann auch auf die Analyse anderer Beziehungen übertragen werden, die zwischen weit voneinander entfernt liegenden Landschaften bestehen. Dies gilt beispielsweise mit Blick auf den Anbau von Exportgütern wie Sojabohnen, die Nutzung von Phosphor und die damit einhergehende Bodendegradation sowie die Bedeutung von Kupfer, Lithium oder Kobalt für die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien.

Für die Analyse telegestalteter Urbanisierungsprozesse können quantitative und qualitative Forschungsmethoden aus der industriellen und politischen Ökologie, der globalen Umweltpolitik, der wirtschaftswissenschaftlichen Erforschung von Handelsbeziehungen und globalen Lieferketten sowie der Nachhaltigkeitswissenschaftsforschung genutzt werden. Darüber hinaus sollte gemeinsam mit den betroffenen gesellschaftlichen und politischen Akteur*innen Wissen diskutiert und erzeugt werden. Dabei geht es darum, die Intensität und die Auswirkungen von Umweltkonflikten zu verstehen sowie plausible Szenarien für Umweltgerechtigkeit und Nachhaltigkeitsgovernance zu entwickeln (Jahn et al. 2022). Die Analyse telegestalteter Urbanisierungsprozesse kann daher einen Ansatz darstellen, um Landschaftstransformationen global und skalenübergreifend zu untersuchen.

Literatur

Agência Nacional de Mineração (2024): Produção Mineral. Ministerio de Minas e Energia Governo de Brasil. <https://www.gov.br/anm/pt-br/assuntos/ec>

- onomia-mineral/producao-mineral/producao-mineral (letzter Zugriff am 30.04.2024).
- Baier, Matthias/Bookhagen, Britta/Eicke, Corinna/Elsner, Harald/Henning, Sören/Kuhn, Kerstin/Lutz, Rüdiger/Moldenhauer, Kirsten/Pein, Martin/Schauer, Michael/Schmidt, Sandro/Schmitz, Martin/Sievers, Henrike/Szurlies, Michael (2021): Deutschland – Rohstoffsituation 2020. BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/rohsit-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (letzter Zugriff am 12.02.2025).
- Bergsten, Arvid/Galafassi, Diego/Bodin, Örjan (2014): »The problem of spatial fit in social-ecological systems: Detecting mismatches between ecological connectivity and land management in an urban region«, in: *Ecology and Society* 19/4, S. 1–22.
- Boillat, Sébastien/Martin, Adrian/Adams, Timothy/Daniel, Desiree/Llopis, Jorge/Zepharovich, Elena/Oberlack, Christoph/Sonderegger, Gabi/Bottazzi, Patrick/Corbera, Esteve/Ifejika Speranza, Chinwe/Pascual, Unai (2020): »Why telecoupling research needs to account for environmental justice«, in: *Journal of Land Use Science* 15/1, S. 1–10.
- Brenner, Neil (2016): »The Hinterland Urbanised?«, in: *Architectural Design* 86/4, S. 118–127.
- Brenner, Neil (2019): »Between Fixity and Motion: Scaling the Urban Fabric«, in: Brenner, Neil (Hg.), *New Urban Spaces*. New York: Oxford University Press, S. 46–86.
- Challies, Edward/Newig, Jens/Lenschow, Aandrea (2019): »Governance for Sustainability in Telecoupled Systems«, in: Cecilie Friis/Jonas Ø. Nielsen (Hg.), *Telecoupling*. Heidelberg: Springer International Publishing, S. 177–197.
- Ciftci, Mehmet Metehan/Lemaire, Xavier (2023): »Deciphering the impacts of ›green‹ energy transition on socio-environmental lithium conflicts: Evidence from Argentina and Chile«, in: *The Extractive Industries and Society* 16, 101373.
- Côrtes, Julia Corrêa/Silva Júnior, Roberto Donato (2021): »The Interface Between Deforestation and Urbanization in the Brazilian Amazon«, in: *Ambiente & Sociedade* 24, e01821.
- Cotta, Bebedetta/Coenen, Johanna/Challies, Edward/Newig, Jens/Lenschow, Andrea/Schilling-Vacaflor, Almut (2022): »Environmental governance in globally telecoupled systems: Mapping the terrain towards an integrated research agenda«, in: *Earth System Governance* 13, 100142.

- Cullen, Jonathan M./Allwood, Julian M./Bambach, Margarita D. (2012): »Mapping the Global Flow of Steel: From Steelmaking to End-Use Goods«, in: *Environmental Science & Technology* 46/24, S. 13048–13055.
- Delreux, Tom (2018). »Multilateral Environmental Agreements: A Key Instrument of Global Environmental Governance«, in: Camilla Adelle/Katja Biedenkopf/Diarmuid Torney (Hg.): *European Union External Environmental Policy*. Heidelberg: Springer International Publishing, S. 19–38.
- Dunlap, Alexander/Brock, Andrea (2022): »Enforcing Ecological Destruction«, in: Alexander Dunlap/Andrea Brock (Hg.): *Enforcing Ecocide*. Heidelberg: Springer International Publishing, S 1–34.
- Egoz, Shelley/De Nardi, Alessia (2017): »Defining landscape justice: The role of landscape in supporting wellbeing of migrants, a literature review«, in: *Landscape Research* 42/sup1, S. 74–89.
- Elhacham, Elhacham/Ben-Uri, Liad/Grozovski, Jonathan/Bar-On, Yinon M./Milo, Ron (2020): »Global human-made mass exceeds all living biomass«, in: *Nature* 588/7838, S. 442–444.
- Fair Steel Coalition (2024): *The Real Cost of Steel. Environmental Racism, Sacrifice zones and impunity along the supply chain*. <https://edlc.org/wp-content/uploads/2024/04/The-Real-Cost-of-Steel.pdf> (letzter Zugriff am 17.02.2025).
- Fundação João Pinheiro (2023): *Contas Regionais: Indicadores Conjunturais da Economia de Minas Gerais (No.1, n.3)*«. Fundação João Pinheiro. https://drive.google.com/file/d/1izYPQReluXjG_YqFfLNC9Qsg-NazQ-dV/view (letzter Zugriff am 17.02.2025).
- Jaganmohan, Madhumita (2024, Dec. 10): *Leading iron ore importing countries in 2022*. Statista. <https://www.statista.com/statistics/300323/top-importing-countries-of-iron-ore> (letzter Zugriff am 17.02.2025).
- Hafez, Fatma S./Sa'di, Bahaaeddin/Safa-Gamal, M./Taufiq-Yap, Y. H./Alrifaey, Moath/Seyedmahmoudian, Mehdi/Stojcevski, Alex/Horan, Ben/Mekhilef, Saad (2023): »Energy Efficiency in Sustainable Buildings: A Systematic Review with Taxonomy, Challenges, Motivations, Methodological Aspects, Recommendations, and Pathways for Future Research«, in: *Energy Strategy Reviews* 45, 101013.
- Hertwich, Edgar/Lifset, Reid/Pauliuk, Stefan/Heeren, Niko/Ali, Saleem/Tu, Qingshi/Ardente, Fulvio/Berrill, Peter/Fishman, Tomer/Kanaoka, Koichi/Kulczycka, Joanna/Makov, Tamar/Masanet, Eric/Wolfram, Paul (2019): »Resource Efficiency and Climate Change: Material Efficiency Strategies

- for a Low-Carbon Future«, in: Zenodo. <https://zenodo.org/records/5246628> (letzter Zugriff am 27.05.2025).
- Hughes, Hannah/Vadrot, Alice/Allan, Jen Iris/Bach, Tracy/Bansard, Jennifer S./Chasek, Pamela/Gray, Noella/Langlet, Arne/Leiter, Timo/Marion Sui-seeya, Kimberly R./Martin, Beth/Paterson, Matthew/Ruiz-Rodríguez, Silvia Carolina/Wysocki, Ina Tessnow-von Wysocki/Tolis, Valeria/Thew, Harriet/Gonçalves, Marcela Vecchione/Yamineva, Yulia (2021): »Global environmental agreement-making: Upping the methodological and ethical stakes of studying negotiations«, in: *Earth System Governance* 10, 100121.
- Hutton, Jane (2020): *Reciprocal landscapes: Stories in material movement*. Routledge.
- International Trade Centre (2015): *Bilateral trade between Germany and Brazil*. Trademap. https://www.trademap.org/Bilateral_TS.aspx?nvpm=1%7c276%7c%7c076%7c%7c2617%7c%7c%7c4%7c1%7c1%7c2%7c2%7c1%7c1%7c1%7c1%7c1 (letzter Zugriff am 17.02.2025).
- Jahn, Stephanie/Newig, Jens/Lang, Daniel/Kahle, Judith/Bergmann, Matthias (2022): »Demarcating transdisciplinary research in sustainability science—Five clusters of research modes based on evidence from 59 research projects«, in: *Sustainable Development* 30/2, S. 343–357.
- Juskus, Ryan (2023) »Sacrifice Zones«, in: *Environmental Humanities* 15/1, S. 3–24.
- Kara, Siddharth (2019, December 16): »I saw the unbearable grief inflicted on families by cobalt mining. I pray for change«, in: *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/global-development/commentisfree/2019/dec/16/i-saw-the-unbearable-grief-inflicted-on-families-by-cobalt-mining-i-pray-for-change> (letzter Zugriff am 17.02.2025).
- Kowsmann, Patricia/Pearson, Samantha/Patterson, Scott/Magalhaes, Luciana (2019, February 24): »Behind Vale's Deadly Dam Collapse: Multiple Warnings That Went Unheeded«, in: *Wall Street Journal*. <https://www.wsj.com/articles/behind-vales-deadly-dam-collapse-multiple-warnings-that-went-unheeded-11551050768> (letzter Zugriff am 17.02.2025).
- Laschefski, Klemens (2008): »O Comércio de Carbono e a Industrialização de Paisagens—Bioenergia e Conflitos Socioambientais«, in: M. C. Lima/F. Chesnais (Hg.), *Dinâmica do capitalismo pós-guerra fria: Cultura tecnológica, espaço e desenvolvimento* (1a edição, S. 281–306). Editora Unesp.
- Lawrence, Rebecca/O'Faircheallaigh, Ciaran (2022): »Ignorance as strategy: ›Shadow places: and the social impacts of the ranger uranium mine«, in: *Environmental Impact Assessment Review* 93, 106723.

- Liu, Jianguo/Hull, Vanessa/Batistella, Mateus/DeFries, Ruth/Dietz, Thomas/Fu, Feng/Hertel, Thomas W./Izaurrealde, R. Cesar/Lambin, Eric F./Li, Shuxin/Martinelli, Luiz A./McConnell, William J./Moran, Emilio F./Naylor, Rosamond/Ouyang, Zhiyun/Polenske, Karen R./Reenberg, Anette/de Miranda Rocha, Gilberto/Simmons, Cynthia S./Verburg, Peter H./Vitousek, Peter M./Zhang, Fusuo/Zhu, Chungquan (2013): »Framing Sustainability in a Telecoupled World«, in: *Ecology and Society* 18(2), art26.
- Martínez-Alier, Joan (2002): *The environmentalism of the poor: A study of ecological conflicts and valuation*. Cheltenham: Elgar.
- Martínez-Alier, Joan/Temper, Leah/Del Bene, Daniela/Scheidel, Arnim/Walter, Mariana/Navas, Grettel/Llavero-Pasquina, Marcel/Fanari, Eleonora/Cantoni, Roberto/Eckstein, Sarah/van der Donk, Layla (2011): »Global Atlas of Environmental Justice«. <https://ejatlas.org> (letzter Zugriff am 17.02.2025).
- Patria, Henrique (2023): »A dura realidade da siderurgia nacional«, in: *Siderurgia Brasil*. <https://siderurgiabrasil.com.br/2023/11/29/a-dura-realidade-e-da-siderurgia-nacional> (letzter Zugriff am 17.02.2025).
- Reckordt, Michael (2022): *Heisses Eisen für Kaltes Klima?, PowerShift*. <https://power-shift.de/wp-content/uploads/2022/01/HeissesEisen.pdf> (letzter Zugriff am 17.02.2025).
- Saes, Beatriz Macchione/Bisht, Arpita (2020): »Iron ore peripheries in the extractive boom: A comparison between mining conflicts in India and Brazil«, in: *The Extractive Industries and Society* 7/4, S. 1567–1578.
- Schaffartzik, Anke/Haberl, Helmut/Kastner, Thomas/Wiedenhofer, Dominik/Eisenmenger, Nina/Erb, Karl-Heinrich (2015): »Trading Land: A Review of Approaches to Accounting for Upstream Land Requirements of Traded Products«, in: *Journal of Industrial Ecology* 19/5, S. 703–714.
- Shennum, Krista/Renaldi, Adia (2024) »Nickel Unearthed: The Human and Climate Costs of Indonesia's Nickel Industry«. Climate Rights International. <https://cri.org/reports/nickel-unearthed> (letzter Zugriff am 17.02.2025).
- Statistisches Bundesamt (2023): *Wohnen*, DeStatis. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/_inhalt.html (letzter Zugriff am 17.02.2025).
- United Nations Environment Programme (2023): *Building Materials and the Climate: Constructing a New Future*. Nairobi. <https://wedocs.unep.org/20500.11822/43293> (letzter Zugriff am 17.02.2025).
- Wirtschaftsvereinigung Stahl (2021): »Fakten zur Stahlindustrie in Deutschland 2021«, *Wirtschaftsvereinigung Stahl*. <https://www.stahl-online.de/w>

p-content/uploads/WV-Stahl_Fakten-2021_RZ_Web_neu.pdf (letzter Zugriff am 17.02.2025).

World steel association (2020): »Fact sheet steel and raw materials« <https://worldsteel.org/wp-content/uploads/Fact-sheet-steel-and-raw-materials.pdf> (letzter Zugriff am 17.02.2025).

Neuland: Singapurs Landgewinnung unter dem Brennglas der Landschaftsgerechtigkeit

Hans Hortig

Dieser Beitrag basiert auf dem Kapitel »Sand Hinterland: The Construction of Territory« der Publikation *Hinterland: Singapore Beyond the Border*, Zürich: Birkhäuser, 2026. (Hg. Milica Topalovic und Hans Hortig).

1 Einleitung

Wenn ein mit Sand beladenes Transportschiff die nationale Grenze des Inselstaates Singapur überschreitet, wird die Ladung des Schiffes von einem billigen Material in einen teuren Rohstoff, dann in ein Stück Land und Eigentum umgewandelt: Flusssedimente aus Kambodscha ermöglichen eine betonbasierte Baukultur, indonesische Inseln werden zum Boden für Industriegebiete aufgeschüttet und vietnamesischer Sand wird zu Stränden entlang der Straße von Singapur. Wie entfaltet sich der urbane Metabolismus des Sandes und wer sind die Akteur*innen, die den Prozess der Landgewinnung in Singapur ermöglichen, regulieren und davon profitieren? Basierend auf der Fallstudie der umfangreichen Landgewinnungsprojekte des Inselstaates untersucht dieser Beitrag den Prozess der Landgewinnung sowie die gesellschaftspolitischen, räumlichen und ökologischen Folgen von Sandhandel und Aufschüttungen. Durch die Beschreibung der Entwicklung von Singapurs Sandhinterland, der Überführung des Sandkorns in eine Handelsware (Kommodifizierung) sowie des transnationalen Sandhandels wird auf die sozio-metabolischen Auswirkungen der Sandwirtschaft einschließlich ökologischer Zerstörung, geopolitischer Dimensionen des Handels und der Rolle von Design und Technologie in dieser Praxis eingegangen. Der Inselstaat Singapur dient dabei als Beispiel, um zu veranschaulichen, wie Sand in die städtische Wirtschaft eingebunden wird, um Häuser zu errichten und vor allem um Land

zu gewinnen. Dabei treten Fragen zur Landschaftsgerechtigkeit weitgehend im Sinne von Ungleichheiten zutage und werfen Fragen zur Zugänglichkeit von Ressourcen, zur Transparenz im Rohstoffhandel aber auch zur urbanen Nachhaltigkeit auf.

Der Beitrag untersucht den Urbanismus der Sandakkumulation als Projekt der Stadt- und Raumplanung und beschreibt, wie Sand in Land umgewandelt wird. Durch eine Analyse des Prozesses der Landgewinnung von Abtragungsgebieten bis zu Akkumulationsorten werden die metabolischen Beziehungen zwischen der Stadt und ihrem Umland untersucht. Mithilfe von architektonischer und landschaftsarchitektonischer Kartierung wird erläutert, wie das Meer als urbanes Projekt in Boden umgestaltet wird, warum die massive Landgewinnung für Singapur von Bedeutung ist und wie der Sandhandel in die offizielle Entwicklungspolitik integriert ist.

Um einen Überblick über die räumlichen Dimensionen, politischen Grundlagen und damit verbundenen Gerechtigkeitsfragen der Sandakkumulation zu geben, verbindet der Artikel Feldforschung und partizipative Beobachtung (von 2013–2015 und 2019–2022) mit einer Auseinandersetzung mit offiziellen Planungsgrundlagen und Daten, und setzt diese in einen historischen Kontext.

2 Sand ist nicht gleich Sand

Als zerkleinerter Stein ist Sand permanent in Bewegung, oft in Suspension, wird vom Wasser getragen, gemahlen oder gewaschen und lagert sich in Schichten an Flussufern, Stränden und am Meeresboden ab. Ständig in Bewegung, sich langsam absetzend, verdichtet und doch wieder abgetragen, ist Sand häufig mit anderen Materialien gemischt – Bestandteil von Bodenarten wie Ton, Lehm oder Schluff. Um aus diesem Material eine Ressource zu generieren, bedarf es Vorrichtungen zur Beseitigung von Unklarheiten, zur Trennung, Sortierung und Einordnung von namenlosen Materiezuständen. Bagger, Pumpen, Bohrer und Saugrohre sind deshalb nicht nur Maschinen der industriellen Extraktion, sondern Hilfsmittel, um Kategorien wie Schotter, Kies, Sand oder andere Aggregate zu etablieren und Sand als kapitalistisch verwertbare Ressource zu manifestieren (Dawson 2021; Jamieson 2021; Tsing 2013).

In den 1990er Jahren avancierten Sand- und Kieszuschläge aufgrund der weltweit steigenden Nachfrage nach Baumaterialien zum meist abgebauten

Material, noch vor geernteter Biomasse und allen fossilen Energieträgern, einschließlich Öl und Gas (Krausmann et al. 2009). Für die Landgewinnung und die Bauindustrie sind zwei spezifische Sandarten besonders begehrt: Meeressand und Flusssand. Bei Landgewinnungsprojekten dienen enorme Mengen an grobem Meeressand und Kies als Füllmaterial. In der Bauindustrie findet Meeressand kaum Verwendung, da das anhaftende Salz die strukturelle Stabilität von Baustoffen beeinträchtigt. Obwohl das Salz aus dem Meeressand gewaschen werden kann, wird aufgrund der kostspieligen Verarbeitung derzeit hauptsächlich Flusssand für Beton und Meeressand für die Landgewinnung genutzt. Der salzfreie und vergleichsweise stabile Sand, der entweder direkt aus dem Flussbett oder aus flusssnahen Ablagerungen gewonnen wird, ist daher für die Bauindustrie von großer Bedeutung. Die häufigste Sandart der Erde, Wüstensand, wird nicht als Ressource in der Bauindustrie verwendet, da die Körner durch den Wind abgerundet werden, was die innere Kohärenz und Tragfähigkeit deutlich vermindert (Welland 2010: 14).

Die Materialeigenschaften und natürlichen Gemengelagen der einzelnen Sandarten können erklären, warum bestimmte Sande zu begehrten Ressourcen geworden sind. Sand wird an Stränden und in Gruben abgebaut, in Flüssen und auf dem Meeresgrund ausgebagert und als Rohstoff verkauft. Zur Herstellung des Rohstoffes benötigt es lediglich die unbezahlte Arbeit der Natur als Verwitterung von Gestein. Sand kann dadurch zu der von Jason Moore (2016) beschriebenen »cheap nature« gezählt werden, die eine Verwertung von Ressourcen durch die Aneignung billiger oder kostenloser Rohstoffe ermöglicht. Die Flussmündungen und flachen Meeresgewässer Südostasiens sind dadurch zu den ergiebigsten Sandabbaugebieten für den Stadtstaat Singapur geworden.

3 Tabula Rasa

Singapur ist nicht die einzige Stadt oder der einzige Stadtstaat, der auf Landgewinnung setzt, um das vorhandene Territorium zu erweitern. Aber die Geschwindigkeit und das Ausmaß, in dem sich die Landesfläche verändert hat, ist beispiellos. Etwa 25 Prozent oder 145 Quadratkilometer der Landfläche des Inselstaates wurden künstlich aufgeschüttet (Topalović 2014: 11). Sand hat wirkungsvoll dazu beigetragen, die Entwicklung des Inselstaates voran zu treiben, indem Neuland städtische Infrastrukturen und wichtige Wirtschaftsprogramme beherbergt, die staatliche Rhetorik der »smallness«, oder

»Landknappheit«, unterstützte und die Bevölkerung durch Umsiedlungsprogramme und den Bau einer auf Beton basierenden Hochhausmetropole neu formte.

Abbildung 5: Landgewinnung in Singapur



Quelle: ETH Architecture of Territory 2018

Seit dem Beginn der ersten Landgewinnungsprojekte in den 1880er Jahren wurden die Erdarbeiten in Singapur immer zahlreicher und größer (siehe Abb. 5). Die ersten Arbeiten entlang der Küste fanden während der britischen Kolonialherrschaft statt, beschränkten sich aber auf kleine Abschnitte des Hafens. Kais und Hafenanlagen wurden verbreitert, um den zunehmenden Schiffsverkehr aufzunehmen, und bis zur Selbstverwaltung 1959 wurden insgesamt 3 Quadratkilometer Land aufgeschüttet (Pui 1986: 2631).

Seit der Unabhängigkeit nahm das Ausmaß der Erdarbeiten zur Landgewinnung zeitgleich mit der städtischen und industriellen Umstrukturierung des Landes immer mehr zu. Anfänglich wurde der gesamte Prozess der Landgewinnung lokal organisiert und basierte auf der als »cut-and-fill« bekannten Methode. Dazu wurden in hügeligen Teilen der Insel Dörfer und Wälder geräumt, Erde, Kies und Sand abgebaut und mit Förderbändern und temporä-

ren Eisenbahnen an die Küste transportiert. Durch die »cut-and-fill« Methode wurde flaches Land gleichzeitig im Landesinneren und entlang der Küste geschaffen. Küstendörfer wurden vom Meer abgeschnitten und große Teile der Bevölkerung in neu errichtete Stadtteile umgesiedelt, die auf dem eingeebneten Boden errichtet wurden.

In einer Rede vor dem Parlament im Jahr 1964 warb Lee Kuan Yew, der langjährige Premierminister Singapurs, für das Gesetz zur Änderung der Uferzone (Singapore Government 1964), das staatliche Landgewinnungsprojekte ohne Entschädigung für den Verlust des Meerzuganges ermöglichte. In seiner Rede nutzte er das folgende Argument zur Befürwortung des Gesetzeserlasses: »*With the rapidly expanding population, growing pace of industrialization, and the increasing tempo of housing and other public development, land is becoming a scarce and very expensive commodity in Singapore.*« (Yew 1964: 1).

In Anlehnung an diese Argumentation der »Landknappheit« und des Bevölkerungswachstums wurden weitere Gesetzesanpassungen, wie z.B. der Land Acquisition Act (1966) (Singapore Government 1966), vorgenommen, was der Regierung die Befugnis zum Landerwerb für Entwicklungsprojekte gab. Diese Gesetze schufen die Grundlage für eine staatlich organisierte Landgewinnung, die bis heute von drei Behörden kontrolliert wird. Die Building and Construction Authority (BCA) regelt den Import von Sand als Baumaterial, die Jurong Port Authority (JTC) ist für die Landgewinnung für industrielle Zwecke und als Hafeninfrastruktur zuständig und das Housing and Development Board (HDB) gibt Landgewinnungsprojekte für den staatlichen Wohnungsbau in Auftrag.

Diese Gesetzlichen Grundlagen ermöglichten eine exponentielle Ausbreitung der Landesfläche ab den 1970er Jahren. Das erste großmaßstäbliche Projekt zur Neulandgewinnung entstand ab 1971 entlang der Ostküste und beherbergt heute den Internationalen Flughafen, den East-Coast Park und die Marina Parade Wohnanlage. In innerstädtischer Lage wurde das koloniale Stadtzentrum auf bis zu Zwei Kilometer aufgeschüttet, um das heutige Stadtzentrum um einen Finanzdistrikt zu erweitern, und entlang der Westküste entstand ein Konglomerat an Industriegebieten und Hafenanlagen auf ehemaligen Sumpfgebieten. Schätzungen zufolge erweiterte sich Singapurs Ladefläche während dieser Zeit um 8000 Quadratmeter pro Tag, eine Fläche die in etwa einem Fußballfeld entspricht. Bis zu den 1980er Jahren waren 40 Quadratkilometer Neuland im Meer aufgeschüttet worden (Schulz 2005: 50).

Innerhalb eines Jahrhunderts wandelte sich die territoriale Expansion Singapurs durch Landgewinnung: von grundlegenden technischen Eingriffen zur

Gestaltung der Schnittstelle zwischen Hafen und Stadt hin zu einer Kernstrategie der Urbanisierung und Modernisierung, die zu einer grundlegenden sozialräumlichen Umstrukturierung der Insel beitrug. Mit der Ausdehnung der Küstenlinie trat eine glatte, künstliche Topographie an die Stelle der Hügel der alten Landschaft. Dieses landschaftliche »tabula rasa« (Koolhaas 1995: 1031) und die damit verbundenen Neuordnung der Bevölkerung kann deshalb auch als territorial-physisches Äquivalent eines »nationbuilding« und »social engineering« gelesen werden (Topalović 2014: 57–58). Die moderne städtische Gesellschaft wurde zusammen mit der topographischen Form Singapurs gestaltet, die von staatlicher Hand geformt wurde.

4 Vom lokalen Sandabbau zum internationalen Handelsstreit

Ende der 1980er Jahre war der größte Teil des im Inland verfügbaren Sandes verbraucht, und Material für die Landgewinnung sowie Sand für die Errichtung von Gebäuden und Infrastrukturprojekten musste importiert werden (Pui 1986: 2633). Der regionale Sandhandel erreichte im Jahr 2002 seinen Höhepunkt, als 77 Prozent der weltweit eingesetzten Baggerschiffe in und um die Straße von Singapur registriert wurden. Laut UN-Statistik belegte Singapur, trotz der vergleichsweise geringen Landesfläche und Bevölkerung seit dem Jahr 2008 den ersten Platz in der weltweiten Rangliste Sand importierender Länder (UN Comtrade 2016a).

Unter Berufung auf eine breite Palette von Gründen – von Versorgungsgespässen bis hin zu einer nationalistischen Rhetorik über den Verlust von Territorium – verhängten regionale Lieferant*innen Exportverbote: Malaysia 1997, Indonesien 2007 bis 2023, Kambodscha und Vietnam 2009 (The Economist 2015; The Star 2023). Dadurch erweiterte sich Singapurs Beschaffungsradius und somit das Sand-Hinterland. Obwohl Importeur*innen verpflichtet sind, die Herkunft des Sandes zu dokumentieren und die Legalität des Abbaus zu überprüfen, sind die Möglichkeiten, Dokumente innerhalb der Lieferkette zu fälschen, groß, und Berichte über dubiose Geschäfte sind zahlreich dokumentiert. Berichte von NGOs und investigativen Journalist*innen über Abbaugelände und -praktiken haben Sandschmuggelnetze aus Embargoländern aufgedeckt. Singapurs öffentlich zugängliche Handelsstatistiken sind bis dato allerdings bruchstückhaft (Abdullah/Tat Goh 2012; Global Witness 2010; Perumal/Michael 2010).

Die Gewinne der Sandhandelsbranche sind enorm. Im Jahr 2014 hat Singapur Sand im Wert von rund 300 Millionen S\$ importiert (UN Comtrade 2016b). Diese Zahl bezieht sich nur auf den offiziellen Handel, ohne jegliche Form illegaler Transaktionen. So wurde beispielsweise 2008 geschätzt, dass Sand im Wert von 35 Millionen Singapur Dollar von einem einzigen Standort aus Johor (Malaysia) geschmuggelt wurde, obwohl Malaysia ein Handelsverbot verhängt hatte (Perumal/Michael 2010). Ebenso wurde geschätzt, dass im Jahr 2002 300 Millionen Kubikmeter Sand (Henderson 2010) im Wert von 450 Millionen Singapur Dollar (Kog 2006) illegal aus der indonesischen Provinz Riau exportiert wurden, von denen der Großteil für den Markt in Singapur bestimmt war.

Immer wieder haben Nachbarstaaten Singapur vorgeworfen, ihr Territorium abzugraben, während gleichzeitig lokale Entscheidungsträger*innen – legaler- und illegalerweise – Fördergenehmigungen ausstellten (Global Witness 2010). Auch wenn die Sorge um den Verlust einer wichtigen materiellen Ressource und die mit dem Abbau einhergehende Umweltzerstörung begründet war, wurde der Sandhandel im öffentlichen Diskurs hauptsächlich als Bedrohung der nationalen Identität und territorialen Souveränität dargestellt. Die zunehmenden zwischenstaatlichen Machtspiele, die mit einer Reihe von Verboten und Zugeständnissen beim Sandhandel einhergingen, wurden in den Medien als Südostasiens »Sand Wars« stilisiert (Henderson 2010).

5 Externalisierung und Zwischenhandel

Während Informationen über die Herkunftsländer und die gehandelten Sandmengen verfügbar sind, bleiben die Abbaugebiete, die sozialökologischen Bedingungen, unter denen Sand abgebaut wird, und Einzelheiten der Handelsabkommen der Öffentlichkeit meist verborgen. Die einzigen offiziellen Daten, die zur Verfügung stehen, stammen von der *Commodity Trade Statistics Database* der Vereinten Nationen (UN Comtrade), die allgemeine Zahlen über den Handel zwischen Ländern dokumentiert, aber keine Angaben über Abbaugebiete oder Handelsverträge enthält. Obwohl Fragen zur Transparenz des Sandhandels aufgeworfen wurden, die auf das Fehlen von Vorschriften für den Abbau und den Handel von Sand auf transnationaler Ebene (United Nations Environment Programme 2014) und auf das obskure Verhalten staatlicher Institutionen und Unternehmen hinweisen (Global Witness 2010), hat die Regierung Singapurs dieses Informationsvakuum verteidigt, indem sie argumentierte, dass Fragen der Beschaffung von Sand »Fragen der nationalen Sicher-

heit« seien und somit »strengster Vertraulichkeit« unterliegen (Comaroff 2014 Übers. d. A.). Seitdem Singapurs BCA Sand seit 2011 als »sensibles Gut« und »essenzielles Baumaterial« eingestuft hat, unterliegt der Import der Kontrolle durch staatliche Stellen und erfordert Einfuhrgenehmigungen (Building and Construction Authority 2009 Übers. d. A.). Durch diese rechtlichen Rahmenbedingungen ist es der Regierung gelungen, Sandeinfuhren aus verschiedenen ausländischen Quellen zu sichern, ohne aktiv am Handel beteiligt zu sein: Formal kaufen Regierungsstellen und Bauunternehmen nur Sand von autorisierten privaten Anbietern (Global Witness 2010: 30ff.) und sind daher nicht mit der gesamten Lieferkette, mit Handelsverträgen oder den Umständen und Konsequenzen des Abbaus und des Handels verbunden. Diese Art Sand-Hinterland – interventionsfrei, kaum reguliert und undurchsichtig – bietet eine flexiblere und damit sicherere Lieferkette als feste und transparente Verträge auf nationaler oder internationaler Ebene, die verschiedenen Formen von Kontrolle und Widerstand ausgesetzt wären.

In einem vagen, schwach regulierten Stratum zwischen der regionalen und multinationalen Ebene wird das Sandgeschäft unter Zwischenhändlern verhandelt, von lokalen Bergbauunternehmen und Politiker*innen bis hin zu Reedereien und globalen Betreibern von Baggerunternehmen. In diesem Umfeld übt die Regierung Singapurs keine volle Kontrolle über den Prozess der Sandeinfuhr aus, was Kritiker*innen zu dem Schluss veranlasst, »dass der Wohlstand auf Kosten von Korruption und Umweltzerstörung in den Nachbarländern eingezogen ist« (Milton 2010 Übers. d. A.). Die Entscheidung, Sand über ein Netz von Akteur*innen und zum Teil vom informellen Markt zu beziehen, hat es der Regierung ermöglicht, die Verantwortung für die sozialen und ökologischen Folgen der unregulierten Sandförderung auf die entsprechende (ausländische) Behörde oder auf Dritte zu übertragen.

Nach der Landgewinnung werden die undurchsichtigen Beschaffungsverhältnisse durch die rechtliche Eingliederung des Neulandes in das Staatsterritorium ausgeblendet. In Singapur geschieht dies durch die Proklamation, bei der Land durch ein Dekret des Staatsoberhauptes in Landparzellen umgewandelt und rechtlich in das staatliche Landsystem eingegliedert wird. Die materielle Transformation des Sandes wird dadurch letztlich durch eine semiotische Transformation (die Verkündung der Neulandgewinnung durch die Präsident*in) abgeschlossen (Jamieson 2021: 286).

6 Terrapolitik

Sand hat nicht nur die territoriale Form des Inselstaates geprägt, sondern auch andere Bereiche seiner Entwicklung. Der vom grenzüberschreitenden Sandhandel gelieferte Sand, der als wesentlicher Bestandteil von Beton verwendet wird, hat das öffentliche Wohnbauprogramm des Landes, das mittlerweile 77 Prozent der Bevölkerung Singapurs beherbergt, effektiv vorangetrieben (Housing and Development Board 2023). Neu gewonnenes Land hat auch den Ausbau von Infrastruktur und Industrie ermöglicht, die den globalen wirtschaftlichen Ambitionen Singapurs dient (Topalović 2014). Gleichzeitig ist die Einfuhr von Sand über die Landesgrenze von zentraler Bedeutung für die Entwicklung eines Repertoires politischer Strategien und Regularien, die Singapurs urbane und nationale Identität prägen. In der Regierungsrhetorik wird die Landgewinnung als das Recht des Inselstaates auf Entwicklung dargestellt, eine Notwendigkeit, um wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt zu gewährleisten. »Landknappheit« und Bevölkerungswachstum, wie sie von Lee Kuan Yew formuliert wurden, dienen immer noch als nützliche Argumente zur Rechtfertigung von unreguliertem Handel, Umweltzerstörung und verschiedenen Formen der illegalen Sandgewinnung. Während neue Themen wie Hochwasserschutz und Klimawandel als Argumente für die Landgewinnung herangezogen werden, bleibt Landknappheit unter der Rubrik »more land« auch in den aktuellen Veröffentlichungen zur Landgewinnung prominent vertreten (Urban Redevelopment Authority 2024).

Obwohl Singapur sich als weltweit führend in Sachen urbane Nachhaltigkeit positioniert, wurde das Thema Sandgewinnung in keiner Strategie für nachhaltige Entwicklung berücksichtigt; die Regierung verunklart ihre Verantwortung für die Sandgewinnung durch internen Vorschriften und die laxen Kontrolle des internationalen Handels (Global Witness 2010: 31). Die Regierung des Inselstaates ratifizierte zwei UN-Konventionen und demonstrierte damit die Verantwortung des Landes für die Vermeidung ökologischer Schäden und den Schutz von Küsten- und Meeresökosystemen innerhalb und außerhalb seines Staatsgebiets (United Nations 1996; United Nations 1994), doch der Ansatz für eine nachhaltige Stadtentwicklung beschränkt sich auf nationalen Grenzen. Die Strategien der Sandbeschaffung und der Landgewinnung basieren ausschließlich auf technologischen Lösungsansätzen, auf Bodenmarketing und Renditensteigerung, wobei die sozialen, politischen und ökologischen Dimensionen der Landgewinnung im Einzugsgebiet und in der Stadt weitestgehend ignoriert werden.

Schätzungen zeigen, dass die Einnahmen aus dem Verkauf von Neuland in Singapur durchschnittlich 20 Mal höher als die Kosten der Landgewinnung sind (Topalović 2014: 56). Daher wurde die Gewinnung von Land aus dem Meer auch mit einer Form von Alchemie verglichen: Eine Zauberformel, mit der die Regierung »aus dem Nichts« erstklassige Standorte und hohe Renditen schaffen kann (Topalović 2014: 56). Nach Eingliederung in den urbanen Wirtschaftsraum wird der größte Teil des gewonnenen Landes von wasserabhängigen Produktionsbetrieben, Hafenanlagen oder Einrichtungen der nationalen Sicherheit genutzt. Eine Ausnahme von diesem allgemeinen Bild stellt die Innenstadt dar, wo der private Immobilienmarkt in Form luxuriöser Immobilienprojekte erheblichen Druck auf neu gewonnenes Land ausübt. Singapurs spezielles Küstenarrangement – die Bündelung von Infrastruktur, Industrie und militärischen Einrichtungen entlang der Inselränder – fungiert als Teil der erweiterter Grenzzone des Landes. Daraus folgt, dass die Stadt durch eine Reihe von unzugänglichen Parzellen vom Meer abgetrennt ist und weniger als zehn Prozent der Küste für die Öffentlichkeit zugänglich sind (Topalović 2014: 57)

Diese physisch-territoriale Entwicklung führt zu einer Bewegung von den Rändern zum Zentrum, die dem Inselstaat eine Binnenhaftigkeit verleiht und die Interaktion mit dem Meer auf ein Minimum reduziert. Da es kaum Wohnbauprojekte auf dem Neuland gibt, wird auch das Problem des Wohnungsmangels in Zusammenhang mit steigenden Bevölkerungszahlen nicht gelöst.

7 Das »Model Singapore«

Singapurs Neuland entsteht durch eine breite Palette von expansiven Systemen zur Gewinnung von Rohstoffen, dem Handel, der Akkumulation und der Regulation. Informeller Handel, starke interne Regulierungssysteme, lokale Ressourceneffizienz, politische Rhetorik sowie der Zugang zu wasserabhängigen Infrastrukturen und der Schifffahrtsindustrie führen zu besonderen Wechselwirkungen, die die physische Expansion des Inselstaats ermöglichen und vorantreiben.

Das Modell zu Singapurs Landgewinnung – die Umgestaltung der Küstenlinie für Industrie und Infrastruktur und die gleichzeitige Abflachung des Geländes – wird mittlerweile auf der indonesischen Insel Batam und der malaysischen Seite der Straße von Johor reproduziert. Während in Batam die »cut-and-fill« Strategie zur Ansiedlung von Werften und anderen Industriezweigen angewandt wird, werden in Johor von größtenteils aus-

ländischen Investor*innen Hafenanlagen und Wohnsiedlungen auf Neuland errichtet (Rahman 2017) (Abb. 6). Diese Projekte haben neue politische Unstimmigkeiten ausgelöst. Während Nachbarstaaten fürchteten, dass Singapur aufgrund der wachsenden Landesfläche zu maritimen Grenzverschiebungen aufrufen könnte, beschwert sich der Inselstaat 2014 über Malaysias Landgewinnungsarbeiten unter Hinweisen auf mögliche grenzüberschreitende Umweltauswirkungen (The Straitstimes 2014).

Bislang haben sich weder geopolitische Streitigkeiten noch Exportbestimmungen als wesentliche Hindernisse für die territoriale Expansion Singapurs erwiesen. Während Sandexportverbote zur Erweiterung des Sand-Hinterlandes führten, haben Streitigkeiten über die Auswirkungen der Landgewinnung und des Sandhandels dazu beigetragen, den Mythos von »Singapur als globale Stadt ohne Hinterland« (Rajaratnam 1972: 2) zu befeuern (Topalović 2014: 60).

Abbildung 6: Sand zur Landgewinnung in Johor, Malaysia



Quelle: Hans Hortig, 2019

8 Sand-Gerechtigkeit

Die Bezugnahme auf Landschaftsgerechtigkeit im Falle von Singapurs realem Terraforming wirft ein Schlaglicht auf die Ausbeutung ungleicher (Sand-)Regionen durch den Inselstaat sowie auf den alleinigen Fokus auf gewinnorientierte Landgewinnungsprojekte. Diese wird am Beispiel von Singapurs Landgewinnungsprojekten und den verbundenen Sandhandel als multiskalare Ungleichheit deutlich. In den Abbaugebieten werden Menschen mit der Zerstörung von Landschaften konfrontiert; entlang der Lieferketten wird Sand verflüssigt und das ökonomische Gefälle, z. B. über lokale Schirmherrschaften und Machtpositionen, ausgenutzt; und innerhalb Singapurs wird Neuland als mögliche Basis staatlicher Wohnungsbauprojekte über viele Jahre unzugänglich, obwohl Landgewinnungsprojekte mit Argumenten der Landknappheit in Verknüpfung mit Bevölkerungswachstum gerechtfertigt werden.

Einerseits erweist sich die Beschränkung des Konzepts der urbanen Nachhaltigkeit auf die Grenze des Staatsgebiets als nützliches Instrument, um ein weites Einzugsgebiet ohne Einschränkungen zu operationalisieren: An der Landesgrenze kommen Standards und Normen zur Anwendung, die als effektive Verschleierung fungieren. Diese Ausbeutung regionaler Unterschiede fördert den illegalen, unregulierten Handel und führt zu sozialen und ökologischen Problemen, die noch weiterer Untersuchung bedürfen.

Andererseits bietet das vom Staat geschaffene und in Staatsbesitz befindliche Neuland kaum öffentlichen Nutzen. Die Monopolisierung der Küste für rentable und vor allem private Bauvorhaben schuf eine Binnenmetropole und sorgt für eine grundlegende Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung des Inselstaates, die ein Gefühl der Isolation verstärkt und politische Mantren der Abgrenzung von den Nachbarländern überhöht (Topalović 2014: 57). Diese permanente territoriale Revolution veranlasste den Geographen Rodolphe De Koninck zu dem Schluss, dass die Bevölkerung Singapurs in »permanenter räumlicher Unsicherheit« und »in einem Zustand der Verwundbarkeit, der Bereitschaft« lebe (De Koninck/Drolet/Girard 2008, Übers. d. A.).

Als Baumaterial und Bestandteil von neu gewonnenem Land lässt sich Sand in alle möglichen Formen bringen und erweist sich daher als das perfekte Material zur permanenten Umgestaltung des Territoriums des Inselstaates. So werden Sand und neu gewonnenes Land genutzt, um eine Vielzahl von politischen, wirtschaftlichen, ideologischen und sozialen Strategien in den physischen Raum zu übersetzen. Als größter Sandabnehmer der Welt hat Singapur die Möglichkeit, den Wandel in diesem Bereich aktiv voranzutreiben.

Literatur

- Abdullah, Fazlin/Tat Goh, Ann (2012): *The Dirty Business of Sand: Sand Dredging in Cambodia*. Singapore: Lee Kuan Yew School of Public Policy and National University of Singapore.
- Building and Construction Authority (2009): (Amendment) Act 2009.
- Comaroff, Joshua (2014): »Built on Sand: Singapore and the New State of Risk«, in: *Harvard Design Magazine*, Wet Matter 39, S. 140–143.
- Dawson, Katherine (2021): »Geologising Urban Political Ecology (UPE): The Urbanisation of Sand in Accra, Ghana«, in: *Antipode* 53/4, S. 995–1017.
- De Koninck, Rodolphe/Drolet, Julie/Girard, Marc (2008): *Singapore: An Atlas of Perpetual Territorial Transformation*. Singapore: NUS Press.
- Global Witness (2010): *Shifting Sand: how Singapore's demand for Cambodian sand threatens ecosystems and undermines good governance*. London: Global Witness Report.
- Henderson, Barney (2010): »Singapore Accused of Launching »Sand Wars«, in: *The Telegraph*, 2.12.2010.
- Housing and Development Board (2023): *Annual Report: Key Statistics FY 2022/2023*. Singapore. <https://www.hdb.gov.sg/-/media/doc/CCG/Annual-Report-FY2022/HDB-Key-Statistics-FY22.ashx> (letzter Zugriff am 20.08.2024)
- Jamieson, William (2021): »For Granular Geography«, in: *Dialogues in Human Geography* 11/2, S. 275–293.
- Kog, Yue-Choong (2006): *Environmental Management and Conflict in South-east Asia – Land Reclamation and its Political Impact*. RSIS Working Paper, No. 101. Singapore: Nanyang Technological University, S. 101–106.
- Koolhaas, Rem (1995): »Singapore Songlines: Portrait of a Pontemkin Metropolis...or Thirty Years of Tabula Rasa«, in: Rem Koolhaas/Bruce Mau/Jennifer Sigler/Hans Werleman/Office for Metropolitan Architecture (Hg.), S,M,L,XL. New York: Monacelli Press, S. 1008–1090.
- Krausmann, Fridolin/Gingrich, Simone/Eisenmenger, Nina/Erb, Karl-Heinz/Haberl, Helmut/Fischer-Kowalski, Marina (2009): »Growth in global materials use, GDP and population during the 20th century«, in: *Ecological Economics* 68/10, S. 2696–2705.
- Milton, Chris (2010): »The Sand Smugglers«, in: *Foreign Policy*, 4.8.2010. <https://foreignpolicy.com/2010/08/04/the-sand-smugglers/> (letzter Zugriff am 20.08.2024)

- Moore, Jason W. (2016): »The Rise of Cheap Nature«, in: Christian Parenti/Jason W. Moore (Hg.), *Anthropocene or capitalocene? Nature, history, and the crisis of capitalism* Kairos. Oakland: PM Press.
- Perumal, Elan/Michael, Stuart (2010): »Sand Pirates: Millions Floated out of the Country via Sungai Johor«, in: *The Star*, 24.6.2010.
- Pui, Syn Kong. (1986): »100 Years of Foreshore Reclamation in Singapore«, in: *Coastal Engineering Proceedings* 1/20.
- Rahman, Serina (2017): *Johor's forest city faces critical challenges*. Trends in Southeast Asia. Singapore: ISEAS – Yusof Ishak Institute.
- Rajaratnam, Sinnathamby (1972): *Singapore: Global City*. Paper präsentiert bei der Singapore Press Club, Singapore: Ministry of Culture.
- Schulz, Niels (2005): *Contributions of Material and Energy Flow — Accounting to Urban Ecosystems Analysis: Case Study Singapore*. UNU-IAS Working Paper No. 136. Yokohama: United Nations.
- Singapore Government (1964): *Foreshores (Amendment) Ordinance*. 246 2/1964.
- Singapore Government (1966): *Land Acquisition Act*. 1966. <https://sso.agc.gov.sg/Act/LAA1966> (letzter Zugriff am 20.08.2024).
- Singapore Government (2009): *Importers' Licence Scheme*. Building and Construction Authority 2009. <https://www.bca.gov.sg/ImportersLicensing/importerslicensing.html> (letzter Zugriff am 20.08.2024).
- The Economist (2015): »Such Quantities of Sand«, in: *The Economist*, 28.2.2015.
- The Star (2023): »Indonesia scraps ban on sea sand exports and it is a big boon for Singapore«, in: *The Star*, 29.5.2023. <https://www.thestar.com.my/aseanplus/aseanplus-news/2023/05/29/indonesia-scraps-ban-on-sea-sand-exports-and-it-is-jahrhaha-big-boon-for-singapore> (letzter Zugriff am 20.08.2024).
- The Straitstimes (2014): »Vivian Balakrishnan restates Singapore's concerns over Johor Strait land reclamation projects during KL visit«, in: *The Straitstimes*, 25.11.2014. <https://www.straitstimes.com/singapore/vivian-balakrishnan-restates-singapores-concerns-over-johor-strait-land-reclamation> (letzter Zugriff am 20.08.2024).
- Topalović, Milica (2014): *Constructed Land: Singapore in the Century of Flattening*. *Constructed Land: Singapore 1924–2012*. Singapore: ETH Zurich, S 51–63.
- Tsing, Anna (2013): »Sorting out commodities: How capitalist value is made through gifts«, in: *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 3/1, S. 21–43.

- UN Comtrade (2016a): All Countries Import of All Natural Sands. <http://comtrade.un.org/data/> (letzter Zugriff am 20.08.2024).
- UN Comtrade (2016b): All Import of All Natural Sands by Singapore. <http://comtrade.un.org/data/> (letzter Zugriff am 20.08.2024).
- United Nations (1994): Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen. 1994. <https://treaties.un.org/Pages/showDetails.aspx?objid=0800000280043ad5> (letzter Zugriff am 20.08.2024).
- United Nations (1996): Übereinkommen über die biologische Vielfalt. 1996. <https://www.cbd.int/countries/profile?country=sg> (letzter Zugriff am 20.08.2024).
- United Nations Environment Programme (2014): Sand, Rarer than One Thinks: UNEP Global Environmental Alert Service (GEAS). <https://wedocs.unep.org/20.500.11822/8665> (letzter Zugriff am 20.08.2024).
- Urban Redevelopment Authority (2024): Long Island. <https://www.ura.gov.sg/Corporate/Planning/Master-Plan/Draft-Master-Plan-2025/Long-Island> (letzter Zugriff am 15.04.2024).
- Welland, Michael (2010): Sand: the never-ending story. Berkeley, Los Angeles: University of California Press.
- Yew, Lee Kuan (1964): Speech by the Prime Minister, Mr. Lee Kuan Yew, in Moving the Second Reading of the Foreshores (Amendment) Bill at the Legislative Assembly on 10th June, 1964. <https://www.nas.gov.sg/archivesonline/data/pdffdoc/lky19640610c.pdf> (letzter Zugriff am 20.08.2024).

Das Recht auf Landschaft in ländlichen Räumen

Das Recht auf Zentralität in ländlichen Räumen

Jannis Pfendtner-Heise

1 Einleitung

Henri Lefebvres Ruf nach dem »Recht auf Stadt« beschäftigt Wissenschaft, Bewegungen und selbst politische Institutionen seit Jahrzehnten immer wieder neu. Doch ist Lefebvres »Recht« auch auf nicht-städtische Landschaften und Räume übertragbar? In der Vorbereitung dieses Bandes wurden folgende Fragen aufgeworfen:

»Zudem bietet die Perspektive des Konzepts ›Recht auf Stadt‹ auf den Forschungsgegenstand Landschaft vielfältige Ansatzmöglichkeiten. Wie lassen sich Gerechtigkeitskonzeptionen, die auf den urbanen Raum bezogen sind, auf nicht-städtische Landschaften übertragen? Welche Rolle spielen hier politische und soziale Bewegungen in der Einforderung eines ›Rechts auf Landschaften‹?« (AK Landschaftsforschung 2023).

Im Beitrag zeige ich, wie das von Lefebvre formulierte ›Recht auf Zentralität‹ für Gerechtigkeitsforderungen in unterschiedlichen Landschaften Bedeutung entfalten kann – über Metropolen und Ballungsräume hinaus auch in ländlich-peripherisierten Räumen. Als Ausgangspunkt dient mir die Perspektive des ›Rechts auf Zentralität‹. Anschließend werden der Begriff der Landschaftsgerechtigkeit sowie das Konzept der Peripherisierung eingeführt, und auf den ländlichen Raum übertragen. In der Verbindung der Ansätze wird das ›Recht auf Zentralität‹ als Forderung nach räumlicher Gerechtigkeit für die Bewohner*innen ländlich-peripherisierter Landschaften erläutert. Im Anschluss wird gefragt, welche Forderungen und Vorgehensweisen politische und soziale Bewegungen im ländlich-peripherisierten Raum erfolgsversprechend einbringen können. Schließlich werden im Fazit die Potenziale der beschriebenen Ansätze für Fragen der räumlichen Gerechtigkeit diskutiert.

2 Henri Lefebvre: Das Recht auf Zentralität

Der französische Philosoph Henri Lefebvre setzt sich ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre kritisch mit der Veränderung des städtischen Raums vor dem Hintergrund der fordistischen Wirtschaftsentwicklung und der funktionalistischen Stadtplanung auseinander (Schmid 2011: 25f.). In seinem ersten Werk zur Stadt *Le droit à la ville* (Lefebvre 2016 [1968]) sieht er die bisherigen Qualitäten des städtischen Lebens – Räume der Begegnung und des Spiels in Straßen oder Marktplätzen, das spontane in Kontakt treten mit Fremden und Freund*innen in der Nachbarschaft, die Kultur in den Straßen, die Konfrontation mit Ungewohntem, Protest, Politik und vieles mehr – von dieser rasanten Veränderung bedroht. Gegen die von ihm beschriebene Verdrängung der Städter*innen in scheinbar leblose Vorstädte, den Abriss alter Stadtteile und die Kommerzialisierung der Stadtzentren fordert er die Um- und Mitgestaltung der städtischen Räume durch die Bewohner*innen. Das Leben soll sich am Gebrauchswert, also der Nutzung und des Genusses der Möglichkeiten des Städtischen für die in der Stadt lebenden Menschen orientieren, auch marginalisierte Bevölkerungsgruppen sollen »Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens« (Holm und Gebhardt 2011: 8) bekommen. Über die Erfüllung von Grundbedürfnissen hinaus fordert Lefebvre auch eine Transformation des alltäglichen Lebens:

»Das Recht auf Stadt legitimiert die Weigerung, sich durch diskriminierende, segregierende Organisation aus der städtischen Wirklichkeit verdrängen zu lassen [...] Es bedingt auch das Recht auf Begegnung und Versammlung; [...] dem ›Bedürfnis‹ nach gesellschaftlichem Leben und einem Zentrum« (Lefebvre 2016 [1968]: 216).

In einer Weiterentwicklung seiner Theorie in *La révolution urbaine* (Lefebvre 2014 [1970]) fasst Lefebvre »das ›Recht auf die Stadt‹ zum ›Recht auf Zentralität‹« (ebd.: 144) begrifflich neu. Das ›Recht auf Zentralität‹ ist dabei nicht auf Städte begrenzt: »Jeder Punkt *kann* zum Brennpunkt werden, zum privilegierten Ort, an dem alles konvergiert« (Lefebvre 2014 [1970]: 46, Herv. i. Orig.). Lefebvre fokussiert sich somit auf die Suche nach den Möglichkeiten einer anderen Raumproduktion, die die Qualität eines Ortes für die Bewohner*innen in den Mittelpunkt stellt. Durch Orte und Momente des Zusammenkommens

sollen die »schöpferischen Überschüsse« (Holm/Gebhardt 2011: 8) des Lebens für alle Menschen erlebbar werden (Mullis 2014: 62).

Das »Recht auf Zentralität« ist somit die Forderung nach Möglichkeiten der Begegnung, des Austauschs, der Wissensvermittlung, der Überwindung von Zwängen, der Erfüllung der menschlichen Bedürfnisse sowie der Qualität eines Ortes (Mullis 2014: 64). Durch Zentralität entsteht die Möglichkeit aller Bewohner*innen, in Netzwerke und einen dichten Fluss von Informationen und Kommunikation miteinander einzutreten und so den Raum selbst im Alltäglichen mitzugestalten und auszukosten (ebd.): »Kein Ort der Freizeitgestaltung, der Feier, des Wissens [...] ohne Zentralität« (Lefebvre 2014 [1970]: 105).

Diese von Lefebvre beschriebene besondere Qualität von alltäglichen Interaktionen kann somit durch Zentralität hervorgebracht werden. Ronneberger und Vogelpohl beschreiben die Zentralität als »ein soziales Verhältnis, das zwar nur über den Raum entstehen kann, aber nicht nur in den Städten« (2018: 258). Belina (2017: 2023) erläutert die Zentralität als eine Raumform. Raumformen sind eine »spezifische Art und Weise Raum zu produzieren, um soziale Praxen und Prozesse zu organisieren« (Belina 2023: 2). Damit verweist er darauf, dass Zentralität als praktische Form der alternativen Re-Organisation des Räumlichen verstanden werden kann (ebd.: 11).

Zentralität entsteht in der »Begegnung von Differenzen über Gleichzeitigkeit« (Vogelpohl 2011: 237), also in einem zugänglichen, vielfältigen Umfeld. Die Differenz beschreibt Lefebvre als die Begegnung unterschiedlicher Personen und Gruppen an einem Ort im gleichen Moment. In ihr enthalten ist »die Aufforderung, das »Andere« zuzulassen, anders zu leben« (Schmid 2005: 276). Aus diesem Aufeinandertreffen entwickelt sich eine Bezugnahme auf die anderen im Alltagserleben, die auch konflikthaft sein kann, aber durch das Aufeinandertreffen eine Veränderung aller Beteiligten initiiert (Lefebvre 2014 [1970]: 105f.). Damit meint Lefebvre, dass Unterschiede als Differenzen spürbar werden (Kleidung, Gestik, Verhalten, Gesprächsthemen, Aktivitäten, ...) und diese Erfahrung die Beteiligten verändert. Durch eine Raumplanung und -gestaltung, die soziale Trennung und Fragmentierungen des Alltagslebens fördert, werden solche Momente der Differenzerfahrung reduziert (Schmid 2011: 33). Die Raumform der Zentralität kann nach Lefebvre in vielfältigen Ausprägungen als Begegnung und Gleichzeitigkeit in Differenz überall und auf sehr unterschiedlichen *scales* entstehen (Lefebvre, 2014 [1970]: 128; Belina, 2022: 58).

Lefebvres Vision ist die einer Gesellschaft, die homogenisierende, separierende Räume auflöst und in der Schaffung vielfältiger Zentralitäten die Aneig-

nung des eigenen Lebensraums ermöglicht (Vogelpohl 2011: 236). Durch eine kollektive Raumproduktion der Menschen für die Menschen werden die Möglichkeiten des Zusammenlebens voll ausgeschöpft: »Sie sollen ihr Leben zu *ihrer* Leben, zu *ihrer* Alltagspraxis machen können. [...] Entsprechend braucht es eine *Stadt* [oder: einen Raum, Anm. d. A.] als *Werkstatt*, mit der das eigene Leben [...] als individuelles Werk gestaltet werden kann« (Schmidt 2020, Herv. i. Orig.). Die Forderung des Rechts auf Zentralität ist die Forderung nach einer alternativen Raumpolitik, die den Anspruch räumlicher Gerechtigkeit im alltäglichen Leben der Menschen in sich trägt (Miosga 2022; Soja 2009).

3 Landschaftsgerechtigkeit und Peripherisierung

3.1 Landschaftsgerechtigkeit

Eine allgemeingültige Definition der Landschaft ist aufgrund der umgangssprachlichen Nutzung und der großen Bedeutungsvielfalt kaum möglich (Gailing/Leibenath 2012). Landschaften sind sowohl physische Räume als auch soziale Konstrukte. Sie sind »vielschichtige, sich verändernde Räume, die als Lebensräume gleichzeitig das (menschliche) Leben prägen und von ihm geprägt werden« (AK Landschaftsforschung 2023: 1). Ungleichheiten sind einerseits in Landschaften eingeschrieben, zugleich bringen Landschaften Ungleichheiten hervor (ebd.). Die Bedingungen und Transformationen von Landschaften zu untersuchen, bedeutet daher auch nach räumlicher Gerechtigkeit zu fragen: »justice and injustice are embedded in, maintained, and contested through the landscape« (Mels und Mitchell 2013: 211). Das Konzept der Landschaftsgerechtigkeit beleuchtet die Bedingungen der ständigen sozialräumlichen Neuordnung und Rekonzeptualisierung von Landschaften (Przybylinski 2022). Landschaftsgerechtigkeit, räumliche Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit weisen viele Verbindungslinien auf (Przybylinski 2022). In der Debatte um erstere wurde in Anlehnung an Lefebvre auch versucht, ein »Recht auf Landschaft« zu entwickeln (Mels 2016).

3.2 Prozesse der Peripherisierung

In Verbindung mit der Forderung nach räumlicher Gerechtigkeit formuliert Lefebvre, dass durch eine veränderte Raumproduktion die Relevanz der Einteilung in städtische und ländliche Räume zunehmend abnimmt, während

Prozesse der Zentralisierung und Peripherisierung an Bedeutung gewinnen (Schmid 2005: 180f.). Auch Neil Brenner und Christian Schmid betonen, dass eine gegenwärtige Raumanalyse über den Stadt-Land-Dualismus hinaus gehen muss (u.a. Brenner/Schmid 2015): »this newly consolidated, planetary formation of urbanization has blurred, even exploded, long-entrenched spatial borders – not only between city and countryside, urban and rural [...]« (Brenner 2013: 18).

Auch im deutschsprachigen Raum wird Peripherisierung »als relationale[r], in ständigen Verschiebungen begriffene[r], dynamische[r] Prozess« (Kühn/Weck 2013: 26) der Raumproduktion zunehmend untersucht. Hierbei wird eine ähnliche Kritik wie bei Brenner und Schmid formuliert: »Angesichts der Ausdifferenzierung [...] ist [...] die Überwindung des Denkens in ländlichen Peripherien und städtischen Zentren notwendig« (Kühn/Weck 2013: 30). Die Begriffe der Zentralisierung und Peripherisierung sind als komplementär zu verstehen, da die Dynamik von Zentralisierungen die Peripherisierungen anderer Räume maßgeblich mitbeeinflusst (Dükel u.a. 2019). Beide Prozesse stehen in einem komplexen Zusammenspiel, die sich fortwährend entwickeln und ausdifferenzieren (Schmid 2013: 68). Dabei ist Peripherisierung im Gegensatz zum Begriff der »Peripherie« ein sozialräumlicher Prozessbegriff, der die starre Dichotomie Zentrum-Peripherie infrage stellt (Keim 2006; Kühn/Weck 2013).

Keim (2006: 3) beschreibt Peripherisierung »als graduelle Schwächung und/oder Abkopplung sozialräumlicher Entwicklungen gegenüber den dominanten Zentralisierungsvorgängen«. Häufig geht dies mit abnehmender Bevölkerung, Überalterung, wirtschaftlichem Abschwung, zunehmender Armut und Mobilitätsverlust einher (Kühn 2015: 374; Keim 2006). Damit verbunden sind häufig stigmatisierende Abwertungen der peripherisierten Region (»Entleerung«, »Vergreisung« u.a.), zum Teil aber auch negative Selbstbilder (Kühn und Weck 2013). Fünf Dimensionen von Peripherisierungsprozessen mit typischen Auswirkungen sind in Tab. 1 beschrieben. Barlösius & Neu (2008: 23) ordnen Peripherisierungen als neue Form der Ausprägung räumlicher Ungleichheiten ein: »Peripherisierungsprozesse führen zu einer Verschränkung von räumlichen und sozialen Disparitäten« (Dükel et al. 2019: 130). Dabei entstehen »Orte sozialer Benachteiligung« (Neu 2010: 248), an denen die fehlende Infrastruktur und Zentralität die Handlungsspielräume des Lebens massiv einschränken.

Tabelle 1: Typische Auswirkungen von Peripherisierungsprozessen in fünf Prozessdimensionen

Dimensionen	Mögliche Auswirkungen
Ökonomisch	Deindustrialisierung/Verlust traditioneller Arbeitsplätze Hohe Arbeitslosigkeit Rückgang der Nahversorgung
Infrastrukturell	Abkopplung von Mobilitätsinfrastruktur (bspw. ÖPNV) Fehlender Ausbau technischer Infrastruktur Rückgang sozialer Infrastruktur (bspw. Bildung)
Sozial	Bevölkerungsrückgang Verlust sozialer Heterogenität Rückgang von Vereinen und Freizeitangeboten
Politisch	Abbau lokaler Selbstverwaltung Geringe Repräsentanz in politischen Zentren Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen
Kommunikation	Stigmatisierung »Verschlechterung« des Ortsbilds

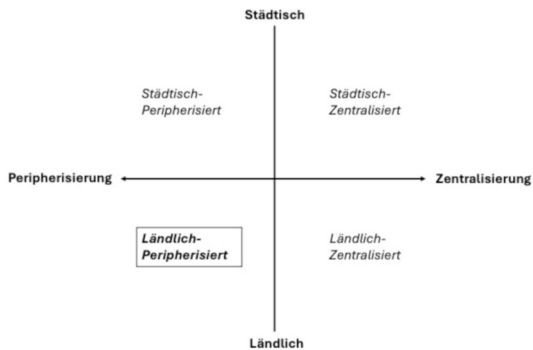
Quelle: Eigene Darstellung, aufbauend auf Kühn und Weck 2013; Kühn 2015

Viele Regionen schwanken zwischen gegenläufigen und sich beständig ändernden multi-dimensionalen, sozialräumlichen Prozessen der Zentralisierung und Peripherisierung. Sie sind kleinräumig, widersprüchlich und überlappend und daher in der Momentaufnahme über verschiedene *scales* hinweg häufig nur als eine Mischentwicklung zu begreifen (Brenner 2013). Zentralisierungen und Peripherisierungen können sich dabei in städtischen, aber auch in ländlichen Räumen zeigen (vgl. Förtner/Belina/Naumann 2019). So kann beispielsweise der Abbau des letzten kommunalen Jugendzentrums in peripherisierten Nachbarschaften in der Großstadt wie auf dem Dorf einen gravierenden Verlust für junge Menschen bedeuten.

3.3 Peripherisierung in ländlichen Räumen

Peripherisierungsprozesse zu untersuchen heißt nicht andere Bezüge, wie zum Beispiel die Einschreibung städtischer oder ländlicher Historie in die Landschaft, zu ignorieren. In Deutschland existieren zwei zentrale Typisierungen des ländlichen Raums: Die Analyse des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) bezieht sich auf siedlungsstrukturelle Kennwerte auf Landkreisebene, wie u.a. den Bevölkerungsanteil in Städten oder die Einwohnerdichte der Region (Küpper/Milbert 2020). Daraus wird ein Stadt-Land-Kontinuum in vier Kategorien unterteilt: Kreisfreie Großstädte; Städtische Kreise; Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen; dünn besiedelte ländliche Kreise (ebd.). Die Thünen-Typologie bezieht sich auf fünf Indikatoren (Siedlungsdichte; Anteil land- und forstwirtschaftlicher Fläche; Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern; Bevölkerungszahl im Umkreis und Abgelegenheit von großen Zentren) (Küpper/Milbert 2020). Zusätzlich werden Kennwerte sozioökonomischer Lebensverhältnisse einbezogen. Beide Ansätze weisen somit auf ein Stadt-Land-Kontinuum hin, das sich zwischen den Polen »sehr urban« bis »sehr ländlich« aufspannt.

Abbildung 7: Kategorisierung räumlicher Prozesse anhand der Prozessbeschreibenden Achsen Zentralisierung-Peripherisierung und Städtisch-Ländlich



Quelle: Eigene Darstellung, aufbauend auf Küpper und Milbert 2020

Eine gemeinsame Untersuchung der separaten Achsen »Zentralisierung-Peripherisierung« und »Städtisch-Ländlich« kann hier neue Blickweisen ermöglichen (Küpper/Milbert 2020: 85). In Abb. 7 sind »Zentralisierung« und »Peripherisierung« als raumproduzierende Prozesse mit einem beidseitigen Pfeil verbunden, da Regionen (oder andere *scales*) auf dieser Achse je nach Entwicklung relativ dynamisch wandern können. Die Achse »Städtisch« oder »Ländlich« beschreibt dagegen die gegenwärtige Einordnung einer Region auf einer Achse von sehr urban zu sehr ländlich. Diese Achse zeigt die aktuelle Landschaft an, die stark von den historischen Gegebenheiten geprägt ist, aber sich auch durch gegenwärtige Einflüsse verändert. Die fehlenden Pfeile symbolisieren hier, dass sich die Position auf dieser Achse in der Regel nur langsam verschiebt. Die Unterteilung in vier Felder zeigt auf, dass sowohl in urban als auch in ländlich geprägten Räumen Zentralisierungs- und/oder Peripherisierungsprozesse ablaufen. Zwar weisen Peripherisierungsprozesse in ländlich geprägten Räumen Gemeinsamkeiten mit Peripherisierungen in urbanen Räumen auf, jedoch auch deutliche Unterschiede (Dünkel u.a. 2019). Im Folgenden fokussiere ich mich auf ländliche Räume, die Peripherisierungsprozessen unterliegen. Diese nenne ich ländlich-peripherisierte Räume.

4 Das Recht auf Zentralität im ländlich-peripherisierten Raum

Lefebvres Recht auf Zentralität-Ansatz wurde bisher verhältnismäßig selten auf den ländlichen Raum, das Dorf oder die Landschaft übertragen (Ausnahmen sind u.a.: El Nour et al. 2015; Barraclough 2013; Landy/Moreau 2015).¹ Dies liegt zunächst auch an der Formulierung »Recht auf Stadt« (Barraclough 2013). Hinzu kommt, dass der Begriff der Zentralität Assoziationen von Zentren und Dichte weckt, die meist als urbanes Phänomen verstanden werden (Schmid 2005: 177ff.). Wie oben beschrieben, ist Zentralität jedoch ein soziales Verhältnis, das über die Städte hinaus gehen kann (Ronneberger/Vogelpohl 2018). Das Recht auf Zentralität rückt die Bedeutung der Raumform für die Erfüllung sozialer Bedürfnisse in den Mittelpunkt. Um diese Bedürfnisse erfüllen zu können, braucht es das »Recht, nicht aus der Gesellschaft und der Kultur [...] abge-

1 In deutschen Veröffentlichungen wurde dies zuletzt verstärkt in der Buchreihe »Kritische Landforschung« thematisiert (Marlow und Mießner 2024; Maschke, Mießner, und Naumann 2021; Unthan, Heuser, und Kratzer 2022).

drängt zu werden« (Schmid 2005: 184). Während viele städtische Bewegungen in diesem Sinne ihre Ansprüche an den städtischen Raum und dessen Gestaltung stellen, kann das Recht auf Nicht-Ausschluss aus der Gesellschaft genauso für die Menschen in ländlich geprägten Regionen geltend gemacht werden (Brenner/Schmid 2015: 177f.).

In Peripherisierung ist ein Großteil der Bevölkerung negativ von den multidimensionalen Veränderungen betroffen. Eine Verödung des Lebens und des Miteinanders kann in diesen Prozessen entstehen, ebenso wie eine Abkoppelung von überregionalen Netzwerken und ein Verlust der Orte der Zentralität (Schmid 2023: 46). Gerade die sozialen Infrastrukturen (Supermärkte, Kneipen, regelmäßige Busse etc.), die die Abläufe des alltäglichen Miteinanders gestalten, können in Peripherisierungsprozessen zunehmend verloren gehen. Dennoch betont Schmid, dass daraus auch neue Möglichkeitsräume für eine erneuerte Zentralität entstehen können:

»While processes of extended urbanisation² have an inherent tendency towards peripheralization [...] they also open up possibilities for the development of new connections and centralities. Lefebvre's call for a right to centrality [...] demands the right of access to the material and immaterial resources of centrality« (Schmid 2023: 46).

Der Begriff der Peripherisierung ermöglicht die Einordnung der Entwicklungen als multidimensionalen, dynamischen Prozess und nicht als »geographisches Schicksal« (Kühn/Weck 2013: 42). Er eröffnet eine Perspektive auf die handelnden Akteur*innen und stärkt die Forderung nach territorialer Gerechtigkeit (Kühn/Weck 2013). Hinzu kommt die Möglichkeit, globale und überregionale ökonomische und politische Entwicklungen besser einzuordnen und entsprechend zu problematisieren, statt negative Selbstbilder zu verinnerlichen und in eine »Kultur der Hoffnungslosigkeit« (Kühn/Weck 2013: 40) zu verfallen.

Das Recht auf Zentralität erleichtert die Konzeptionalisierung von gemeinschaftlichen Strategien für die ländlich-peripherisierte Region und kann

2 Extended Urbanisation (dt. Erweiterte Urbanisierung) ist ein Begriff von Neil Brenner und Christian Schmid, der vielfältige sozialräumliche Transformationen im vormals nicht-städtischen Raum bezeichnet. Mehr dazu u.a. bei (Brenner 2019, 345). An dieser Stelle ist der Bezug zur Peripherisierung relevant.

eine Vielzahl von Forderungen erfassen, die Zugänge eröffnen sowie Abkoppelungen und räumliche Abwertungen problematisieren. Sie schließen hier an Lefebvres Vision einer Gesellschaft an, die als kollektives Projekt durch gemeinsame Aktionen, demokratische Aushandlungen, Imaginationen, Experimente und Kämpfe geschaffen wird (Brenner/Schmid 2015: 178). Die als Recht formulierte Forderung kann Menschen neue Hoffnungen geben und somit aktivieren (Schmid 2023: 46). Das Konzept der Zentralität könnte im ländlich-peripherisierten Raum analog zum Slogan »Recht auf Stadt« als »Recht auf Dorf« und/oder dem »Recht auf Land(schaften)« eingängiger und populärer werden (Maschke/Mießner/Naumann 2021: 120ff.).

5 Ansätze für räumliche Gerechtigkeit

Bis hierhin wurde beschrieben, dass das »Recht auf Zentralität« auch im ländlich-peripherisierten Raum anwendbar ist. Zur Konkretisierung werden im Folgenden drei miteinander verknüpfte Ansatzpunkte für ein »Recht auf Dorf/Land« besprochen. Eine zentrale Frage dieses Abschnitts ist, welche Möglichkeiten soziale Bewegungen und nachbarschaftliche Netzwerke haben, um für gerechte Landschafts- und Dorftransformation einzustehen (Brenner 2013: 25).

5.1 Ansatz 1: Selbstorganisation stärken

In ländlich-peripherisierten Regionen werden Gelegenheiten zu Gesellschaft und Kultur nur in geringem Umfang von kommerziellen Anbieter*innen geschaffen und auch staatliche Leistungen der Daseinsvorsorge sind teilweise auf dem Rückzug. So kann eine »Abwärtsspirale aus Abwanderung, Alterung und Ausdünnung« (Miosga 2022: 60) zu einem immer größeren Gefühl des Abgehängt-Seins führen. Fehlende »Gelegenheitsstrukturen« (Neu und Küpper 2023: 339), also die Abwesenheit von Orten und Angeboten von sozialem Miteinander, stärken Gefühle von Einsamkeit. Orte der Begegnung – und damit Orte der Zentralität – können dabei zunehmend verloren gehen (ebd.).

Eine dem entgegengesetzte Reaktion findet sich in der Schaffung lokaler, zivilgesellschaftlicher und genossenschaftlicher Angebote: Dies können beispielsweise Dorfläden, Gemeindezentren, ehrenamtliche Bürgerbusse oder Schwimmbäder sein (Maschke/Mießner/Naumann 2021, 108). Marlow & Mießner (2024) untersuchten anhand eines selbstorganisierten Dorfladens,

inwieweit dieser das »Recht auf Dorf« u.a. durch Begegnung, fördert. Der Schwund an Angeboten eröffnet Möglichkeiten einer selbstorganisierten Neugestaltung. Wissen über die lokalen Strukturen und Netzwerke zwischen den Bewohner*innen sind bei der Schaffung dieser Angebote entscheidende Ressourcen. Wenn wohnortnahe soziale und kulturelle Angebote existieren, können unterschiedliche Personen dort Momente der Begegnung erleben. Nicht-kommerzielle Angebote kreieren als sozialräumliche Wiederaneignung des Gemeinsamen inspirierende Momente in peripherisierten Regionen (Lefebvre, 2014 [1970]: 189). Somit tragen Momente der Zentralität in Orten wie Freibädern oder Kneipen mithilfe der Differenz dazu bei, gewohnte Muster zu durchbrechen (Belina 2022: 59).

5.2 Ansatz 2: Räumliche Gerechtigkeit einfordern

Ländlich-peripherisierte Räume leiden oftmals unter einer geringen Wettbewerbsfähigkeit, einem defizitären Arbeitsmarkt, geringem Wohlstand und niedrige Gemeindeeinnahmen (Dünkel et al. 2019). Dazu kommt häufig eine zunehmende Ferne von administrativen Entscheidungszentren und die ökonomische Abhängigkeit sowie Verschiebungen der Demographie, häufig steigt der Anteil älterer Menschen und nur wenige gut ausgebildete junge Menschen bleiben vor Ort (ebd.). Ländlich-peripherisierte Regionen erleben dabei eine doppelte Mobilitätsarmut: Sie sind häufig darauf angewiesen besonders lange Wege auf sich zu nehmen, während es kaum öffentliche Verkehrsangebote gibt (Naumann 2023). Peripherisierung lässt sich daher auch als die wechselseitige Verstärkung sozialer und räumlicher Ungleichheiten beschreiben (Beetz 2008).

Das Recht auf Nicht-Ausschluss und Nicht-Abkoppelung ist deshalb eine wichtige Forderung der räumlichen Gerechtigkeit. Hilfreich können dabei in Deutschland aktuelle Gerechtigkeitsdiskurse um gleichwertige Lebensverhältnisse und ausreichende Daseinsvorsorge sein (Neu 2022). Beispielhaft sei hier die Betonung des Themas in der Antrittsrede des Bundespräsidenten Steinmeier genannt: »Wie erhalten wir Hoffnung dort, wo im Dorf Schule, Arzt, Friseur, Tankstelle längst geschlossen sind und jetzt auch noch die letzte Busverbindung gekappt wird?« (Steinmeier 2017: 6). Die Anwesenheit von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge – Schulen, medizinische Einrichtungen, Läden, öffentlicher Nahverkehr u.a. – ist nicht nur eine Frage der räumlichen Gerechtigkeit, sondern entscheidet auch wesentlich über die Anwesenheit von Begegnungsräumen (Barlösius 2009; BBSR 2018). Das Recht auf Zentralität ist so-

mit auch Anrecht auf die Erfüllung der grundlegenden Bedürfnisse des Lebens in ländlich-peripherisierten Regionen. Dazu gehören ausreichende öffentliche Infrastrukturen, Möglichkeiten der Mobilität für alle sowie ausreichende finanzielle Ausstattung. Die Formulierung des Rechts auf Zentralität als Forderung kann Gerechtigkeitsdebatten ländlich-peripherisierter Räume neu anstoßen und den Bedarf an neuen »Entwürfe[n] für alternative Entwicklungsstrategien ländlicher Räume« (Maschke/Mießner/Naumann 2021: 122) aufzeigen.

5.3 Ansatz 3: Regionalentwicklung repolitisieren

Alle Menschen haben das Recht an Entscheidungen mitzuwirken, die ihren Lebensraum betreffen (Barracough 2013). Doch ländlich-peripherisierte Räume sind in übergeordneten Entscheidungen häufig nicht ausreichend repräsentiert. Ihr soziales Kapital ist eingeschränkt und sie leiden unter Stigmatisierung: Sie können ihre kollektiven Interessen gesamtgesellschaftlich nur noch eingeschränkt durchsetzen (Beetz 2008). Insgesamt gelingt es peripherisierten Regionen nur eingeschränkt eigene Ziele durchzusetzen beziehungsweise überregionale Aufmerksamkeit zu erlangen (Neu 2010: 247). Auch kommunale Institutionen peripherisierter Regionen sind häufig unterfinanziert. In der Peripherisierung kann der Einfluss der Einwohner*innenschaft auf überregionale politische Entscheidungen schwinden und so ein Demokratiedefizit entstehen. Die Peripherisierungsforschung hebt diesen Aspekt der Machtlosigkeit hervor: »a social configuration resting on unequal power relations and leading to uneven spatial development. It is characterized by power in the centre and powerlessness at the periphery« (Kühn 2015: 376). Während in der entpolitisierten Region der »Rückbau von regionalen Infrastrukturen der Daseinsvorsorge nur als alternativlos erscheinen« (Kübler/Mießner/Naumann 2022: 52f.) kann, sind gegenläufige Tendenzen einer Repolitisierung der Regionalentwicklung erkennbar (ebd.).

Ein Anknüpfungspunkt an diese Repolitisierung bietet hier auch das Recht auf Dorf und die Landschaftsgerechtigkeit. Sie bieten eine argumentative Grundlage für die der Repräsentanz peripherisierter Regionen in den politischen Zentren sowie nach lokaler demokratischer Verankerung und ausreichender finanzieller Ausstattung. Dazu zählen Forderungen der räumlichen Gerechtigkeit, wie grundlegende Daseinsvorsorge und ausreichende Nahversorgung, aber auch einer Ökonomie, die Menschen nicht zur Abwanderung zwingt sowie der Schutz vor Umweltzerstörung und Ge-

sundheitsgefährdungen. Hierzu gehört auch ausreichende Mitsprache bei übergeordneten Transformationen wie der Energiewende, die Auswirkungen auf den ländlich-peripherisierten Raum haben. Eine Repolitisierung scheinbar alternativer Entwicklung der Peripherisierung, kann zu einem Gefühl der Selbstermächtigung und gegen verbreitete Ohnmachtsgefühle beitragen (El Nour et al. 2015; Kübler/Mießner/Naumann 2022). Das Recht auf Dorf kann Bewohner*innen ländlich-peripherisierter Räume ermutigen, sich Möglichkeiten für die Veränderungen ihrer lokalen Räume (wieder) anzueignen und damit für sich sowohl der negativen Prognosen entgegenstehende utopische Leitbilder zu stärken, als auch konkrete Ansätze der Transformation zu finden (Kübler/Mießner/Naumann 2022).

6 Fazit: Gerechte Transformationen in ländlich-peripherisierten Räumen

Mithilfe der Analyse der räumlichen Entwicklung seiner Zeit versuchte Henri Lefebvre »ein historisch kontextualisiertes Wissen um die Produktion eines emanzipatorischen Raums« (Mullis 2014: 61) zu entwickeln. Ansätze der Peripherisierungsforschung und der Landschaftsgerechtigkeit fragen unter heutigen Bedingungen nach den Möglichkeiten einer gerechten räumlichen Transformation. Sie reflektieren darüber, wie die Gerechtigkeitskonzeption Lefebvres auf die komplexen, vielschichtigen Landschaften außerhalb der Städte übertragen werden kann.

Im Beitrag wird argumentiert, dass die gemeinsame Analyse des Räumlichen anhand eines Stadt-Land-Kontinuums und der Einteilung in Zentralisierungs- oder Peripherisierungsprozesse hilfreich für die Analyse der jeweiligen Problemlagen und ihrer Gerechtigkeitsimplikationen ist. Ländlich-peripherisierte Räume weisen ihre eigenen Prozesse und Themen auf, die sich sehr von denen städtischer, aber auch von ländlich-zentralisierter Räume unterscheiden können.

Der Beitrag zeigt Ansatzpunkte auf, wie Menschen in ländlich-peripherisierten Räumen sich Lefebvres Konzeption der Zentralität zu eigen machen und dies als »Recht auf Dorf« oder »Recht auf Land« zum Ausdruck bringen. Das Recht auf Anschluss an die Qualitäten der Gesellschaft (Holm/Gebhardt 2011) sowie der Zugang zum Raum »als Werkstatt, mit der das eigene Leben [...] gestaltet werden kann« (Schmidt 2020, Herv. i. Orig.) ist eine Gerechtigkeitsforderung, die unabhängig vom konkreten Wohnort Bestand hat – ob städtisch

oder ländlich, ob im Prozess der Zentralisierung oder der Peripherisierung. Die Zentralität rückt die Bedeutung der Orte und Momente der Begegnung in den Mittelpunkt, ohne die es keine Auseinandersetzung, keine Gemeinschaft und letztlich keine gelebte Demokratie geben kann. Durch Momente des Austauschs und der Vernetzung können neue Möglichkeitsräume für Selbstorganisation, aber auch für Gerechtigkeitsforderungen, entstehen.

Die Forderung nach einer ausreichenden Daseinsvorsorge und einer Regionalpolitik des Zusammenhalts ist für die Bewohner*innen ländlich-peripherisierter Räume politisierbar (Kersten/Neu/Vogel 2019). Die scheinbare Alternativlosigkeit des Abwärtstrends in der Peripherisierung kann als Folge bewusster politischer und ökonomischer Entscheidungen aufgezeigt und somit als veränderbar sichtbar gemacht werden (Kübler/Mießner/Naumann 2022). Allein die Einforderung des »Recht auf Dorf/Land« könnte im ländlich-peripherisierten Raum einen neuen Schwung politischer und sozialer Aktivität für eine alternative Regionalentwicklung auslösen – wie es das »Recht auf Stadt« in vielen urbanen Räumen in der Vergangenheit getan hat (Holm/Gebhardt 2011).

Literatur

- AK Landschaftsforschung (2023): Call for Abstracts: Landschaftsgerechtigkeit – Gerechte und Ungerechte Landschaften in der Transformation. <https://landschaftsforschung.de/veranstaltungen?year=2023&file=files/Dokumente/2023/Call%20for%20Abstracts.pdf>.
- Barlösius, Eva (2009): »Der Anteil des Räumlichen an sozialer Ungleichheit und sozialer Integration: Infrastrukturen und Daseinsvorsorge«, in: Sozialer Fortschritt 58/2-3, S. 22–28.
- Barlösius, Eva/Neu, Claudia (2008): »Territoriale Ungleichheit: Eine spezifische Ausprägung räumlicher Unterungleichheit«, in: Eva Barlösius/Claudia Neu (Hg.), Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 21, S. 17–24.
- Barracough, Laura (2013) »Is there also a right to the countryside?«, in: Antipode 5/45, S. 1047–1049.
- BBSR (Hg.) (2018): Raumordnungsbericht 2017: Daseinsvorsorge sichern. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2017/rob-2017.html>.

- Beetz, Stephan (2008): »Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit«, in: Eva Barlösius/Claudia Neu (Hg.), *Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit?* Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, S. 7–16.
- Belina, Bernd (2017): *Raum: Zu den Grundlagen eines historisch-geographischen Materialismus*. 2nd ed. Einstiege 20. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Belina, Bernd (2022): »Land im Westlichen Marxismus: Adorno und Lefebvre«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.), *Ungleiche ländliche Räume: Widersprüche, Konzepte und Perspektiven*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 49–66.
- Belina, Bernd (2023): »Zentralität als Raumform«, in: Daniela Hunold/Eva Brauer/Tamara Dangelmaier (Hg.), *Stadt. Raum. Institution*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 1–14.
- Brenner, Neil (2013) »Introduction: Urban Theory Without an Outside«, in: Neil Brenner (Hg.), *Implosions/Explosions: Towards a Study of Planetary Urbanization.*, Berlin: Jovis, S. 14–35.
- Brenner, Neil (2019): »Afterword: New Spaces for Urbanization«. in: *New Urban Spaces: Urban Theory and the Scale Question*, Neil Brenner (Hg.), S. 334–394. Oxford University Press.
- Brenner, Neil/Schmid. Christians (2015): »Towards a new epistemology of the urban?«, in: *City* 19/2-3, S. 151–182.
- Düinkel, Frieder/Ewert. Stefan/Geng, Bernd/Harrendorf/Stefan (2019): »Peripherisierung ländlicher Räume«, in: *Sicherheitsmentalitäten im ländlichen Raum*, Daniela Klimke/Nina Oelkers/Martin K. W. Schweer (Hg.). Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 107–40.
- El Nour, Saker/Gharios, Cynthia/Mundy, Martha/Zurayk, Rami (2015): »The right to the village? Concept and history in a village of South Lebanon«, in: *Justice spatiale – Spatial justice* 7, S. 1–24.
- Förtner, Maximilian/Belina, Bernd/Naumann, Matthias (2019): »Stadt, Land, AfD: Zur Produktion des Urbanen und des Ruralen im Prozess der Urbanisierung«, in: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 7/1/2, S. 23–44.
- Gailing, Ludger/Leibenath, Markus (2012): »Von der Schwierigkeit, ›Landschaft‹ oder ›Kulturlandschaft‹ allgemeingültig zu definieren«, in: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 70/2.
- Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk (2011): »Initiativen für ein Recht auf Stadt«, in: Andrej Holm/Dirk Gebhardt (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt:*

- Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA: Verlag, S. 7–25.
- Keim, Karl-Dieter (2006): »Peripherisierung ländlicher Räume. Essay«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37/2006, S. 3–7.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Bertholdt (2019): »Gleichwertige Lebensverhältnisse—für eine Politik des Zusammenhalts«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46/2019, S. 4–11.
- Kübler, Felicitas/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2022): »Die (ent-)politisierte Region«, in: Ulrich Ermann/Malte Höfner/Sabine Hostniker/Ernst Michael Preininger/Danko Simic (Hg.), *Die Region – eine Begriffserkundung*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 49–58.
- Kühn, Manfred (2015): »Peripheralization: Theoretical Concepts Explaining Socio-Spatial Inequalities«, in: *European Planning Studies* 23/2, S. 367–378.
- Kühn, Manfred/Weck, Sabine (2013): »Peripherisierung – ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien«, in: *Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen.*, Matthias Bernt/Heike Liebmann (Hg.). Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 24–46.
- Küpper, Patrick/Milbert, Antonia (2020): »Typen ländlicher Räume«, in: Claus-Christian Wiegandt/Christian Krajewski (Hg.), *Land in Sicht: Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 82–97.
- Landy, Frédéric/Moreau, Sophie (2015): »The right to the village«, in: *Justice spatiale-spatial justice* 7, S. 1–21.
- Lefebvre, Henri (2014): *Die Revolution der Städte: La Revolution urbaine*. Hamburg: CEP Europäische Verlagsanstalt.
- Lefebvre, Henri (2016): *Das Recht auf Stadt*. Hamburg: Edition Nautilus.
- Marlow, Robin/Mießner, Michael (2024): »Das×Recht auf Dorf×im Dorflanden?«, in: Michael Mießner/Matthias Naumann/Ulrike Grabski-Kieron/Annett Steinführer/Werner Nell/Marc Weiland (Hg.), *Ländliche Utopien: Herausforderungen und Alternativen regionaler Entwicklungen*. Bielefeld: transcript, S. 259–270.
- Maschke, Lisa/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2021): *Kritische Landforschung: Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven*. Bielefeld: transcript.
- Mels, Tom (2016): »The Trouble with Representation: Landscape and Environmental Justice«. *Landscape Research* 41/4, S. 417–424.

- Mels, Tom/Mitchell, Don (2013): »Landscape and Justice«, in: Nuala C. Johnson/Richard H. Schein/Jamie Winders (Hg.), *The Wiley-Blackwell Companion to Cultural Geography*. Chichester, West Sussex: Wiley-Blackwell, S. 209–224.
- Miosga, Manfred (2022): »Räumliche Gerechtigkeit«, in: Claudia Neu (Hg.), *Handbuch Daseinsvorsorge: Ein Überblick aus Forschung und Praxis*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 60–67.
- Mullis, Danie (2014): *Recht auf die Stadt: Von Selbstverwaltung und radikaler Demokratie*. Münster: Unrast Verlag.
- Naumann, Matthias (2023): »Mobilitätsarmut – ein Thema für die bundesdeutsche Raumentwicklung?«, in: *Standort – Zeitschrift für angewandte Geographie*, September, S. 1–6.
- Neu, Claudia. 2010. »Land- und Agrarsoziologie«, in: Georg Kneer/Markus Schroer (Hg.), *Handbuch Spezielle Soziologien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 243–261.
- Neu, Claudia (Hg.) (2022): *Handbuch Daseinsvorsorge: Ein Überblick aus Forschung und Praxis*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Neu, Claudia/Küpper, Beate (2023): »Einsamkeit, Feindseligkeit und Populismus«, in: Andreas Zick/Beate Küpper,/Niko Mokros (Hg.), *Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: J.H.W. Dietz, S. 335–354.
- Przybylinski, Stephen (2022): »Where Is Justice in Geography? A Review of Justice Theorizing in the Discipline«, in: *Geography Compass* 16 (3), S. e12615.
- Ronneberger, Klaus/Vogelpohl, Anne (2018): »Henri Lefebvre: Die Produktion des Raumes und die Urbanisierung der Gesellschaft.«, in: Jürgen Oßenbrügge/Anne Vogelpohl (Hg.), *Theorien in der Raum- und Stadtforschung: Einführungen*, 2. Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 251–270.
- Schmid, Christian (2005): *Stadt, Raum und Gesellschaft: Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Schmid, Christian (2011): »Henri Lefebvre und das Recht auf Stadt«, in: Andrej Holm/Dirk Gebhardt (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt: Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg: VSA: Verlag, S. 25–52.
- Schmid, Christian (2013): »Networks, Borders, Differences: Towards a Theory of the Urban«, in: Neil Brenner (Hg.), *Implisions/Explosions: Towards a Study of Planetary Urbanization*. Berlin: Jovis, S. 67–85.
- Schmid, Christian (2023): »Extended Urbanisation: A Framework for Analysis.«, in: Christian Schmid/Milica Topalovic (Hg.), *Extended Urbanisation: Tracing Planetary Struggles*. Basel: Birkhäuser, S. 23–82.

- Schmidt, Marcel (2020): »Zur Entstehung und Bedeutung des ›Recht auf Stadt‹ im Werk Lefebvres«, in: sozialraum.de, 2020. <https://www.sozialraum.de/zur-entstehung-und-bedeutung-des-recht-auf-stadt-im-werk-lefebvres.php>.
- Soja, Edward (2009): »The city and spatial justice«, in: Justice spatiale/Spatial justice 1/1, S. 15.
- Steinmeier, Frank-Walter (2017): »Vereidigungsrede am 22. März 2017«. Bundespräsidialamt. https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2017/03/170322-Vereidigung.pdf?__blob=publicationFile.
- Unthan, Nils/Heuser, Jacob/Kratzer, Armin (2022): »Das Recht auf Dorf: Von Experimenten, Pionieren und (sozialen) Innovationen in ländlich-peripheren Biosphärenreservaten«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg), Ungleiche ländliche Räume: Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. Bielefeld, Germany: transcript Verlag.
- Vogelpohl, Anne (2011): »Städte und die beginnende Urbanisierung. Henri Lefebvre in der aktuellen Stadtforschung«, in: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning 69/4, S. 233–243.

These rights are made by walking: Die Inszenierung landschaftlicher Teilhabe im ländlichen Südspanien

Maike Melles

1 Hintergrund und argumentatives Ziel des Beitrags

Bei dem seit 2012 ausgetragenen Transhumanzfest im spanischen Siruela handelt es sich um die äußerst erfolgreiche Erfindung einer Tradition: Mit jedem Jahr wächst die Anzahl der Teilnehmenden, sodass mittlerweile um die 1000 Menschen an der Festivität im ca. 1800 Einwohner*innen umfassenden Dorf im Osten der Region Extremadura teilnehmen. Zu ihnen zählen nicht nur große Teile der örtlichen Bevölkerung, sondern auch Besucher*innen aus der näheren Umgebung und sogar aus großen Städten wie Madrid. Das Herzstück des Festes ist der gemeinsam begangene Viehtrieb: Auf einer Strecke von zehn Kilometern Länge wandert die Menschenmenge mit einer Herde etwa gleichvieler Schafe vom Nachbardorf Tamurejo ins westlich gelegene Siruela. Die das Event bewerbenden Plakate beeindrucken mit spektakulären Aufnahmen der Wanderung, die in der medialen Berichterstattung über das Transhumanzfest entstehen. Sie ergänzen die Ankündigung des Festivals mit Eindrücken aus der landschaftlichen Umgebung, in deren Genuss die Teilnehmenden bei ihrer Wanderung kommen (Abb. 8).

Abbildung 8: Das Plakat wirbt mit malerischen Landschaftsimpressionen für das Transhumanzfest



II TRASHUMANCIA
COMARCA DE LA SIBERIA
GARBAYUELA-TAMUREJO
16 NOVIEMBRE

VII FIESTA DE LA TRASTERMINANCIA
TAMUREJO-SIRUELA
17 NOVIEMBRE

JUNTA DE EXTREMADURA
DIPUTACIÓN DE BADAJOZ
Candidatura RESERVA DE LA BIOSFERA DE LA SIBERIA
CENTRO SIBERIA



Quelle: Bandomovil – Siruela Informa (<https://www.bandomovil.com/siruela/40728>).

Auf den ersten Blick scheint die auf den Plakaten abgebildete und mit zahlreichen Steineichen bestandene Waldweidelandschaft als bloße Kulisse für eine touristische Feierlichkeit instrumentalisiert zu werden. In diesem Falle wäre die Beziehung von Mensch und Landschaft rein äußerlich und ohne weiteren Gehalt beschaffen. Wie dieser Beitrag argumentiert, bildet das Transhumanzfest in Siruela jedoch keine rein äußerliche Beziehung von Mensch und Landschaft ab, sondern ist vielmehr als eine rechtlich wirksame Auseinandersetzung mit Landschaft sowie als Ausdruck eines politischen Strebens nach Landschaftsgerechtigkeit im Sinne landschaftlicher Teilhabe zu verstehen. Die hier getroffene Unterscheidung zwischen einer äußerlichen und einer gehaltvollen Mensch-Landschaft-Beziehung geht auf den Geographen Kenneth Olwig (1996, 2008) zurück, der die aus den beiden Beziehungsmodi hervorgehenden Landschaftsformen als szenisch beziehungsweise substantziell bezeichnet. Wie sich zeigen wird, ist Olwigs Begriff substantzieller Landschaft besonders hilfreich für die Erörterung rechtlicher und gerechter Dimensionen menschlichen Handelns in Landschaften, wozu auch die rituelle Praxis des Transhumanzfests zählt.

Dieser Beitrag zeigt die politisch-rechtlichen Dimensionen der Inszenierung von Landschaften auf, wie sie bei der ästhetischen Inwertsetzung der Dehesa für das Transhumanzfest zu beobachten ist. Hierfür führt er zunächst grundlegend in Olwigs Abgrenzung von szenischer und substantzieller Landschaft ein. Im darauffolgenden Abschnitt werden die von Olwig den beiden Landschaften jeweils zugeordnete Rechtspraxis und die mit ihnen verbundene Gerechtigkeitsvorstellungen herausgestellt. In Überleitung zum landschaftlichen Fallbeispiel in Spanien in der zweiten Hälfte des Texts wird Olwigs binäres Landschaftskonzept herangezogen, um zwei unterschiedliche Bedeutungen der Dehesa, einer den Südwesten Spaniens besonders prägenden Landschaftsform, zu erläutern. Während der Begriff im Allgemeinen eine bestimmte Art der Waldweide bezeichnet, wird er von der Dorfbevölkerung Siruelas in abweichender Weise in seinem substantziellen, das heißt rechtlich wirksamen, Sinn verwendet und zeugt vom kollektiven Anspruchsdenken der Dorfbevölkerung im Hinblick auf den Zugang zu und die Nutzung der umliegenden Ländereien. Schließlich wendet sich der Beitrag dem politischen und rechtlichen Gehalt des jährlichen Transhumanzfests in Siruela zu: Das Event vereinigt Inszenierung und Rechtsausübung auf geschickte Weise und stellt damit die strikte Unterscheidung, die Olwig zwischen einer oberflächlichen und einer substantziellen Auseinandersetzung mit der Landschaft trifft, infrage. Im Gegenteil unterstreicht das Fest die Bedeutung landschaftlicher Kulissen und ländli-

cher Inszenierungen für die Aushandlung gerechter Landschaften. Die ethnographischen Beschreibungen dieses Beitrags beruhen auf einer insgesamt 13-monatigen Feldforschung der Autorin im ländlichen Südwesten der iberischen Halbinsel. In den Jahren 2018 und 2019 widmete sich ihre teilnehmende Beobachtung in den spanischen Regionen Andalusien und Extremadura der dortigen landwirtschaftlichen Praxis sowie den kulturellen Wahrnehmungen der Dehesa, um sozialökologische und moralökonomische Dynamiken und Veränderungen dieser Landschaft auszumachen.

2 Szenische und substanziale Landschaft nach Kenneth R. Olwig

In seinem paradigmatischen Aufsatz über die »substanziale Landschaft« (*substantive landscape*) kritisiert der Geograph Kenneth R. Olwig (1996) zeitgenössische Arbeiten über Landschaften wie diejenigen des Kulturgeographen Denis Cosgrove (1993) dafür, dass ihre übermäßige Fokussierung auf die ästhetischen, diskursiven und interpretativen Aspekte der kulturellen Bedeutung von Landschaften deren »Entmaterialisierung« herbeigeführt hätten (Olwig 1996: 630). Olwig setzt dieser Entwicklung die »substanziale Bedeutung von Landschaft als Ort menschlicher Bewohnung und Interaktion mit der Umwelt« (ebd., Übers. d. A.) entgegen. In seiner politik-, sprach- und kulturgeschichtlichen Rekonstruktion macht er zwei kontrastierende Landschaftsbegriffe aus, die sich in ihrem historischen Ursprung und ihrer rechtlichen Verwurzelung unterscheiden.¹

Mit der ab dem 16. Jahrhundert einsetzenden Einhegung gingen in weiten Teilen Europas, darunter auch Spanien, feudale Ländereien in eine Form des individuellen Privateigentums über, die mit exklusiven Nutzungsrechten einherging und damit gewohnheitsrechtliche Formen des Nießbrauchs zunehmend abschaffte (Pinto Correia et al. 2022: 24–25). Während die landlose Bevölkerung Ländereien wie die spanischen Dehesas nur noch auf der Grundlage von Pachtverträgen nutzen konnte, befruchteten sich die frühkapitalistischen Eigentumsverhältnisse und neue Formen der Landschaftsdarstellung gegenseitig. Zur Neuordnung und Aneignung von Landschaften trug auch ihre Repräsentation mittels Kartographie und Malerei bei. Die Kartierungstechniken,

1 Die für Olwig typische sprachgeschichtliche Rekonstruktion des Landschaftsbegriffs wird in diesem Beitrag nicht ausgeführt. Siehe hierfür unter anderem Olwig (1996) und (2002).

die bei der Vermessung und Inventarisierung von Landschaften zum Zwecke ihrer Verwaltung als Eigentümer zum Einsatz kamen, veränderten räumliche Vorstellungen von Landschaft nachhaltig: »The surveying of the land also created a new way of envisioning the landscape as scenery. If the angle of perspective from which the land is surveyed is changed from the vertical to a more horizontal position, a scenic prospect of the landscape emerges« (Olwig 2005, 312). Demnach fand die geordnete Ansicht von Landschaft auf der maßstäblichen Karte ihre Entsprechung in der malerischen Darstellung von Landschaft als Kulisse (*scenery*), die mit der im 16. Jahrhundert entwickelten Zentralperspektive begann. Diese Form der Repräsentation entsprach den menschlichen Sehgewohnheiten und diente zugleich, genauso wie die kartographische Abbildung, der Zusammensetzung und Strukturierung von Landschaften innerhalb des ordnenden Rahmens des Gemäldes bzw. der Karte (Cosgrove 2008, 25). Diese von Olwig als szenisch bezeichnete Landschaft ist eine abstrakte und zugleich abgeflachte Ausdehnung, die nur visuell durch ein von der Landschaft losgelöstes Subjekt aus der Ferne wahrgenommen werden kann.

Kritikwürdig ist dieses Verständnis von Landschaft als szenischem Objekt aus Olwigs Sicht, weil der vermeintlich neutrale Blick in den Raum Machtbeziehungen ebenso verschleiert wie die Tatsache, dass Landschaften historisch gesehen das physische Ergebnis der sie formenden Nutzungspraktiken sind. Die Urform substantieller Landschaften bilden die vorkapitalistischen Landschaften Nordeuropas (Olwig 1996, 2007). Sie sind historisch gewachsene Verflechtungen der physischen Formen des Lands, der gewohnheitsmäßigen Nutzungspraktiken (*customs*), die diese Formen schaffen, sowie der Form der rechtlich-politischen Körperschaften, die diese Praktiken als Recht aufstellen und formalisieren (Olwig 1996: 646, n9). Die nordische Landschaft war eine territoriale Gemeinschaft, die innerhalb eines feudalen oder absolutistischen Herrschaftsgebiets durch eine kollektive, auf Gewohnheitsrecht basierende Form der Selbstverwaltung autonom geblieben ist und durch gewohnheitsmäßige Praktiken eine gemeinschaftliche Beziehung zu den bewohnten Ländereien begründet hat. Als Beispiel dient Olwig das dänische Eiderstedt: Um ihre Territorialgewalt auszuweiten, übte die dänische Krone im 15. Jahrhundert Druck auf das Herzogtum Schleswig aus, in dessen Gebiet Eiderstedt lag. Dieses weigerte sich jedoch, sich der Gerichtsbarkeit der dänischen Krone zu unterwerfen und hielt deshalb das bis dahin mündlich überlieferte Gewohnheitsrecht in einer Verfassung fest (ebd.: 632). Insbesondere diese »Schaffung und Definition von Rechten und Pflichten« (ebd.: 645, n1, Übers.

d. A.) ist der Angelpunkt für Olwigs substanzielle Landschaft, die eine durch Wohnheitsrecht und -praxis konstituierte Kollektivität ist.

Insgesamt macht Olwig in seinem historischen Rückblick somit zwei unterschiedliche Landschaftsbegriffe aus: Die szenische Landschaft wird in erster Linie visuell wahrgenommen und hat ihren Ursprung in den technischen Entwicklungen der Landvermessung und perspektivischen Malerei. Ihre zumeist menschenleere Darstellung aus der Perspektive einer unbeteiligten und aus der Ferne betrachtenden Person stuft Landschaft aus Olwigs Sicht auf die Funktion einer leblosen Kulisse herunter. Im Gegensatz dazu richtet sich die substanzielle Landschaft an einem konkreten Ort aus, ist bewohnt und gewohnheitsrechtlich durchwirkt. Wie der nächste Abschnitt zeigen wird, sind Formen der Rechtspraxis und die in ihr verwurzelten Gerechtigkeitsvorstellungen jedoch in beide Landschaften eingeflochten.

3 Recht und Gerechtigkeit in szenischen und substanziellen Landschaften

Olwig hebt die gegensätzlichen rechtlichen Bedingungen der szenischen und substanziellen Landschaft hervor, die sich aus unterschiedlichen Rechtmäßigkeiten und Vorstellungen politischer Gerechtigkeit ableiten. Während die substanzielle Landschaft auf dem Wohnheitsrecht gründet und ortsspezifisch ist, leitet sich die szenische Landschaft aus naturrechtlichen Begründungsformen ab und ist auf den universellen Raum ausgerichtet (Olwig 2005, 300). Naturrechtliche Begründungen argumentieren für aus der Vernunft abgeleitete allgemeingültige ethische Prinzipien, während das Wohnheitsrecht durch die wiederholte Ausübung der von ihm geschützten Praktiken in die konkrete, das heißt zeitlich und räumlich gebundene, Landschaft eingeschrieben ist. Olwig hält das Wohnheitsrecht aufgrund seiner moralischen Stärke und seiner Flexibilität für die überlegenere der beiden Rechtsformen. Die moralische Stärke des Wohnheitsrechts ist ausgeprägter, so Olwig, da statt auf eine abstrakte und möglicherweise illusorische Universalität auf eine gemeinsame, fortlaufende Erzählung Bezug genommen wird, wenn etwa der begründende Präzedenzfall »aus grauer Vorzeit« das Allgemeine im Besonderen veranschaulicht. Hieraus ergibt sich auch die Flexibilität des Wohnheitsrechts, denn anders als naturrechtliche Formulierungen ist es nicht schriftlich festgehalten, sondern wird seine Anwendbarkeit auf zeitgenössische Umstände durch die fortlaufende Bearbeitung der Überlieferung

erhalten (Olwig 2005: 300, 307; Olwig bezieht sich hier auf Hobsbawm 1983: 2ff.). Dennoch kann das universelle Naturrecht das Gewohnheitsrecht sinnvoll ergänzen, indem es dort korrigierend eingreift, wo die politische Gemeinschaft versagt, wo Ressourcen übernutzt oder die politische Landschaft des Gewohnheitsrechts ausschließend oder diskriminierend wird. (Olwig 2005: 310, 318).

Aus den beiden Rechtsformen gehen unterschiedliche Vorstellungen politischer Gerechtigkeit hervor. Natürliche Gerechtigkeit (*natural justice*) beruft sich auf das Universalitätsprinzip, während die »überlieferungsgebundene Gerechtigkeit« (*conventional justice*) in gewohnheitsrechtlicher Praxis wurzelt. In beiden landschaftsrechtlichen Traditionen kann politische Gerechtigkeit erzielt werden, denn für Olwig sind gerechte Landschaften Räume, in denen geltendes Recht Anwendung findet. Während Olwig die Bedeutung *prozeduraler* Gerechtigkeit und politischer Praxis hervorhebt, bleibt er eine explizite Definition *materieller* Gerechtigkeitskriterien schuldig (Mels/Mitchell 2013: 212; Mitchell 2023: 212). Immerhin können die verfahrensgerechten Praktiken des von Olwig gepriesenen Gewohnheitsrechts durchaus zu materiell ungerechten Ergebnissen führen. Olwig selbst weist darauf hin, dass etwa Gewohnheitsrechte in Form gemeinschaftlicher Nutzungsrechte Symptom einer ungleichen Verteilung von Eigentum und Rechten sein können (Olwig 2005: 307).

Entgegen Mitchells Kritik lässt sich jedoch erstens einwenden, dass sich Olwig in seiner Ausdeutung substanzieller Landschaften nicht auf das konkrete Vorliegen und Ausüben von Gewohnheitsrechten beschränkt. In der Praxis wirken die beiden Rechts- und Gerechtigkeitsformen häufig zusammen (Olwig 2005: 300) und bestehen substanzielle Landschaften auch dort, wo das Potenzial einer landschaftlichen Teilhabe verwirklicht werden kann: Landschaften können zu Orten des gestalterischen Zusammenlebens von Menschen miteinander und mit ihrer Umwelt werden und damit räumliche und soziale Zugehörigkeitsgefühle erzeugen (Olwig 2008: 83).

Zweitens lassen Olwigs Bezüge auf Edward P. Thompsons (1971) moralische Ökonomie der Versorgung (*provision*) weiterführende Schlüsse über die mit der substanziellen Landschaft verbundenen Gerechtigkeitsvorstellungen zu (Olwig 1996, 2002, 2008; Melles 2023a). Die Verbindung zwischen der substanziellen Landschaft Olwigs und der moralischen Ökonomie Thompsons ist *custom* als »Schnittstelle zwischen Recht und Praxis« (Olwig 2002: 58, Übers. d. A.). Während in Olwigs substanzieller Landschaft gewohnheitsrechtlich anerkannten Praktiken eine performative Kraft innewohnt, widmen sich

Thompson Überlegungen einer moralischen Ordnung, die ihren Ausdruck in Gewohnheitspraktiken findet und von diesen aufrechterhalten wird. Thompson interpretiert die Armenaufstände im England des 18. Jahrhunderts, die sogar die Vernichtung von Lebensmitteln einschlossen, als Ausdruck der Empörung über eine neue Wirtschaftsordnung, deren Ausrichtung auf stetes Gewinnstreben mit bis dahin geltenden moralischen Grundannahmen brach (Thompson 1971: 79). Was Thompson die »moralische Ökonomie der Armen« nennt, beruht auf einem »überwältigenden Bevölkerungskonsens« (ebd.: 112), der unter den verschiedenen Parteien auch die Obrigkeiten in die Pflicht nahm und ihr wirtschaftliches Verhalten regulierte. Die alte moralische Ökonomie sah vor, dass die Armen auch in Zeiten des Mangels mit dem Notwendigen versorgt werden müssen, weshalb es beispielsweise in solchen Zeiten üblich war, »moralische Preise« zu setzen (ebd.: 109, 126). Mit dem Voranschreiten des freien Marktes wurden die Gesetze zum Schutz der Armen vor überhöhten Preisen jedoch kaum mehr durchgesetzt (ebd., 88), weshalb die Menschen dazu übergingen, selbst faire Preise durchzusetzen und das aus ihrer Sicht illegitime Verhalten zu vergelten (ebd.: 110).

In ländlichen Gebieten bezieht sich das praktische und moralische Ziel der allgemeinen Versorgung primär auf den Zugang zu und die Nutzung von Ländereien, die vielerorts durch das Gewohnheitsrecht geregelt waren (Thompson 1993: 4, 97ff.). Entgegen Thompsons Urteil, dass die moralische Ökonomie im Sinne sowohl einer Wirtschaftsordnung als auch eines fortlebenden moralischen Konsenses in Vergessenheit geraten ist (Thompson 1971: 131–132), kann man unter Heranziehung von Olwigs substanzieller Landschaft für den Fortbestand der moralischen Ökonomie durch fortlaufende Gewohnheitspraxis argumentieren. Die Besonderheit ländlichen Gewohnheitsrechts besteht in der sichtbaren Formung von für Anbau und Beweidung genutzten Landschaften durch die mit Nutzungs- und Wegerechten verbundenen Bewirtschaftungspraktiken wie Ackerbau, Holzernte oder Viehtrieb. Durch die wiederkehrende Ausübung des Gewohnheitsrechts behalten sowohl dieses als auch die von ihm gestützte Moralökonomie ihre Gültigkeit (Olwig 2008: 87). Beispielsweise bekräftigen saisonale landwirtschaftliche Praktiken wie das Treiben des Viehs vom Tal auf die Bergweiden und umgekehrt das Recht, ebendies in ebendieser Landschaft zu tun. Fallen landwirtschaftliche mit rituellen Praktiken zusammen, bezeugt die feierliche Begehung von Viehtrieb oder Ernte den Bevölkerungskonsens über die durch das Gewohnheitsrecht regulierte Nutzungspraxis zum Zwecke der Versorgung. Dabei fungieren sowohl die alltägliche als auch die rituelle Gewohnheitspraxis als »mnemonische

Mittel, durch die das Gewohnheitsrecht in die Substanz des Landes eingepägt wird« (Olwig 1996: 634, Übers. d. A.).

Zusammenfassend betont Olwigs Begriff politischer Gerechtigkeit zwar prozedurale Kriterien, doch lassen seine Favorisierung des Gewohnheitsrechts gegenüber dem Naturrecht ebenso wie seine argumentative Anknüpfung an Thompsons Moralökonomie der allgemeinen Versorgung darauf schließen, dass eine gerechte Landschaft zum Gemeinwohl beiträgt. Im nächsten Abschnitt wird Olwigs binäres Landschaftskonzept noch einmal herangezogen, um die Mehrdeutigkeit des spanischen Landschaftsbegriffs *Dehesa* zu erhellten. Seine substanzielle Verwendung im Dorf Siruela ist außergewöhnlich und dokumentiert ortstypische Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung in Form landschaftlicher Teilhabe.

4 Szenische und substanzielle Landschaft am Beispiel der spanischen *Dehesa*

Sowohl das szenische als auch das substanzielle Landschaftsverständnis finden sich im mehrdeutigen Begriff *Dehesa* wieder. Laut einem spanischen Wörterbucheintrag bezeichnet *dehesa* »Land, das im Allgemeinen eingezäunt und mit Bäumen bestanden ist sowie gemeinhin als Weide genutzt wird« (Real Academia Española 2024, Übers. d. A.). Tatsächlich verbinden die meisten Menschen im ländlichen Südspanien die *Dehesa* mit der für die Region charakteristischen Waldweidelandschaft, auf deren Grasflächen Stein- und Korkeichen im Abstand von mehreren Metern wachsen (siehe Abb. 9). Insbesondere in Andalusien teilt sich die *Dehesa* auf große Privatbesitztümer im Umfang von oftmals Hunderten Hektar auf. Diese *fincas* genannten Ländereien werden mit Kühen, Stieren, Schweinen, Schafen und Ziegen beweidet. Überregionale Berühmtheit erlangt die *Dehesa* durch die in ihr gehaltenen Iberische Schweine: Der als Delikatesse geltende iberische Schinken erhält sein nussiges Aroma durch die Eichelmast der Schweine, die in den Monaten vor ihrer Schlachtung mit den kohlenhydratreichen Baumfrüchten gemästet werden. Das Bild halbwild lebender Schweine unter den Eichen scheinbar unberührter *Dehesas* durchdringt eine kulinarisch-touristische Infrastruktur aus unter anderem Museen, Zertifizierungsstellen und zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen im Rahmen des regionalen Kulturerbes (Melles 2021). Die mit der Mechanisierung der Landwirtschaft seit den 1960ern einhergehenden sozioökonomischen Veränderungen haben dazu geführt, dass heutzutage nur we-

nige Menschen Zugang zu den privaten Dehesas haben (Melles 2023a, 2023b). Für spezifische Landnutzungen wie die Eichelmast der Ibérico-Schweine oder Jagden können Pachtverträge geschlossen werden. Kurzum handelt es sich bei dieser überwiegenden Form der Dehesa um eine primär durch ihre optischen Merkmale wie die Eichenbäume definierte und wahrnehmbare Landschaft.²

Abbildung 9: Dehesa in Spanien



Quelle: Foto M. Melles

Eine grundlegend verschiedene Bedeutung trägt der Begriff Dehesa im Dorf Siruela im Osten der Extremadura, dem Veranstaltungsort des Transhumanzfestes. Anders als im weiter westlich gelegenen Landesteil erstreckt sich die soeben beschriebene und somit durch ihr äußerliche Beschaffenheit

2 Für ausführlichere Darstellungen siehe Melles (2023a). Neben der Stilisierung der Dehesa im Rahmen des regionalen Kulturerbes und dem mangelnden physischen Zugang zur Landschaft sprechen auch weithin geteilte und in landwirtschaftlichen Praktiken materialisierte ästhetische Ideale für ihren Szenerie-Charakter.

definierte Dehesa hier weit über das Gebiet hinaus, das von der Dorfbevölkerung Dehesa genannt wird. Um als Teil der *Dehesa de Siruela* zu gelten, müssen die angrenzenden Ländereien mehr Kriterien erfüllen als das optische Merkmal, eine mit Steineichen bestandene Weidefläche zu sein. Im Gegensatz zu seiner verbreiteten Verwendung ist der Begriff Dehesa in Siruela nämlich rechtlich und moralökonomisch bedeutsam. Mit ihm bezieht sich die lokale Bevölkerung auf die Allmende, die eine Fläche von 6000 Hektar umfasst. Alle Einwohner*innen des maßgeblich von der Schafzucht geprägten Dorfs haben das Recht, einen Teil der Dehesa de Siruela zu beweiden und sich auf Nießbrauch wie die Holzernte zu bewerben. Die Dorfbevölkerung wird jedoch nicht nur an der Nutzung, sondern auch an den Erträgen aus der Verpachtung und kommunalen Bewirtschaftung der Dehesa de Siruela beteiligt: Von den kommunalen Gesamteinnahmen wird ein Teil an sie zurückgegeben, indem alle Einwohner*innen Siruelas am Ende jedes Jahres 50 Euro erhalten. »Dehesa« bezeichnet somit das gemeinschaftlicher Teilhabe zugängliche Gebiet, um es von den privaten Weideflächen (die im Dorf *cercones* genannt werden) zu unterscheiden.

Der Übergang der Dehesa de Siruela in kommunales Eigentum im Jahr 1993 setzte einem jahrhundertewährenden Kampf der Dorfbevölkerung um ihre Lebensgrundlage ein Ende. Bereits seit dem Mittelalter hatte sie wiederholt die gewohnheitsrechtlich verankerte Nutzung der Dehesa gegen den Landadel verteidigen müssen. Dieser besaß die Ländereien und beabsichtigte ihre Nutzung in der Mitte des 19. Jahrhunderts und damit dem Zeitalter des *Improvement* zu optimieren, wofür er auch den »unbedeutenden Nießbrauch« der Bewohner*innen per Gerichtsurteil loszuwerden gedachte (Rodríguez Serrano 2012: 113, Übers. d. A.). Dank des Einsatzes und der überzeugenden Argumentation eines Politikers und Anwalts (zu dessen Ehren bis heute eine Statue den zentralen Dorfplatz in Siruela ziert) wurden der Bevölkerung ihre Nutzungsrechte jedoch nachdrücklich zugesichert. Somit hat die Dehesa de Siruela ihre historische Bedeutung als eine in ein gewohnheitsrechtliches Gefüge eingebettete Länderei beibehalten. Anders als im überwiegenden Rest Spaniens, wo die Dehesas während der spanischen Liberalisierung vollständig privatisiert wurden, bezeichnet Dehesa hier heutzutage die Allmende (Melles 2023a).³

3 Auf Grundlage einer Gesetzesreform Mitte der 1980er und im Zuge eines Rechtsstreits mit der adligen Besitzerin der Dehesa de Siruela wurde diese durch die Regionalregierung der Extremadura enteignet. 1993 wurde die Dehesa für einen symbolischen

Kurz gesagt trägt die lokale Dehesa de Siruela mit der allen Dorfbewohner*innen zustehenden Möglichkeit einer anteiligen Nutzung und dem Recht auf ihre Beteiligung an den Erträgen aus der kommunalen Bewirtschaftung zur Versorgung der Allgemeinheit im Sinne einer substanziellen Landschaft bei. Olwigs substanzielle Landschaft lässt sich historisch zwar vorkapitalistischen Gebieten im Norden Europas zurechnen, appelliert aber allgemeiner an die Wiederentdeckung landschaftlicher Teilhabe und Zugehörigkeit durch wirkmächtige Formen der Auseinandersetzung mit Landschaften. Als eine solche kann auch das jährliche Transhumanzfest im spanischen Dorf Siruela gezählt werden, wie im folgenden Abschnitt argumentiert wird.

5 Custom mit Kostüm: Das Transhumanzfest in Siruela

So sehr Olwigs binäres Landschaftskonzept hilft, die historischen Entwicklungen und rechtlichen Verwurzelungen unterschiedlicher Landschaften sowie ihre Wirkungen bis in die Gegenwart nachzuvollziehen, so sehr birgt die Nachdrücklichkeit seiner Abgrenzung substanzieller von szenischen Landschaften das Risiko selektiver Wahrnehmungen und lückenhafter Analysen von Recht und Gerechtigkeit in tatsächlichen Landschaften. Wie strikt Olwigs Unterscheidung zwischen szenischer und substanzieller Landschaftspraxis ist, wird in seinem weiterführenden Denken im Bereich des rituellen Handelns in Landschaften deutlich (Olwig 2008). Kostüm (*costume*) und *custom* und stehen bei ihm für eine distanzierte Form der Auseinandersetzung bei der szenischen und eine involvierte Form im Fall der substanziellen Landschaft. Im ersten Modus wird Landschaft zur leblosen Kulisse für menschliche Handlung, im zweiten wird sie mit allen Sinnen erfahren und zugleich durch menschliches Handeln hervorgebracht (ebd.: 84–85). Aus Olwigs Sicht sind viele der ursprünglich substanziellen, also rechtlich wirksamen, Rituale in Landschaften zu inhaltsleeren Traditionen verkommen, indem »sich der Brauch [*custom*] auf der Bühne einer Landschaft abspielt, die sich in den gefrorenen geometrischen Raum der Szenerie verwandelt hat« (ebd.: 88, Übers. d. A.). Veranschaulicht wird diese Entwicklung von Olwig mit dem in angelsächsischen Gegenden verbreiteten Brauch des »Schlagens der Grenzen« (*beating the bounds*). Hierbei werden die Grenzmarkierungen von Gemeinden

Preis von einer Peseta pro Hektar und damit umgerechnet insgesamt 35 Euro an die Gemeinde Siruela übergeben.

mit Ästen geschlagen, um an gemeinsame Zugangs- und Nutzungsrechte zu erinnern. Einst eine »Manifestation des Gewohnheitsrechts«, sei es nun eine »weitestgehend nostalgische Tradition, die eine sentimentale Form der Identität mit dem Ort herstellen soll«, geworden (ebd., Übers. d. A.).

Doch wo genau verläuft die Grenze zwischen rechtlich wirksamer und bloß sentimentaler Handlung? Die Organisator*innen des Transhumanzfests in Siruela machen sich spektakuläre Landschaftsbilder jedenfalls zu eigen, wie die Veranstaltungsplakate zeigen (siehe Abb. 8). Das Fest wird seit 2012 jährlich im November ausgerichtet und ist bereits zum immateriellen Kulturerbe der Region erklärt worden. Insofern kann das Fest auch als eine besonders erfolgreiche »erfundene Tradition« (Hobsbawm 1983) bezeichnet werden. Das Fest beinhaltet eine Aufführung traditioneller Tänze wie des extremadurischen Jotas durch die volkstümlich kostümierten Mitglieder des örtlichen Tanzvereins sowie die Ausgabe ortstypischer Speisen wie Schmalzgebäck zum Frühstück und *Migas*, eines Hirtengerichts auf der Grundlage zerkleinerten Brots, am späteren Tag. An den abendlichen Festakt mit kurzen Reden politischer Vertretungen schließt sich dann ein Tanzabend zu zeitgenössischer Popmusik an. Das Herzstück des Transhumanzfests ist allerdings die kollektive Wanderung der Teilnehmenden mit einer Herde von mehreren Hundert Schafen. Auch hier spielen Kostümelemente eine Rolle, wenn etwa einige der aus Siruela stammenden Teilnehmenden handgeprägte Lederwesten tragen, die nur noch ein älterer Dorfbewohner anzufertigen weiß. Der Startpunkt der Wanderung ist das östlich gelegene Nachbardorf Tamurejo, von wo aus die Menge einen zehn Kilometer langen Viehtriebweg (*cañada*) nach Siruela läuft.

Dass das Transhumanzfest ein beachtliches Spektakel ist, liegt nicht nur an der zur Schau getragenen Tradition und Kostümierung. Auch vor der Wanderung ist das Event mit erheblichem Mobilitätsaufwand verbunden: Zum einen erfordert der Wanderungsbeginn außerhalb Siruelas den Transport der Schafe zu einer nahe an der *cañada* gelegenen Weide, wo sie die Nacht verbringen. Zum anderen werden auch die Teilnehmenden am Morgen des Festtags von Siruela aus mit Bussen nach Tamurejo gefahren, um von dort gemeinsam loszuwandern. Spätestens am Übergang vom alten Viehtriebweg in die Wohnsiedlung scheint die Praxis der Transhumanz völlig aus der Zeit gefallen zu sein, denn damit Mensch und Tier sicher über die Landstraße gelangen können, muss der Autoverkehr von der spanischen *Guardia Civil* für etliche Minuten zum Stillstand gebracht werden. Die wartenden Autofahrer*innen werden von einigen Organisator*innen des Fests mit einem schelmischen Grinsen gewürdigt. Anders gesagt soll die gemeinsame Wanderung von Mensch und Tier

eine Vielzahl dörflicher Alltagsgeographien unterbrechen: Im ländlichen Gebiet erfolgt die Fortbewegung in der Regel mit dem Auto. Selbst der *cañada*-Viehtriebweg wird meist von Viehzüchter*innen genutzt, die mit ihren Autos zu den eingezäunten Weiden fahren, um nach ihrem Vieh zu sehen. Diejenigen, die an dem Fußmarsch teilnehmen, setzen sich körperlich und mit allen Sinnen mit der sie umgebenden Landschaft auseinander. Dabei werden die ansonsten durch die asphaltierte Landstraße miteinander verbunden Dörfer Tamurejo und Siruela von den Wandernden in ihrem topographischen Zusammenhang erlebt.

Schließlich trägt auch die schiere Masse der Wandergruppe zur Inszenierung der Landschaft und landschaftlicher Teilhabe bei. Unweigerlich erinnert die gemeinsame Bewegung von 1000 Menschen und ebenso vielen Schafen an eine politische Prozession. Wie ein Initiator des Transhumanzests erklärt, ist ein Ziel der Veranstaltung die *reivindicación*, die Wiedereinforderung von Gewohnheitsrechten in Form kollektiver Wege- und Nutzungsrechte. Diese beziehen sich vor allem auf die Flächen der alten Viehtriebwege, die von einigen privaten Anliegern usurpiert werden. Über die Geltendmachung konkreter Rechte hinaus geht es darum, mehr Aufmerksamkeit aus der Zivilbevölkerung und der Politik auf die ländliche Region zu lenken. Auf der Suche nach Arbeit verlassen viele junge Menschen Siruela, um ihren Lebensunterhalt in den nächstgelegenen Städten zu sichern. Einige Mitglieder der Dorfbewölkerung setzen sich gegen die zunehmende Abwanderung ihrer Mitmenschen und die Einbuße der örtlichen Lebensqualität ein, darunter auch die Organisator*innen des Transhumanzests. Sie hoffen, möglichst viele Besucher*innen für ihre Sache gewinnen zu können, damit sie über die Region hinaus Unterstützung für die Schaffung sozioökonomischer Perspektiven erhalten, die neben der lokalen Produktion von Schafswolle und qualitativ hochwertigem Lammfleisch auch die (öko-)touristische Erschließung der Region einschließt. Kurzum sollen die aufwendigen Inszenierungen des Transhumanzests Wertschätzung für ländliche Lebensweisen erzeugen, die enge und substanzielle Beziehungen zwischen Landwirt*innen, ihren Tieren und der gemeinsamen Landschaft vorsehen. Die große Anzahl an Teilnehmenden kann somit auch als eine kritische Masse von Verbündeten für das Leben im ländlichen Raum gedeutet werden. An diesem Punkt wird Kostüm zu *custom*.

Rückblickend erweist sich Olwigs abwertende Betrachtung von Tradition und Kostüm als Anzeichen für den Verlust substanzieller Auseinandersetzungen mit Landschaft als vorschnell. Gerade die aufwendigen Inszenierungen und die beachtlich hohe Anzahl an Teilnehmenden im Rahmen des Transhu-

manzests sorgen dafür, dass die rechtlichen wie politischen Forderungen der Bevölkerung Siruelas in den Mittelpunkt rücken. Das kollektive Anspruchsdenken, das sich in der dörflichen Allmende, der Dehesa de Siruela, materialisiert hat, erstreckt sich auch auf die Verteidigung des Wegerechts auf den *cañadas* sowie weiterer öffentlicher Güter wie der Lebensqualität und wird durch die Beteiligung einer großen Menschenmenge an der Ausübung von Gewohnheitsrechten bekräftigt.

6 Abschließende Betrachtung: Die Konvergenz szenischer und substanzialer Landschaft im Einsatz für landschaftliche Teilhabe

Dieser Beitrag hat grundlegend in das binäre Landschaftskonzepts Kenneth R. Olwigs eingeführt. Dieser unterscheidet die substanziale Landschaft, deren Ursprung die vorkapitalistischen Gebiete Nordeuropas sind, von der szenischen Landschaft, die ein Ergebnis frühkapitalistischer Entwicklungen ist. Während Erstere gewohnheitsrechtlich durchwirkt ist und den Menschen aktiv an der Formung der Landschaft beteiligt, geht Letztere mit abstrakten Repräsentationen und exklusiver Privateigentümerschaft von Ländereien einher, die den Menschen in eine unbeteiligte Beziehung zur Landschaft setzen. Olwig zufolge gehen die beiden Landschaften nicht nur mit verschiedenen Zugehörigkeitsgefühlen einher – »One can belong to the land, or the land can belong to you« (Olwig 2008: 84) – sondern unterscheiden sich auch in ihren rechtlichen Begründungsformen. Während Olwig die substanziale Landschaft konstituierende Gewohnheitsrecht für in seiner moralischen Kraft überzeugender und historisch anpassungsfähiger hält, betrachtet er das auf Vernunftprinzipien gründende Naturrecht als seine sinnvolle Ergänzung.

Eine erste wesentliche Erkenntnis dieses Beitrags ist, dass sich die beiden unterschiedenen Landschaftsformen besonders eignen, um die verschiedenen Bedeutungen und Verwendungen des spanischen Landschaftsbegriffs Dehesa zu beleuchten. Dehesa bezieht sich überwiegend auf eine durch äußere Merkmale, nämlich den Bestand von Stein- und Korkeichen, definierte und damit vor allem visuell wahrgenommene Landschaft. Ungleiche Eigentumsverhältnisse und die Darstellung der Dehesa als Habitat halbwild lebender Ibérico-Schweine in der Vermarktung des kulinarischen und kulturellen Erbes der Region lassen auf ein eher szenisches Verständnis dieser Landschaft schließen. Im Gegensatz dazu verwendet die Dorfbevölkerung Siruelas den Begriff, um die örtliche Allmende, die Dehesa de Siruela, zu bezeichnen. De-

hesa ist in diesem Fall somit nicht optisch definiert, sondern hat eine im Kern besitz- und nutzungsrechtliche Bedeutung. Mit Blick auf die jahrhundertalte Geschichte des Dorfs, dessen Bevölkerung die gewohnheitsrechtliche Nutzung der Ländereien wiederholt und erfolgreich gegenüber dem Adel verteidigte, lässt sich hier die nachdrückliche Aufrechterhaltung einer substanziellen Landschaft ausmachen.

Übertragen auf das rituelle Handeln in Landschaften wird Olwigs Unterscheidung szenischer und substanzieller Landschaften noch strikter: Im Falle des angelsächsischen »*Beating the bounds*« seien Tradition und Kostüm die sentimentalsten Überbleibsel dessen, was einst die ausdrückliche Geltendmachung von Gewohnheitsrechten und die von ihm geschützten Praktiken (*customs*) war. Der Verallgemeinerung dieses Befunds widerspricht die zweite wesentliche Erkenntnis dieses Beitrags: Auch wenn traditionelle und folklorereiche Feste im ländlichen Raum auf den ersten Blick auf einer passivierten Landschaft aufgeführt zu werden scheinen, kann eine vertiefende Analyse substanzielle Elemente der Beziehung von Menschen und ihrer Landschaft offenbaren. Damit sind sie eine besonders fruchtbare Quelle ethnographischer Erkenntnisse, die sich unter dem Gesichtspunkt der Landschaftsgerechtigkeit fassen und diskutieren lassen. Das Beispiel des Transhumanzfestes in Siruela hat gezeigt, dass dessen Organisator*innen Spektakel und Inszenierung gerade zur Bekräftigung ihrer substanziellen Forderungen heranziehen. Um sich über die konkrete Landschaft hinaus sichtbar zu machen, werden Ästhetik und Folklore bewusst eingesetzt, um Besucher*innen anzulocken und zu vergnügen. Vielmehr noch wurde das Transhumanzfest sogar als Tradition erfunden, um Anspruch auf landschaftliche Teilhabe geltend zu machen, sowohl in Form von Gewohnheitsrechten für Zugang und Nutzung von Ländereien als auch in Form verbundener Güter wie der örtlichen Lebensqualität. An diesem Punkt fallen prozedurale und materielle Landschaftsgerechtigkeit zusammen: Durch die kollektive Ausübung allgemeiner Wege- und Nutzungsrechte wird deren Gültigkeit öffentlichkeitswirksam bekräftigt und die Dehesa als gerechte Landschaft mit dem moralischen Ziel des Gemeinwohls behauptet.

Danksagung

Die diesem Beitrag zugrundeliegende Forschung wurde zwischen 2017 und 2021 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Son-

derforschungsbereichs 1070 »RessourcenKulturen« (Universität Tübingen) gefördert.

Literatur

- Cosgrove, Denis (1993): *The Palladian Landscape: Geographical Change and its Cultural Representations in Sixteenth-Century Italy*. University Park, Pennsylvania: Pennsylvania State University Press.
- Cosgrove, Denis (2008): *Geography and vision: Seeing, Imagining and Representing the World*. London und New York: I.B. Tauris.
- Hobsbawm, Eric (1983): »Introduction: Inventing Traditions«, in: Eric Hobsbawm/Terence Ranger (Hg.), *The Invention of Tradition*. Cambridge 1983: Cambridge University Press, S. 1–14.
- Melles, Maike (2021): »The Representation of the Dehesa Landscape in Spanish Local Museums«, in: Martin Bartelheim/Leonardo García-Sanjuán/Roland Hardenberg (Hg.), *Human-Made Environments. The Development of Landscapes as Resource Assemblages*. Tübingen: Tübingen University Press, S. 35–51.
- Melles, Maike (2023a): *Landscape as a Resource: Reinventing Heritage in the Spanish Dehesa*. Dissertationsschrift. Johann-Wolfgang-Goethe-Universität zu Frankfurt a.M.
- Melles, Maike (2023b): »Rooting Pigs in a Plural Landscape: Human and Porcine Place-making in the Spanish Dehesa«, in: *Etnofoor* 35 (2), S. 85–100.
- Mels, Tom/Mitchell, Don (2013): »Landscape and Justice«, in: Nuala C. Johnson/Richard H. Schein/Jamie Winders (Hg.): *The Wiley-Blackwell Companion to Cultural Geography*. Malden (MA), Oxford und Chichester: John Wiley and Sons, S. 209–224.
- Mitchell, Don (2023): »Landscape Justice«, in: Johanna Ohlsson/Stephen Przybylinski (Hg.), *Theorising Justice. A Primer for Social Scientists*. Bristol: Bristol University Press, S. 205–222.
- Olwig, Kenneth R. (1996): »Recovering the Substantive Nature of Landscape«, in: *Annals of the Association of American Geographers* 86/4, S. 630–653.
- Olwig, Kenneth R (2002): *Landscape, nature and the body politic. From Britain's Renaissance to America's New World*. Madison. University of Wisconsin Press.

- Olwig, Kenneth R. (2005): »The Landscape of ›Customary‹ Law versus that of ›Natural‹ Law«, *Landscape Research* 30/3, S. 299–320.
- Olwig, Kenneth R. (2007): »Norden and the ›Substantive Landscape: A Personal Account«, in: *Geografiska Annaler* 89 B (3), S. 283–286.
- Olwig, Kenneth. (2008): »Performing on the Landscape versus Doing Landscape: Perambulatory Practice, Sight and the Sense of Belonging«, in: Ingold, Tim, und Jo Lee Vergunst (Hg.): *Ways of Walking. Ethnography and Practice on Foot*. Aldershot: Ashgate, S. 81–91.
- Pinto Correia, Teresa/Herrera, Pedro M./Acosta Naranjo, Rufino (2022): »Landowners«, in: Teresa Pinto Correia/Maria Helena Guimarães/Gerardo Moreno/Rufino Acosta Naranjo (Hg.), *Governance for Mediterranean Silvopastoral Systems. Lessons from the Iberian Dehesas and Montados*. London und New York: Routledge, S. 23–37.
- Real Academia Española (2024): »Dehesa«, *Diccionario de la lengua española* (version 23.5 online). <https://dle.rae.es/dehesa?m=form> (letzter Zugriff am 26.07.2024).
- Rodríguez Serrano, Casildo (2012): »Siruela, capital de la Mesta«, [Siruela, Hauptstadt der Mesta.], in: *Federación de Asociaciones Culturales de La Siberia, La Serena y las Vegas Altas (SISEVA; Hg.)*, IV Encuentros de estudios comarcales. Vegas Altas, La Serena y La Siberia. Badajoz: Diputación de Badajoz, S. 55–90.
- Thompson, Edward P. (1971): »The moral economy of the English crowd in the eighteenth century«, *Past & Present* 50, S. 76–136.
- Thompson, Edward P. (1993): *Customs in Common: Studies in Traditional Popular Culture*. New York: The New Press.

Eine Wohnung auf dem Lande: Perspektiven für mehrgeschossige DDR-Neubauten im südlichen Mecklenburg-Vorpommern

Richard Pantzier

1 Ungesehene Wohnrealitäten?

Mehrgeschossige DDR-Wohnneubauten in Dörfern erscheinen heutzutage als Zeugnisse einer vergangenen Zeit. Dies lässt sich nicht allein mit dem Ende des politischen Systems ihrer Entstehungszeit begründen, sondern mehr noch dadurch, dass sie den gängigen Vorstellungen des Wohnens auf dem Land nicht entsprechen. Im agrarisch geprägten südlichen Mecklenburg-Vorpommern stellen die Geschossbauten bis heute einen für die Kulturlandschaft charakteristischen Wohnbautypus dar: Die häufig in industrieller Bauweise errichteten Gebäude heben sich durch ihre Drei- bis Viergeschossigkeit von der zumeist aus Einfamilienhäusern bestehenden umgebenden Wohnbebauung ab und prägen die Silhouetten vieler größerer Dörfer. Sie fallen auf – und heraus aus dem Bild, das mit ländlichen und abseits der Metropolregionen gelegenen Regionen gemeinhin assoziiert wird.

Die verbreiteten Vorstellungen von Ländlichkeit, die auch das Bild ländlicher Räume und des Wohnens in ihnen prägen, orientieren sich in normativer Weise an konkreten räumlichen Eigenschaften, wie etwa Ruhe, privatem Eigentum und Rückzugsmöglichkeit (Baumann 2018: 202). Aus einer Außenperspektive erscheint die Entscheidung für das Mieten einer Geschosswohnung in einer dünn besiedelten, ländlichen Region zunächst abwegig, da sie nicht den »gesellschaftliche[n] Normen eines guten Wohnens« (Peter/Tippel/Steinführer 2022: 118) auf dem Land entspricht. Im Umkehrschluss findet die Lebenswirklichkeit des mehrgeschossigen Wohnens in der Vorstellungswelt zur Ländlichkeit entweder keine oder lediglich eine randständige Berücksichtigung. Neben diesen alltagsweltlichen Beobachtungen spiegelt sich eine

Unterrepräsentation von Fragestellungen zu ländlichem Wohnen auch in raumwissenschaftlichen Diskussionen wider. So werden beispielsweise in der jüngeren Wohnungsforschung ländliche, peripher gelegene Räume bisher nur in Ausnahmefällen betrachtet (Schönig 2020; Schenkel/Großmann 2021). Fragen nach bezahlbarem und geeignetem (Miet-)Wohnraum drängen sich jedoch nicht nur in den Metropolregionen auf, sondern werden insbesondere dort relevant, wo der Mietwohnungsmarkt nur geringe Anreize für private Investitionen bietet (Schönig 2020: 224; Maschke/Mießner/Naumann 2021: 76).

Abbildung 10: DDR-Neubau (dreigeschossig mit ausgebautem Satteldach) an der Dorfstraße, Mecklenburg-Vorpommern. Beispielfoto.



Quelle: Foto Richard Pantzier

In ländlichen Regionen können mehrgeschossige Bestandsbauten nicht nur in ökologischer Hinsicht zur Einsparung der Flächeninanspruchnahme

beitragen, sondern bieten dort womöglich auch das Potenzial zur Schaffung einer diverseren Alters- und Haushaltsstruktur – schließlich bildet der Mangel an geeignetem Wohnraum einen wichtigen Grund für den Wegzug aus ländlichen Räumen (vtw 2018: 3; K-Punkt Ländliche Entwicklung 2024).

Der vorliegende Beitrag präsentiert die Ergebnisse einer Fallstudie¹ zu mehrgeschossigen DDR-Neubauten in Dörfern in der Region des südlichen Mecklenburg-Vorpommerns. Mit der Untersuchung sollen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welche Personengruppen gegenwärtig in den ländlichen DDR-Neubauten geeigneten Wohnraum finden und welche Perspektiven und Hemmnisse sich für die Kommunen im Sinne einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung durch die Gebäude ergeben. Die Beantwortung dieser Fragen berührt auch gerechtigkeitsbezogene Aspekte, die die Perspektiven der Wohnrauminteressent*innen mehrgeschossigen ländlichen Wohnraums sowie der ländlichen Kommunen, in denen solcher Wohnraum vorhanden ist, betreffen. Ein Beispiel hierfür ist die Möglichkeit der freien Wahl des eigenen Wohnorts und wirft die Frage auf, für wen Dörfer und ländliche Regionen gemacht sind und wer in ihnen anerkannt ist. Der Beitrag schließt daher mit einem Ausblick auf mögliche Anknüpfungspunkte der Fallstudie an gegenwärtige Debatten um räumliche Gerechtigkeit, die in weiterführenden Forschungen aufgegriffen werden können.

2 Fallstudie zu drei DDR-Neubauten im südlichen Mecklenburg-Vorpommern

Im Rahmen der Fallstudie zu mehrgeschossigen DDR-Neubauten im südlichen Mecklenburg-Vorpommern wurden in drei verschiedenen Dörfern – jeweils anhand eines Gebäudes – Fragen heutiger Nutzungsansprüche hinsichtlich der Gebäude sowie Perspektiven für diese im ländlichen Kontext thematisiert. Im Jahr 2022 wurden zu jedem der drei Fälle standardisierte qualitative Interviews mit Bewohner*innen zweier Haushalte sowie mit einer Person durchgeführt, die im Dorf oder der Gemeinde administrative Funktionen ausübt. Zur Wahrung der Anonymität werden die Dörfer oder die Gebäude im Folgenden mit den Buchstaben A, B und C bezeichnet, die ebenfalls für die Ge-

1 Die dem Beitrag zugrunde liegende Fallstudie wurde im Rahmen der Masterarbeit des Autors im Studiengang Landnutzungsplanung an der Hochschule Neubrandenburg durchgeführt.

sprache mit den administrativen Funktionsträger*innen gelten. Für die sechs befragten Haushalte werden die Ziffern I bis VI verwendet.

Bei der Auswahl der Dörfer kamen solche mit einer vergleichbaren, mittleren Entfernung von 25 bis 35 Kilometern zum Oberzentrum der Region Neubrandenburg infrage, um suburban geprägte Stadt-Land-Verflechtungen ein Stück weit vernachlässigen zu können. Die drei Fälle der Studie ergaben sich schließlich durch Einzelpersonen, die Informationen zu möglichen zu befragenden Bewohner*innen in den Gebäuden bereitstellten oder Kontaktmöglichkeiten teilten. Lediglich in einem Fall (I) kam es spontan und ohne vorherigen Hinweis beim Vor-Ort-Besuch zu einem Interview. Alle interviewten Bewohner*innen sind Mieter*innen ihrer Wohnungen. Im Rahmen der Gespräche wurden die Bewohner*innen insbesondere zu den Beweggründen für ihren Ein- und möglicherweise geplanten Auszug, zur empfundenen Qualität des Wohnraums sowie zur sozialen Einbettung in die Nachbarschaft und das Dorf befragt. In den Gesprächen mit den administrativen Funktionsträger*innen stand stärker die überindividuelle Perspektive des Dorfes im Vordergrund. So wurde nach der Sichtweise der Dorfbevölkerung auf die Gebäude und ihre Bewohner*innen sowie nach der Rolle der Gebäude für die Dörfer und Gemeinden gefragt.

Die drei untersuchten Gebäude weisen jeweils vier Wohngeschosse mit 14 oder 24 Wohneinheiten (WE) und einer hausinternen Verteilung von Ein-, Zwei-, Drei- und Vierraumwohnungen auf, wobei Zwei- und Dreiraumwohnungen überwiegen. Die DDR-Neubauten wurden zwischen Mitte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre von den Kommunen errichtet. Ihre Erbauung fällt sowohl in die Zeit der fortgeschrittenen Kollektivierung der Landwirtschaft als auch des 1973 beschlossenen und vor allem in den größeren (Industrie-)Städten umgesetzten Wohnungsbauprogramms der DDR. Dies ist bemerkenswert, da bis in die 1970er Jahre in der auf Bezirksebene des Parteiapparates angesiedelten Territorialplanung noch Leitbilder zu einer umfassenden Konzentration der ländlichen Bevölkerung in ländlichen Siedlungszentren Gültigkeit besaßen. Diese Planungen sahen die Aufgabe einer Vielzahl kleinerer Dörfer und Kleinstsiedlungen in den Nordbezirken vor, worunter auch die drei Dörfer der Fallstudie gefallen wären (Büro für Territorialplanung 1971: Blatt 71; Albrecht/Albrecht 2005: 20–21). Neben fehlenden Ressourcen für die Umsetzung dieser radikalen Neuordnung der Siedlungsstruktur war der akute Mangel an jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften in der Landwirtschaft ausschlaggebend für den Bau neuer Wohngebäude. Der Prozess der Industrialisierung in der Landwirtschaft führte zu einer Zu-

nahme von Betriebsgrößen bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeitskräfte pro Fläche, die aber besser ausgebildet sein mussten. Im Zusammenhang mit teils unattraktiven Arbeitsbedingungen und fehlenden Erwerbsalternativen abseits der Landwirtschaft war im noch landwirtschaftlich geprägten Bezirk Neubrandenburg die Abwanderung junger Menschen in größere Städte und andere Bezirke die Folge (Grundmann 1997: 112–113). Durch den Bau moderner Wohnungen mit Bad und Zentralheizung sollte dieser Entwicklung entgegengewirkt werden: So wurden die Neubauten in den drei untersuchten Beispielen in erster Linie für Beschäftigte der Tierproduktion gebaut, die besonders vom Arbeitskräftemangel betroffen war (Krenz 1996: 165).

3 Ankunftsorte und plurale Wohnbiographien

Die gegenwärtige Situation der drei Gebäude gestaltet sich trotz der ähnlichen Voraussetzungen sehr unterschiedlich: Die beiden Wohnbauten A und C waren zum Zeitpunkt der Befragung noch im Besitz der Kommunen, während das Beispiel B einige Jahre nach der Wiedervereinigung an eine Privatperson veräußert worden war. Dieses Gebäude ist heute nahezu voll belegt (Interview B), wohingegen die Leerstandsquote im Beispiel C sehr hoch ist (Interview C); Gebäude A wies zum Zeitpunkt der Befragung eine abnehmende Tendenz des Leerstands auf (Interview A).

Die Struktur der befragten sechs Haushalte lässt erkennen, für wen der Wohnraum in DDR-Neubauten auf dem Land interessant und notwendig sein kann. Die befragten Haushalte unterscheiden sich zwar in der Anzahl der Personen, ihrer altersmäßigen Zusammensetzung und der Wohndauer: Das Spektrum reicht hierbei vom Einpersonenhaushalt in einer Zweiraumwohnung (V) bis zum Vierpersonenhaushalt einer Vierraumwohnung (I und VI). Anhand der befragten Bewohner*innen und der Verteilung von Wohnungsgrößen in den Gebäuden deutet sich jedoch an, dass gerade solche Haushalte geeigneten Wohnraum in den betrachteten DDR-Neubauten finden können, die nicht der klassischen Kleinfamilien-Konstellation entsprechen, wie etwa jüngere und ältere Menschen. Zwei der befragten Haushalte werden von Alleinerziehenden mit Kind gebildet (III und IV), zwei weitere bestehen aus Personen im Ruhestand (II und V; vgl. Beobachtungen bei Zierold 1997: 547).

Ein wesentliches Kriterium stellt die Wohndauer dar: Das Phänomen des jahrzehntelangen Bleibens in ein und derselben Wohnung ist zwar in den DDR-Neubauten noch präsent, scheint jedoch in den betrachteten Gebäuden

gegenüber früheren Zeiten nachzulassen (Interviews I, II, A, B, C). Drei der Haushalte wohnten zum Zeitpunkt der Befragung erst seit zwei bis drei Jahren in den DDR-Neubauten und sind von außerhalb der Region zugezogen (Interviews III, IV, V). Zwei dieser Haushalte (III, IV) sowie ein weiterer Haushalt (VI) können als Rückkehrer*innen bezeichnet werden, da einzelne Mitglieder der Haushalte im Neubau, im Dorf oder im Nachbardorf aufgewachsen sind und nach Lebensphasen in anderen Bundesländern zurückgekehrt sind. Folglich besteht einerseits eine längere Verbindung zu den Dörfern und Gebäuden. Andererseits lässt die zum Zeitpunkt der Befragung noch kurze Wohndauer auf eine höhere Fluktuation von Bewohner*innen schließen und zeigt die Bedeutung der drei betrachteten DDR-Neubauten für den Zuzug von Menschen über die Gemeinde- und sogar Regionsgrenzen hinweg auf (Interviews A, B; vgl. eine Gemeindestudie von Ernst 2010: 276–277).

Die Bewohner*innen wechseln ihre Wohnungen auch innerhalb der Neubauten. Drei der befragten Mietparteien bewohnten vor ihrer aktuellen Wohnung eine andere Neubauwohnung im selben Gebäude oder einem anderen DDR-Neubau im Dorf (Interviews I, III, VI). Die Verteilung verschiedener Wohnungsgrößen in einem Gebäude ermöglicht die Verkleinerung oder Vergrößerung der eigenen Wohnfläche, mitunter ohne die Adresse zu wechseln. Dies kann etwa dann erforderlich werden, wenn sich Partner*innen- oder Familienkonstellationen ändern. Von den sechs befragten Haushalten konnten sich lediglich die beiden im Ruhestand vorstellen, langfristig in ihren Wohnungen zu bleiben (Interviews II, V). Hierbei spielt vermutlich eine Rolle, dass mit zunehmendem Alter die Pflege eines eigenen Hauses mit Grundstück mühseliger und eine Änderung in der Konstellation der Haushaltszusammensetzung unwahrscheinlicher wird.

Zum Zeitpunkt der Befragung hatten zwei der befragten Haushalte bereits den Entschluss gefasst, in naher Zukunft auszuziehen (Interviews I, VI). Haushalt VI erwartet Nachwuchs und plant den Umzug in ein Eigenheim in der Region. Der DDR-Neubau C bildet für den zurückgekehrten Haushalt VI den Ort zur (Wieder-)Ankunft in der Region, von dem aus ohne Zeitdruck nach einem passenden Eigenheim gesucht werden kann. Die Suche vor Ort erweist sich aufgrund der langen Wartezeit auf verfügbare Einfamilienhäuser oder Bauparzellen in den Dörfern als vorteilhaft (Interviews VI, A, B, C). Eine ähnliche Strategie verfolgte eine andere Familie im Gebäude A, die für die Dauer der Bauzeit des Eigenheims im DDR-Neubau wohnte (Interview IV). Die Untersuchung zeigt anhand der Befragung der Mieter*innen auf, dass die DDR-Neubauten Ankunftsorte in der ländlichen Region darstellen und plurale

ländliche Wohnbiographien ermöglichen können. Auch auf dem Land können sich Lebenssituationen und Wohnvorstellungen mitunter unvorhergesehen ändern, was in der verbreiteten Vorstellung des Einfamilienhauses als idealem Ziel ländlicher Wohnbiographien oft unberücksichtigt bleibt (etwa bei Hahne 2021: 186).

4 Veränderte Rahmenbedingungen und die Aufgabe kommunalen Eigentums

Für die Nachfrage nach Wohnraum in Geschosswohnbauten auf dem Land sind die lokalen Bedingungen der infrastrukturellen Ausstattung des Dorfes von zentraler Bedeutung (Simmank 2020: 193). Offensichtlich wird dies bei einer Betrachtung des Falls A: Der Leerstand im Gebäude war nach der Wiedervereinigung bis vor wenigen Jahren so hoch, dass im Ort die Notwendigkeit seines Erhalts angezweifelt wurde. Im Jahr 2015 konnten leerstehende WE von Geflüchteten bewohnt werden, die aber nur kurze Zeit blieben (Interview A). Zum Zeitpunkt des Einzugs des Haushalts III im Jahr 2019 stand die Hälfte der 24 WE im Gebäude leer (Interview III). Zu dieser Zeit wurde in einem direkten Nachbardorf von A ein ebenfalls 24 WE umfassender DDR-Neubau abgerissen. In den Beginn der Corona-Pandemie fiel zudem die Eröffnung einer freien Schule im Dorf A, das nach der Schließung der Grundschule im Ort über einen Zeitraum von zehn Jahren kein Schulstandort war. Beide Entwicklungen veränderten die Wohnungsnachfrage im Dorf A und gingen mit einer deutlichen Abnahme des Leerstands im DDR-Neubau A einher. Zum Zeitpunkt der Befragung 2022 hatte dieser – abgesehen von 2015 – mit lediglich drei WE den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten erreicht (Interview A). Jüngere Menschen mit Kindern erhielten mit Eröffnung der Schule im Dorf A neue Bleibe- und Zuzugsperspektiven. Die positive Entwicklung des abnehmenden Leerstands im Beispiel A ist dabei weniger auf eine langfristige Strategie zurückzuführen als dem Zusammentreffen mehrerer äußerer Umstände zu verdanken. Diese führten trotz des jahrelang hohen Leerstandes vorerst zum Erhalt des Gebäudes A.

Abbildung 11: Dorf mit DDR Neubau (viergeschossig) in landwirtschaftlich genutzter Umgebung, Mecklenburg-Vorpommern. Beispielfoto.



Quelle: Foto Richard Pantzier

Die Entwicklung in den beiden anderen Beispielen B und C nahm eindeutiger einen positiven oder negativen Verlauf: Während der Wohnraum in privater Hand im Gebäude B seit Längerem konstant nachgefragt wird (Interview B), ist im Fall C seit einiger Zeit eine Zunahme des Leerstands zu verzeichnen (Interview C). Im Gespräch mit dem*der Funktionsträger*in C wurde nicht allein der Leerstand, sondern ebenfalls die zunehmende Konzentration sozioökonomisch benachteiligter Bewohner*innen problematisiert (ebd.). Während ältere Bewohner*innen nach und nach weggezogen oder verstorben sind, waren zum Zeitpunkt der Befragung 2022 noch fünf der 14 WE durch mehrheitlich jüngere Personen bewohnt. Beim Vor-Ort-Besuch stellte sich der äußerliche Zustand des Hauses als sanierungsbedürftig dar,

und sowohl Bewohner*innen als auch der*die Funktionsträger*in rieten Außenstehenden den Zutritt zum Haus ab. Instandsetzungsmaßnahmen wurden offensichtlich seit einigen Jahren nicht mehr getätigt. Nach dem Gemeindebeschluss zum Abriss wurde den verbliebenen Bewohner*innen 2021 mitgeteilt, dass sie ausziehen müssten. Dabei wurde ihnen das Angebot unterbreitet, eine ebenfalls leerstehende Wohnung in einem der beiden anderen DDR-Neubauten im Dorf C zu beziehen (ebd.). Aufgrund des teilsanierten Zustands dieser Wohnungen zögerten die verbliebenen fünf Mietparteien zum Zeitpunkt der Befragung 2022 ihren Umzug hinaus. Nach dem Auszug aller Bewohner*innen und dem Abriss des Gebäudes C soll das Grundstück neuparzelliert, verkauft und mit Eigenheimen bebaut werden (ebd.).

In beiden Fällen A und C der Studie befinden sich die Gebäude noch im Eigentum der Kommunen. Die Leerstandsproblematik führte in den Dörfern zu Diskussionen über Möglichkeiten der baulichen Anpassung an die veränderte Nachfrage durch einen Abriss oder Teilrückbau. Dabei wurde nicht nur der Leerstand selbst, sondern auch eine Konzentration sozioökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den bewohnten Teilen der Gebäude als Argument für einen Rückbau hervorgebracht (Interviews A, C). In den Gesprächen mit den administrativen Funktionsträger*innen wurde ersichtlich, dass die dörflich geprägten Kommunen in Bezug auf bauliche Maßnahmen an ihren 14 oder 24 WE umfassenden Gebäuden auf die Option des kompletten Abrisses beschränkt sind. Ein Teilrückbau von einzelnen Geschossen sei finanziell durch die jeweilige Gemeinde nicht zu stemmen. Die Fördermöglichkeiten für bauliche Eingriffe an den Gebäuden gelten entweder nur für einen Rückbau des gesamten Gebäudes (Interview C) oder würden im Falle des Teilrückbaus lediglich einen zu vernachlässigenden Anteil an den Gesamtkosten decken (Interview A). Ein Teilrückbau wurde entsprechend in beiden Fallbeispielen nicht weiterverfolgt.

Prekär erscheint dabei die Situation, dass beiden Kommunen selbst bei niedrigem Leerstand die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen für eine dauerhafte Unterhaltung der Gebäude fehlen (Interviews A, C). Der Leerstand von Wohnungen führt nicht zu einem geringeren Aufwand in der Unterhaltung der Gebäude. Gleichzeitig müssen Rücklagen für Investitionen wie die Modernisierung der Energieversorgungsanlagen geschaffen werden. Die im Gegensatz zu früheren Jahren höhere Fluktuation von Bewohner*innen bedingt zudem einen entsprechend größeren Aufwand in der Übergabe von Wohnungen an neue Mieter*innen (Interviews A, B, C). Die hohe Belastung der Kommune führte im Fallbeispiel A trotz des inzwischen niedrigen Leerstands

schließlich zum Verkauf des Gebäudes an eine regional agierende Wohnungsverwaltung. Zum Zeitpunkt der Befragung war der Verkauf bereits beschlossen, die Bewohner*innen waren jedoch noch nicht informiert (Interview A).

5 Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Fallstudie hat in zwei der drei untersuchten Fällen aufgezeigt, dass DDR-Neubauten relevante Orte des Ankommens und der Rückkehr auf dem Land sein können. Dadurch tragen sie zur Lebendigkeit und soziodemographischen Heterogenität der ansonsten durch Eigenheime im Privatbesitz geprägten Dörfer bei (Interviews A, B). Für die Bewohner*innen bieten die Gebäude eine gewisse Flexibilität, mit sich verändernden Lebenssituationen umzugehen (Interviews II, III, VI). Dies trifft im Fall A ebenfalls auf die Kommune zu, die mit dem DDR-Neubau über eine Ressource zur Aufnahme zuziehender Personen im Zuge sich wandelnder Rahmenbedingungen verfügte. Die Handlungsoptionen der Kommunen im Umgang mit den DDR-Neubauten sind dennoch in den Fällen A und C auf den Verkauf oder den Rückbau und anschließenden Verkauf der neu entstehenden Bauparzellen beschränkt. In beiden Fällen führen die Zwänge der Kommunen dazu, dass die öffentliche Steuerungsfähigkeit der Wohnraumversorgung langfristig aufgegeben wird. Die Bewohner*innen wurden jeweils nicht in den Entscheidungsprozess mit einbezogen, sondern erst im Nachhinein vor vollendete Tatsachen gestellt. Wenngleich der öffentliche Handlungsdruck in beiden Fällen zu einer zeitnahen Entscheidungsfindung geführt haben mag, waren zumindest leichte Vorbehalte auf Seiten der administrativen Funktionsträger*innen gegenüber den Bewohner*innen der DDR-Neubauten zu vernehmen. Zur Einordnung der Ergebnisse der Fallstudie und für die fortlaufende Thematisierung des mehrgeschossigen Wohnens in Dörfern und seiner Rolle für ländliche Kommunen bieten sich weiterführende Untersuchungen an.

Neben dem empirischen Forschungsbedarf lassen die Erkenntnisse der Fallstudie verschiedene Anknüpfungspunkte an aktuelle Diskussionen zu räumlicher Gerechtigkeit² erkennen (Redepenning/Singer 2019; Dudek/

2 Da sowohl Raum als auch Landschaft aus konstruktivistischer Perspektive erst in Prozessen gesellschaftlicher Aushandlung entstehen, sollten in der Auseinandersetzung immer auch Fragen nach den inhärenten Machtverhältnissen adressiert werden (Gailing 2015: 38). An dieser Stelle erfolgt die Verwendung des Begriffs der räumlichen Ge-

Zademach/Miosga 2023; Eichenauer 2023). Die Untersuchung zu ländlichen DDR-Neubauten erlaubt Rückschlüsse auf sozioökonomische, (wohnungs-)politische sowie kulturelle Aspekte des mehrgeschossigen Wohnens auf dem Land. Entsprechend bietet sich eine Gerechtigkeitsbetrachtung anhand verschiedener Dimensionen an, wie sie etwa von Eichenauer (2023) mit der Verteilungs-, Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit vorgenommen wird (vgl. Redepenning/Singer 2019; vgl. Gailing/Leibenath/Geldbach/Zscherneck/Wiechers in diesem Band).

In Bezug auf die Dimensionen der Verteilungs- und Anerkennungsgerechtigkeit stellt sich die übergreifende Frage, für welche Lebensentwürfe Dörfer und ländliche Regionen Platz bieten. Geschosswohnbauten stellen hier eine relevante Ergänzung zu vorherrschenden Wohnformen dar (Maschke/Mießner/Naumann 2021: 76) und ermöglichen die Ausgestaltung pluraler und nichtlinearer Wohnbiographien auf dem Land. Aspekte der Anerkennung von Mieter*innen in Geschosswohnbauten spielen in der Repräsentation in Form von verbreiteten Vorstellungen von Ländlichkeit (Baumann 2018: 202; Maschke/Mießner/Naumann 2021: 37) und ländlichem Wohnen (Peter/Tippel/Steinführer 2022: 118) eine Rolle und können gleichzeitig innerhalb der sozialen Gefüge dörflich geprägter Kommunen thematisiert werden. Im ostdeutschen Kontext wird die Anerkennung der in den DDR-Neubauten Wohnenden des Weiteren durch die beschleunigte Dynamik des agrarstrukturellen Wandels nach 1990 berührt, der zum Wegfall der meisten landwirtschaftlichen Arbeitsplätze geführt hat (Oswald/Dittrich 2010; Fock 2012). In Bezug auf ländliche Kommunen lassen sich Fragen der Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit adressieren: Einerseits liegen freiwillige und zusätzliche Aufgaben aufgrund der finanziellen und personellen Ausstattung oftmals außerhalb der kommunalen Handlungsspielräume (Schönig 2020: 213). Andererseits hat die Fallstudie aufgezeigt, dass existierende Förderprogramme kaum auf spezifische Realitäten ländlicher Kommunen zugeschnitten sind.

Im Rahmen weiterführender Forschungsarbeiten zum mehrgeschossigen Wohnen in ländlichen Räumen bietet sich eine Vielzahl von Themen und Betrachtungsebenen an. Auf Ebene der Kommunen ließe sich beispielsweise nach dem Zusammenhang zwischen dem vorhandenen Wohnungsangebot,

rechtigkeit synonym zu dem der Landschaftsgerechtigkeit, um an bisherige raumbezogene Untersuchungen von Gerechtigkeit in der deutschsprachigen Forschungslandschaft anzuschließen.

der Haushaltsstruktur und dem Wanderungsverhalten auf lokaler und regionaler Ebene fragen. Weiterhin könnte der Effekt lokaler Angebote der Daseinsvorsorge wie Bildungs-, Mobilitäts-, Nahversorgungs- oder medizinischen Einrichtungen auf die Nachfrage nach Mietwohnraum Gegenstand von Untersuchungen sein. In Bezug auf Fragen der Anerkennung ließe sich thematisieren, inwiefern die vor Ort handelnden Akteur*innen die »hegemoniale[n] Vorstellungen« (Redepenning/Singer 2019: 66) zu ländlichen Räumen selbst verinnerlichen und – ob unterbewusst oder bewusst – durch ihr Handeln über den Ein- und Ausschluss von Bevölkerungsgruppen mitbestimmen (Maschke/Mießner/Naumann 2021: 38). In diesem Kontext wäre zudem von Interesse, inwiefern Selbst- und Fremdbild der Bewohner*innen ländlicher Geschossbauten im Hinblick auf ihre Anerkennung als integraler Teil von Dorfgemeinschaften übereinstimmen oder auseinandergehen.

Weitere Auseinandersetzungen mit den Gerechtigkeitsdimensionen der Verteilung, der Verfahren und der Anerkennung sollten jedoch über die kommunale Ebene hinausgehen. Ein Ansatzpunkt wäre hierbei die Entwicklung von Modellen einer progressiven Strukturpolitik, die eine gerechtere Umverteilung von Finanzmitteln von den übergeordneten Ebenen nach unten, sowie auch zwischen den Kommunen im Sinne eines Stadt-Umland-Ausgleichs umfasst (Naumann/Mießner 2020: 196; Dudek/Zademach/Miosga 2023: 183). Diesbezüglich sind auch mögliche Unterstützungsangebote für Kommunen zu nennen, die den interkommunalen Wettbewerb entschärfen und den Austausch fördern würden (Schönig 2020: 223). Weiterhin bietet sich eine Evaluierung kommunaler Instrumente der Wohnraumversorgung an. Insbesondere für Regionen ohne einen profitablen Mietwohnungsmarkt sollte hierbei die Frage gestellt werden, ob das Wohnen als Teil der Daseinsvorsorge verstanden werden kann (ebd.: 224). Schließlich könnte danach gefragt werden, wie ländliche Realitäten auch abseits verbreiteter Vorstellungen in der Ausgestaltung von Förderprogrammen bedarfsgerecht abgebildet werden können. Die Debatte um räumliche Gerechtigkeit würde durch die genannten Punkte bereichert werden: Am Beispiel des Grundbedürfnisses Wohnen können dabei ungleich verteilte Belastungen offengelegt und Ansätze entwickelt werden, die eine nachhaltige und für alle Bevölkerungsgruppen lebenswerte Entwicklung ländlicher Räume als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen.

Literatur

- Albrecht, Gertrud/Albrecht, Wolfgang (2005): »Wüstungen – ein Aspekt der Siedlungsnetzgestaltung durch die Regionalplanung im DDR-Bezirk Neubrandenburg vor 40 Jahren«, in: Wilhelm Steingrube (Hg.): Beiträge zur Regionalentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Greifswald: Forum für Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung an der Universität Greifswald, S. 15–33.
- Baumann, Christoph (2018): *Idyllische Ländlichkeit*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Büro für Territorialplanung des Bezirks Neubrandenburg (1971): *Modell der Territorialstruktur des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses – Bezirk Neubrandenburg*, Band 1. Studienarchiv Umweltgeschichte Neubrandenburg, StUG 473–5, Blatt 71.
- Dudek, Simon/Zademach, Hans-Martin/Miosga, Manfred (2023): »Daseinsvorsorge und räumliche Gerechtigkeit in der bayerischen Raumordnungspolitik: Betrachtungen im Licht des Ansatzes der Fundamentalökonomie«, in: *Raumforschung und Raumordnung*, 82/2, S. 175–185.
- Eichenauer, Eva (2023): »Planungskonflikte und Gerechtigkeit: Konzeptionelle Überlegungen am Beispiel des Ausbaus der Windenergie im Nordosten Deutschlands«, in: *Raumforschung und Raumordnung*, 81/5, S. 509–522.
- Ernst, Frank (2010): »Fernab der Städte. Leben auf dem Lande in Ostdeutschland«, in: Eckhard Dittrich/Ingrid Oswald (Hg.): *Jenseits der Städte. Postsozialistische Lebensweisen in ländlichen Regionen Mittel- und Osteuropas (=Gesellschaftliche Transformationen, Band 16)*. Berlin/Münster: LIT, S. 265–283.
- Fock, Theodor (2012): »Beschäftigungswandel in der ostdeutschen Landwirtschaft – zwischen radikalem Arbeitsplatzabbau und aufkommender ›Leutenot‹«, in: Simone Kreher (Hg.): *Von der ›Leutenot‹ und der ›Not der Leute‹. Armut in Nordostdeutschland. Interdisziplinäre Fachtagung vom 2. bis 4. Juli 2008 am Alfred-Krupp-Wissenschaftskolleg in Greifswald*. Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 305–316.
- Gailing, Ludger (2015): »Landschaft und produktive Macht. Auf dem Weg zur Analyse landschaftlicher Gouvernamentalität«, in: Susanne Kost/Antje Schönwald (Hg.): *Landschaftswandel – Wandel von Machtstrukturen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 37–51.
- Grundmann, Siegfried (1997): »Territorialplanung in der DDR: Indikatoren zur Analyse regionaler Disparitäten – Die sozialräumliche Struktur der DDR

- in den 80er Jahren«, in: Annette Becker (Hg.): Regionale Strukturen im Wandel. Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den Neuen Bundesländern, Band 5.1. Opladen: Leske+Budrich, S. 105–146.
- Hahne, Ulf (2021): »Entwicklungen & Trends 2020. Krise und Transformation – Corona und die ländlichen Räume«, in: AgrarBündnis e. V. (Hg.), 2021: Der kritische Agrarbericht. Welt im Fieber – Klima & Wandel. Hamm: ABL Bauernblatt Verlags- GmbH, S. 185–190. https://kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2021/KAB_2021_185_190_Hahne.pdf (letzter Zugriff am 15.11.2024).
- K-Punkt Ländliche Entwicklung (2024): Junges Wohnen. Hintergrund. <https://www.jungeswohnen.land/junges-wohnen/> (letzter Zugriff am 15.11.2024).
- Krenz, Gerhard (1996): Notizen zur Landwirtschaftsentwicklung in den Jahren 1945–1990. Erinnerungen und Bekenntnisse eines Zeitzeugen aus dem Bezirk Neubrandenburg. Schwerin: Ministerium für Landwirtschaft und Naturschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern.
- Maschke, Lisa/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2021): Kritische Landforschung. Umkämpfte Ressourcen, Transformationen des Ländlichen und politische Alternativen. Kritische Landforschung, Band 1. Bielefeld: transcript.
- Naumann, Matthias/Mießner, Michael (2020): »Nachhaltiges Wohnen auf dem Dorf? Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel ›Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage««, in: sub|urban, 8/1/2, S. 193–198.
- Oswald, Ingrid/Dittrich, Eckhard (2010): »Schichtende. Von der Schließung ›industrialisierter Dörfer‹ in post-sozialistischen Gesellschaften«, in: Eckhard Dittrich/Ingrid Oswald (Hg.): Jenseits der Städte. Postsozialistische Lebensweisen in ländlichen Regionen Mittel- und Osteuropas (=Gesellschaftliche Transformationen, Band 16). Berlin/Münster: LIT, S. 35–57.
- Peter, Heike/Tippel, Cornelia/Steinführer, Annett (2022): Wohnstandortentscheidungen in einer wohnbiographischen Perspektive. Eine explorative Studie in ländlichen und großstädtischen Kontexten. Thünen-Report 93. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Redepenning, Marc/Singer, Raphael (2019): »Raumbezogene Gerechtigkeit als zentrales Element ländlicher Entwicklung: Ein kritischer Blick auf Nancy Frasers Figurationen von Gerechtigkeit aus raumsensibler Perspekti- ve«, in: Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.): Kritische Geographien

- ländlicher Entwicklung. Globale Transformationen und lokale Herausforderungen. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 58–72.
- Schenkel, Kerstin/Großmann, Katrin (2021): »Wohnen in Kleinstädten. Zwischen Potenzial- und Problemheuristiken«, in: Annett Steinführer/Lars Porsche/Martin Sondermann (Hg.), 2021: Kompendium Kleinstadtfor- schung. Forschungsberichte der ARL 16. Hannover: Verlag der ARL, S. 235–257.
- Schönig, Barbara (2020): »Unter dem Radar. Wohnungsfragen abseits der Wachstumsräume in Thüringer Klein- und Mittelstädten«, in: Barbara Schönig/Lisa Vollmer (Hg.): Wohnungsfragen ohne Ende?! Ressourcen für eine soziale Wohnraumversorgung. Bielefeld: transcript, S. 207–227.
- Simbank, Maike (2020): »Wohnen auf dem Land: Infrastrukturen für »gleichwertige Lebensverhältnisse«, in: Barbara Schönig/Lisa Vollmer (Hg.): Woh- nungsfragen ohne Ende?! Ressourcen für eine soziale Wohnraumver- sorgung. Bielefeld: transcript, S. 193–205.
- vtw (Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V.) (2018): Entwick- lung ländlicher Raum – 6 Thesen. <https://vtw.de/wp-content/uploads/Thesen-1%C3%A4ndlicher-Raum-final.pdf> (letzter Zugriff am 15.11.2024).
- Zierold, Katja (1997): »Veränderungen von Lebenslagen in ländlichen Räumen der neuen Bundesländer«, in: Becker, Annette (Hg.): Regionale Strukturen im Wandel. Beiträge zum Bericht 5 »Städte und Regionen. Räumliche Fol- gen des Transformationsprozesses«. Opladen: Leske+Budrich, S. 501–567.

Landschaftsgerechtigkeit in der Transformation: das Beispiel der Lausitz

Herausforderungen bei der Transformation der Lausitzer Tagebaufolgelandschaft im Kontext von Landschaft und Kulturerbe

Ana María Bergholz

1 Einleitung: Transformation und Gerechtigkeit bei der Entwicklung des Lausitzer Seenlandes

Der vorliegende Beitrag soll aufzeigen, wie tiefgreifende und bedeutsame Transformationsprozesse enorme Herausforderungen und Konsequenzen für die aktuelle Situation einer Energieregion mit sich bringen können. Das Beispiel des Lausitzer Seenlands kann dabei als Vorbild für andere Strukturwandelregionen dienen. Deshalb konzentriert sich dieser Text auf den Schnittpunkt zwischen Landschaft und Kulturerbe mit dem Fokus auf Transformationsprozesse. Theorie und Empirie dienen in diesem Fall dabei dazu, eine Definition von Landschaft aus konstruktivistischer Perspektive zu liefern und einen Beitrag zum zentralen Thema der Landschaftsgerechtigkeit in diesem Sammelband zu leisten.

Bergbaufolgelandschaften und postindustrielle Landschaften sind aus verschiedenen Gründen zum Gegenstand von Studien geworden: Einige Studien fokussieren sich auf die Frage, was mit der Landschaft geschieht und welche Umweltauswirkungen und Revitalisierungsprozesse zu konstatieren sind (Kitchen/Marsden/Milbourne 2006: 831ff.). Andere Studien thematisieren die Strukturwandelprozesse (Reitzenstein et al. 2021: 19ff.) oder die damit verbundenen politischen Versprechen (Eisler/Schuchardt 2023: 24ff.). In diesem Text werden Transformationsprozesse als Verlustprozesse am Beispiel der Tagebaufolgelandschaften des Lausitzer Seenlandes untersucht.

Der Text gliedert sich in fünf Abschnitte. Im ersten Abschnitt werden kulturgeographische Ansätze der Landschaftsforschung diskutiert, in denen Landschaften als Ergebnisse kultureller Prozesse verstanden werden.

Dieses Verständnis wird auch im Hinblick auf Kulturlandschaften und Landschaften im Wandel betont. Auch das kulturelle Erbe – oder die Streitfrage nach dem kulturellen Erbe – in Regionen, die Transformationsprozessen unterliegen, wird in der Forschung als kultureller Prozess verstanden. Im folgenden Abschnitt werden Transformationsprozesse am Beispiel des Lausitzer Seenlandes als Bestandteil von (Un-)Gerechtigkeit in der Produktion oder Reproduktion von (un-)gerechten Nutzungen dieser Landschaft erläutert und zur Diskussion gestellt. Im dritten Abschnitt geht es um die verschiedenen Transformationsprozesse, die die Lausitz zunächst durch den Tagebau, dann durch den Wiedervereinigungsprozess und schließlich durch die Entscheidung der Bundesregierung, den Braunkohletagebau bis spätestens 2038 zu beenden, durchlaufen musste bzw. muss. Im vierten Abschnitt werden die aus der Feldforschung gewonnenen Daten diskutiert, wobei die Transformationsprozesse des Lausitzer Seenlandes und des regionalen Kulturerbes thematisiert werden. Der Beitrag schließt mit einem Fazit zur Landschaftsgerechtigkeit in Bezug auf die Analyse von Landschaften, die in Transformationsprozesse eingebunden sind. Darüber hinaus wird die Perspektive der Landschaftsforschung mit ihren materiellen und immateriellen Aspekten sowie den Auswirkungen historischer Transformationen reflektiert.

Forschungsleitend sind die folgenden Fragen: Wie prägen Transformationsprozesse die Landschaft und das Erbe des Lausitzer Seenlandes? Inwiefern wurden Definitionen des lokalen Kulturerbes angepasst, um den in der Region stattfindenden Wandel widerzuspiegeln?

2 Die soziale Konstruktion von Landschaften: Kulturelle Prozesse und Implikationen im Kontext von Landschaftsgerechtigkeit

In diesem Kapitel wird der Begriff der Landschaft als sozial konstruiert und als Ergebnis kultureller Prozesse kurz erläutert (Kühne/Gawroński/Hernik 2015: 18ff.). In diesem Kontext sind es die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, welche die Landschaft und ihre Bestandteile definieren. Diese Integration des Kulturbegriffs in das Landschaftsverständnis geht auf Carl Sauer zurück (Roe/Taylor 2014: 3). Darauf aufbauend wurden in der Landschaftsforschung vielfältige Perspektiven berücksichtigt, in denen kulturelle Prozesse Landschaften beeinflussen und definieren (Wylie 2007; Roe/Taylor 2014; Graham/Ashworth/Tunbridge 2016). Zudem wurde die Kategorisierung von Landschaften als Kulturlandschaften auch institutionell

verankert, bspw. durch die Kategorisierungen der UNESCO (UNESCO World Heritage Centre 2008).

Die Konstruktion des Landschaftsbegriffs kann aus verschiedenen Perspektiven erfolgen und umfasst Überschneidungen zwischen Natur und Mensch sowie Werten und Bedeutungen (Gailing/Leibenath 2015: 124). Dieser Gedanke wird auch von Kühne/Gawroński/Hernik (2015: 21) erläutert. Den Autoren zufolge verknüpfen Menschen konkrete Begriffe mit ihrer Umgebung und schreiben ihnen eine Bedeutung zu, was sich beispielsweise auf materielle Objekte bezieht.

Wenn Landschaften von tiefgreifenden sozialen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Veränderungen geprägt sind, dann können diese über ihre Materialität oder ästhetischen Werte hinaus definiert werden. In diesem Zusammenhang wird die Materialität der Landschaft in einem Rahmen betont, der ihre symbolische Bedeutung und Funktion hervorhebt (Wylie 2007: 96). Howard et al. (2018: xxi) verweisen auf die Erweiterung des Landschaftsverständnisses durch eine kulturelle Wende in der Landschaftsforschung, die durch Cosgrove und Daniels (1988) eingeleitet wurde. Im Folgenden werden die zuvor dargestellten Ideen der Einbeziehung von Kultur in das Verständnis von Landschaft als Ergebnis sozialer Prozesse sowie das Verständnis ihrer Materialität und deren Bedeutung in der Analyse der Fallstudie überprüft.

Bevor ich zum Thema Kulturerbe übergehe, möchte ich einen wesentlichen Gedanken von Cisani (2022) zitieren. Sie beschreibt die Beziehung zwischen den Begriffen Landschaft und Kulturerbe als etwas, das oft als etwas Positives angesehen wird. Allerdings weist sie darauf hin, dass »das Erscheinungsbild der Landschaft oft soziale Ungerechtigkeiten verdeckt« (ebd.: 18). Diese These wurde von Dikeç (2001: 1787f.) untersucht, wobei der Fokus auf der Produktion von Raum liegt: Die Produktion von Raum ist ein konfliktreicher Prozess, der verschiedene Formen von Ungerechtigkeit offenbart, bewahrt und etablierte soziale Beziehungen von Herrschaft bzw. Unterdrückung aufrechterhält. Dies geht Hand in Hand mit der Arbeit von Bridge und Gailing (2020: 1040f.), in der das Konzept der »uneven and combined development« die Rekombination von Altem und Neuem betont, um Neuerungen in Energielandschaften zu schaffen. Darüber hinaus erfolgt eine Einbettung des Energiesystems in sozialräumliche Arrangements ökonomischer und politischer Macht.

Bezogen auf das Fallbeispiel lassen sich diese Argumente mit der Situation in der Lausitz verbinden. Dort hat die Produktion von Landschaft zu Ungerechtigkeiten geführt, z.B. in Form von Umsiedlungen. Bezüglich des Verständnisses von Landschaft als Kulturerbe können die Argumente von Wissen-

schaffler*innen einbezogen werden, die die Beziehung zwischen Landschaft und Kulturerbe jenseits von relationalen Prozessen betrachten. Diese werden vor allem mit einem immateriellen und affektiven Kontext in Verbindung gebracht. Die Differenzierung liegt in der Abgrenzung des kulturellen Prozesses in Bezug auf Gemeinschaften und deren Zugehörigkeitsgefühl (Howard et al. 2018: 114). In der Arbeit von Harvey und Waterton (2015: 906) wird dies auf unterschiedliche Weise veranschaulicht. In den letzten zehn Jahren hat sich dieser immaterielle und affektive Kontext zu einem entscheidenden Element entwickelt, das bei der Betrachtung von Kulturerbe unbedingt berücksichtigt werden muss. Darauf wird im folgenden Abschnitt näher eingegangen.

3 Perspektiven der Kulturerbe-Forschung zur Analyse von Transformationsprozessen

Im Folgenden soll erörtert werden, wie sich das Konzept des Kulturerbes sowie seine Definition, seine Implikationen, seine Verwendung und seine Darstellung im Laufe der Zeit und durch Kategorisierungen gewandelt haben. Zudem soll der Zusammenhang zu anderen Disziplinen beleuchtet werden. Das Kulturerbe ist, wie Smith (2010a: 63) betont, »ein grundlegender Begriff im öffentlichen Diskurs und [setzt] in verschiedenen akademischen Disziplinen ein gewisses Common-Sense-Verständnis [voraus]«. Darauf aufbauend stellt er jedoch in Frage, ob die Bedeutung des Begriffs tatsächlich verstanden wird (ebd.).

Eine der am häufigsten wiederkehrenden Diskussionen in der Forschung zum Kulturerbe besteht darin, es als ein Phänomen in der Gegenwart zu verstehen (Harrison 2013: 1ff.), oder besser gesagt, die Vergangenheit in der Gegenwart zu verstehen (Graham/Ashworth/Tunbridge 2016: 2) und um zu beleuchten, wie wir sie für die Zukunft interpretieren und nutzen können. Smith (2010b: 44) erklärt, dass sich das Erbe nicht nur im materiellen Sinne auf der Vergangenheit beruht, sondern als ein Prozess zu verstehen ist, der aus der Kultur entsteht, aus dem Akt der Weitergabe, aus der Erfahrung von etwas, das einen Wert hat. In diesem Prozess stellt das Erbe einen Punkt in der Gegenwart dar. Die Art und Weise, wie wir die Vergangenheit für die Zukunft nutzen, bestimmt, wie sie als Erbe abgeleitet wird. Wenn wir uns also, wie Waterton und Watson (2013: 554ff.) vorschlagen, auf das konzentrieren, was Kulturerbe tut, dann ist der richtige Weg, es aus der Perspektive des Affekts zu analysieren. Affekt ist ein Konzept, das verkörpert, was im Moment des Erlebens

von Kulturerbe (in diesem Fall) geschieht, bevor die bewusste Wahrnehmung stattfindet. Wie die Autoren erklären, handelt es sich um eine Theorie, die über die Repräsentation hinausgeht (mehr als repräsentationale Ansätze). Es handelt sich um eine theoretische Perspektive, die das Verständnis von Kulturerbe- und Landschaftsstudien vertieft. Durch die Brille des Konzepts des Affekts wird versucht, die Bedeutung von Affekt und Emotionalität in die Hauptkonzepte von Landschaft und Kulturerbe zu integrieren. Das Konzept trägt dazu bei, die Idee des Kulturerbes als etwas zu sehen, das nicht statisch und streng an die Materialität gebunden ist, sondern sich entwickelt und mehr als nur eine repräsentative Wirkung hat.

In Bezug auf die Fallstudie bietet diese Perspektive in der Kulturerbeforschung auch einen neuen Weg, sich mit dem Wandel auseinanderzusetzen und die betroffenen Gruppen dabei zu unterstützen, den Wandel als Chance im Prozess der Bedeutungsbildung zu sehen. Wie DeSilvey in ihrem Buch »Curated Decay« (2017) schreibt, muss der Zerfall der strukturellen Integrität nicht immer die Bedeutung auslöschen. Zerfall kann produktiv sein und wir können materielle Veränderungen über den Verlust hinaus verstehen (2017: 5). Diese Sichtweise hilft, sich an das Erbe zu erinnern oder es über seine Materialität hinaus aufzuwerten.

Das Kulturerbe kann auch differenziert betrachtet werden, wenn es um die Dynamik von Gemeinschaften und deren Identitätsgefühl geht. Nach Graham, Ashworth und Tunbridge (2016: 7) können Orte auf verschiedenen Maßstabsebenen über unterschiedliche Identitäten haben, die sich gegenseitig verstärken, irrelevant sein oder einander widersprechen können. Im Fall der Lausitz gilt dies aus regionaler Perspektive für den Wandel des Diskurses darüber, was die Lausitz als Energieregion in der Vergangenheit darstellte. Von Interesse ist, wie die Lausitz gegenwärtig definiert wird, wie die lokale Bevölkerung ihre eigene Region wahrnimmt und wie sich dies im Vergleich zu vergangenen Jahrzehnten verändert hat. Dabei geht es nicht nur um Segregation und Ungleichheit, sondern auch um die Dynamik von Machtverhältnissen und wirtschaftlicher Benachteiligung.

Die Verknüpfung von Kulturerbe und aktuellem Kontext zielt darauf ab, das aktuelle Phänomen in der Region mit den Kategorien der Territorialität und Temporalität (Orts- und Zeitbezogenheit) zu verknüpfen. Es ist daher unerlässlich, die Transformationsprozesse im Hinblick auf die damit verbundenen Verluste zu untersuchen. Der Prozess der Bedeutungsbildung für das, was von der Landschaft und ihrem Erbe übrigbleibt, wird maßgeblich durch die Dichotomie von Materialität und Immaterialität beeinflusst und geprägt.

4 Fallstudienansatz – Die Lausitz im Kontext von Transformationsprozessen

Die Lausitz wird aus verschiedenen Perspektiven analysiert. Die Bezeichnungen als Region im Wandel (Seibert et al. 2018), Laborlandschaft (Hüttl/Weber 2001) und Energielandschaft (Gailing/Leibenath 2013) sind nur eine Auswahl an Begriffen, mit denen die Lausitz beschrieben wird. Die Charakteristika und Folgen ehemaliger Bergbauregionen, insbesondere in Ostdeutschland, wurden bereits in anderen Arbeiten erläutert, wie beispielsweise von Albrecht et al. (2022) und Wirth und Lintz (2006). Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über die relevanten Transformationsprozesse gegeben werden, um die Situation zu kontextualisieren, in der die größte künstliche Seenkette Europas (Tourismusverband Lausitzer Seenland e.V. 2024), das Lausitzer Seenland, entstanden ist und noch entsteht. Dieses liegt in ehemaligen Braunkohletagebauen in der Lausitz, die sich über die Bundesländer Sachsen und Brandenburg erstreckt.

In diesem Abschnitt werden die vielfältigen strukturelevanten Transformationsprozesse aufgezeigt, in denen Verlust eine Rolle spielt. In diesem Zusammenhang sei auf den von Gailing (2022: 33) eingeführten Begriff des doppelten Verlustes verwiesen. Die Tagebaulandschaften in der Lausitz führten zu einem doppelten Verlust, nämlich dem der vorindustriellen Kulturlandschaft und dem der Kulturlandschaft des Braunkohletagebaus.

- a) Der erste signifikante Verlust bezieht sich auf die Zerstörung von Dörfern und Kleinstädten zugunsten der Entwicklung eines extensiven Kohleabbaus (Grünwald et al. 2022: 4), der durch die Notwendigkeit der Energieversorgung der ehemaligen DDR vorangetrieben wurde. Besonders stark betroffen waren die Sorben/Wenden, eine Minderheitengruppe in Deutschland mit eigener Kultur, Tradition und Sprache. Die Umsiedlung ganzer Kleinstädte und Dörfer hatte nicht nur Auswirkungen auf das Leben der Einwohner*innen, die diese Orte verließen, sondern auch auf die gebaute Umwelt (Förster 1998). So wurden zum Beispiel auch Schulen und Kirchen zerstört. Insgesamt ist »[f]ür das Lausitzer Revier [...] von 135 abgebaggerten Orten mit annähernd 30.000 Betroffenen auszugehen« (Hübler 2015: 12). Um die Tragweite des Verlustes angemessen zu erfassen, ist es unerlässlich, auch die beträchtlichen Schäden in der Natur, der Fauna und der Flora zu berücksichtigen, welche durch die Veränderun-

gen der Landschaft für die Zwecke des Bergbaus verursacht wurden.¹ Zum Beispiel hat »[d]er Braunkohlenbergbau im Raum Senftenberg [...] etwa 12.600 Hektar – das sind 126 Quadratkilometer – Land in Anspruch genommen« (ebd.: 11).

Eine umfassende Analyse des Wandels der Landschaft in der Niederlausitz in Form von Störungsprozessen findet sich bei Bayerl und Maier (2002: 334ff.). Konkret unterteilen sie die Diskontinuität in der Landschaft in »voneinander scharf abgegrenzte Störungsprozesse« (ebd. 334). Obwohl ich in diesem Text eher von einem Verlust als von einer Störung spreche, besteht zwischen beiden ein enger Zusammenhang. Der Verlust, von dem ich spreche, ist eine Folge der Störung.

- b) Der zweite signifikante Verlust wurde durch den Strukturwandel in Deutschland seit Anfang der 1990er Jahre bzw. seit der Wiedervereinigung verursacht (Ragnitz et al. 2021). Wirth und Lintz (2006) identifizieren vier Aspekte des Strukturwandels in Ostdeutschland seit 1989: »die fehlende Vorbereitungszeit für den Wandel, die extrem kurze Übergangszeit, die Disparitäten in der Regional- und Stadtentwicklung und die katastrophale Umweltsituation verbunden mit einem enormen Sanierungsstau in den Bergbaugebieten« (ebd.: 70). Dieser Beschreibung folgend lässt sich sagen, dass die Veränderungen aus regionaler Sicht (Lausitz), insbesondere in den direkt (Tagebau) und indirekt (Industrie) vom Braunkohleabbau betroffenen Orten, einen extremen gesellschaftlichen Wandel darstellten (Gürtler/Luh/Staemmler 2020: 32).

In wirtschaftlicher Hinsicht bestand der Wandel in der Schließung von Unternehmen im Bereich der Braunkohleförderung (Lintz/Wirth/Harfst 2012), was mit erheblichen Verlusten von Arbeitsplätzen in der Region einherging. Exemplarisch hierfür ist der Rückgang der Beschäftigtenzahlen in der Lausitzer Braunkohleindustrie von ca. 65.000 Beschäftigten im Jahr 1990 auf ca. 19.000 im Jahr 1995 (Friedel 2021: 74). Das bedeutet, dass innerhalb von nur sechs Jahren mehr als 75 Prozent der Beschäftigten in der Braunkohleindustrie ihren Arbeitsplatz verloren haben. Diese Zahlen sind nicht nur statistisch, sondern auch aus einer sozialen Perspektive gelesen werden, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Entwicklungen mehrere Generationen betreffen.

1 Um Einblicke in die mündliche Geschichte (oral history) von Menschen zu erhalten, die diesen Prozess miterleben, siehe Förster (1998).

- c) Der dritte große Verlust ist mit dem aktuellen Wandel verbunden. Dieser impliziert eine vor allem in der westlichen Welt, insbesondere in Europa, forcierte Umweltpolitik zur Beendigung der Energieversorgung aus fossilen Ressourcen. Deutschland hat sich in diesem Zusammenhang ambitionierte Ziele gesetzt (BMW 2019: 3) und strebt den Ausbau der Infrastruktur zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen wie Wind und Sonne an. Gleichzeitig wurde für das Lausitzer Revier das Ende der Braunkohleförderung bis 2038 beschlossen (ebd.: 64).

Der im vorigen Abschnitt angesprochene Verlust spiegelt sich auch in der Art und Weise wider, wie die Menschen in der Region mit dem Wandel der Energieversorgung umgehen, nicht nur in Bezug auf die Adäquanz des Arbeitsmarktes, sondern vor allem auch in der Art und Weise, wie sie sich in diesem Wandlungsprozess identifizieren bzw. sehen. Heute sind die Bewohner*innen der Region, die in den Unternehmen des Bergbaus und der Industrie tätig waren, diejenigen, die für erhebliche Umweltschäden verantwortlich sind, die durch ihre Arbeit im Braunkohleabbau verursacht wurden. In der Vergangenheit wurden sie mit ihrer Arbeit als wichtige Versorger*innen betrachtet. Dementsprechend wirken sich die genannten Transformationsprozesse auf die Landschaft, die Bevölkerung und deren Identität aus.

An dieser Stelle soll noch einmal der Gedanke von Dikeç (2001) aufgegriffen werden, der auf die Existenz von Regionen hinweist, die Ungerechtigkeiten reproduzieren, weil sie kontinuierlich ungerecht behandelt wurden, d.h. früher im Kontext der Energiegewinnung aus Braunkohle, heute als ein Zentrum für erneuerbare Energien. Dikeç bezeichnet dies als »die Rolle, die die Nutzung von Raum bei der Produktion und Reproduktion von Herrschaft und Unterdrückung spielt« (2001: 1785). Ungerechte Landschaften reproduzieren die Ungerechtigkeiten, die in ihnen vorherrschen.

Die dargestellten Prozesse zielen auf die Beantwortung der Frage, welches Erbe die Lausitz repräsentiert. In diesem Kontext ist zu untersuchen, inwiefern das tagebauliche Erbe als repräsentativ zu bewerten ist und welches Erbe nach dem Tagebau verbleibt. Im folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung dargestellt und mit den in den vorangegangenen Abschnitten dargestellten Konzepten verknüpft.

5 Herausforderungen bei der Transformation der Lausitzer Tagebaufolgelandschaft

Die von mir verwendete Methodik basiert auf einer logischen Struktur, die wie folgt beschrieben werden kann: Zunächst werden die Bedeutungsdiskurse in der Lausitz analysiert. Dabei wird untersucht, welche Vorstellungen von den relevanten Akteur*innen entwickelt wurden, um das Kulturerbe zu verstehen und zu bewerten. Darüber hinaus wird analysiert, wie sich die Transformationsprozesse auf diese Vorstellungen ausgewirkt haben. Die Expert*inneninterviews wurden zwischen September 2023 und Februar 2024 durchgeführt, wobei ein Teil der Ethnographie fand ebenfalls in diesem Zeitraum statt. In einem ersten Schritt wurden Expert*inneninterviews mit Personen geführt, die in verschiedenen Institutionen tätig sind, Gruppen und Gemeinden in der Lausitz betreuen und in direktem oder indirektem Kontakt mit Gemeindemitgliedern aus Kleinstädten und Dörfern im Lausitzer Seenland stehen.

Die Analyse folgt einer induktiven und einer deduktiven Dynamik. Der Prozess begann mit einem ersten Codieren, gefolgt von einem thematischen Codieren und schließlich einer Reduktion des Codierens auf Kategorien. Die gebildeten Kategorien bezogen sich auf das Verständnis und die Definition der Transformationsprozesse in der Lausitz, dem Lausitzer Seenland, das lokale und regionale Erbe sowie das Verständnis der Lausitz als Region.

Die Definition der Transformationsprozesse in der Lausitz ist äußerst komplex und vielschichtig. Sie ist das Ergebnis politischer Entscheidungen, die wiederum durch den politischen Systemwechsel bedingt sind. Es handelt sich um einen Top-down-Prozess, der auch von den Experten so beschrieben wird: »da zählen natürlich [...] die Wissenschaften auch zu denen, die dann von oben, nicht von unten dann herangehen« (A_09.23, Pos. 14). Die Folgen dieser Prozesse zeigen sich z.B. in der Abwanderung von Arbeitskräften und den dadurch notwendigen hohen Investitionen in Infrastruktur und Wissenschaft.

Die Lausitzer Tagebaufolgelandschaft bietet ein breites Spektrum an neuen Nutzungsmöglichkeiten. Mit dem Ende des Tagebaus gehen jedoch auch seine materiellen Zeugnisse wie Industriegebiete und Dienstleistungsunternehmen verloren, während die immateriellen Aspekte bestehen bleiben. Dies wirft die Frage auf, ob die notwendige Wertschätzung vorhanden ist, um sich den neuen Herausforderungen nach 2038 zu stellen. Die Umwandlung der Lausitzer Kulturlandschaft für den Tagebau erfolgte zu einem großen Teil durch Umsiedlung der ansässigen Bevölkerung, was insbesondere für die

Gruppe der Sorben/Wenden existenzielle Folgen hatte. Daraus ergibt sich die Herausforderung, einen Teil des dabei verschwundenen kulturellen Erbes zu erhalten und wieder sichtbar zu machen.

Während die Interviewten diesen Wandel generell als Chance für die Region sehen, so weisen sie darauf hin, dass dies auch eine Chance ist, die Betroffenheit bzw. den Umgang der Menschen mit diesem Wandel zu thematisieren und diese Verbundenheit mit anderen, die sich in der gleichen Situation befinden, als Gefühl der Verbundenheit zu sehen. Stolz und Verbundenheit können dazu beitragen, negative Emotionen wie Angst, Verlust, Zorn und Wut zu überwinden, die auch bei der Frage nach den Emotionen ebenfalls genannt wurden.

Die erste Betrachtung der Auswirkungen der Transformationsprozesse ist der Blick auf die Landschaft. Dabei steht das Lausitzer Seenland als Zeugnis des Wandels im Mittelpunkt der Analyse. In den Interviews wurde das Lausitzer Seenland von den Teilnehmenden zumeist als »Europas größte künstliche Seenkette« (C_12.23, Pos. 65) bezeichnet. Damit beziehen sich die meisten Beschreibungen auf eine vom Menschen geschaffene Landschaft, »die bewusst gestaltet wird« (C_12.23, Pos.12). »[Es handelt] sich nicht um natürliche Natur, Phänomene und Vorkommnisse [...], sondern um von Menschen gemachte Landschaften und diese Landschaften weisen weniger Biodiversität auf als natürliche Landschaften« (A_09.23, Pos.38). Mit der Stilllegung der Tagebaue können diese Landschaften als Instrument für den Tourismus genutzt werden. Es wurde auch erwähnt, warum das Lausitzer Seenland eine Option für die Renaturierung von Landschaften ist: »Natürlich werden diese Seen geflutet, weil das am kostengünstigsten ist. Es ist billiger zu fluten als zu rekultivieren« (C_12.23, Pos.22). Besonders hervorzuheben ist, dass gerade diese Landschaft die Geschichte des Tagebaus widerspiegelt: »jeder See in diesem Seenland [...] war früher ein Loch in der Landschaft und die Dichte von diesem Seenland zeigt eben auch, wie dicht diese Tagebaue waren und hilft damit auch zu verstehen, wo eben diese Einschnitte stattfanden, was passiert ist« (C_12.23, Pos.63). Insofern kann man die Seen als Hinterlassenschaft des Tagebaus betrachten.

Auf die Frage nach einer Definition des kulturellen Erbes der Lausitz verweist eine der interviewten Personen auf den Begriff des Erbes als Punkt in der Gegenwart, eine Lesart, die in Graham, Ashworth und Tunbridge (2016: 2) erläutert wird. Eine der befragten Personen fasst diesen Gedanken wie folgt zusammen: »das wird manchmal so missverstanden, [...] das hat ja immer einen Bezug zur Gegenwart, aber ich finde, in der Lausitz ist es eben ganz, ganz

stark, weil es einfach übertragbar ist, auch auf den jetzigen Transformationsprozess, auch das kulturelle Erbe, was bisher entstanden ist, kann man auch weiter nutzen« (C_12.23. Pos.101). Daraus lässt sich ableiten, dass aus diesen Prozessen gelernt werden konnte, sodass sie als Erfahrungsschatz und Identifikationsgut betrachtet werden können. Wie bereits erwähnt, ist die sorbische und wendische Kultur ein wichtiges Erbe der Region. Ihre Kultur und Geschichte ist in vielerlei Hinsicht präsent und trägt wesentlich zur Identität der Lausitz bei.

Ein weiteres interessantes Phänomen ist zu erwähnen, dass die Einstellung des Tagebaus sowohl einen Verlust an Materialität als auch an Immaterialität bedeutet: »Beide hängen zusammen. Wie kann ich das Immaterielle erhalten, was damit verbunden war, wenn der Ort nicht mehr existiert? Das Materielle wegen des immateriellen Wertes behalten oder alles abreißen, und geht das Materielle zusätzlich zu dem, was schon weg war« (C_12.23. Pos.27).

In Bezug auf die Identifikation des Kulturerbes in der Lausitz und insbesondere im Lausitzer Seenland vertritt eine der Befragten die Auffassung, dass sich das Kulturerbe der brandenburgischen Lausitz auf das materielle Erbe (wie Parks und Schlösser) konzentriert, während das Kulturerbe des Lausitzer Seenlandes das industrielle Erbe umfasst. Diese Trennung ist für die Darstellung des Erbes von entscheidender Bedeutung. Während die Lausitz über ihr industrielles Erbe hinaus auch andere Stärken aufweist, ist das Lausitzer Seenland naturgemäß stärker mit dem industriellen/tagebaulichen Aspekt verbunden.

Bei der Beantwortung der Frage, welche Merkmale die Lausitz besonders auszeichnen, wurden die Kohle, die Sorben/Wenden und die Landschaft als verbindende Elemente genannt. Die Interviewpartner*innen aus der Lausitz definieren sie als eine heterogene Region, in der sich Kultur, Identifikationselemente und auch räumliche Dimensionen innerhalb der Gesamtregion unterscheiden. Die Region Lausitz hat aus Sicht der Interviewten die Aufgabe, sich als Region neu zu definieren und ein positives Bild nach außen zu vermitteln. Die damit verbundenen Herausforderungen fasst eine der interviewten Personen wie folgt zusammen: »wenn unsere Identität zerbricht oder wir uns irgendwie neu orientieren müssen, wer wir eigentlich sind, dann ist das für eine Einzelperson ja schon sehr schwierig, wenn das eine ganze Region machen muss« (C_12.23.Pos.23).

Die Entwicklung durch die Transformation der Landschaft in der Lausitz kann als positives Beispiel für eine Region nach der Rekultivierung von Tagebaulandschaften und für die Fähigkeit zur Überwindung einer mehr

als »30 Jahre andauernden Depression« (B_11.23.Pos. 52) angesehen werden. Dennoch werden trotz der Schwierigkeiten von verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Akteuren Maßnahmen ergriffen, um die Region zu beleben. Ein Nachteil für die Lausitz sind die ökologischen Folgen des Kohleabbaus. Diese Außenwahrnehmung, so die Interviewten, sei für die Menschen in der Region schwer zu verstehen, zu tragen und zu überwinden: »Zu DDR-Zeiten war [es] ein Zeichen von Wohlstand. Und plötzlich werden dieselben Leute, die damals vielleicht was Gutes für ihr Land gemacht haben, als Verursacher von Umweltzerstörung gesehen« (C_12.23. Pos. 16–17). Die Region verfügt über eine ausgeprägte Bergmannskultur, die sich in einer starken Identität, vielfältigen Traditionen, einer lebendigen Musikszene (z.B. mit Gundermann²) und einer reichen Erzählkultur manifestiert. Letztere umfasst mündlich überlieferte Geschichten, die auch nach dem Verschwinden der physischen Spuren von Tagebau und Industrie von Generation zu Generation weitergegeben werden.

Diese Bemühungen lassen jedoch den Schluss zu, dass die Region als Energie- bzw. Industrieregion erhalten werden soll. Das Bestreben, die Region als Energieregion (früher Tagebau, heute Photovoltaikanlagen und Windparks) zu erhalten, kann jedoch als Reproduktion von Ungerechtigkeiten in der Landschaftsnutzung gesehen werden, da auch die Entscheidungen über neue Energieproduktionen meist nicht von Menschen aus der Region getroffen werden. Dies verweist auf die landschaftstheoretische Argumentation der Produktion von Raum und der Reproduktion von Ungerechtigkeit (Dikeç 2001; Bridge/Gailing 2020). Die genannten Entscheidungen werden eher in einer Top-down-Logik getroffen. Dies kann zur Folge haben, dass die Landschaft zu einem Laboratorium wird, in welchem die Analyse von außen kommt und nicht aus einem inneren Bedürfnis nach Reflexion und selbstbestimmten Handeln.

2 Geboren 1955, gestorben 1988. Liedermacher und Baggerfahrer in Lausitzer Tagebauen. Er war ein Symbol für die Interaktionen zwischen lokaler Musikkultur und industriellen Volkseigenen Betrieben (VEB). Seine Lieder hatten zumeist eine politische Dimension, spiegelten aber auch das Leben und die Arbeit im Tagebau und der Region wider. MDR (2023).

6 Fazit: Landschaftsgerechtigkeit und kulturelles Erbe bei der Transformation der Lausitz

Im Rahmen dieser Analyse wurde die Schnittstelle zwischen Landschaft und kulturellem Erbe untersucht. Die Lausitz diente dabei als Schwerpunkt für die Untersuchung von Themen der Landschaftsgerechtigkeit. Die Beziehung zwischen Landschaft und kulturellem Erbe umfasst immaterielle und affektive Dimensionen, die die Identität der Gemeinschaft und das Zugehörigkeitsgefühl unterstreichen.

Die Transformation der Lausitz, ausgelöst durch Tagebauaktivitäten und die soziopolitischen Veränderungen (die deutsche Wiedervereinigung und die aktuelle Energiewende), wirft Fragen nach Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit im Zusammenhang in der Landschaftsnutzung auf. Die Identitätsdynamik der Gemeinschaft, insbesondere in der Lausitz als Energieregion, ist ein Beispiel dafür, wie sich lokale Narrative erweitert werden können, um größere Fragen der Machtdynamiken, Ungleichheit und wirtschaftlichen Herausforderungen zu erfassen. Letztlich erfordert ein umfassendes Verständnis des kulturellen Erbes in zeitgenössischen Kontexten die Anerkennung der Wechselwirkung zwischen materiellen und immateriellen Aspekten sowie der Auswirkungen historischer Transformationen.

Während der Feldforschung wurde darauf hingewiesen, dass viele Expert*innen, die in der Lausitz arbeiten, nicht dort wohnen oder geboren sind (mich eingeschlossen). Dies hat zur Folge, dass der Erfahrungshintergrund vieler Akteure im aktuellen Veränderungsprozess ein anderer ist. Der Bezug zur Region besteht in den meisten Fällen nur über die Beschäftigung vor Ort in Projekten und Unternehmen. Das hat Auswirkungen auf die Perspektive, die sie einbringen, wenn sie über den Wandel in der Lausitz sprechen.

Um auf die Forschungsfragen zurückzukommen: Die Landschaft der Lausitz ist von Transformationsprozessen geprägt. Das Ergebnis zeigt sich im Lausitzer Seenland, in dem sich Materialität und Immaterialität treffen. Der Begriff bzw. das Verständnis der Region Lausitz war in den Interviews jedoch nur schwer zu definieren, da er auch über die Grenzen Deutschlands hinausgeht.

Im Fall der Lausitz wird das industrielle Erbe des Bergbaus neu bewertet. Das Argument von DeSilvey (2017: 32f.), dass Konservierungstechnologien den physischen Verfall verzögern, während Interpretationsstrategien ein Objekt als symbolische Erinnerung an eine statische Vergangenheit präsentieren, ist aber auf Landschaften nicht uneingeschränkt anwendbar. Natürlich ist es

nicht möglich, eine Tagebauvergangenheit in der Landschaft zu konservieren, insbesondere aus Gründen der Umweltverträglichkeit. Dies birgt jedoch die Gefahr einer Verzerrung der Erinnerung. Schließlich zeigen die Interviews, dass eine gewisse Anpassung stattfindet. Das für die Lausitz repräsentative Erbe ist nicht eindeutig definiert. Genannt werden die Sorben/Wenden und die Bergmannskultur. Als neue Form des Erbes kann das Wissen um die Bewältigung komplexer Prozesse, die Überwindung von Traumata und Schwierigkeiten angesehen werden. Diese Fähigkeit, so die Befragten, sei Voraussetzung für die Erneuerung einer Region.

Literatur

- Albrecht, Helmuth/Farrenkopf, Michael/Maier, Helmut/Meyer, Torsten (Hg.) (2022): *Bergbau und Umwelt in DDR und BRD. Praktiken der Umweltpolitik und Rekultivierung*, Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbaumuseum Bochum, Band 253. Berlin: De Gruyter.
- Bayerl, Günter/Maier, Dirk (Hg.) (2002): *Die Niederlausitz vom 18. Jahrhundert bis heute: eine gestörte Kulturlandschaft? Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt*, Band 19. Münster/München/Berlin: Waxmann.
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) (2019): *Kommision »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung«*. Abschlussbericht. Berlin.
- Bridge, Gavin/Gailing, Ludger (2020): »New energy spaces: Towards a geographical political economy of energy transition«, in: *Environment and Planning A: Economy and Space* 52/6, S. 1037–1050.
- Cisani, Margherita (2022): »Landscape, heritage, and justice What place for education?«, in: Giacomo Pettenati (Hg.), *Landscape as Heritage*, London: Routledge, S. 18–27.
- Cosgrove, Denis/Daniels, Stephen (1988): *The Iconography of Landscape: Essays on the Symbolic Representation, Design, and Use of Past Environments*, Cambridge University Press.
- DeSilvey, Caitlin (2017): *Curated decay. Heritage beyond saving*, Minneapolis/London: University of Minnesota Press.
- Dikeç, Mustafa (2001): »Justice and the Spatial Imagination«, in: *Environment and Planning A: Economy and Space* 33/10, S. 1785–1805.

- Eisler, Cornelia/Schuchardt, Katharina (Hg.) (2023): Versprechen als kulturelle Konfigurationen in politischen Kontexten: Interdisziplinäre Zugänge und Perspektiven. ISGV digital. Studien zur Landesgeschichte und Kulturanthropologie, Band 7, Dresden: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde.
- Förster, Frank (1998): Bergbau-Umsiedler. Erfahrungsberichte aus dem Lausitzer Braunkohlenrevier (=Schriften des Sorbischen Instituts, Band 17). Bautzen: Domowina-Verlag.
- Friedel, Anne-Sophie (Hg.) (2021): Abschied von der Kohle. Struktur- und Kulturwandel im Ruhrgebiet und in der Lausitz (=Schriftenreihe/Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 10751). Bonn: bpb, Bundeszentrale für politische Bildung.
- Gailing, Ludger (2022): »Die Landschaften nach dem Tagebau. Naturlandschaften, Kulturlandschaften und Handlungsräume der Regionalentwicklung«, in: Heidi Pinkepank/Markus Otto (Hg.), Kultur (Tagebau) Landschaft. Strukturen der Tagebaufolge lesen, verstehen, gestalten, entwickeln. Berlin: L & H Verlag, S. 31–34.
- Gailing, Ludger/Leibenath, Markus (2013): Neue Energielandschaften – Neue Perspektiven der Landschaftsforschung, Stadt, Raum und Gesellschaft, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- (2015): »The Social Construction of Landscapes: Two Theoretical Lenses and Their Empirical Applications«, in: *Landscape Research* 40/2, S. 123–138.
- Graham, Brian J./Ashworth, Gregory J./Tunbridge, John E. (2016): *A geography of heritage. Power, culture, and economy*, Milton Park, Abingdon, Oxon/New York: Routledge.
- Grünwald, Sebastian/Schulze, Laura/Voigt, Sebastian/Zlatic, Katarina (2022): Strukturförderung in der Lausitz explorative Datenanalyse zur räumlichen Verteilung der EU-Hilfen. Cottbus.
- Gürtler, Konrad/Luh, Victoria/Staemmler, Johannes (2020): »Strukturwandel als Gelegenheit für die Lausitz. Warum dem Anfang noch der Zauber fehlt«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 6–7, S. 32–39.
- Harrison, Rodney (2013): *Heritage. Critical approaches*, London/New York: Routledge Taylor & Francis Group.
- Harvey, David C./Waterton, Emma (2015): »Editorial: Landscapes of Heritage and Heritage Landscapes«, in: *Landscape Research* 40/8, S. 905–910.
- Howard, Peter/Thompson, Ian/Waterton, Emma/Atha, Mick (2018): *The Routledge companion to landscape studies*, London/New York: Routledge.

- Hübler, Ulrich (Hg.) (2015): Das Lausitzer Seenland. Eine Region im Wandel, Dokumentation/BKS, Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V., Band 55, Hoyerswerda: Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V.
- Hüttl, Reinhard F./Weber, Edwin (2001): »Forest ecosystem development in post-mining landscapes: a case study of the Lusatian lignite district«, in: Die Naturwissenschaften, 88, S. 322–329.
- Kitchen, Lawrence/Marsden, Terry/Milbourne, Paul (2006): »Community forests and regeneration in post-industrial landscapes«, in: Geoforum 37/5, S. 831–843.
- Kühne, Olaf/Gawroński, Krzysztof/Hernik, Józef (2015): Transformation und Landschaft. Die Folgen sozialer Wandlungsprozesse auf Landschaft, Raumfragen, Wiesbaden: Springer VS.
- Lintz, Gerd/Wirth, Peter/Harfst, Jörn (2012): »Regional Structural Change and Resilience«, in: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning 70/4, S. 363–375.
- Mitteldeutscher Rundfunk (MDR) (2023): Liedermacher, Texter und Baggerfahrer. Gerhard Gundermann: Der singende Baggerfahrer aus Hoyerswerda. <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/politik-gesellschaft/kultur/gerhard-gundermann-der-singende-baggerfahrer-liedermacher-100.html> (letzter Zugriff am 05.11.2024).
- Ragnitz, Joachim/Markwardt, Gunther/Schwartzkopff, Julian/Reitzenstein, Alexander/Wehnert, Timon/Kuran, Jenny/Beutel, Jannis (2021): Analysis of the historical structural change in the German lignite area of Lusatia (case study). Project: Structural change in coal regions as a process of economic and socio-ecological transformation – Scope for action for a just transition in light of climate policy objectives, Dessau-Roßlau, <https://www.umweltbundesamt.de/en/publikationen/analysis-of-the-historical-structural-change-in-the-o> (letzter Zugriff am 26.02.2025).
- Reitzenstein, Alexander/Popp, Rebekka/Oei, Pao-Yu/Brauers, Hanna/Stognief, Nora/Kemfert, Claudia/Kurwan, Jenny/Wehnert, Timon (2021): Structural change in coal regions as a process of economic and social-ecological transition. Lessons learnt from structural change processes in Germany, Dessau-Roßlau, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2022-01-04_cc_33-2021_lessons_learnt_from_structural_change_processes.pdf (letzter Zugriff am 26.02.2025).

- Roe, Maggie/Taylor, Ken (2014): *New Cultural Landscapes*, Routledge Taylor & Francis Group.
- Seibert, Holger/Weyh, Antje/Jost, Oskar/Sujata, Uwe/Wiethölter, Doris/Carstensen, Jeanette (2018): *Die Lausitz: Eine Region im Wandel*, IAB-Regional, IAB Berlin-Brandenburg, 3, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/214675/1/1040691668.pdf> (letzter Zugriff am 04.03.2025).
- Smith, Laurajane (2010a): »Ethics or social justice? Heritage and the politics of recognition«, in: *Australian Aboriginal Studies* 2, S. 60–68.
- (2010b): *Uses of heritage*, London: Routledge.
- Tourismusverband Lausitzer Seenland e.V. (2024): *Lausitzer Seenland. Urlaub und Ausflüge im Lausitzer Seenland*, <https://www.lausitzerseenland.de/de.html> (letzter Zugriff am 26.02.2025).
- UNESCO World Heritage Centre (2008): *Operational Guidelines for the implementation of the World Heritage Convention*. UNESCO World Heritage Centre, Paris.
- Waterton, Emma/Watson, Steve (2013): »Framing theory: towards a critical imagination in heritage studies«, in: *International Journal of Heritage Studies* 19/6, S. 546–561.
- Wirth, Peter/Lintz, Gerd (2006): »Rehabilitation and development of mining regions in Eastern Germany – Strategies and Outcomes«, in: *Moravian Geographical Reports* 14/2, S. 69–82.
- Wylie, John (2007): *Landscape (Key ideas in geography)*, London: Routledge.

Shadow Places von Wasserstoffregionen – Globale Verflechtungen zwischen regionalen Energielandschaften

Henk Wiechers

1 Zur Relevanz von Wasserstoffregionen

Der Ausbau erneuerbarer Energien, die Reform von Planungsprozessen durch neue Formen der Beteiligung und der Ausstieg aus der Braunkohle bis 2038 sind nur drei der übergreifenden Prozesse, die im Bereich der Energiewende zu harten Brüchen etablierter Herangehensweisen und zu fundamentalen politischen Aushandlungen führen. Ein Thema, das im Kontext dieser Transformationen eine zentrale Rolle spielt, ist sogenannter grüner Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien gewonnen und als Lösung für Probleme oder Planungsengpässe in vielen Bereichen der Energiewende verhandelt wird. Aus politischer Perspektive soll grüner Wasserstoff »eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Energiewende« einnehmen (BMWK 2022: 10): so kann Wasserstoff unter anderem als Speicher- und Transportmedium erneuerbarer Energie fungieren, anstelle von Erdgas in Gaskraftwerken zur Stromproduktion verwendet werden und schließlich in Industriesektoren eingesetzt werden, die ansonsten nicht oder nur unter großem Aufwand zu dekarbonisieren wären (z.B. Stahl- oder Zementproduktion).

Zur Umsetzung der Möglichkeiten, die Wasserstoff bietet, bilden sich neue räumliche Arrangements und Kontexte heraus. In diesem Beitrag liegt der Fokus auf sogenannten Wasserstoffregionen. Diese verstehe ich als Energielandschaften, das heißt als Landschaften, die durch eine bestimmte Form der Energieerzeugung hervorgebracht werden (Gailing/Leibenath 2013). In diesem Fall sind damit Infrastrukturen, Akteursnetzwerke und Förderpolitiken gemeint, die sich auf Wasserstoff und die Ermöglichung und Entwicklung der damit zusammenhängenden Industrien, Technolo-

gien und Wirtschaftsbereiche beziehen. Konkret wird in diesem Beitrag das Verhältnis von Wasserstoffherstellungs- und Wasserstoffverbrauchsregionen näher beleuchtet. Dieses Verständnis geht einher mit einer energiebezogenen Perspektive auf Landschaften (vgl. Nadai/van der Horst 2010), die den konzeptionellen Rahmen dieses Beitrags bildet.

Mit Blick auf das Thema Wasserstoff bestehen Lücken in der sozialwissenschaftlichen Landschafts- und Energieforschung. Zum einen berücksichtigen bisherige Arbeiten der sozialwissenschaftlichen Wasserstoffforschung zu globalen Verknüpfungen (vgl. Müller/Tunn/Kalt 2022) zumeist keine landschaftsbezogenen Aspekte. Zum anderen gibt es innerhalb der energiebezogenen Landschaftsforschung bisher keine Arbeiten zu Wasserstoff (vgl. Pasqualetti/Stremke 2018). Sowohl in der Wasserstoff- als auch in der Landschaftsforschung gibt es jedoch Publikationen zu Gerechtigkeitsfragen (vgl. Eichenauer 2023; Mason/Milbourne 2014).

Ziel des Beitrags ist es, Wasserstoffregionen als Energielandschaften zu verstehen und außerdem mögliche Verknüpfungen innerhalb von Wasserstoffregionen und zwischen verschiedenen Formen von Wasserstoffregionen aufzuzeigen. Als theoretische Klammer zur Verbindung von Energielandschaften und Wasserstoffregionen dient das Konzept der *shadow Places* (Plumwood 2008; Potter et al. 2022). Dieses wird hier als Ergänzung bestehender Arbeiten zu Landschaftsgerechtigkeit verstanden (Jorgensen 2016; Mels 2016; Olwig 2022), weil damit auch Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen verschiedenen Landschaften und den dort lebenden Menschen in den Blick genommen werden können. Denn Beziehungen und materielle Infrastrukturen können über größere Distanzen und verschiedene Maßstabebenen hinweg zwischen Landschaften bestehen. Diese wirken sich auf die Verteilung von Zugriffsrechten auf Landschaften aus und können zum Ausgangspunkt weiterführender gerechtigkeitstheoretischer Auseinandersetzungen werden.

Darüber hinaus wird den Fragen nachgegangen, inwiefern sich Aspekte von Energielandschaften in Wasserstoffregionen wiederfinden und wie sich mit dem Konzept der *shadow places* Interdependenzen zwischen Wasserstoffregionen analytisch fassen lassen. Dazu wurde zunächst eine Literaturrecherche zu Energielandschaften und *shadow places* durchgeführt. Die so gewonnenen Erkenntnisse wurden mithilfe leitfadengestützter Expert*inneninterviews unter Einbeziehung relevanter Dokumente am Beispiel der Wasserstoffregion Lausitz vertieft.

Im nächsten Abschnitt werden die für diesen Beitrag relevanten Aspekte von Energielandschaften umrissen. Aufbauend darauf wird das Konzept der

shadow places vorgestellt und auf die Wasserstoffregion Lausitz übertragen. Schließlich wird ein Ausblick auf weitere Forschungsmöglichkeiten gegeben, insbesondere zur Analyse von Wasserstoffregionen unter Gesichtspunkten der Landschaftsgerechtigkeit.

2 Energielandschaften und shadow places

2.1 Was macht eine Energielandschaft aus?

Eine hilfreiche Systematisierung von Energielandschaften stellt die Gegenüberstellung von Installations- und Gestaltungsräumen bei Gailing et al. (2013) dar. Dabei geht es vor allem um den Einfluss, den Akteur*innen auf die Standortwahl und die Verteilung des ökonomischen Nutzens von Windkraftanlagen haben. Hier stehen sich Installationsräume, in denen die lokale Bevölkerung geringen bis keinen Einfluss hat, und Gestaltungsräume gegenüber, in denen Entscheidungsprozesse gemeinsam gestaltet werden.

Eine weitere Systematisierung des Begriffes wird unter anderem von Pasqualetti und Stremke (2018) vorgenommen. Sie unterscheiden Energielandschaften anhand der dominanten Energiequelle, der wahrgenommenen Raumwirkung und der zeitlichen Dimension, zum Beispiel hinsichtlich der Dauer der tatsächlichen Wirkung einer Energieinfrastruktur im Raum (Pasqualetti/Stremke 2018: 103). So lässt sich ein Photovoltaik-Park nach der Nutzung wieder nahezu rückstandlos entfernen, während durch den Braunkohletagebau trotz Renaturierungskonzepten permanente Änderungen in der Landschaft wahrnehmbar sind. Oudes, van den Brink und Stremke (2022) legen eine weitere Art der Unterscheidung mit besonderem Fokus auf Energielandschaften vor, die durch Solarenergie geprägt sind. Sie betonen vor allem den multifunktionalen Charakter der betreffenden Landschaften, der sich beispielsweise in der Vereinbarkeit von Landwirtschaft und Energieerzeugung in Form von Agri-Photovoltaik-Anlagen ausdrückt (ebd.: 11).

Der Diskurs um Energielandschaften wurde lange vom Thema »erneuerbare Energien«, insbesondere »Windenergie«, dominiert. Ein wichtiger Aspekt ist nach wie vor, dass die Energieerzeugung damit – im Vergleich zur Nutzung von aus weit entfernt gelegenen Gebieten eingeführten fossilen Energieträgern – »sichtbarer und präsenter« wird (Gailing 2013: 197). Damit eröffneten sich bereits in den ersten Phasen der Beschleunigung des Ausbaus neue Konfliktlinien, zum Beispiel in der Spaltung des »grünen Lagers« (Leibenath 2013:

8). So stehen sich hier Befürworter grüner Energie einerseits und andererseits Personen in Protest gegenüber Eingriffen in die Natur gegenüber. Ein nach wie vor relevanter Ausgangspunkt der Diskussion ist der Befund, dass diese Entwicklung stark von staatlicher Förderung und damit vom jeweiligen politischen Willen abhängen (Leibenath 2013: 9).

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Wahrnehmung von Energielandschaften als Konflikt Räume, in denen verschiedene Ansprüche auf Landschaften bestehen. Energielandschaften sind damit »Debattenräume und wohl auch Räume eines Bedarfs nach partizipatorischen Lösungen« (Gailing 2013: 199). In diesen Räumen treten fortwährend neue und kompliziertere Akteurskonstellationen auf, die wiederum in »kulturelle, institutionelle und gesellschaftliche Dynamiken« eingebettet sind (ebd.: 200). Hinzu kommen verschiedene ästhetische Vorstellungen, die die Produktion der jeweiligen Landschaft beeinflussen. Als mögliche Leerstelle in der Auseinandersetzung wurde hier unter anderem die Behandlung von Machtverhältnissen konstatiert (ebd.: 202). Gailing und Leibenath weisen zudem auf den umkämpften und machtgeladenen Charakter von Landschaften hin. Zukünftige Forschung zur politischen Prägung von Landschaften sollte gerade keine »technokratische oder neutrale Perspektive« einnehmen, sondern sich Themen widmen, die umkämpft und konflikthaft sind oder Gefahr laufen, depolitisiert zu werden (Gailing/Leibenath 2017: 346).

2.2 Neue Energielandschaften – Übergang von alt zu neu

Der Prozess der Produktion und Reproduktion von Energielandschaften kann grundsätzlich als ein kontinuierlich bezeichnet werden, wobei »alte« Räume der Energieproduktion und -nutzung in Austausch und gegebenenfalls in Konflikt mit »neuen« treten (Bridge/Gailing 2020: 1041). Im Kontext der Landschaftsforschung wird hier Akteur*innen auf der regionalen Ebene große Bedeutung in der Entwicklung zukünftiger Energielandschaften beigemessen. So beschreibt De Laurentis (2022) unter dem Begriff der *territorial responsiveness* die soziomateriellen Bedingungen, die die Handlungsfähigkeit regionaler Akteur*innen beeinflussen (ebd.: 227). Hier wird zum Beispiel Akteur*innen regionaler Verwaltung und Regionalentwicklung eine zentrale Rolle in der kooperativen Erarbeitung und Diskussion der Ausgestaltung regionaler Energieinfrastruktur zur Integration erneuerbarer Energien zugeschrieben. Eng verknüpft mit dem Begriff von Energielandschaften sind zudem sogenannte Infrastrukturlandschaften (Castán Broto/Robin 2023). Ansätze der

Landschaftsforschung zu Infrastrukturen gehen über rein funktionale, neutrale Betrachtungen von Infrastruktur hinaus und nehmen emotionale sowie kulturelle Dimensionen von Infrastrukturen und deren Wahrnehmung in den Blick (ebd.: 165).

In jüngeren Arbeiten der Landschaftsforschung werden Ideen und Prozesse der Kooperation mit Beteiligten und Betroffenen in den Mittelpunkt gerückt (vgl. Butler/Lovie 2024). Dies geht auch immer Hand in Hand mit der Verknüpfung soziotechnischer Zukunftsbilder mit regionalen bestehenden Identitäten. So stellen Kelly und Mbah (2024) in Aussicht, dass sich regionale Energiewendelandschaften über eine kollektive Imaginationspraxis fortentwickeln und transformieren können. Dabei gelte es, so die Autor*innen, das Spannungsverhältnis zwischen dem Geworden-Sein der Region einerseits und den gemeinsam imaginierten Zukunftsbildern andererseits auszuhandeln. Die historischen Vorstellungen von den Landschaften hängen dabei zumeist auch mit einer Art Verlustparadigma zusammen. Dieses geht mit einer »Fokussierung auf verloren gegangene Landschaftszustände oder solche, deren Verlust droht [einher] und ist schon traditionell konstitutiv für viele Landschaftsverständnisse« (Leibenath/Gailing 2024: 9). Die Vorstellung von Energiezukünften ist eng verbunden mit den kollektiven raumbezogenen Zukunftsvorstellungen (Chateau/Devine-Wright/Wills 2021: 1). Etwa in Kohleregionen können sich, wie Gamper-Rabindran und Ash (2024) zeigen, verschiedene gesellschaftliche Wahrnehmungen gegenüberstehen. Am Beispiel der Region der Appalachen zeigen sie, wie Solarenergie in Kohleregionen einerseits als möglicher positiver Wirtschaftsfaktor und andererseits als Gefahr für den Erhalt der vorhandenen Kohleindustrie gesehen werden kann.

2.3 Das Konzept der *shadow places*

Im Konzept der *shadow places* wird ein behutsamer Umgang mit Landschaft proklamiert, der einer fortwährenden Ausbeutung entgegensteht. Dabei ist der Anspruch dieses Textes nicht, das Konzept als normativ-emanzipative Reaktion auf mögliche Defizite vorzuschlagen, sondern vielmehr als Werkzeug zur deskriptiv-analytischen Beschreibung der Interdependenzen und Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Formen von Wasserstoffregionen.

Das Konzept der *shadow places* wurde durch die Arbeit der Anthropologin Val Plumwood (2008) begründet und im Kontext des »Shadow Places Networks« weiterentwickelt (Potter et al. 2022). Bisher fand es punktuell in der Landschaftsforschung Beachtung (Gailing/Leibenath 2023; Leibenath/Gailing

2024). Der Ansatz bietet sich an, da er stellvertretend für weitere Arbeiten der (Feministischen) Politischen Ökologie (vgl. Gottschlich/Hackfort/Katz 2022) stehen kann, in denen einzelne Landschaften im Sinne eines *place-attachements* gesteigerte Bedeutung erhalten. Grundlage für diesen Beitrag ist vor allem Plumwoods Text »Shadow Places and the Politics of Dwelling« (Plumwood 2008).

Ihre Argumentation beginnt mit der Identifikation einer Trennung zwischen priorisierten übergeordneten Orten, die von ihr mit Begriffen wie *land of attachment* oder *home* umschrieben werden, und vielen untergeordneten Orten, die als Lebensgrundlage für die erstgenannten Orte dienen: »those places on earth that support your life« (ebd. 2008: 6). Diese letztgenannten stellen die namensgebenden *shadow places* dar. An anderer Stelle werden diese Orte mit Blick auf den Austausch von Ressourcen auch als Landschaften des Konsums (*landscapes of consumption*) und Landschaften der Produktion (*landscapes of production*) bezeichnet (Neumann 2011: 845). Bryant, Paniagua und Kizos (2011) erweitern diese Vorstellung um das Konzept der *sacrifice zones* oder *shadow landscapes* im Kontext Politischer Ökologie. Sie betrachten diese als *in-between areas* – also in wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskursen vernachlässigte Zwischenräume, die eine geringe Bevölkerungsdichte aufweisen und in kulturellen Diskursen unterrepräsentiert sind. Den Autor*innen zufolge werden diese Orte in der Politischen Ökologie und Landschaftsforschung zu wenig betrachtet. Im Zentrum dieses Diskurses steht die Vorstellung von *depopulated areas*, also wenig bis gar nicht bewohnten Gegenden. Diese imaginierte Leere rechtfertigt(e) den Autor*innen zu Folge unter anderem koloniale Projekte in der Ausbeutung von Rohstoffen oder anderen landschaftlichen Funktionen. Die Ausdifferenzierung in Richtung von Landschaften mit geringer Bevölkerungsdichte soll nicht als Zuspitzung des Geltungsbereichs des Konzepts auf eben jene Räume gedacht sein. Sie stellt lediglich eine wirkmächtige Dimension der Benachteiligung verschiedener *shadow places* dar.

Die Verbindung zwischen übergeordneten Orten und *shadow places* lässt sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche beziehen. Für diesen Beitrag sollen vor allem Verknüpfungen der Energieversorgung im Fokus liegen. So basiert beispielsweise die Produktion von erneuerbare-Energien-Anlagen in Europa auf dem Abbau von Rohstoffen und der Fabrikation einzelner Komponenten in anderen Regionen der Welt. Um die Verbindung zwischen einem Ort und den dort lebenden Menschen zu unterstreichen, spricht Plumwood (2008: 1) von *communities*. Diese *communities* werden in diesem Beitrag im Sinne des *place*-Konzeptes als Kollektive verstanden, die über Praktiken an einen physischen

Ort gebunden sind. Dabei sollten *communities* nie als in sich abgeschlossene singuläre Systeme verstanden werden, sondern immer im Verhältnis zu anderen. Vorstellungen von Energielandschaften im Globalen Norden können dahingehend hinterfragt werden und diskursiv mit *communities* im Globalen Süden in Verbindung gebracht werden. Diesen Anspruch formuliert Plumwood als *politics of place*. In der Betrachtung der Abhängigkeitsbeziehungen und Bezugnahmen zwischen den *communities* werden verschiedene Dimensionen der Ungleichheit offenbar. Hier stellen sich Fragen danach, welche Muster im Vergleich zwischen den *communities* erkannt werden können, welche Orte profitieren und welche Orte benachteiligt werden. Als eine prominente Folge dieses Split attestiert Plumwood für *communities* des Globalen Nordens einen Prozess der sogenannten *Dematerialisierung*. Damit meint sie ein Gefühl der Entkopplung der jeweiligen Lebensweise von ökologischen Konsequenzen und eine Illusion der Unabhängigkeit von Natur.

Dieser Trennung stellt Plumwood ein emanzipatives Programm entgegen, das die Herstellung von Empathie zwischen den genannten *communities* zum Ziel hat. *Shadow places* sollten demnach ebenso zu *lands of attachment* werden und in die individuellen und kollektiven Vorstellungen von *home* mit einbezogen werden (Plumwood 2008: 8). Aus dieser Annahme multipler Verknüpfungen und Verflechtungen erwächst die Forderung, sich auch um Orte außerhalb der eigenen Wirkungssphäre zu kümmern und für diese zu sorgen, ohne abseitige *Landschaften der Produktion* der Degradierung zu überlassen. Als Basis für dieses geänderte Bewusstsein definiert Plumwood einen wissensbasierten *sense of place*, der wirkungsvolle Netzwerke und die damit verbundene Arbeit umfasst. Schließlich sieht sie in ihrer Vision der Verbindung von *landscapes of production* und *landscapes of consumption* das Potenzial, Lernprozesse zum Verhältnis zwischen den Orten herzustellen. Die Vorstellung, all die Orte und Landschaften, die die eigene Lebensweise unterstützen, in die jeweilige Lebensrealität miteinzubeziehen, bezeichnet sie als politisch radikales Programm.

Im vorliegenden Beitrag werden in Erweiterung der ursprünglichen Definition von *shadow places* sowohl räumlich ferne als auch räumlich nahe Orte miteinander in Beziehung gesetzt. Dabei stehen sich im deskriptiv-analytischen Transfer des Konzepts der *shadow places* auf Wasserstoffregionen Erzeugungs- und Verbrauchsregionen gegenüber, die in diesem Beitrag auch die Analyse kleinräumiger Beziehungen ermöglichen, zum Beispiel zwischen Wasserstoffregionen innerhalb Deutschlands.

3 Die Wasserstoffregion Lausitz als konflikthafte Energielandschaft

Zum Erreichen des Ziels der Klimaneutralität bis 2045 im Zuge des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) soll grüner Wasserstoff eine zentrale Rolle spielen. Der dadurch notwendige vermehrte und intensiviertere Ausbau erneuerbarer Energien – sowohl regional als auch global – legt nahe, dass sich bisherige Problemlagen, die zum Beispiel mit der Installation von Windkraftanlagen einhergingen, noch verschärfen könnten. Diese können die Standorte, die finanzielle Beteiligung oder Fragen des Natur- und Umweltschutzes betreffen. Den bundespolitischen Rahmen für wasserstoffbezogene Vorhaben bildet unter anderem die Deutsche Wasserstoffstrategie (BMWK 2020). Diese hat zum Ziel, einen »kohärenten Handlungsrahmen für die künftige Erzeugung, den Transport, die Nutzung und Weiterverwendung von Wasserstoff und damit für entsprechende Innovationen und Investitionen zu schaffen« (ebd.: 5).

Die Analyse von Akteur*innen, Entwicklungen und räumlichen Ausprägungen der Wasserstoffregion Lausitz ermöglicht es, regionale Gegebenheiten unter Einbeziehung potenzieller Entwicklungen zu diskutieren. Die Fallauswahl begründet sich vor allem dadurch, dass es sich bei der Lausitz um eine historische Energieregion handelt, die einen Großteil der eigenen Strategien zur Bewältigung der vielfältigen Transformationsbedarfe auf Wasserstoff ausgerichtet hat.

Im Sinne der vorigen Ausführungen zu Energielandschaften wird deutlich, dass Wasserstoffregionen aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden können: als räumliches Arrangement mit materiellen Ausprägungen, als Akteursnetzwerk und auch als technisches Infrastrukturnetzwerk. Wie in der Einleitung angedeutet, möchte ich mich in diesem Beitrag auf die Beziehungen zwischen verschiedenen Arten von Wasserstoffregionen fokussieren. Im Zentrum der Definition steht daher die Untergliederung von Wasserstoffregionen in Wasserstoffherstellungs- und Wasserstoffverbrauchsregionen.

Die folgenden Ausführungen basieren auf Expert*inneninterviews vom Sommer und Herbst 2023 mit Personen, die über ihre institutionelle Position mit der Wasserstoffregion Lausitz in Verbindung stehen.

3.1 Von Braunkohle zu erneuerbaren Energien

Ein Beispiel für Aushandlungsprozesse im Kontext der Wasserstoffregion Lausitz stellt die Flächennutzung dar. Es ist geplant, zahlreiche neue Windkraft-

anlagen auf ehemaligen Tagebauflächen des Energieversorgers LEAG¹ zu errichten. Im Zuge des Kohleausstiegs bis 2038 beteiligt sich dieser an der Verwirklichung einer ›grünen‹ Energiezukunft der Lausitz und ist daher daran interessiert, das Label ›Energieregion‹ aufrecht zu erhalten. Ein Baustein dieser Neuausrichtung ist der Aufbau einer Sparte zur Erzeugung, Speicherung und Nutzung erneuerbarer Energien. Wasserstoff spielt dabei vor allem in Speicherung und Nutzung jeweils eine tragende Rolle. Die landschaftlich relevanten Prozesse sind hier der Ausbau erneuerbarer Energie auf ehemaligen Tagebauflächen und die Aufrechterhaltung der Kraftwerksstandorte, an denen anstelle der bisherigen Kohlekraftwerke Gaskraftwerke gebaut werden, die perspektivisch mit Wasserstoff betrieben werden sollen. So werden regionale materielle Kontinuitäten geschaffen, die wenig Raum für Neuaushandlungen des Besitzes oder der Nutzung der Flächen ermöglichen. Die Energiezukunft der Lausitz wird so stark von Akteur*innen beeinflusst, die in der Energiebranche verhaftet sind.

In den Expert*inneninterviews wurde die Entscheidung der LEAG, sich verstärkt erneuerbaren Energien zuzuwenden, als »klare Ansage« verstanden, in deren Folge Prozesse in Gang gebracht wurden, die für die gesamte Region relevant sind (I1, Expert*in der Landespolitik Brandenburg). Mit diesem Bekenntnis erhalten in den Augen eines Experten die Zukunftsvorstellungen einen »realistischen Unterbau« (I1). In diesem Zuge würde auch der Übergang zu Wasserstoff »verständlich für die Menschen« (I2, Expert*in der Strukturwandelförderung der Sächsischen Lausitz). Die Nutzung der ehemaligen Tagebauflächen zum Bau von Windkraft- und Solaranlagen wird in diesem Zusammenhang auch positiv wahrgenommen, während die Aushandlung der Nutzungsrechte zwischen der LEAG und den anliegenden Kommunen durchaus als problematisch dargestellt wird (I3, Expert*in der Wirtschaftsförderung Brandenburg).

3.2 Politischer Einfluss auf die Entwicklung der Wasserstoffregion Lausitz

3.2.1 Die Frage der Wasserstoffmobilität

Ein Aspekt, der Wasserstoffregionen zu umkämpften Energielandschaften macht, ist der Einfluss politischen staatlichen Handelns auf die regionalen Gegebenheiten. Dies äußert sich unter anderem in der Ausrichtung

1 LEAG: Lausitz Energie Kraftwerke AG und Lausitz Energie Bergbau AG.

bundesweiter Förderprogramme. Eines davon ist das HyLand-Programm, welches konstitutiv für die Gründung der Wasserstoffregion Lausitz war. In drei Förderkategorien – HyStarter, HyExperts und HyPerformer – konnten sich Regionen in Deutschland verschiedenen Zuschnitts auf Fördermittel zur Unterstützung ihrer wasserstoffbezogenen wirtschaftlichen Aktivitäten bewerben. Die Foki der Förderkategorien sind folgendermaßen verteilt: in HyStarter-Regionen werden die Aktivierung und die Organisation der Akteurslandschaft gefördert, in HyExperts-Regionen die Erstellung von umsetzungsreifen Konzepten und in HyPerformer-Regionen die Umsetzung konkreter Wasserstoffprojekte (NOW GmbH 2025). Das Programm wird vom Bundesministerium für Digitalisierung und Verkehr (BMDV) betreut und durch die Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NOW) GmbH koordiniert. Daraus ergibt sich ein Fokus auf Anwendungen im Mobilitätssektor.

Die Lausitz wurde von 2021 bis 2023 als HyStarter-Region gefördert. Den Anlass zur Förderung gab die Notwendigkeit, den öffentlichen Nahverkehr in der Region zu dekarbonisieren. Das Verkehrsunternehmen Cottbusverkehr sah sich im Zuge der *Clean Vehicles Directive* auf EU-Ebene und deren Umsetzung in Deutschland in Form des Gesetzes zur Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge (SaubFahrzeugBeschG) mit der Alternative konfrontiert, die Busflotte entweder auf Wasserstoff umzustellen oder zu elektrifizieren. Aufgrund der nicht ausreichenden Batteriekapazitäten entschied man sich für die Wasserstoff-Variante und plante den Aufbau einer Wasserstoffmodellregion im Mobilitätsbereich. Das Hauptprojekt der Umstellung der Busflotte von Cottbusverkehr und der Aufbau einer Wasserstofftankstelle mit angrenzendem Elektrolyseur durch die LEAG wurde im Laufe der Jahre und durch weitere Fördermittel vom Bund umgesetzt.

Im Laufe der Zeit wurden deutlich größere Batteriekapazitäten für Busse verfügbar. Dadurch haben sich immer mehr Landkreise der Region für eine Elektrifizierung des öffentlichen Nahverkehrs entschieden, was den großflächigen Aufbau eines Wasserstofftankstellennetzes hemmen könnte (I4: Expert*in der regionalen Wasserstoffwirtschaft Lausitz). Neben dem technologischen Fortschritt im Bereich der Elektrifizierung werden zudem auch finanzielle Aspekte genannt: »Das heißt, die große Idee: Wir werden Wasserstoffmodellregion im Mobilitätsbereich, löst sich nach und nach auf, weil die Kosten, die Preise einfach nicht abbildbar sind« (I4). Damit entwickeln sich die in Form von Förderprogrammen für Wasserstoffmobilität manifestierten politischen Leitlinien des Bundesministeriums zum Teil entgegen der regionalen Realität.

Es wird deutlich, dass der einmal eingeschlagene Weg zur Förderung regionaler Wasserstoffmobilität im ÖPNV übergeordneten Empfehlungen zum Einsatz grünen Wasserstoffs zum Teil widerspricht (vgl. Badelt 2024). Demnach soll der Fokus ausdrücklich nicht auf individuelle oder auch öffentliche Mobilität gerichtet werden, sondern vielmehr auf schwer zu dekarbonisierende Sektoren wie die Stahl- und Zementproduktion oder die chemische Industrie (Claussen 2022).

3.2.2 Die Frage der Importe und internationaler Kooperationen

Auf Bundesebene zeigt sich politischer Wille im breit angelegten Ausbau internationaler Wasserstoffpartnerschaften. Unter anderem stehen hier Länder im Fokus, in denen die Bedingungen für die Produktion grüner Energie vorteilhafter sind. Faktisch meint dies Länder mit hoher Sonneneinstrahlung und hohem Windaufkommen. Weit vorangeschrittene Partnerschaften Deutschlands bestehen unter anderem mit Chile (BMWK 2024a) oder Namibia (BMWK 2024b). Als Beispiel aus Namibia sei hier das hyphen-Projekt genannt. Insgesamt sollen dabei auf einer Fläche von circa 4000 Quadratkilometern in zwei Phasen Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien durch Wind und Solar mit einer Kapazität von insgesamt 7 GW und Elektrolyseure mit einer Leistung von 3 GW entstehen.

Damit wird auf bundespolitischer Ebene auch eine Diversifizierung der Energieversorgung bezüglich der verschiedenen Lieferländer geplant. Das unterstreicht, dass Wasserstoff-Verbrauchsregionen – zumindest in Deutschland – auf ein funktionierendes globales Transportnetz angewiesen sind. Im Zuge der Entwicklung einer Wasserstoffregion werden so neue Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen. Durch die Stimulierung der Nachfrage nach Wasserstoff, die nicht aus regionalen Quellen gedeckt werden kann, wird es erforderlich, internationale und globale Transportnetze zu schaffen. Dies kann auch zu positiven regionalwirtschaftlichen Effekten in den jeweiligen Partnerländern führen, wo der gewünschte grüne Wasserstoff produziert wird. Beispielsweise kann dort ein Teil der produzierten Energie lokal genutzt werden, es kann eine regionale (Energie-)Infrastruktur entstehen und es kann zur Entwicklung partizipativer, regionaler Handlungsansätze kommen. Ob solche Effekte wirklich entstehen, ist aber noch nicht abzusehen.

Von den Lausitzer Expert*innen wird der Import von Wasserstoff nicht problematisiert und mit dem bisherigen Import von (Erd-)Gas gleichgesetzt: »Wir werden Wasserstoff importieren müssen, so wie wir Gas importieren.« (I2). Die Energiewirtschaft und die Preisentwicklung werden als Faktoren

gesehen, die für das Verhältnis von Wasserstoffimporten und inländischer Wasserstoffproduktion entscheidend sind (I2; I4). Der Import von Wasserstoff geht auch mit dem Aufbau eines überregionalen Leitungsnetzes und dem sukzessiven Anschluss einzelner Regionen einher. Davon erhoffen sich Lausitzer Akteur*innen positive regionalökonomische Effekte: »Insofern, ja, es hat eine Relevanz, dass Leitungen dort sind, die eben regionale Produktion, aber auch Import sozusagen ermöglichen und damit auch einen Beitrag zur Strukturentwicklung vor Ort leisten« (I2). Zivilgesellschaftliche Akteur*innen machen deutlich, dass komplizierter werdende internationale Transportnetzwerke und Handelsbeziehungen die lokale Akzeptanz vor Ort negativ beeinflussen können (I4).

4 Wo liegen die *shadow places* der Wasserstoffregion Lausitz?

Im Anschluss an die beschriebenen Phänomene, die im Zuge der Entwicklung der Wasserstoffregion Lausitz bereits zu erkennen sind oder sich in Zukunft einstellen könnten, stellt sich die Frage, wo mögliche *shadow places* der Lausitz liegen oder liegen könnten. Hierbei sei zunächst auf die Gleichzeitigkeit verschiedener regionaler Vorstellungen hingewiesen. So kann die Wasserstoffregion Lausitz sowohl als Wasserstoffherzeugungsregion als auch als Wasserstoffverbrauchsregion verstanden werden: Als Erzeugungsregion, die mit benachbarten Regionen wie dem Mitteldeutschen Revier zusammenhängt, und als Verbrauchsregion, die mit Regionen in anderen Teilen der Welt in Verbindung steht, in denen im großen Maßstab Wasserstoff produziert wird.

Zunächst bestehen Kontinuitäten in bereits vorhandenen *shadow places* innerhalb der Energieregion Lausitz selbst. Die bereits bestehenden Landschaften der Energieproduktion in der Lausitz erhalten durch Umdeutung als Wasserstoffregion eine neue Prägung, bleiben aber Orte der Energieproduktion. Somit behalten sie auch ihren Charakter als *shadow places* innerhalb Deutschlands. Dies reicht von der verstärkten Inanspruchnahme von Flächen zur Erzeugung erneuerbarer Energie über die Produktion grünen Wasserstoffs unter Nutzung lokaler Wasserressourcen bis hin zu den vorhandenen Kraftwerksstandorten, an denen neue *h2-ready* Gaskraftwerke entstehen. Auf diese Weise werden bereits bestehende Tendenzen in der Verteilung des Nutzens von Landschaften verstärkt. Auf regionaler Ebene kommt es zudem – gemessen an gängigen Einschätzungen zur Priorisierung in der Nutzung grünen Wasserstoffs (vgl. Claussen 2022) – zu suboptimalen Ergebnissen, wenn dem Kal-

kül sektoraler Akteur*innen freie Hand gelassen wird. Das gilt insbesondere für den Ausbau wasserstoffbasierter Mobilität.

Das von Plumwood beschriebene Verhältnis zwischen *places of production* und *places of consumption* lässt sich in diesem Zusammenhang auch auf die regionale Ebene übertragen. Eigentlich erdacht für Weltregionen, die außerhalb der eigenen Wahrnehmung und Sichtweite liegen, eröffnet die Unterscheidung für regionale und räumlich nahe Verhältnisse neue Perspektiven. Demnach liegen die Braunkohletagebaue in der Lausitz als *places of production* traditionell nah am eigenen *place of consumption*.² Plumwood (2008) legt hier einen *sense of place* nahe, der abseitige oder ausschließlich einer Funktion zugeordnete Räume zurück in das Bewusstsein rückt. Die dafür notwendige Arbeit, die die Sphären miteinander verbindet, bezeichnet Plumwood als eine Art Beziehungsarbeit. Das Ziel wäre auf konzeptioneller Ebene die Zusammenführung der verschiedenen Perspektiven innerhalb einer konflikthaften Energielandschaft – zum Beispiel durch neue Formen der Kooperation oder Beteiligung (vgl. Kelly/Mbah 2024). Durch solche Arten der Kooperation, die auch globale Perspektiven in regionale Diskussionen einbeziehen, könnte der Forderung Plumwoods nach einem *sense of place* Rechnung getragen werden.

Eine Möglichkeit, globale Perspektiven miteinzubeziehen, kann die Auseinandersetzung mit Wasserstoffregionen sein, die über verschiedene Formen der Kooperation schon mit der Lausitz verbunden sind. Für diesen Beitrag wurde das Beispiel Namibia eingeführt, welches auch in anderen sozialwissenschaftlichen Studien mit Fokus auf Wasserstoff behandelt wurde (Kalvelage/Walker 2024; Tunn et al. 2025). Mögliche *shadow places* sind am Ort der Produktion des grünen Wasserstoffs in Namibia zu finden (Enertrag 2024), etwa Anlagen zur Entsalzung von Meerwasser, Wind- und Solaranlagen zur Erzeugung der notwendigen erneuerbaren Energien und schließlich Infrastruktur für den Bau der Anlagen sowie Anlieferung und Abtransport. Am Ende steht die Bereitstellung von Wasserstoff als handelbarem und verschiffbarem Gut.

Weitere *shadow places* im Sinne rein funktionaler Versorgungslandschaften lassen sich entlang der Transportkette identifizieren. Ein konkretes Beispiel dafür stellen Konflikte um Flüssiggas-Terminals dar, die an der Deutschen Nord- und Ostseeküste in Wilhelmshaven und auf Rügen im Kontext

2 Ergänzend dazu bleibt festzuhalten, dass nach Plumwoods Theorie sozusagen die ganze restliche Welt negativ von den Folgen der Kohleverbrennung beeinflusst wird.

beschleunigter Planungsverfahren gebaut wurden. Die Terminals sollen perspektivisch auch dazu genutzt werden, importierten Wasserstoff in das deutsche Gasnetz einzuspeisen. Umweltverbände kritisieren dabei zum einen die lokalen ökologischen Risiken und zum anderen potenzielle neue fossile Abhängigkeiten (NABU 2024).

Dabei stellt sich die Frage, inwieweit all diese Orte die Kriterien von *landscapes of production* erfüllen und inwieweit Wertschöpfung vor Ort auch lokalen Netzwerken zu Gute kommen kann. So besteht hier das Risiko, dass sich Ausbeutungsverhältnisse zwischen Weltregionen reproduzieren und damit altbekannte Muster in das Fundament neuer global vernetzter Wasserstoffregionen eingeschrieben werden. Auf der anderen Seite eröffnet der andauernde und zum Teil erst noch entstehende Transformationsprozess – sowohl in der Wasserstoffregion Lausitz als auch in den mit ihr verknüpften Regionen – neue Möglichkeiten, über global vernetzte Energiezukünfte nachzudenken. Dieser dynamische Charakter der Entwicklung eröffnet mögliche Ansatzpunkt für die Entstehung eines *sense of place*, wie ihn Plumwood einfordert. Bedingung dafür ist, Kooperationen aufzubauen, die über einen Austausch oder eher eine Extraktion von Ressourcen hinausgehen.

Der Fokus dieses eventuellen Transfers sollte darauf liegen, die bisher eingeschlagenen Pfade der Entwicklung zu hinterfragen und sich die globalen Vernetzungen und Einbettungen der Prozesse bewusst zu machen. Das Konzept der *shadow places* bietet eine Möglichkeit, die Interdependenzen zwischen verschiedenen Wasserstoffregionen zu beschreiben und mögliche Auswege aufzuzeigen. In jedem Fall impliziert es ein grundsätzliches Umdenken in der Weise, wie neue Energielandschaften konzeptionell gefasst werden können.

5 Fazit und Ausblick

Ziel des Beitrags war es, Wasserstoffregionen als Energielandschaften zu verstehen und verschiedene Typen von Wasserstoffregionen konzeptionell zueinander in Beziehung zu setzen. Demnach lassen sich Wasserstoffregionen als Landschaften verstehen, die durch Wasserstoffherzeugung, -transport und -verbrauch – je nach Perspektive – mit anderen Wasserstoffregionen in Verbindung treten. Dadurch verschärfen sich bestehende Konfliktlinien in Energielandschaften, sowohl hinsichtlich möglicher Wasserstoff-basierter regionaler ÖPNV-Angebote als auch in Bezug auf den Aufbau globaler Wasserstoffnetzwerke. Die begriffliche Erweiterung von Wasserstoffregio-

nen um globale Verknüpfungen stellt eine Neuheit gegenüber bisherigen Vorstellungen von Energielandschaften dar.

Im Beitrag wurde das Konzept der *shadow places* als eine Form der Operationalisierung von Landschaftsgerechtigkeit angeboten. Zum einen ermöglicht die Betrachtung der Wasserstoffregion Lausitz durch die Linse des Konzepts der *shadow places* eine differenzierte Problembeschreibung und Kritik der Verhältnisse, die bei Erzeugung und Verbrauch zwischen gegenwärtigen und zukünftigen Wasserstoffregionen bestehen. Dabei wurde in diesem Beitrag vor allem auf die deskriptiv-analytischen Aspekte fokussiert.

Neben der Identifikation alter und neuer Konfliktlinien hat die Zusammenführung der empirischen Befunde mit den theoretischen Konzepten auch mögliche positive Ausblicke gezeigt. Dazu gehört Plumwoods Idee eines *sense of place*, der verschiedene Wasserstoffregionen kognitiv verbindet und eine Art regionaler Empathie befördern könnte. Dies könnte beispielsweise über planerische Beteiligungsprozesse auf beiden Seiten der Transportkette erfolgen und ein Bewusstsein für die jeweiligen regionalspezifischen Problemlagen schaffen. Erster Schritt sollte aber, wie in diesem Beitrag gezeigt, die genaue Analyse der räumlichen Beziehungen und Interdependenzen sein. Auf dieser Analyse können dann Ansätze aufbauen, die eine gerechte Verteilung von Lasten und Nutzen von und in Wasserstoffregionen zum Ziel haben. Zu diesem Zweck könnten beispielsweise Zukunftsnarrative kollektiv entwickelt werden. Des Weiteren könnten globale Ungleichheiten und Machtbeziehungen in regionalen kollaborativen Entwicklungsprozessen thematisiert werden. Auf diese Weise wäre die Entwicklung eines *regional sense of place* denkbar, durch den die Verwobenheit der Landschaften bewusst gemacht wird, die an der Energieproduktion einer Region beteiligt sind.

Einen weiteren möglichen Anschluss bieten Arbeiten zu einer kollektiven Sorge oder Care um (Energie-)Landschaften. Bisherige Arbeiten in diese Richtung fokussieren Aspekte von Landschaftspflege, setzen diese aber schon in einen globalen Kontext (vgl. Franco 2024). Jacobs/Wiens (2023) unterstreichen, dass höhere Maßstabsebenen in die Transformation konkreter Landschaften gerade durch die Einbeziehung einer Care-Perspektive integriert werden können. Zugleich weisen sie auch auf den damit einhergehenden Aufwand hin, der sich aus der Bearbeitung regional spezifischer sozialer und räumlicher Probleme und Herausforderungen ergibt.

Zuletzt bleibt als weiterer Forschungsbedarf noch ein expliziter Transfer auf verschiedene Dimensionen von Gerechtigkeit offen. So wurde mit der

Darstellung der empirischen und konzeptionellen Verknüpfung zwischen verschiedenen Formen von Wasserstoffregionen die Grundlage geschaffen, diese Beziehungen unter Gerechtigkeitsaspekten zu beleuchten. Konkret könnten etwa Fragen von Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit in Wasserstoffregionen betrachtet werden. Das betrifft beispielsweise Beteiligungsmöglichkeiten der örtlichen Bevölkerung sowie die Verteilung der vor Ort erwirtschafteten Gewinne und der erzeugten Energie.

In Wasserstoffregionen in Deutschland prallen gegensätzliche interessengeleitete Zukunftsnarrative aufeinander. Gerade in der aktuellen formativen Phasen der Transformation hin zu einer wasserstoffbasierten Wirtschaft werden bereits Pfadentscheidungen getroffen, die bestimmte Entwicklung prädestinieren könnten. Ziel sozialwissenschaftlich-kritischer Landschaftsforschung sollte es daher auch sein, Möglichkeitsräume alternativer regionaler Entwicklungen zu identifizieren (Leibenath/Gailing 2024: 7) und so andere – und möglicherweise gerechtere – Wasserstoffzukünfte möglich zu machen.

Literatur

- Badelt, Ole (2024): »Sozial-ökologische Herausforderungen bei der Integration von Wasserstoff in das Energiesystem«, in: Anne Finger/Ole Badelt/Kathleen Dahmen/Lydia Heilen/Nora Mai/Ronja Seegers/Eva Seewald/Filip Svieg/Leonie Wiemer (Hg.), Transformationsprozesse in Stadt und Land – Erkenntnisse, Strategien und Zukunftsperspektiven, Forschungsberichte der ARL. Hannover, S. 90–109.
- Bridge, Gavin/Gailing, Ludger (2020): »New energy spaces: Towards a geographical political economy of energy transition«, in: Environment and Planning A: Economy and Space 52/6, S. 1037–1050.
- Bryant, Raymond L./Paniagua, Angel/Kizos, Thanasis (2011): »Conceptualising ›shadow landscape‹ in political ecology and rural studies«, in: Land Use Policy 28/3, S. 460–471.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (2020): Die Nationale Wasserstoffstrategie. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/die-nationale-wasserstoffstrategie.html> (letzter Zugriff am 19.03.2025).
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (2022): Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie.

- <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Wasserstoff/Downloads/fortschrittbericht-nws.html> (letzter Zugriff am 19.03.2025).
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (2024a): Chile. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Wasserstoff/Internationale-Wasserstoffzusammenarbeit-Beispiele/wasserstoffzusammenarbeit-mit-chile.html> (letzter Zugriff am 28.11.2024).
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (2024b): Namibia. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Wasserstoff/Internationale-Wasserstoffzusammenarbeit-Beispiele/wasserstoffzusammenarbeit-mit-namibia.html> (letzter Zugriff am 28.11.2024).
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (2025): Die Nationale Wasserstoffstrategie. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/die-nationale-wasserstoffstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=20 (letzter Zugriff am 27.02.2025).
- Butler, Andrew/Lovie, Rod (2024): »Whose collective voice? Landscape, power, and participation«, in: *Landscape Research* 49/5, S. 595–601.
- Castán Broto, Vanesa/Robin, Enora (2023): »Embracing change in infrastructure landscapes«, in: *Landscape Research* 48/2, S. 165–173.
- Chateau, Zoé/Devine-Wright, Patrick/Wills, Jane (2021): »Integrating sociotechnical and spatial imaginaries in researching energy futures«, in: *Energy Research & Social Science* 80, S. 1–8.
- Claussen, Jens (2022): *Das Wasserstoffdilemma: Verfügbarkeit, Bedarfe und Mythen*. Berlin: Borderstep Institut.
- De Laurentis, Carla (2022): »Reshaping energy landscape: a regional approach to explore electricity infrastructure networks«, in: *Landscape Research* 48/2, S. 224–238.
- Eichenauer, Eva (2023): »Planungskonflikte und Gerechtigkeit: Konzeptionelle Überlegungen am Beispiel des Ausbaus der Windenergie im Nordosten Deutschlands«, in: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81/5, S. 509–522.
- Enertrag (2024): Hyphen – Projekt für grünen Wasserstoff. <https://enertrag.com/de/projekte-show-cases/wasserstoff-projekte/hyphen-gruener-wasserstoff-namibia2> (letzter Zugriff am 18.10.2024).
- Franco, Michelle Arevalos (2024): »Care's repair, landscape's labor«, in: *Landscape Research* 49/4, S. 584–594.
- Gailing, Ludger (2013): »Die Landschaften der Energiewende Themen und Konsequenzen für die sozialwissenschaftliche Landschaftsforschung«, in: Ludger Gailing/Markus Leibenath (Hg.), *Neue Energielandschaften* –

- Neue Perspektiven der Landschaftsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 207–215.
- Gailing, Ludger/Hüesker, Frank/Kern, Kristine/Röhring, Andreas (2013): »Die räumliche Gestaltung der Energiewende zwischen Zentralität und Dezentralität: Explorative Anwendung einer Forschungsheuristik«, in: Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) (Hg.): Working Paper 51.
- Gailing, Ludger/Leibenath, Markus (2023): »Landschaften des Anthropozäns – Braunkohlereviere aus Sicht der Landschaftsforschung«, in: IzR – Informationen zur Raumentwicklung 50/3-4, S. 22–33.
- Gailing, Ludger/Leibenath, Markus (2017): »Political landscapes between manifestations and democracy, identities and power«, in: Landscape Research 42/2, S. 337–348.
- Gailing, Ludger/Leibenath, Markus (Hg.) (2013): »Neue Energielandschaften – Neue Perspektiven der Landschaftsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Gamper-Rabindran, Shanti/Ash, Joshua (2024): »Farming the sun« or »coal legacy«? Social perspectives on solar energy projects in Appalachia«, in: Energy Research & Social Science 117, S. 1–15.
- Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah/Katz, Christine (2022): »Feministische Politische Ökologie«, in: Daniela Gottschlich/Sarah Hackfort/Tobias Schmitt/Uta von Winterfeld (Hg.), Handbuch Politische Ökologie: Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden, Edition Politik. Bielefeld: transcript, S. 91–105.
- Jacobs, Sara/Wiens, Taryn (2023): »Landscapes of care: politics, practices, and possibilities«, in: Landscape Research 49/3, S. 1–17.
- Jorgensen, Anna (2016): »Editorial: 2016: Landscape Justice in an Anniversary Year«, in: Landscape Research 41/1, S. 1–6.
- Kalvelage, Linus/Walker, Benedikt (2024): »Strategic coupling beyond borders: Germany’s extraterritorial agency in Namibia’s green hydrogen industry«, in: Journal of Economic Geography 24/6, S. 921–941.
- Kelly, Ryan/Mbah, Melanie (2024): »Regionale Energiewende-Governance zur Co-Transformation zukunftsfähiger Energieinfrastrukturen als Daseinsvorsorge im ländlichen Raum«, in: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning 82/2, S. 127–142.
- KSG (= Bundes-Klimaschutzgesetz vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2513), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 235) geändert worden ist). <https://www.gesetze-im-internet.de/ksg/KSG.pdf> (letzter Zugriff am 10.03.2025).

- Leibenath, Markus (2013): »Landschaften unter Strom«, in: Ludger Gailing/ Markus Leibenath (Hg.), *Neue Energielandschaften – Neue Perspektiven der Landschaftsforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 7–19.
- Leibenath, Markus/Gailing, Ludger (2024): »Landscapes for Future – wo Wandel zu erleben ist und Zukunft gestaltet wird«, in: Markus Leibenath/ Ludger Gailing/Alena Birnbaum (Hg.), *Landscapes for Future – Landschaften und sozial-ökologische Transformationen.*, *RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft*. Wiesbaden: Springer VS, S. 3–18.
- Mason, Kelvin/Milbourne, Paul (2014): »Constructing a ›landscape justice‹ for windfarm development: The case of Nant Y Moch, Wales«, in: *Geoforum* 53, S. 104–115.
- Mels, Tom (2016): »The trouble with representation: landscape and environmental justice«, in: *Landscape Research* 41/4, S. 417–424.
- Müller, Franziska/Tunn, Johanna/Kalt, Tobias (2022): »Hydrogen justice«, in: *Environmental Research Letters* 17/11, S. 1–7.
- NABU (2024): LNG ist nur eine Scheinlösung – Neue fossile Abhängigkeiten in der Klimakrise. <https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/energie/fossile-energien/erdgas/32698.html> (letzter Zugriff am 28.11.2024).
- Nadaï, Alain/van der Horst, Dan (2010): »Introduction: Landscapes of Energies«, in: *Landscape Research* 35/2, S. 143–155.
- Neumann, Roderick P. (2011): »Political ecology III: Theorizing landscape«, in: *Progress in Human Geography* 35/6, S. 843–850.
- NOW GmbH (2025): HyLand –Wasserstoffregionen in Deutschland. <https://www.hy.land> (letzter Zugriff am 30.1.2025).
- Olwig, Kenneth R. (2022): »Landscape justice, place and quality of life in ›archipelagic‹ worlds«, in: *Landscape Research* 47/6, S. 717–722.
- Oudes, Dirk/van den Brink, Adri/Stremke, Sven (2022): »Towards a typology of solar energy landscapes: Mixed-production, nature based and landscape inclusive solar power transitions«, in: *Energy Research & Social Science* 91, S. 1–14.
- Pasqualetti, Martin/Stremke, Sven (2018): »Energy landscapes in a crowded world: A first typology of origins and expressions«, in: *Energy Research & Social Science* 36, S. 94–105.
- Plumwood, Val (2008): *Shadow Places and the Politics of Dwelling*. *Australian Humanities Review*. <https://australianhumanitiesreview.org/2008/03/01/shadow-places-and-the-politics-of-dwelling> (letzter Zugriff am 5.3.2024).
- Potter, Emily/Miller, Fiona/Lövbrand, Eva/Houston, Donna/McLean, Jessica/O’Gorman, Emily/Evers, Clifton/Ziervogel, Gina (2022): »A manifesto for

shadow places: Re-imagining and co-producing connections for justice in an era of climate change«, in: *Environment and Planning E: Nature and Space* 5/1, S. 272–292.

SaubFahrzeugBeschG (= Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetz vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1691), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 167) geändert worden ist. <https://www.gesetze-im-internet.de/saubfahrzeugbeschg/BJNR169110021.html> (letzter Zugriff am 13.03.2025).

Tunn, Johanna/Müller, Franziska/Hennig, Jesko/Simon, Jenny/Kalt, Tobias (2025): »The German scramble for green hydrogen in Namibia: Colonial legacies revisited«, in: *Political Geography* 118, S. 1–12.

Strukturwandel in der Lausitz: Auf dem Weg zu mehr Umweltgerechtigkeit und gerechteren Landschaften?

Luisa Geldbach

1 Transformation, Strukturwandel und Gerechtigkeit

Die sozialökologische Transformation bringt erhebliche Veränderungen mit sich, bei denen Gerechtigkeitsfragen eine zentrale Rolle spielen (vgl. Leibentath/Gailing 2024). In diesem Zusammenhang erfährt das Thema der Umweltgerechtigkeit in der deutschsprachigen Forschung, insbesondere bezogen auf städtische Räume, wachsende Aufmerksamkeit. Aber auch über urbane Zentren hinaus findet jüngst eine Auseinandersetzung mit dem Thema der (umweltbezogenen) Gerechtigkeit statt (vgl. u.a. dieser Band, Klepp/Hein 2024).

Auch die Lausitz ist im Rahmen der Energiewende und des damit einhergehenden Kohleausstiegs mit drastischen Umstrukturierungen konfrontiert. Während in den vergangenen Jahrzehnten zunächst durch den Bergbau massive Eingriffe in die Umwelt vorherrschten, die die bestehende Landschaft devastierten, steht mit dem Ausstieg aus der Braunkohleförderung die Renaturierung und Sanierung der Braunkohlereviere und damit die Entwicklung gänzlich neuer Landschaften, der Bergbaufolgelandschaften, an. Der durch den Kohleausstieg induzierte Landschaftswandel geht mit einem ökonomischen wie gesellschaftlichen Strukturwandel einher. Insbesondere die Reviere in Ostdeutschland sind hiervon betroffen, da die Menschen hier bereits nach der Wiedervereinigung Erfahrungen mit einem, für viele Menschen heute negativ konnotierten, Strukturwandel gemacht haben. Auch deshalb wird der aktuell bevorstehende Strukturwandel mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und durch umfangreiche Fördermaßnahmen flankiert.

Vor diesem Hintergrund untersuchten bereits verschiedene Publikationen den Strukturwandel in der Lausitz aus einer Gerechtigkeitsperspektive,

insbesondere bezogen auf die Verteilung der Strukturwandelmittel (vgl. u. a. Gürtler/Herberg 2021; Markwardt et al. 2022; Zeißig/Eichenauer/Gailing 2023). Aus der Perspektive der umweltbezogenen Gerechtigkeit setzen sich Beckmann und Heyer (2023) und Kalt (2023) mit dem Braunkohlebergbau bzw. dem Kohleausstieg auseinander. Umweltaspekte im Strukturwandel in der Lausitz wurden dabei jedoch bisher nicht explizit thematisiert, woran der vorliegende Beitrag ansetzt und herausarbeitet, inwiefern Fragen der Umweltgerechtigkeit im Strukturwandelprozess im Lausitzer Revier eine Rolle spielen. Zudem wird diskutiert, welche Bedeutung diese Erkenntnisse für die Landschaftsforschung und den Diskurs um Landschaftsgerechtigkeit mit sich bringen.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurden zentrale Dokumente des Strukturwandels systematisch analysiert, um herauszuarbeiten, inwiefern sie auf die entsprechenden Themengebiete eingehen. Berücksichtigt wurden hierfür zwei Dokumente der Bundesebene sowie jeweils zwei Dokumente der Landesebene in Sachsen und Brandenburg, die den Strukturwandel begleiten und denen eine zentrale Steuerungsfunktion zukommt. Zudem wird ein Dokument der Lausitzrunde¹ einbezogen, um die Position einer zentralen regionalen Interessenvertretung in die Analyse einbeziehen zu können. Ausgewertet werden die Dokumente anhand einer inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse mit deduktiv-induktiver Kategorienbildung (vgl. Kuckartz 2018). Im Zentrum des Forschungsinteresses stehen vor allem die Thematisierung von Umweltaspekten und Umweltauswirkungen im Braunkohleabbau sowie im Strukturwandel. Um die Relevanz der Beschäftigung mit (bleibenden) Umweltbelastungen durch den Braunkohleabbau im Strukturwandel hervorzuheben, werden vorab die Ergebnisse einer eigenen räumlichen Untersuchung zur Verteilung von Umweltbelastungen in Deutschland herangezogen und mit Fokus auf die Lausitz näher betrachtet. Für diese wurden Daten zu verschiedenen Umweltbelastungen auf Gemeindeebene aggregiert und anschließend anhand der relativen Belastung kategorisiert. Für den vorliegenden Beitrag wird das Vorkommen von Mehrfachbelastungen näher betrachtet.

1 Die Lausitzrunde ist ein länderübergreifender Zusammenschluss von Bürgermeister*innen aus der Lausitz, der die Interessen der Bürger*innen in den Kommunen, die von der Kohlewirtschaft betroffen sind, auf den verschiedenen politischen Ebenen vertritt. Sie versteht sich als Bindeglied zwischen den Menschen vor Ort und den Akteuren, die den Strukturwandel in der Lausitz begleiten.

Im Folgenden wird zunächst das wissenschaftliche Verständnis von Landschaft erörtert, auf welchem der Beitrag aufbaut. Darauf folgend werden die relevanten Grundlagen umweltbezogener Gerechtigkeit thematisiert. Anschließend folgt die Beschreibung der Rahmenbedingungen des Untersuchungsgebiets in der Lausitz, bevor die Ergebnisse aus der Dokumentenanalyse sowie der Analyse der räumlichen Daten zu Umweltbelastungen dargestellt werden. Diese werden im Anschluss mit der eingangs berücksichtigten Literatur in Verbindung gesetzt, um eine weiterführende Forschungsagenda zu entwickeln, bevor abschließend die zentralen Inhalte des Beitrags zusammengefasst werden.

2 Landschaftsbegriff und gerechte Landschaften

Der Landschaftsbegriff, auf dem dieser Beitrag aufbaut, folgt demjenigen, der in den neueren Sozialwissenschaften etabliert ist. In Abgrenzung zum alltagssprachlichen Verständnis, nach dem Landschaft als konkreter, sichtbarer Ausschnitt der Natur verstanden wird, bezieht dieses auch den konstruktivistischen Charakter von Landschaft mit ein (Gailing 2014: 46, 69). Demnach ist Landschaft Ausdruck und Manifestation sozialer Verhältnisse und Interaktionen und bildet gleichzeitig die »Basis für soziale Strukturierungen und Interaktionen« (Leibenath/Gailing 2012: 63). Der Terminus *Landschaft* zeichnet sich durch eine große Nähe zu *Natur* und *Umwelt* aus, grenzt sich von diesen jedoch durch den genannten Konstruktionsgehalt ab. So betont Jessel (2019: 1351), dass Landschaft in einer engen Beziehung zu Natur steht und nicht unabhängig von dieser verstanden werden könne. Darüber hinaus seien Landschaften eng mit den diese wahrnehmenden Menschen verknüpft. Während Natur auch unabhängig von menschlichen Rezipienten gedacht werden könne, (ent-)stehe Landschaft immer im Verhältnis zu den Menschen, die diese wahrnehmen. Dabei kann Landschaft eine strukturierende Wirkung auf das soziale Verhalten haben (z.B. durch Nutzungseinschränkungen und Eigentumsrechte) und gleichzeitig »als Ausdruck gesellschaftlicher Herrschafts- und Machtstrukturen interpretiert werden« (Leibenath/Gailing 2012: 64) sowie zu deren Aufrechterhaltung und Schaffung beitragen. So werden soziale Strukturen in die Landschaft eingeschrieben, die gleichzeitig die Wahrnehmung und Lesart dieser wieder beeinflussen (Blotevogel 2019: 1848). Menschen gestalten Landschaften, gleichzeitig werden Landschaften durch menschliche Nutzung belastet, bisweilen sogar zerstört (ebd.: 1848).

Die dargestellte Bedeutung, die Macht und soziale Prozesse in der Ausprägung und dem Verständnis von Landschaften innehaben, macht deutlich, dass Gerechtigkeitsfragen in diesem Kontext eine zentrale Rolle spielen. Dementsprechend ist Gerechtigkeit auch in der Landschaftsforschung, zuletzt zusammengefasst unter dem Begriff der Landschaftsgerechtigkeit, immer wieder Gegenstand der Forschung. Die gerechte Gestaltung von Landschaften erfordert demnach nicht nur eine gerechte Verteilung von durch wirtschaftliche Nutzung gezeichneten Landschaften und solchen mit hohem Naherholungswert, sondern auch gleichberechtigten Zugang zu Landschaften sowie ein Gemeinwesen, in dem alle berechtigt sind, sich an der Gestaltung von Landschaften zu beteiligen, ohne dabei Schäden oder Ausbeutung zu verursachen (Egoz/De Nardi 2017; Mels 2016; Mitchell 2023).

3 Dimensionen umweltbezogener Gerechtigkeit

Das Konzept der umweltbezogenen Gerechtigkeit hat seinen Ursprung in den USA und befasst sich mit der ungleichen und ungerechten Betroffenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen durch Umweltbelastungen. Hierbei steht nicht der Umweltschutz, sondern vielmehr der Mensch als Schutzgut im Fokus der Aufmerksamkeit (vgl. u.a. Elkins 2008). Aufgrund ihres Entstehungskontextes in der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung steht in der Auseinandersetzung mit Umweltgerechtigkeit insbesondere auch die Benachteiligung diskriminierter Gruppen und Minderheiten im Fokus (vgl. u.a. Bullard 1995).

Das Konzept basiert auf einem vielschichtigen Verständnis von Gerechtigkeit. Dieses berücksichtigt mit der inter- bzw. intragenerationalen Gerechtigkeit nicht nur unterschiedliche zeitliche und räumliche Ausprägungen, sondern auch verschiedene inhaltliche Dimensionen. David Schlosberg (2007) hat diese in Anlehnung an Martha Nussbaum, Amartya Sen und Nancy Fraser in seiner Beschäftigung mit umweltbezogener Gerechtigkeit systematisch zusammengeführt. Schlosberg identifiziert Verteilungsgerechtigkeit, Verfahrensgerechtigkeit und Anerkennungsgerechtigkeit als die drei zentralen Dimensionen von Gerechtigkeit. Walker (2009: 621) weist zudem darauf hin, dass Umweltbelastungen und Umweltrisiken sich nicht auf alle Menschen und sozialen Gruppen gleich auswirken. Die Ursachen für unterschiedliche Vulnerabilität können dabei sowohl physische bzw. gesundheitliche, als auch sozioökonomische Voraussetzungen umfassen. Köckler und Böhme (2018)

stellen für die Umweltgerechtigkeitsforschung in deutschen Städten eine leicht abgewandelte Konzeption der Gerechtigkeitsdimensionen auf. Diese umfasst vier zentrale Bereiche, die diejenigen von Schlossberg aufgreifen, anpassen und erweitern:

- a) Verteilungsgerechtigkeit: beschreibt die sozialräumliche Ungleichverteilung von Umweltgütern und Umweltbelastungen. In Untersuchungen zu umweltbezogener Verteilungsgerechtigkeit werden in der Regel signifikante Ungleichheiten in der Exponiertheit unterschiedlicher Gruppen gegenüber Umweltbelastungen festgestellt, die als ungerecht bewertet werden (ebd.: 89f.).
- b) Verfahrensgerechtigkeit: befasst sich mit der Frage, ob Prozesse der Entscheidungsfindung, z.B. in der räumlichen Planung, gerecht sind. Dabei differenzieren die Autorinnen zwischen verschiedenen Perspektiven: 1. ein Verfahren, das von den beteiligten Akteuren (subjektiv) als gerecht empfunden wird. 2. gerechte Möglichkeiten zur Teilhabe an Entscheidungsprozessen und 3. Verfahren, die zu einem höheren Grad an Verteilungsgerechtigkeit führen. In diesem Kontext ist zu berücksichtigen, dass Verfahren in unterschiedlichen Bereichen divergierende Ergebnisse herbeiführen können. So kann z.B. ein als gerecht empfundenen Verfahren zu einer Verringerung der Verteilungsgerechtigkeit führen, während ein Verfahren, in dem keine gerechten Möglichkeiten zur Teilhabe gegeben waren, dazu führt, dass Umweltbelastungen gleichmäßiger verteilt werden (ebd.: 90f.).
- c) Ergebnissgerechtigkeit: bezieht sich auf den Ausgleich bzw. die Regulierung von umweltbezogenen Verteilungsgerechtigkeiten. Die Ergebnissgerechtigkeit zielt somit auf einen Ausgleich bestehender umweltbezogener Verteilungsgerechtigkeiten ab (ebd.: 91f.).
- d) Chancengerechtigkeit: wird als zentrale Grundlage der Umweltgerechtigkeit verstanden. Sie beschreibt die Voraussetzungen und Möglichkeiten, über die jedes Individuum verfügt, um seine Potenziale auszuschöpfen sowie ein langes und gesundes Leben zu führen (ebd.: 92).

Dieses mehrdimensionale Verständnis von umweltbezogener Gerechtigkeit bildet die Grundlage für die weiteren Ausführungen, wobei insbesondere die Dimensionen der Verteilungs- sowie der Ergebnissgerechtigkeit von besonderer Bedeutung sein werden.

Im vorliegenden Beitrag bildet die Landschaft der Lausitz demnach den materiellen wie sozialen Rahmen, innerhalb dessen umweltbezogene Ungerechtigkeiten stattfinden. Aus der oben beschriebenen Perspektive und anhand der Dimensionen umweltbezogener Gerechtigkeit werden im Folgenden Gerechtigkeitsfragen im Kontext der Braunkohleförderung sowie des Kohleausstiegs untersucht. Dabei wird insbesondere analysiert, inwiefern der Strukturwandelprozess zu mehr Ergebnisgerechtigkeit in Bezug auf die Umwelt führt und dadurch einen Beitrag zur Entwicklung gerechterer Landschaften leisten kann. Zu diesem Zweck wird im Folgenden zunächst die Lausitz als Untersuchungsregion in ihrer engen Verschränkung mit der Braunkohlegewinnung beschrieben.

4 Braunkohlebergbau und Kohleausstieg in der Lausitz: soziale und umweltbezogene Betroffenheiten

Die Förderung von Braunkohle prägt die Region der Lausitz seit der Mitte des 19. Jahrhunderts (Gürtler/Herberg 2021: 199). Der Braunkohleabbau brachte der Region einerseits wirtschaftlichen Aufschwung und sichere Arbeitsplätze, andererseits führte er jedoch zu gravierenden Einschnitten in Landschafts- und Sozialstrukturen. Diese gingen mit einer eklatanten Zerstörung von Natur und Umwelt einher (Kalt 2023: 69f.; Müller 2017: 213f.). Gleichzeitig bleibt der Braunkohleabbau von prägender Bedeutung für regionale Identität, Kultur und Lebensweisen (Kalt 2023: 70; Zeißig/Eichenauer/Gailing 2023: 387).

Die deutsche Wiedervereinigung markierte einen ersten Bruch in der Entwicklung der Lausitz. Dieser ging mit einem Bedeutungsverlust des Kohlesektors einher, der einen Verlust des Arbeitsplatzes für nahezu 90 Prozent der in diesem Bereich Beschäftigten zur Folge hatte. Zudem verlor auch die Glas- und Textilindustrie, die für die Region von großer Bedeutung war, nahezu vollständig an Relevanz. Hohe Arbeitslosigkeit und eine starke Abwanderung, insbesondere junger Menschen, waren die Folge (Gürtler/Herberg 2021: 199). Während den Menschen in Ostdeutschland in der Nachwendezeit von der Politik wirtschaftlicher Aufschwung und neue Perspektiven versprochen wurden, kam es in vielen Regionen zu Schrumpfungsprozessen und Perspektivlosigkeit. Die postsozialistische Transformation wurde von vielen Menschen vor Ort als eine Übernahme erlebt, die mit einer statusbezogenen und soziokulturellen Abwertung einherging (ebd.: 199). Mit dem nun bevorste-

henden Kohleausstieg bis 2038 steht der Region ein weiterer Bruch bevor, der mit großen Unsicherheiten sowie einem erneuten wirtschaftlichen und sozialen Wandel verbunden ist. Dementsprechend stehen viele Menschen vor Ort den Entwicklungen skeptisch und mit großer Sorge gegenüber und fordern die Organisation gerechter Übergänge für Arbeitnehmende und Gemeinschaften (ebd.: 195). Insbesondere im Kohlesektor nehmen viele Beschäftigte ihre Repräsentation als »unfair, respektlos und abwertend gegenüber ihren Lebensleistungen wahr« (Kalt 2023: 75).

Forschung zu umweltbezogener Gerechtigkeit im Kontext der Braunkohleförderung zeigt, dass Fragen des Klima- und Umweltschutzes eher von überregional agierenden Umweltaktiven und -organisationen thematisiert werden (vgl. Beckmann/Heyer 2023; Kalt 2023; Müller 2017). Die Umweltauswirkungen des Bergbaus werden von einem Großteil der Menschen in den Kohleregionen sowie anderen Kohlebefürwortenden aufgrund der engen kulturellen Verflechtungen nur selten kritisiert. Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Umweltschutz stehen für sie anstelle negativer Auswirkungen vielmehr die Verbesserungen zur Verminderung von Umweltbelastungen und die technischen Nachrüstungen der letzten Jahre im Vordergrund (Müller 2017: 221). In diesem Kontext betonen die Betreiber der Tagebaue die durchgeführten Renaturierungs- und Immissionsbegrenzungsmaßnahmen sowie die Bemühungen, durch technische Expertise und im Austausch mit den vor Ort Betroffenen, Umweltbelastungen sowohl lokal als auch regional zu begrenzen (ebd.: 221). In Bezug auf die Braunkohlelandschaften stehen im lokalen Diskurs demnach weniger die gravierenden Einschnitte, als vielmehr die versprochenen rekultivierten Tagebauflächen und Seengebiete, die in den Bergbaufolgelandschaften entstehen, im Zentrum (ebd.: 221).

Dennoch kann nicht verkannt werden, dass der Braunkohleabbau weiterhin auf globaler² wie lokaler Ebene zu umweltbezogenen Ungerechtigkeiten führt (Beckmann/Heyer 2023: 89). Diese gravierenden sozialen und ökologischen Folgen manifestieren sich lokal insbesondere darin, dass auch gegenwärtig – trotz der Entscheidung zum Kohleausstieg – noch Dörfer für den Braunkohleabbau enteignet und umgesiedelt werden, was mit sozialen,

2 Die globalen Auswirkungen und Zusammenhänge von umwelt- und klimaschädlichen Praktiken (z.B. der CO₂-Ausstoß durch die Verbrennung von Braunkohle) sowie das Ungleichgewicht in der Verursachung und Betroffenheit von Umwelt- und Klimaschäden werden unter dem Begriff der Klimagerechtigkeit diskutiert (vgl. u.a. Kalt 2023; Gürtler/Herberg 2021).

politischen und psychischen Konsequenzen für die Betroffenen verbunden ist (Müller 2017: 214). Diejenigen, die von diesen Umsiedlungen betroffen sind, werden auch im Strukturwandel nur selten gehört. Eine besondere Rolle in der Lausitz spielt in diesem Kontext zudem die Minderheit der Sorben und Wenden, die die Region und ihre Kultur seit Jahrhunderten prägen (Gürtler/Herberg 2021: 198ff.). Bis heute zeigen sich Schwierigkeiten für marginalisierte Gruppen, ihre Positionen gegenüber der Mehrheitsmeinung auf lokaler Ebene erfolgreich einzubringen (ebd.: 205).

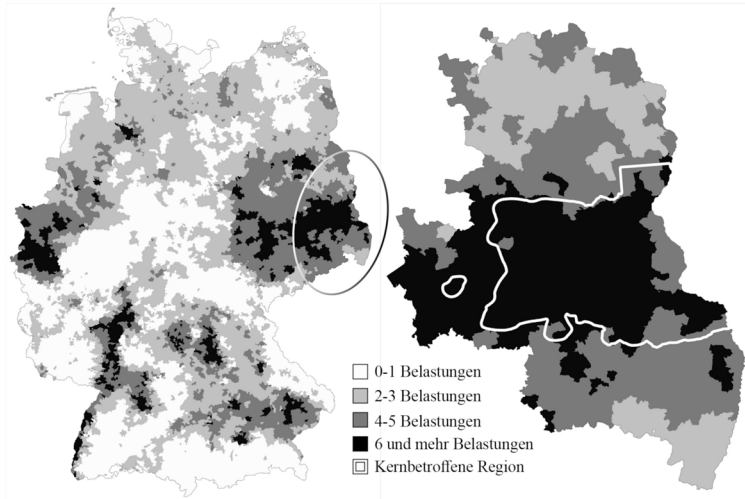
Erzwungene Umsiedlungen stellen jedoch nicht die einzigen Belastungen dar, von denen die Anwohnenden der Tagebaue sowie in der weiteren Region betroffen sind. Durch den Braunkohleabbau werden nicht nur Ökosysteme unwiederbringlich zerstört, sondern auch eine dauerhafte Absenkung des Grundwassers verursacht. Des Weiteren führt der Tagebau zur Verschmutzung von Grund- und Oberflächenwasser sowie zum künstlichen Anlegen von Seen in den Bergbaufolgelandschaften, die sich wiederum auf den Wasserhaushalt auswirken (MLUK o.J.). In der Nähe der Förderstellen kommt es zudem zu erheblichen Lärm-, Licht- und Feinstaubbelastungen, die die Gesundheit und die Lebensqualität der Betroffenen stark einschränken bzw. belasten können (vgl. Jansen 2019).

5 Räumliche Verteilung von Umweltbelastungen und Betroffenheit in der Lausitz

Um die Ausprägung von Umweltbelastungen in der Lausitz genauer darzustellen, wird im Folgenden auf eine räumliche Untersuchung zur Verteilung und Häufung von Umweltbelastungen in Deutschland eingegangen. Hierfür wurden Daten zu neun Umweltbelastungen (u.a. Luft-, Lärm- und Hitzebelastung sowie Wasserhaushalt und Grünausstattung) auf Gemeindeebene aggregiert und in Klassen relativer Belastung eingeteilt. Anschließend wurde für jede Belastungsart und Gemeinde ermittelt, ob anhand dieser Vergleichswerte eine Belastung vorliegt oder nicht. Die Anzahl der Belastungen pro Gemeinde wurde dann zusammengefasst und in einer Karte visuell dargestellt³.

3 Das genaue Vorgehen für die Analyse ist anhand des R-Codes nachvollziehbar, der unter folgendem Link zugänglich ist: <https://github.com/lglldb/UGIR>. Hier finden sich auch weitere Informationen und Karten zur Ausprägung der untersuchten Umweltbelastungen im gesamtdeutschen Raum.

Abbildung 12: Umweltbelastungen pro Gemeinde auf gesamtdeutscher Ebene mit de-taillierter Betrachtung der Strukturwandelregion.



Quelle: Eigene Darstellung

Abb. 12 zeigt die Ergebnisse dieser Untersuchung und bildet die Verteilung und Häufung von Umweltbelastungen in Deutschland ab. Auf der rechten Seite ist das Gebiet vergrößert dargestellt, das im Rahmen der Fördermittelvergabe berücksichtigt werden kann. Das kernbetreffene Gebiet⁴ nach der Definition der Lausitzrunde (o.J.: Anhang 1) ist durch eine weiße Markierung hervorgehoben. Die Grafik zeigt deutlich, dass unter Anderem ehemalige Kohleregionen – neben dem Ruhrgebiet und dem Mitteldeutschen Revier auch die Lausitz – im gesamtdeutschen Vergleich signifikant durch Umweltbelastungen geprägt sind. Die Abgrenzung der kernbetreffenen Gebiete durch die Lausitzrunde zeigt eine hohe Übereinstimmung mit der Häufung von Umweltbelastungen in bestimmten Gebieten.

Besonders ausgeprägt in der Lausitz sind Umweltbelastungen, die mit dem Wasserhaushalt in Verbindung stehen. So liegen Belastungen in der

4 Als kernbetreffene Gebiete werden in der Lausitz diejenigen Bereiche bezeichnet, die von den Umweltauswirkungen des Braunkohleabbaus sowie den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen des Strukturwandels besonders betroffen sind (vgl. u.a. Lausitzrunde o.J.; Markwardt et al. 2022).

Region sowohl im Bereich der Grundwasserqualität als auch der Grundwassermenge vor. Von letzterer ist insbesondere die von der Lausitzrunde als kernbetroffen definierte Region betroffen. Auch durch Trockenheit der Böden (SMI) ist die Region besonders belastet. Weiterhin liegen Belastungen durch Feinstaub (sowohl PM₁₀ als auch PM₂₅) in weiten Teilen der Region vor. Wärmebelastung und eine relativ geringe Grünausstattung spielen in Teilen der Lausitz eine Rolle, sind jedoch nicht flächendeckend ausgeprägt. Demgegenüber liegen Belastungen durch Ozon (O₃) und Lärm den Ergebnissen der räumlichen Untersuchung zufolge in der Region kaum bis gar nicht vor. Die Art der vor Ort relevanten Umweltbelastungen legt nahe, dass in deren Entstehung ein Zusammenhang mit der Braunkohlegewinnung besteht.

Die kartographische Darstellung der Mehrfachbelastungen hebt noch einmal hervor, dass die Lausitz als ehemalige Kohleregion nicht nur vom Strukturwandel und den wirtschaftlichen Folgen des Kohleausstiegs, sondern auch von den Umweltauswirkungen, die der Braunkohlenabbau mit sich bringt, stark und dauerhaft betroffen ist. Auch wenn nicht alle der vorliegenden Umweltbelastungen ausschließlich auf den Bergbau zurückzuführen sind, scheint es in Anbetracht der Ausprägung von Mehrfachbelastungen doch naheliegend, im Zuge des Kohleausstiegs auch hier anzusetzen und Strategien zum Ausgleich bzw. Abbau bestehender Umweltbelastungen zu entwickeln. Inwiefern dieser Aspekt im Rahmen des Strukturwandels berücksichtigt wird, soll in der folgenden Dokumentenanalyse näher beleuchtet werden.

6 Die Bedeutung von Umweltaspekten und Landschaftswandel in der Steuerung des Strukturwandels im Lausitzer Revier

Zur Untersuchung der Rolle, die umwelt- und landschaftsbezogene Themen im Strukturwandel einnehmen, wurden sieben zentrale Dokumente analysiert, die den Strukturwandel steuern und begleiten (siehe Tab. 2).

Tabelle 2: Auflistung der analysierten Dokumente

Titel des Dokuments	Räumliche Bezugsebene	Verbindlichkeit
Abschlussbericht Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung« (BMWi 2019)	Bund	Strategie
Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG 2020)	Bund	Gesetz
Lausitzprogramm 2038 Prozesspapier zum Aufbau von Entscheidungs- und Begleitstrukturen im Transformationsprozess (StkB 2020)	Brandenburg	Strategie
Richtlinie der Staatskanzlei des Landes Brandenburg zur Umsetzung der Finanzhilfen des Strukturstärkungsgesetzes für den Teil Investitionsgesetz Kohleregionen – Strukturentwicklung Lausitz (RL InvKG (B) 2020)	Brandenburg	Richtlinie
Handlungsprogramm zur Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen des Bundes in den sächsischen Braunkohlerevieren (SMR 2020)	Sachsen	Strategie
Förderrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Gewährung von Zuwendungen nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen (RL InvKG (S) 2021)	Sachsen	Richtlinie
Kriterien zur Bewertung von Projekten und Maßnahmen (Lausitzrunde o.J.)	Lausitz	Unverbindlich

Quelle: Eigene Darstellung

In allen berücksichtigten Dokumenten wird deutlich, dass umwelt- und landschaftsbezogene Themen eher eine untergeordnete Rolle spielen. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass diese primär das Ziel verfolgen, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen zu kompensieren, die der Strukturwandel mit sich bringt. Zudem gilt im Bergbau rechtlich das Verursacherprinzip⁵, weshalb die Zuständigkeit für die Umsetzung von Maß-

5 Das Verursacherprinzip besagt, dass die Verursacher von Umweltschäden die Kosten dafür tragen. Daher obliegt die Durchführung zur Umsetzung von Maßnahmen der Landschaftssanierung den Betreiberunternehmen der Tagebaue (BMWi 2019: 40). Für die Bergbausanierung in Ostdeutschland wurde zudem die Lausitzer und Mittel-

nahmen zur Landschaftssanierung klar geregelt ist. Während in der Organisation und Vergabe der Strukturwandelgelder großer Wert auf Transparenz und Beteiligung gelegt wird, verläuft die Vorbereitung und Umsetzung der Landschaftssanierung weit weniger partizipativ. Hier wird die Beteiligung der Öffentlichkeit in der Regel lediglich im Rahmen der Vorgaben in Planungsverfahren durchgeführt. Die Prozesse zur politischen Gestaltung des Strukturwandels und der planerischen Umsetzung der Landschaftssanierung laufen weitestgehend getrennt und unabhängig voneinander ab. Dennoch eröffnen der Strukturwandel und die damit einhergehende Aufmerksamkeit sowie finanzielle Unterstützung die Möglichkeit, ein größeres Maß an Ergebnisgerechtigkeit auch in Bezug auf Umweltbelastungen zu erreichen. Entsprechend finden sich in den Dokumenten gleichwohl Passagen, die für die Bedeutung von Landschaftsentwicklung und Umweltgerechtigkeit im Strukturwandel relevant sind. Im Folgenden werden diese näher beleuchtet und dargestellt.

Ein expliziter Bezug zu Umweltbelastungen in der Region findet sich in den untersuchten Dokumenten vorwiegend in Bezug auf den Wasserhaushalt der Lausitz bzw. die bergbaubedingten Grundwasserabsenkungen. Diese Aspekte werden sowohl im Abschlussbericht der Kohlekommission⁶ (BMW 2019: 72) als auch im Handlungsprogramm für Sachsen (SMR 2020: 6) als wichtige Faktoren genannt, die im Prozess des Kohleausstiegs berücksichtigt werden müssen. In diesem Kontext wird aufgezeigt, dass sowohl durch den Braunkohleabbau, als auch durch die darauffolgenden Flutungen der entstandenen Restlöcher »massiv in den Wasserhaushalt eingegriffen« (ebd.: 6) wurde. Demnach ist »insbesondere [...] für das Lausitzer Revier, [...] die Wiederherstellung des selbstregulierenden Wasserhaushaltes notwendig« (ebd.: 6). Des Weiteren wird im Abschlussbericht der Kohlekommission die Barrierewirkung der Tagebaue thematisiert, welche eine zusammenhängende Entwicklung der Region sowie eine Entwicklung vernetzter Infrastrukturen in der Vergangenheit verhinderte (BMW 2019: 86). Die Lausitzstrategie erwähnt

deutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) gegründet, die die langfristigen Voraussetzungen für die Umstrukturierung und Sanierung der Braunkohleregionen schafft und für die Sanierung derjenigen Flächen zuständig ist, die zu DDR-Zeiten ausgekohlt wurden und für die dementsprechend keine Rücklagen von privaten Betreibern gebildet wurden.

6 Kurzbezeichnung für die Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (WSB), die 2018 von der Bundesregierung zur Erarbeitung von Empfehlungen für Maßnahmen zur sozialen und strukturpolitischen Entwicklung der Braunkohleregionen sowie zu ihrer finanziellen Absicherung eingesetzt wurde.

im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Ausrichtung des Strukturwandels lediglich, dass »[ö]kologische [sic!] aber vor allem auch soziale Belange [...] gleichrangig zu berücksichtigen [sind]« (StkB 2020: 10).

Umwelt- bzw. Klimaschutzaspekte im weiteren Sinne werden in allen der Dokumente thematisiert. Hier werden die Energiewende und die Notwendigkeit der Reduktion von CO₂-Emissionen als Grundlage für den Kohleausstieg immer wieder benannt (u.a. BMWi 2019: 13ff., 107; InvKG 2020: Präambel; SMR 2020: 4; StkB 2020: 6). Zudem werden die Transformation zu nachhaltigen Technologien sowie der Klimaschutz als zentrale Elemente in den Zielen der wirtschaftlichen Entwicklung und der strategischen Ausrichtung der Region definiert (InvKG 2020: 11ff.). Die Lausitz soll demnach zu einer europäischen Modellregion für einen gelungenen Strukturwandel werden. Der bestehende Erfahrungsschatz im Energiesektor soll für die Entwicklung neuer nachhaltiger Technologien genutzt werden. Hierfür werden eine enge Zusammenarbeit mit bestehenden Forschungseinrichtungen sowie die Ansiedlung neuer Institute angestrebt (BWi 2019: 74ff.; InvKG 2020: 11; SMR 2020: 11ff.; StkB 2020: 10ff.). Landschaftssanierung und Umweltschutz bzw. die Bedeutung von Natur und Landschaft spielen in den Dokumenten vorwiegend dann eine Rolle, wenn es um deren touristische Inwertsetzung geht. Dadurch sollen Standorte auch für die Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitnehmenden attraktiver werden (u.a. BMWi 2019: 6, 8of.; SMR 2020: 17ff.; StkB 2020: 13ff.).

Ein besonderer Fokus der Dokumente auf Landesebene liegt auf der Gestaltung der Prozesse, welche die Verteilung der Strukturwandelmittel regulieren sollen. In den untersuchten Strategiedokumenten sowie Förderrichtlinien wird ersichtlich, dass es nicht primär um einen Wandel hin zu einer nachhaltigeren Region und die Bewältigung der Umweltauswirkungen des Braunkohlenabbaus geht, sondern vielmehr um die Sicherung bzw. Neuschaffung von Arbeitsplätzen sowie eine Neuorientierung und eine neue Identität für die Region (SMR 2020: 11ff., 35; StkB 2020: 10ff., 17). In beiden Bundesländern wird großer Wert darauf gelegt, die Vergabe der Strukturwandelmittel transparent zu gestalten und sowohl im Auswahlprozess, als auch bei den Empfangenden der Förderungen eine möglichst breite Beteiligung von Akteur*innen zu gewährleisten (RL InvKG (B) 2020: Abs. III, VII; RL InvKG (S) 2021: Abs. VIII, IX; SMR 2020: 7, 36; StkB 2020: 21ff., 25ff.).

Obwohl die Ausrichtung auf Projekte zur Steigerung der Attraktivität der Region als Unternehmensstandort evident ist, finden sich auch relevante Themen im Bereich des Umwelt- und Landschaftsschutzes in den Vorga-

ben zur Förderfähigkeit. Demnach sind explizit »Klima- und Umweltschutz einschließlich Investitionen zur energetischen Sanierung von Infrastrukturen, zur Bodensanierung, und zum Lärmschutz« sowie »Naturschutz und Landschaftspflege, insbesondere Maßnahmen zur Renaturierung und Umgestaltung ehemaliger Tagebauflächen sowie zu deren Aufforstung« möglich (RL InvKG (B) 2020: II (8, 9); InvKG 2020: 4 (1) 8,9; RL InvKG (S) 2021: II (8,9)). Auf der konkreteren Umsetzungsebene werden diese Bereiche jedoch zunehmend in den Hintergrund gerückt. So finden sich Umwelt und Landschaft in den Handlungsfeldern des Lausitzprogramms nicht mehr ausdrücklich wieder (StkB 2020: 16) und auch im Handlungsprogramm Sachsen spielen sie in den Handlungsempfehlungen nur eine untergeordnete Rolle (SMR 2020: 11–21).

Aspekte, die sich auf Umweltgerechtigkeit im engeren Sinne beziehen, werden ausschließlich auf der übergeordneten Ebene thematisiert. Dabei spielt vor allem die besondere Betroffenheit einzelner Gruppen von der Belastung durch Tagebaue eine zentrale Rolle. Dieses Thema wird auf untergeordneter Ebene, je konkreter es um die Verteilung der Strukturwandelmittel geht, jedoch immer weniger berücksichtigt. Im Abschlussbericht der Kohlekommission wird konstatiert, dass »Braunkohletagebaue [...] der größte Eingriff in die Landschaft Deutschlands« sind (BMW 2019: 56). In diesem Zusammenhang wird auch die Umsiedlung von über 100.000 Menschen, davon mehr als 25.000 im Lausitzer Revier, zum Zweck der Erschließung von Flächen für den Braunkohleabbau thematisiert. Die Kommission betont zudem die besondere Betroffenheit der Volksgruppe der Sorben und Wenden und fordert, dass im Rahmen der Strukturwandelmaßnahmen insbesondere auch »zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Kommunen in Tagebaurlage« beigetragen werden soll (ebd.: 56).

Eine derartige Ausrichtung in der Verteilung der Fördermittel strebt auch die Lausitzrunde an. Das Gremium fordert, dass die kernbetroffenen Gebiete, also die Teile der Region, die besonders von der Kohleförderung sowie dem Ausstieg aus der Braunkohle betroffen sind, in der Verteilung der Strukturwandelmittel verstärkt berücksichtigt werden. Der Aspekt der Kernbetroffenheit solle als ein Kriterium zur Vergabe der Strukturwandelgelder mit aufgenommen werden. Dies bezieht sich explizit nicht nur auf die Auswirkungen des Strukturwandels, sondern auch auf die verstärkte Exposition gegenüber Umweltbelastungen in der Vergangenheit (Lausitzrunde o.J.: 1f.). In den Festlegungen der Förderrichtlinien wurde dieser Aspekt letztendlich jedoch nicht festgeschrieben (RL InvKG (B) 2020; InvKG 2020; RL InvKG (S) 2021).

Insgesamt zeigt sich, wie eingangs bereits erwähnt, dass (die Betroffenheit durch) Umweltbelastungen und der Landschaftswandel in der Lausitz in den analysierten Dokumenten eher eine untergeordnete Rolle spielen. Insbesondere die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt, die Potenziale zur Inwertsetzung von Natur und die besondere Betroffenheit bestimmter Gruppen und Regionen innerhalb der Braunkohlereviere wird jedoch in unterschiedlichen Dokumenten thematisiert und anerkannt.

7 Dimensionen von Umweltgerechtigkeit im Struktur- und Landschaftswandel

Die Ergebnisse der Dokumentenanalyse werden im Folgenden mit den eingangs dargestellten Dimensionen umweltbezogener Gerechtigkeit in Bezug gesetzt und in Hinblick auf weiterführende Forschungsthemen sowie ihr Potenzial zur Entwicklung gerechterer Landschaften im Kohleausstieg diskutiert. Insgesamt beleuchtet die vorliegende Untersuchung nur den Aspekt der Strukturwandelgestaltung sowie die Dokumente, die die Vergabe der Strukturwandelmittel flankieren. Es bleiben demnach zentrale blinde Flecken in der tatsächlichen Verteilung der Fördermittel sowie für den gesamten Bereich der planerischen Vorbereitung und Umsetzung der Landschaftssanierungen. Demnach sollen im weiteren Verlauf weniger finale Erkenntnisse dargestellt als vielmehr weiterführende Forschungsbereiche aufgezeigt werden.

Im Kontext des vorliegenden Beitrags sind zwei Aspekte von besonderer Relevanz, wenn es um die Dimension der *Verteilungsgerechtigkeit* geht: Einerseits die bereits dargestellte Verteilung von Umweltbelastungen, andererseits die Verteilung von Strukturwandelmitteln in der Lausitz. Letzteres wurde insbesondere für den Brandenburger Teil bereits in verschiedenen Studien herausgearbeitet (u.a. Markwardt et al. 2022; Zeißig/Eichenauer/Gailing 2023). Bei der Betrachtung der Umweltbelastungen wird ersichtlich, dass die ehemaligen Bergbauregionen und insbesondere die Lausitz im bundesweiten Vergleich in besonderem Maße von einer Anhäufung von Umweltbelastungen betroffen sind. Auch mit Blick auf die für die Vergabe von Fördermitteln abgegrenzte Region, lässt sich feststellen, dass die von der Lausitzrunde definierten kernbetroffenen Gebiete tatsächlich in besonderem Maße von den (langfristigen) Umweltauswirkungen der Tagebaue betroffen sind. Die Verteilung der Fördergelder konnte in der vorliegenden Analyse nicht betrachtet werden. Weitere Forschung könnte hier ansetzen und die Verteilung von Umweltbe-

lastungen im Zusammenhang mit der Verteilung der Strukturwandelmittel untersuchen, um so herauszufinden, inwiefern die Strukturwandelgelder den am stärksten von den Umweltbelastungen betroffenen Räumen zugutekommen und damit Ausgleich für vergangene Ungerechtigkeiten schaffen.

Die Dimension der *Verfahrensgerechtigkeit* spielt insbesondere mit Blick auf die Gestaltung der Verfahren für die Vergabe der Strukturwandelgelder eine zentrale Rolle. Diesbezüglich zeichnet sich ab, dass die Verantwortlichen in beiden Bundesländern, über die sich die Lausitz erstreckt, sehr bemüht scheinen, die Auswahlprozesse niedrigschwellig und transparent zu gestalten. Dieses Ziel wird in den Dokumenten, die den Strukturwandel flankieren, immer wieder betont. Inwiefern besonders betroffene Gruppen – wie beispielsweise diejenigen, die durch Umsiedlungen oder Wohnorte in Tagebaurandnähe in besonderem Maße Belastungen ausgesetzt sind und waren oder die Minderheit der Sorben und Wenden – einbezogen werden, lässt sich aus den ausgewerteten Dokumenten jedoch nicht ableiten. Durch die Auswahl der analysierten Dokumente können zudem keine Aussagen zur Verfahrensgerechtigkeit im Kontext der Landschaftssanierung getroffen werden. Die Beteiligung verschiedener Gruppen näher zu betrachten und zu analysieren, inwiefern die verschiedenen Aspekte der Verfahrensgerechtigkeit sowohl in der Vergabe der Strukturwandelgelder, als auch im Prozess der Landschaftssanierung berücksichtigt werden, sollte ein weiterer Ansatzpunkt für vertiefende Forschung sein.

Zur Dimension der *Chancengerechtigkeit* können im Rahmen der vorliegenden Untersuchung keine Aussagen getroffen werden. Unter Bezug auf den Capabilities-Ansatz (vgl. Nussbaum 2006) könnten weitere Forschungsarbeiten aufarbeiten, inwiefern das Ziel, im Strukturwandel die Daseinsvorsorge in der Region zu fördern und aufrechtzuerhalten Menschen dazu zu befähigen kann, ihre Potenziale auszuschöpfen sowie ein langes und gesundes Leben zu führen.

Die Dimension der *Ergebnisgerechtigkeit* spielt für die vorliegende Analyse dagegen eine zentrale Rolle. Es ist absehbar, dass im Rahmen des Kohleausstiegs und Strukturwandels in der Lausitz naturnähere Landschaften entstehen und die Menschen in der Region weniger starken Umweltbelastungen ausgesetzt sein werden. Gleichzeitig lässt sich bereits heute prognostizieren, dass die Umweltzerstörungen durch den Braunkohletagebau auch in den Bergbaufolgelandschaften noch nachwirken werden. Ihre Entwicklung wird zudem neue Herausforderungen und Belastungen mit sich bringen, wie am Beispiel des Wasserhaushalts bereits dargelegt wurde. Die Frage, inwiefern

im Rahmen des Kohleausstiegs und Strukturwandels besonders diejenigen Gruppen und Regionen profitieren werden, die in der Vergangenheit besonders unter den Auswirkungen des Bergbaus gelitten haben, könnte ebenso ein Ansatzpunkt für weitere Forschung sein, wie eine intensive Untersuchung der Landschaftssanierung in Bezug auf alle genannten Dimensionen von Gerechtigkeit. Der Bezug zur Dimension der Ergebnisgerechtigkeit deutet an, dass die Berücksichtigung der Kernbetroffenheit als Kriterium für die Vergabe von Fördermitteln dazu beitragen könnte, durch den Strukturwandel in der Vergangenheit bestehende Ungerechtigkeiten auszugleichen.

Im Rückbezug auf den zu Beginn dargestellten Landschaftsbegriff, nach dem Landschaft sowohl materiell als auch sozial konstruiert aufgefasst wird, wird deutlich, dass eine Auseinandersetzung mit Fragen von (umweltbezogener) Gerechtigkeit für die Entwicklung und Gestaltung gerechter Landschaften essentiell ist. Ein Übergehen zentraler Gruppen und Akteure kann dazu führen, dass bestehende Benachteiligungen und Machtgefüge in die neu entstehenden Landschaften eingeschrieben werden und die Region zukünftig weiter prägen. Die enge Verknüpfung von Landschaft und Gesellschaft wird in der Lausitz besonders deutlich. Regionale Kultur und Identität sind hier untrennbar mit dem Bergbau verknüpft und prägen damit wiederum die Landschaft der Lausitz. Dieses enge Zusammenspiel zeigt deutlich, dass Landschaft nicht unabhängig von gesellschaftlichen Entwicklungen gestaltet werden kann. Demnach spielen für die Gestaltung gerechter Landschaften bzw. die gerechte Gestaltung des Landschaftswandels in der Lausitz sowohl der sozioökonomische Strukturwandel als auch die konkrete Landschaftssanierung und -gestaltung eine zentrale Rolle. Die aktuell praktizierte Trennung der beiden Aspekte kann die Herausbildung einer neuen regionalen Identität behindern und insbesondere der wenig partizipative Ansatz der Landschaftssanierung kann zu Exklusion und Verstärkung bestehender Ungleichheiten und Machtstrukturen führen sowie deren Einschreiben in die Landschaft befördern. Weitere Forschung könnte sich demnach auch näher damit befassen, wie Struktur- und Landschaftswandel gemeinsam gedacht und umgesetzt werden können.

8 Gerechtigkeit im Strukturwandel: Wege zu mehr Umweltgerechtigkeit und gerechteren Landschaften

Die vorstehenden Ausführungen verdeutlichen, dass im Kontext des Kohleausstiegs und Strukturwandels in der Lausitz globale Fragen der Nachhaltigkeit und CO₂-Reduktion eine weit größere Rolle spielen als Umweltbelastungen und Landschaftszerstörung vor Ort. Während übergeordnete Dokumente noch verschiedene Aspekte umweltbezogener Gerechtigkeit berücksichtigen, spielen diese auf der praktischen Umsetzungsebene eine untergeordnete Rolle. Die Mitglieder der Lausitzrunde setzen sich vor Ort dafür ein, dass Betroffenen durch den Bergbau auch in der Verteilung der Strukturwandelgelder Berücksichtigung finden. Der Verweis auf Umweltgerechtigkeit kann dabei als Argumentationsgrundlage im Diskurs um die Bedeutung und Berücksichtigung der kernbetroffenen Gebiete dienen. Die Betonung der Dimension der Ergebnisgerechtigkeit sowie der besonderen Belastung in der Vergangenheit kann die Argumentation stärken und der Position der Lausitzrunde Nachdruck verleihen.

Derzeit verlaufen die Prozesse des Strukturwandels und des Landschaftswandels weitgehend getrennt voneinander. Die Sanierung der Tagebauflächen und die Gestaltung der Tagebaufolgelandschaften werden aufgrund der gesetzlichen Verantwortung weitgehend den Bergbauunternehmen und der LMBV überlassen. Demgegenüber wird für die Gestaltung des Strukturwandels und damit der Neuausrichtung der regionalen Wirtschaft und Identität großer Wert auf Transparenz und Beteiligung möglichst vieler regionaler Akteure gelegt. Das Ende des Braunkohleabbaus in der Lausitz verspricht geringere Landschaftsdevastationen für die Region in der Zukunft und die Entstehung lebenswerterer Bergbaufolgelandschaften. Allerdings birgt auch dieser Landschaftswandel neue Risiken, insbesondere im Hinblick auf den Wasserhaushalt. Um im Prozess des Kohleausstiegs und Strukturwandels ein höheres Maß an umweltbezogener Gerechtigkeit zu erreichen, wäre es wünschenswert, die Prozesse des Strukturwandels sowie der Landschafts-sanierung und -gestaltung stärker miteinander zu verknüpfen. Dadurch könnte gewährleistet werden, dass der Kohleausstieg als Chance genutzt wird, regional gerechtere Tagebaufolgelandschaften entstehen zu lassen.

Literatur

- Beckmann, Lukas/Heyer, Helene Helix (2023): »Umsiedlungen im Rheinischen Braunkohletegabbau. Eine Frage der Umweltgerechtigkeit?«, in: Silja Klepp/ Jonas Hein (Hg.), *Umweltgerechtigkeit und sozialökologische Transformation: Konflikte um Nachhaltigkeit im deutschsprachigen Raum, Kritische Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung*. Bielefeld: transcript, S. 89–116.
- Blotevogel, Hans Heinrich (2019): »Raum«, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 1845–1857.
- BMWi, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019): *Abschlussbericht Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung«*. Berlin.
- Bullard, Robert (1995): »Residential Segregation and Urban Quality of Life«, in: Bunyan I. Bryant (Hg.), *Environmental justice: issues, policies, and solutions*. Washington D.C.: Island Press, S. 76–85.
- Egoz, Shelley/De Nardi, Alessia (2017): »Defining landscape justice: the role of landscape in supporting wellbeing of migrants, a literature review«, in: *Landscape Research* 42/sup1, S. 74–89.
- Elkins, Stephan (2008): »Umweltgerechtigkeit: das Umweltgerechte und die soziale Gerechtigkeit: Dimensionen eines gesellschaftlichen Spannungsfeldes; Überlegungen zu einem soziologischen Begriff von Umweltgerechtigkeit«, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag, S. 3744–3753.
- Gailing, Ludger (2014): *Kulturlandschaftspolitik: die gesellschaftliche Konstituierung von Kulturlandschaft durch Institutionen und Governance, Planungswissenschaftliche Studien zu Raumordnung und Regionalentwicklung*. Detmold: Rohn.
- Gürtler, Konrad/Herberg, Jeremias (2021): »Moral rifts in the coal phase-out—how mayors shape distributive and recognition-based dimensions of a just transition in Lusatia«, in: *Journal of Environmental Policy & Planning* 25/2, S. 194–209.
- InvKG (2020): *Investitionsgesetz Kohleregionen vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1795)*, das durch Artikel 9 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist, 2020.

- Jansen, Dirk (2019): Braunkohle und Gesundheit. Gesundheitsaspekte bei der Gewinnung und Nutzung fossiler Energieträger – das Beispiel der rheinischen Braunkohle, BUND-Hintergrund. Düsseldorf: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
- Jessel, Beate (2019): »Landschaft«, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 1349–1354.
- Kalt, Tobias (2023): »Umkämpfte Gerechtigkeit. Konflikte zwischen Gewerkschaften und Klimabewegung beim Kohleausstieg«, in: Silja Klepp/Jonas Hein (Hg.), Umweltgerechtigkeit und sozialökologische Transformation: Konflikte um Nachhaltigkeit im deutschsprachigen Raum, Kritische Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung. Bielefeld: transcript, S. 65–88.
- Klepp, Silja/Hein, Jonas (Hg.) (2024): Umweltgerechtigkeit und sozialökologische Transformation: Konflikte um Nachhaltigkeit im deutschsprachigen Raum, Kritische Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung. Bielefeld: transcript.
- Köckler, Heike/Böhme, Christa (2018): »Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – soziale Lage, Umweltqualität und Gesundheit zusammen denken«, in: Sabine Baumgart/Heike Köckler/Anne Ritzinger/Andrea Rüdiger/Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), Planung für gesundheitsfördernde Städte, Forschungsberichte der ARL. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Leibniz-Forum für Raumwissenschaften, S. 87–100.
- Kuckartz, Udo (2018): Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Auflage, Grundlagentexte Methoden. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Lausitzrunde (o.J.): Kriterien zur Bewertung von Projekten und Maßnahmen. Werkstattprozess der WRL durch die Lausitzrunde.
- Leibenath, Markus/Gailing, Ludger (2024): »Landscapes for Future – wo Wandel zu erleben ist und Zukunft gestaltet wird«, in: Markus Leibenath/Ludger Gailing/Alena Birnbaum (Hg.), Landscapes for Future – Landschaften und sozial-ökologische Transformationen, RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 3–18.
- Leibenath, Markus/Gailing, Ludger (2012): Semantische Annäherung an »Landschaft« und »Kulturlandschaft«, in: Winfried Schenk/Manfred Kühn/Markus Leibenath/Sabine Tzschaschel (Hg.), Suburbane Räume

- als Kulturlandschaften, Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL. Hannover: Verl. d. ARL, S. 58–79.
- Markwardt, Gunther/Schnellenbach, Jan/Titze, Mirko/Zundel, Stefan (2022): »Umsetzung der Hilfen für die Flankierung des Kohleausstiegs in der brandenburgischen Lausitz – eine Zwischenbilanz«, in: ifo Dresden berichtet 3/2022, S. 12–18.
- Mels, Tom (2016): »The trouble with representation: landscape and environmental justice«, in: *Landscape Research* 41/4, S. 417–424.
- Mitchell, Don (2023): »Landscape Justice«, in: Johanna Ohlsson/Stephen Przybylinski (Hg.), *Theorising Justice*. Bristol University Press, S. 205–222.
- MLUK, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (o.J.): Bergbaufolgen für den Wasserhaushalt | MLUK. <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/umwelt/wasser/bergbaufolgen-fuer-den-wasserhaushalt> (letzter Zugriff am 03.05.2024).
- Müller, Katja (2017): »Heimat, Kohle, Umwelt. Argumente im Protest und der Befürwortung von Braunkohleförderung in der Lausitz«, in: *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht (ZfU)* 3/2017, S. 213–228.
- Nussbaum, Martha C. (2006): *Frontiers of justice: disability, nationality, species membership. The Tanner lectures on human values*. Cambridge, Mass: The Belknap Press: Harvard University Press.
- RL InvKG (B) (2020): »Richtlinie der Staatskanzlei des Landes Brandenburg zur Umsetzung der Finanzhilfen des Strukturstärkungsgesetzes für den Teil Investitionsgesetz Kohleregionen – Strukturentwicklung Lausitz (Förderrichtlinie Strukturentwicklung zum Lausitzer Braunkohlerevier Land Brandenburg)«, in: *Amtsblatt für Brandenburg* 50/2020.
- RL InvKG (S) (2021): Förderrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Gewährung von Zuwendungen nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen, 2021.
- Schlosberg, David (2007): *Defining environmental justice: theories, movements, and nature*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- SMR, Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung (2020): Handlungsprogramm zur Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen des Bundes in den sächsischen Braunkohlerevieren.
- StkB, Staatskanzlei Brandenburg (2020): Das Lausitzprogramm 2038 Prozesspapier zum Aufbau von Entscheidungs- und Begleitstrukturen im Transformationsprozess, Lausitz-Beauftragter des Ministerpräsidenten.

Walker, Gordon (2009): »Beyond Distribution and Proximity: Exploring the Multiple Spatialities of Environmental Justice«, in: *Antipode* 41/4, S. 614–636.

Zeißig, Hanna/Eichenauer, Eva/Gailing, Ludger (2023): »Gerechtigkeit und räumliche Transformation: Eine Analyse der Fördermittelvergabe im Zuge des Kohleausstiegs in der brandenburgischen Lausitz«, in: *Berichte Geographie und Landeskunde* 96/4, S. 386–406.

Anhang

Autor*innen

Ana María Bergholz (geb. Parra Oliva) (M.A.), geb. 1982, ist PhD-Kandidatin des Programms Heritage Studies an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Kulturlandschaften und Transformationsprozesse. Gegenstand ihrer Dissertation ist die Transformation der Landschaft am Beispiel des Lausitzer Seenlandes mit Schwerpunkt in Brandenburg.

Karsten Berr (Dr. phil.), geb. 1960, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter am Lehrstuhl Stadt- und Regionalentwicklung an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Arbeitsschwerpunkte betreffen unter anderem die transdisziplinäre Landschaftsforschung, Landschaftsarchitekturtheorie, Planungsethik und Landschaftskonflikte.

Alejandro de Castro Mazarro (PhD), geb. 1979, ist Senior Researcher am Leibniz-Institut für ökologische Stadt- und Regionalentwicklung in Dresden (Deutschland). Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf der Telekopplung von städtischen Gebieten und den Landschaften, die globale Baumaterialien liefern.

Ludger Gailing (Prof. Dr. rer. pol.), geb. 1976, leitet das Fachgebiet Regionalplanung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Er ist einer der Sprecher des Arbeitskreises Landschaftsforschung. Seine Forschungsschwerpunkte betreffen u.a. regionale Raumentwicklung, Räume der Energiewende und des Klimaschutzes sowie Fragen von Gemeinwohl und Gerechtigkeit in der Planung.

Luisa Geldbach (M.Sc.), geb. 1992, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Regionalplanung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Sie forscht zu umweltbezogener Gerechtigkeit in ländlichen Räumen.

Daniela Gottschlich (Prof. Dr. rer. pol.), geb. 1972, leitet den Studiengang Ökonomie – Nachhaltigkeit – Gesellschaftsgestaltung an der Hochschule für Gesellschaftsgestaltung in Koblenz. Ihre Forschungsschwerpunkte betreffen u. a. Nachhaltigkeit als mehrdimensionales Gerechtigkeitskonzept, neue Ökonomien, Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, Care als sozial-ökologisches Transformationsprinzip sowie Ökologie und Rechtsextremismus.

Hendrik Herold (Dr. rer. nat.), geb. 1977, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden. Er forscht zu Fragen der raumzeitlichen Analyse und Modellierung der Landnutzung und damit verbundener Umweltaspekte.

Hans Hortig (Dr. Dipl. Ing.), geb. 1984, ist Post-Doktorand am Lehrstuhl für Architektur und Territorialplanung des Departments Architektur der ETH Zürich, Forschungsassistent am Singapore-ETH Centre und freischaffender Landschaftsarchitekt. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die räumlich-sozialen Auswirkungen urbaner Stoffwechselfprozesse und die Transformation industrieller Landwirtschaft.

Christine Katz (Dr. rer. nat.), geb. 1960, ist geschäftsführende Vorsitzende des Instituts für Diversity, Natur, Gender und Nachhaltigkeit (diversu e.V.) in Lüneburg. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der solidarischen gemeinwohlorientierten Gestaltung von Landnutzung, Caring with Nature(s), Unterdrückungszusammenhänge gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Sie ist zusätzlich involviert in die Realisierung von zivilgesellschaftlicher Teilhabe und Mitbestimmungsmacht an sozial-ökologischen Veränderungsprozessen im ländlichen Raum.

Olaf Kühne (Prof. Dr. phil. habil. Dr. rer. soc.), geb. 1973, ist Professor für Stadt- und Regionalentwicklung an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Er befasst sich unter anderem mit sozialkonstruktivistischer Landschaftsforschung, der sozialen Akzeptanz von Landschaftsveränderungen, insbesonde-

re im Kontext der Energiewende, Stadtlandhybriden und neopragmatischen Perspektiven in der Geographie.

Markus Leibenath (Prof. Dr.-Ing.; Habilitation an der TU Berlin), geb. 1966, leitet das Fachgebiet ›Landschaftsplanung und Kommunikation‹ an der Universität Kassel und ist einer der Sprecher des Arbeitskreises Landschaftsforschung. Er forscht zu planerischen Beteiligungs- und Kommunikationsprozessen, etwa im Hinblick auf Stadterweiterungsprojekte und Landschaftsentwicklung am Rand von Großstädten, sowie zu sozial-ökologischen Transformationen und Gerechtigkeit, beispielsweise im Kontext von Großschutzgebieten.

Maïke Melles (Dr. phil.), geb. 1990, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ethnologie der Czech Academy of Science in Prag und assoziierte Wissenschaftlerin am Frobenius-Institut für kulturalanthropologische Forschung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Landschaften, Kulturerbe, Ressourcen und Nachhaltigkeit in Süd- und Mitteleuropa.

Tom Mels (PhD), born in 1969, is an associate professor at the Department of Human Geography, Uppsala University. Based at Campus Gotland, his research and teaching seeks to understand how planning processes and landscape changes in Sweden raise questions of environmental justice. Empirical contexts include the draining of wetlands, indigenous land rights, and nature conservation.

Bruno Milanez (PhD), geb. 1975, ist außerordentlicher Professor am Fachbereich für Wirtschaftsingenieurwesen und am Graduiertenprogramm für Geografie an der Bundesuniversität Juiz de Fora (Brasilien). Er koordiniert die Forschungsgruppe für Politik, Wirtschaft, Bergbau, Umwelt und Gesellschaft (PoEMAS). Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf der Bergbaupolitik und den institutionellen Strategien von Rohstoffkonzernen.

Richard Pantzier (M.Sc.), geb. 1995, ist akademischer Mitarbeiter am Fachgebiet Regionalplanung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Er forscht zu Lebensbedingungen in dünn besiedelten ländlichen Räumen, insbesondere im Hinblick auf die Lebenswirklichkeit älterer Menschen.

Jannis Pfendtner-Heise (M.Sc.), geb. 1992, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Nachhaltigkeit der Leuphana Universität Lüneburg. Er forscht zu nachhaltiger und gerechter Entwicklung in städtischen und ländlichen Räumen.

Miriam Prys-Hansen (Prof. Dr.), geb. 1978, leitet den Forschungsschwerpunkt Globale Ordnungen und Außenpolitiken am German Institute for Global and Area Studies, Hamburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind regionale und globale Umwelt- und Klimapolitik, sowie Machtverschiebungen in der globalen Ordnung.

Henk Wiechers (M.A.), geb. 1992, arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Regionalplanung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der sozialwissenschaftlichen Energieforschung, qualitativer Methoden der Sozialforschung und der Politischen Ökologie.

Julia Zscherneck (M.Sc.), geb. 1993, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin im Fachgebiet Regionalplanung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg im Fachgebiet Regionalplanung. Sie ist studierte Geographin und forscht und lehrt zu den Themen ländliche Regionalentwicklung, Sicherung der Daseinsvorsorge sowie Digitalisierung in ländlichen Räumen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Geflüchteten-Unterkunft am Rande einer deutschen Großstadt	9
Abbildung 2:	Mehrdimensionales Gerechtigkeitsverständnis	39
Abbildung 3:	Das praxeologische Quadrat der Kulturanalyse als Heuristik, um Beteiligungsgerechtigkeit im Kontext landschaftsbezogener Planungs- und Beteiligungsprozesse zu untersuchen	69
Abbildung 4:	Multiskalares Telecoupling am Beispiel des brasilianischen Eisenerzabbaus und der urbanen Entwicklung in Deutschland.....	121
Abbildung 5:	Landgewinnung in Singapur	132
Abbildung 6:	Sand zur Landgewinnung in Johor, Malaysia.....	139
Abbildung 7:	Kategorisierung räumlicher Prozesse anhand der Prozessbeschreibenden Achsen Zentralisierung-Peripherisierung und Städtisch-Ländlich	153
Abbildung 8:	Das Plakat wirbt mit malerischen Landschaftsimpressionen für das Transhumanzfest	166
Abbildung 9:	Dehesa in Spanien	174
Abbildung 10:	DDR-Neubau (dreigeschossig mit ausgebautem Satteldach) an der Dorfstraße, Mecklenburg-Vorpommern. Beispielfoto.....	184
Abbildung 11:	Dorf mit DDR Neubau (viergeschossig) in landwirtschaftlich genutzter Umgebung, Mecklenburg-Vorpommern. Beispielfoto.....	190
Abbildung 12:	Umweltbelastungen pro Gemeinde auf gesamtdeutscher Ebene mit detaillierter Betrachtung der Strukturwandelregion.	247

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Typische Auswirkungen von Peripherisierungsprozessen in fünf Prozessdimensionen	152
Tabelle 2: Auflistung der analysierten Dokumente	249

